

**Buchbesprechung im politischen Kontext
des Nationalsozialismus**

**Entwicklungslinien im Rezensionswesen in Deutschland
vor und nach 1933**

Inauguraldissertation
zur Erlangung des Akademischen Grades
eines Dr. phil.,

vorgelegt dem Fachbereich 05 – Philosophie und Philologie
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von
Dietrich Müller
aus Mainz

Mainz, 2007

Dekan: gelöscht

1. Gutachter: gelöscht

2. Gutachter: gelöscht

Tag der Promotion: gelöscht

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
1.1 Funktion der Buchbesprechung	5
1.2 Der Rezensent im Spannungsfeld zwischen Autor, Verleger und Leser	8
1.3 Gegenstand der Untersuchung	15
1.4 Zur Forschungslage.....	19
2. Zur Vorgeschichte: Verbreitung politischer Literatur in der Weimarer Republik im Spiegel der Buchbesprechung	24
2.1 Die literarischen und sozio-kulturellen Rahmenbedingungen.....	24
2.2 Presseorgane als Orte der Kommunikation.....	29
2.3 Buchbesprechung zweier Weltanschauungsbücher	33
2.3.1 Adolf Hitlers Doppelbuch <i>Mein Kampf</i> , ein verschlüsseltes Kampfprogramm 1925–1929	34
2.3.2 Alfred Rosenbergs opus privatim <i>Der Mythos des 20. Jahrhunderts</i> , ein ‚rassisches‘ Volkserziehungsprogramm.....	50
2.4 Die Politisierung der Buchbesprechung am Beispiel der Hanseatischen Verlagsanstalt.....	62
2.5 Institutionalisierte politische Buchbesprechung	76
2.5.1 Buchbesprechungen in den vier NS-Presseorganen <i>Völkischer Beobachter</i> (ab 1921), <i>Der Weltkampf</i> (ab 1924), <i>Mitteilungen des Kampfbundes für deutsche Kultur</i> (ab 1929), <i>Nationalsozialistische Monatshefte</i> (ab 1930)	76
2.5.2 Buchbesprechung zu Joseph Goebbels <i>Kampf um Berlin</i> (1932).....	82
2.6 Freie Buchbesprechung als Ausdruck des Kulturpluralismus am Beispiel dreier Novitäten.....	85
2.6.1 Erich Maria Remarques Antikriegsbuch <i>Im Westen nichts Neues</i> (1929).....	85

2.6.2	Ortega y Gasset: <i>Der Aufstand der Massen</i> , eine Betrachtung zur krisenhaften Entwicklung der Industriegesellschaften in Europa (1930) ..	87
2.6.3	Theodor Heuß: <i>Hitlers Weg</i> als eine späte öffentliche Standortbestimmung der NS-Bewegung (1931/32).....	90
2.7	Erneuerung oder Ende kritischer Kommunikation in der Übergangsphase zur Diktatur.....	95
3.	Neuordnung des Buchbesprechungswesens in der Diktatur des „Dritten Reichs“	102
3.1	Determinanten nationalsozialistischer Literatur- und Buchpolitik – Anspruch und Realität.....	102
3.2	Politische Buchbesprechung unter veränderten Vorzeichen.....	114
3.2.1	Stellungnahmen zu Neuauflagen von Hitlers Buch <i>Mein Kampf</i> 1933–1945.....	115
3.2.2	Buchbesprechungen und Stellungnahmen zu Neuauflagen von Rosenbergs <i>Mythus</i> -Buch 1933–1935	119
4.	Eingriffe zur verschärften Reglementierung des Besprechungswesens	127
4.1	Neugestaltung des Buchbesprechungswesens 1935–1936 (1. Stufe)	127
4.1.1	Gründung der Reichspreseschule im Januar 1935.....	129
4.1.2	Anordnung der RSK und RPK zur Neuordnung des Buchbesprechungswesens vom 5.6.1935.....	131
4.1.3	Buchbesprechungen und Stellungnahmen zu Rosenbergs erster Ergänzungsedition zum <i>Mythus</i> -Buch	135
4.2	Goebbels’ „Verbot der Kunstkritik“ vom 27.11.1936 (2. Stufe).....	138
4.3	Der staatlich gelenkte Buchbericht als Rezensionersatz 1937–1940 (3. Stufe).....	145
4.3.1	<i>Die Buchbesprechung</i> – eine nationalsozialistische Besprechungsanweisung	146

4.3.2 <i>Deutsche Volkskunde in Schriftform</i> – ein nationalsozialistischer Leitfaden	148
4.4 Besprechungspraxis unter Konformitätszwang	152
4.4.1 Buchbesprechungen und Stellungnahmen Hellmuth Langenbuchers.....	152
4.4.2 Buchbesprechungen und Stellungnahmen zu Rosenbergs zweiter Ergänzungsedition zum <i>Mythus</i> -Buch	155
4.4.3 Buchbesprechungen in den Zeitschriften <i>Inneres Reich</i> und <i>Neue Rundschau</i>	160
5. Grenzen der Buchbesprechungspolitik	167
5.1 Die kulturelle Lage.....	167
5.2 Eingriffe zur Korrektur der Buch- und Pressepolitik 1939/40 (4. Stufe). 170	
5.3 Exemplarische Analysen.....	175
5.3.1 Buchbesprechungsteil der Wochenzeitung <i>Das Reich</i>	176
5.3.2 Buchbesprechungen unter undurchschaubar gewordenem Zensurdruck. 179	
6. Buchbesprechung als Instrument politischer Indoktrination	182
Literaturverzeichnis	194
1. Quellen	194
2. Forschungsliteratur	197
3. Bibliographische Hilfsmittel	210
Anlagen	211
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	226
Sonstiges	227
Zusammenfassung	229

1. Einleitung

1.1 Funktion der Buchbesprechung

Die Besprechung von Büchern dient der Vermittlung zwischen dem Autor und seinem Werk auf der einen Seite und dem anonymen Kreis der potentiellen Leser auf der anderen Seite; sie will Kommunikation erzeugen und das geistige Leben anregen. Sie ist so eine Institution der literarischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit, die entscheidend zur Verbreitung von Lesekultur und Wissen in der Gesellschaft beitragen kann. Sie entwickelt damit auch eine gesellschaftliche, unter Umständen politische Funktion. Der Pluralismus der Anschauungen ist ein hohes Gut demokratisch verfasster Gesellschaften. Die Ordnung des Buch- und Pressemarktes, die in das Beziehungssystem aller am Buchbesprechungswesen Beteiligten hineinwirkt, steht in einem engen Zusammenhang mit der politischen Ordnung.

Die Buchbesprechung ist mehr als eine verlegerische Novitätenanzeige mit nur flüchtiger absatzorientierter Werbung, mit einer wenig aussagefähigen Titel- und Ausstattungsinformation. Sie soll eine persönliche Art der Buchvorstellung sein, Hinweise auf das Werk und sein geistiges Umfeld geben und eine Entscheidungshilfe sein auf einem Markt, den potentielle Leser ohne sie nicht überschauen können.

Zu den elementaren Bestandteilen einer Buchbesprechung – auch Rezension genannt – gehören eine Beschreibung des Buchinhaltes, biographische Angaben über den Autor, gegebenenfalls im Zusammenhang mit seinem Gesamtwerk, und eine Interpretation mit abschließender kritischer Betrachtung des Werks und seiner Intentionen nach allgemeingültigen ästhetischen und empirischen Maßstäben, Erfahrungen und Urteilskriterien. Sie soll auf die Stärken und Schwächen des besprochenen Werks eingehen. Je nach dem geistigen Anspruch des Werks kann die Besprechung sich auf vergleichbare Werke anderer Autoren stützen und auf die kulturellen Kontexte aufmerksam machen.

Der funktionalen Dimension der Buchbesprechung kommt prinzipielle Bedeutung zu. Das Buch gilt als geistiger Kulturträger, das im Gegensatz zur industriellen Massenware den Bedarf nur einmal deckt. Die Buchbesprechung will im Idealfall

dem potentiellen Käufer/Leser eine freie persönliche Entscheidung ermöglichen, indem sie ihn sachlich informierend zum Lesen und besseren Verstehen des Werks anregt, ohne ihn darüber hinaus zu beeinflussen, z.B. mit einer verführerischen direkten oder indirekten Werbeaussage. Die Bedeutung der subjektiven Beurteilung durch den Rezensenten beruht auf seiner (akkumulativen) Vertrauenswürdigkeit und – bei weiteren Besprechungen – auf seiner Verlässlichkeit. Das hat die Buchbesprechung historisch zu einer geachteten Institution werden lassen.¹ Unklar ist dagegen die Definition der Textsorte „Buchbesprechung“, die im Laufe der Entwicklung vom gelehrten zum populären Buch in der sich qualitativ und quantitativ gewandelten Leserwelt unverständlich, semantisch inkonsequent geworden ist. Bezüglich ihrer kommunikativen Funktion ist zunächst der Begriff zu klären. Im *Lexikon für das gesamte Buchwesen* (LGB)² Band 1 von 1987 gilt die Buchbesprechung als eine „Sonderform der Literaturkritik“. Im Band 6 von 2003 ist sie unter dem Stichwort ‚Rezension‘ eine „kritische Beurteilung eines Werks“, wobei die fachwissenschaftliche Rezension von der Besprechung „schöngestiger“ Werke, die man dem „Bereich der Literaturkritik“ zuordnet, abgegrenzt wird.²

Wie notwendig die definitorische Klarstellung ist, zeigt die Untersuchung von Dirk Getschmann von 1991/92, der sich um einen Ausweg aus der „verengten Diskussion“ der „wissenschaftlichen Betrachtung der Literaturkritik“ bemühte, dabei aber nicht konsequent vorging.³ Der von ihm für eine rezeptionsorientierte literarische Buchkritik in Presseorganen verwendete Begriff „journalistische Literaturkritik“ erfasst nämlich nicht alle Aspekte einer Buchbesprechung.⁴ Gleichwohl bemängelt er Peter Gebhardts Postulat, eine Geschichte der Literaturkritik hätte „eine Entwicklung, deren Stationen Kunstrichtertum, Kritik als Raisonement, als Reflexion und schließlich Werbung heißen“, zu berücksichtigen.⁵ Anni Carlsson und Petra Altmann gingen, wie Getschmann hervorhebt, bereits 1969 davon aus, dass rezensorische Buchkritik und Literaturkritik nicht gleichzusetzen sind. Mit dem Begriff Buchkritik

1 Kliemann, H.: Die Werbung für das Buch, 1925, S. 1f, 81.

2 Eckhardt, F.: Das Besprechungswesen, 1927, S. 91f; LGB Bd. 1, Stichwort Buchbesprechung, 1987², S. 574 (J. Eyssen); LGB Bd. 6, Stichwort Rezension, 2003², S. 294f (W. Grebe).

3 Getschmann, D.: Journalistische Literaturkritik, 1992, S. 27, 42.

4 ebd., S. 39–42.

5 ebd., S. 27f sowie Gebhardt, P.: Aspekte der Literaturkritik, 1980, S. 448.

verbanden beide Autoren das kritische Beurteilen, Werten und Referieren von Novitäten.⁶ Sie sahen die potentiell unterschiedlichen Aufgaben beider Kritikarten, auf die insbesondere bei der Buchkritik im Hinblick auf die Leserschichten einzugehen war, und dass Rezensentenaufgaben nicht nur von Journalisten gelöst werden konnten. Petra Altmann hatte angemerkt, dass es dagegen bei ‚Literaturkritik‘ nicht auf die Besprechung einzelner Neuerscheinungen, sondern ausschließlich auf „die Beschreibung und Wertung der Entwicklung von Literatur unter literaturwissenschaftlicher Betrachtungsweise“ sowie die Einordnung in den literarischen Zusammenhang ankommt. Peter Uwe Hohendahls Abriss zur 250-jährigen Geschichte der deutschen Literaturkritik von 1985 lässt ungeachtet dieser Definitionsdichotomie im Buchbesprechungswesen weiteren Forschungsbedarf erkennen.⁷

Eine essentielle Eigenschaft der Buchbesprechung ist ihr Publikumsbezug und ihr auf Rezeption gerichtetes Funktionselement. Sie wendet sich sowohl an einzelne Leser, als auch an eine unbestimmte Vielzahl von Lesern, und zwar nicht nur an solche, die immer schon zu literaturaffinen Gesellschaftsschichten zu rechnen sind. Sie initiiert den Dialog zwischen dem Leser und dem vermittelnden Rezensenten bzw. dem Autor sowie private und öffentliche Diskussionen mit Gleichgesinnten und Interessierten über den interpretierten Buchinhalt und die Absichten seines Autors. Derartige Gespräche können gegebenenfalls medienübergreifend zumindest auf einen Teil der öffentlichen Meinung kommunikative Wirkung entfalten. Die Wirkung wird erhöht, je mehr der Rezensent sich in die Rolle der potentiellen Leser versetzt, je wahrhaftiger er argumentiert und mit seinen sachgerechten Rezensionen über den einzelnen Leser hinaus Achtung und Vertrauen erlangt. Die Aufmerksamkeit, die Buchbesprechungen in der Öffentlichkeit erzielen, hängt nicht nur von der Autorität und dem Prestige ab, die Rezensenten sich erarbeiten, sondern auch von der Aktualität der die Öffentlichkeit beschäftigenden Themen, die zu besprechen angezeigt sind. Kritische Buchbesprechungen haben Toleranzgrenzen zu beachten, die in nichtho-

6 Carlsson, A.: Deutsche Buchkritik, 1969, S. 13 f; Altmann, P.: Der Buchkritiker, 1982, S. 23. Dazu Getschmann, D.: Journalistische Literaturkritik, 1992, S. 37–39.

7 Hohendahl, P.U.: Geschichte der Literaturkritik, 1985. Damit im Zusammenhang stehen unscharfe Begriffe wie literarische Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, „deutscher“ Geist im „nationalen“ Streben, vgl. seine Einleitung, S. 4–8.

mogenen Gesellschaften von Rezensenten mitunter schwieriger vorherzusehen und einzuschätzen sind. Sie liegen unabhängig vom gesetzlichen Regelwerk bei den normativ gewachsenen oder zum sozialen Dogma erhobenen gesellschaftlichen Überzeugungen (Konventionen, Tabus, Modeströmungen etc.) und den herrschenden politischen Vorstellungen von gesellschaftlichen Gruppen bzw. der politischen Klasse.

Die Buchbesprechung hat allerdings ein ambivalentes Wirkungspotential. Denn die Institution Buchbesprechung dient zugleich der Förderung von Kommunikation, wie auch der Kommunikationskontrolle; sie ist dann als eine Form der indirekten Zensur im sozial notwendigen Anpassungsprozess der Menschen untereinander zu begreifen.⁸ Idealerweise muss beides staatlicherseits gewährleistet sein. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt hierzu aber ein anderes Bild.

Unter den funktionalen Elementen des Buchbesprechungswesens kann die Vermittlungsaufgabe des Rezensenten ein besonderes Gewicht erlangen, wenn sie z.B. in den Einflussbereich staatlicher Politik gerät, vor allem in politischen Umbruchzeiten. Um diese Aufgabe angemessen darzustellen, ist es gerechtfertigt, sie nachfolgend in einem eigenen Unterabschnitt zu skizzieren.

1.2 Der Rezensent im Spannungsfeld zwischen Autor, Verleger und Leser

Zur Besprechung literarischer Neuerscheinungen entschließen sich Rezensenten gemeinhin nicht aus eigenem Interesse. Beweggründe für ihr öffentliches Handeln sind Lesebedürfnisse beim potenziellen Leser zu wecken, Informationen und Verständnishilfen zu geben. Je nach Schwierigkeitsgrad des Textes bieten sie Deskription, Interpretation und Evaluierung des Textes an. Die subjektive Sicht jeden Rezensierens eröffnet dann mannigfache Perspektiven für die Leser. Das setzt Wissen, Erfahrung und Einfühlungsvermögen voraus, aber auch Kenntnisse über die Kulturgeschichte, die Mentalität und die Bedürfnisse größerer Leserkreise. In einer sozialen

⁸ vgl. dazu mit weiteren Literaturnachweisen Carlsson, A.: Deutsche Buchkritik, 1969, S. 13; Getschmann, D.: Journalistische Literaturkritik, 1992, S. 44; Albrecht, W.: Literaturkritik, 2001, S. 9, 85–89; Otto, U.: Die literarische Zensur, 1968, passim.

Solidargemeinschaft kann es nicht um Bevormundung, nicht um einseitige interessengebundene Selektion oder Nivellierung in Literaturfragen gehen, sondern um eine argumentative Verständlichmachung, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und zu erhalten. Die Schriftform der Rezension erleichtert den Nachvollzug und ein fundierteres Weiterdenken im Gegensatz zur Einmaligkeit und Flüchtigkeit eines mündlichen Vortrags. Der Rezensent kann und will durch seine Buchbesprechung kommunikative Impulse geben, d.h. zu weiteren interkommunikativen Prozessen, zu Diskursen und Diskussionen anregen.⁹

In der historischen Entwicklung des Buchbesprechungswesens geriet der Rezensent zeitweilig unter den Druck erschwerender Rahmenbedingungen, gesetzt durch die jeweiligen Obrigkeiten, aber auch durch den Markt. Er sah sich dann aus seiner weitgehend freien Moderatorenrolle in eine Randlage als Abhängiger gedrängt. Mitunter hing es von der Persönlichkeit und dem Geschick des Rezensenten ab, wie er die Existenzberechtigung im Beziehungsgeflecht, in der Interessenpluralität der Beteiligten, in dem auch die Verleger eine wichtige Funktion hatten, bewahren konnte.

Schon in der Frühzeit des Rezensionswesens gab es herausragende Rezensenten. Gotthold Ephraim Lessing (1729–1781) war einer der großen literarischen Kritiker, der als wirkmächtiges Vorbild die Zeiten überdauert hat. Da er auch vor und nach 1933 als Zeuge herangezogen wurde, soll auf sein Wirken kurz eingegangen werden.

Lessing gehört zu den engagierten Vertretern der Aufklärung, die sich für Vernunft, Toleranz, Humanität, gegen Vorurteil und kirchliche und profane Einseitigkeit oder Willkür wandten. Er ist mit seiner auch Gegensätze überwindenden Sprach- und Literaturkritik hervorgetreten. Über seine sprachlich und stilistisch variantenreichen literarischen Buchkritiken motivierte er ideen- und pointenreich, originell, listig und – von Fall zu Fall – polemisch scharf, angereichert mit Bonmots, Vergleichen, Aphorismen die Leser zum Nachvollzug seiner Gedankenketten. Er beteiligte die Leser unter anderem in fiktiven Dialogen durch lebensnah formulierte Einwände und Widersprüche in direkter Anrede, die er dann selbstkritisch auflöste.¹⁰ Die Obrigkeit

9 Albrecht, W.: Literaturkritik, 2001, S. 121–125; ferner Altmann, P.: Der Buchkritiker, 1982, S. 27–60, 164..

10 Steinmetz, H.: Der Kritiker Lessing, 1968, S. 30–48.

verschonte er in aktuellen Fällen keineswegs, blieb aber sachlich und maßvoll. Im Prozess der rationalen Durchdringung des Lebens sah Lessing im Rezensenten nicht nur den Geschmacks- und Moralerzieher des Publikums, sondern die Etablierung einer literarisch-kritischen Öffentlichkeit gegen die Zensur von Staat und Kirche, die ihrerseits aufklärerische Kritik einschränken wollten. Zur Verdeutlichung sprach Lessing vom Rezensenten als dem Richter der Moral, der zugleich literarischer Kunstrichter aufgrund allgemeiner und zeitloser ästhetischer Normen sei, das heißt, erfahrener Rezensent.¹¹ Die richtende Kritik wandte sich gegen Autoren, die sich überschätzten, und deren zu beurteilendes Werk. „Der Rezensent braucht nicht besser machen zu können, was er tadelt“, er soll die Diskussion mit den Lesern anregen, so Lessing.¹² Jürgen Habermas spricht von der zwischen Autor und Leser kenntnisreich vermittelnden Amateurfunktion des privaten Kritikers, der „im zeitgenössischen Jargon“ den Beinamen „Kunstrichter“ erhielt, ihn jedoch vom öffentlichen Amt des Richters deutlich unterschied.¹³ Lessing selbst forderte mit seiner Art von analysierender und aufbauender Buchkritik/Buchbesprechung, die allgemeinverständlich und bewusstseinsbildend sein sollte, das Publikum gezielt heraus.

Lessing war beteiligt an der Gründung des Rezensionsorgans *Allgemeine Deutsche Bibliothek* (1765–1806) durch Friedrich Nicolai (1733–1811), in dem die Novitätenproduktion aller Wissensgebiete für den gelehrten und ungelehrten, nach Bildung strebenden Leser aufklärerisch rezensiert worden ist.¹⁴ Dem Leser wurden sachlich begründete Informationen und Verständigungshilfen zur eigenen Meinungsbildung geboten.

Neben dem von Lessing begründeten kritischen Typus der Buchbesprechung trat Anfang des 20. Jahrhunderts eine zunehmende Politisierung auch der Buchbesprechung, zu der als Gegenpol die ausgesprochen feuilletonistische entstand. Verlage, die zugleich direkte oder indirekte Auftraggeber von Buchbesprechungen waren, und Rezensenten passten sich der wiederentdeckten populären Modeströmung des Feuilletonismus des 19. Jahrhunderts an. Hinzu kam das Erstarken des irrationalen

11 Hohendahl, P.U.: Literaturkritik, 1974, S. 12, 19–22.

12 Lessing, G.E.: Briefe, 1980, S. 8; Berghahn, K.L.: Literaturkritik, 1985, S. 39f.

13 Habermas, J.: Strukturwandel, 1962, S. 39f.

14 Schneider, U.: Friedrich Nicolai, 1995, S. 351–357.

Rechtsextremismus. Die Verhaltensweisen der Marktteilnehmer blieben nicht beeinflusst. Die Rezensenten mussten für diese Anforderungen ausbildungsmäßig gerüstet sein.

In der Weimarer Republik gehörten Buchbesprechungen in der Regel zu den Aufgaben festangestellter Redakteure und Journalisten von Presseorganen, in der Hauptsache Zeitungen und Zeitschriften. Sie konnten aber auch in den Händen freier Mitarbeiter liegen, d.h. von Schriftstellern, Lehrern oder Vertretern freier Berufe mit jeweils erforderlichem Spezialwissen. Das für Rezensionen benötigte Wissen sollte zum einen, abgestimmt auf den Bildungsgrad, die Bedürfnisse der von den Presseorganen angesprochenen Leserkreise befriedigen. Auf der anderen Seite wurde der Interaktionsraum abgesteckt durch die kulturelle, die parteipolitische und die wirtschaftspolitische Linie des Blattes, die der Verleger bestimmte.

Neben Presseorganen konnten auch Verleger Rezensenten beauftragen. Sie taten dies nicht nur aus eigenem verlegerischen Interesse, sondern um bestimmte Verlagsautoren zu unterstützen. Zum Druck reichten sie die ihnen geeignet erscheinenden Rezensionen an ihnen bekannte oder eng verbundene Presseorgane weiter.¹⁵

Ein allgemeingültiges Berufsbild im heutigen Sinne gab es für Rezensenten nicht. Obwohl der Berufszugang offen war, verlangte eine angemessene Aufgabenerfüllung spezifische Kenntnisse. Eine verbindliche Ausbildung mit vorgegebenen Lernzielen war aber nicht vorgeschrieben. Viele Rezensenten hatten eine akademische Vorbildung, sie musste nicht abgeschlossen sein. Erwartet wurden gute Allgemeinbildung, Kenntnisse der Literatur- und Zeitgeschichte, des literarischen und politischen Lebens und die Fähigkeit zu eigenständigem kritischem Denken und Formulieren. Bei fest angestellten Rezensenten konnte darüber hinaus handwerkliche Geschicklichkeit, z.B. im Mettagesaal, gefragt sein, wie es Margret Boveri geschildert hat.¹⁶ Zu den Standardaufgaben gehörten Recherchieren, Selektieren geeigneter Kommunikationsthemen, das heißt, eine investigative Begabung. Die berufliche Tätigkeit des journalistischen Rezensenten kann man als einen Begabungsberuf be-

15 S. Fischer erlaubte in den 30er Jahren der ländlichen Tagespresse das kostenlose Nachdrucken von Rezensionen, vgl. Mendelssohn, P.: S. Fischer und sein Verlag, 1970, S. 1205f.

16 Boveri, M.: Eine Hauptstadtzeitung, 1965, S. 176–181.

zeichnen.¹⁷ Berufsbezeichnungen wie „Rezensent“ und „Journalist“ blieben in Deutschland ungeschützt. Das Besprechen von Büchern war in der Regel kein Hauptberuf. Für eine feste Anstellung als Journalist oder Redakteur war eine etwa zweijährige innerbetriebliche Volontärzeit¹⁸ unter Einbeziehung praxisorientierter Berufsfertigkeiten und beruflicher Verhaltensregeln üblich, deren Vermittlung bei einem größeren Presseorgan dem Chefredakteur oblag. Je anspruchsvoller das Presseorgan und seine Leserschaft, desto gründlicher wurde die Aus- und Weiterbildung betrieben, die auch für Seiteneinsteiger offen stand. Die individuelle Förderung für eine möglichst vielseitige Verwendung nach Abschluss des Volontariats lag im unternehmerischen Interesse¹⁹, auch wenn Buchbesprechungen keine ganztägige und keine kontinuierliche Beschäftigung zuließen. Die Besprechung von Fachbüchern ist im Gegensatz zum belletristischen Unterhaltungsbereich eine Aufgabe, für die externe Rezensenten, meist Wissenschaftler, herangezogen werden mussten.

Dem Verlag war daran gelegen, für die Titel seines Verlagsprogramms den jeweils passenden Käufer-/Leserkreis zu finden. Er bestimmte die Art und Weise, ob und wie, das heißt auf welchen Wegen, mit welchen Mitteln und zu welcher Zeit im Jahr ein neues Werk bevorzugt zu verbreiten war. Dazu gehörten neben Preis und Ausstattung die richtige Auswahl bzw. Kombination der verschiedenen systematisch einzusetzenden Werbemittel, wie Anzeige, Plakat, Prospekt, Katalog, Hauspostille²⁰, Vorabdruck, Schaufenstergestaltung des Buchhändlers mit seiner persönlichen Käuferberatung, Werbebrief und nicht zuletzt Buchbesprechung.²¹

Der Lektor des Verlags wusste aus Erfahrung, welcher Rezensent für die jeweilige Besprechung geeignet war. Darüber hinaus konnte er sich beispielsweise über Sperlings *Zeitschriften-Adressbuch* in Leipzig über die infrage kommenden Buchbesprechungsorgane orientieren, aber auch freie Bewerber heranziehen.²² Jeder Rezen-

17 Steiger, A.: Der journalistische Beruf, 1920, S. 277–313; Hömberg, W.: Journalistenausbildung, 1989, S. 10–12.

18 Hagemann, W.: Soziale Lage des Journalismus, 1956, S. 147–157.

19 Boveri, M.: Eine Hauptstadtzeitung, 1965, S. 176–181; Steiger, A.: Der journalistische Beruf, 1920, S. 277–313.

20 z.B. ‚Das Inselsschiff‘ oder ‚Der Bücherbrief‘, Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg.

21 Kliemann, H.: Die Werbung für das Buch, 1925, S. 77–92.

22 Eckardt, F.: Das Besprechungswesen, 1927, S. 23–41.

sent erhielt für die Besprechung ein Freixemplar, Honorare wurden nicht gezahlt. Die Freixemplare für Rezensenten und Autoren (5–10 % der Auflage) zählten nicht zur Verkaufsauflage.²³ Die Besprechungs(frei)stücke durften nicht veräußert werden. Die Besprechung war bei Terminabsprachen fristgemäß abzuliefern.

Angesichts der starken Zunahme der Buchbesprechungen und des Einflusses auf Bücherkäufe – rund 30 % der Käufe seien durch Rezensionen veranlasst – hat Fritz Eckardt 1927 einen Leitfaden über die Aufgaben aller am Besprechungswesen Beteiligten herausgegeben, als erstmaligen Ordnungsversuch, wie er im Vorwort schreibt.²⁴ Es ging ihm um die Vervollkommnung der verzweigten Organisation des Besprechungswesens mit dem Ziel, die Vertrauenswürdigkeit der Buchbewertung auf hohem Niveau zu festigen, mögliche Unzulänglichkeiten in der Zusammenarbeit der Beteiligten (Autor, Buch- und Presseverleger, Redaktion, Rezensent) auszuräumen, bzw. nicht erst entstehen zu lassen. Er erläuterte die gesetzlichen Grundlagen (unter anderem das *Urheberrechtsgesetz* vom 19.6.1901), die erforderlichen vertraglichen Regelungen zwischen Verleger und Autor, die Aufgaben der Schriftleitungen und die Pflichten der Rezensenten. Er lenkte den Blick auf eine sorgfältige Auswahl der Rezensenten, den Umgang mit Besprechungsstücken, ihre sinnvolle und zweckmäßige Verteilung und Versendung, die Behandlung der Besprechung, die gebotene Überwachung und Aufbewahrung der Belege. Viele spezifische Ratschläge und Beispiele aus der Verlagspraxis ergänzen seinen Leitfaden.²⁵ Seine Ausführungen sind zugleich eine Antwort auf die im *Börsenblatt* vorgetragenen Regelungswünsche im Hinblick auf die „Novitätenflut“ und die dadurch bedingte zusätzliche Heranziehung freier nebenberuflicher Rezensenten, die mit den Usancen nicht so vertraut waren.²⁶

Die von Fritz Eckardt betonte sorgfältige Auswahl der Rezensenten sollte auch auf das von Journalisten als Interaktionspartner beeinflusste Wahrnehmungsverhalten der Rezipienten hinweisen, denn die Printmedien konkurrierten untereinander um die Leser der verschiedenen Gesellschaftsschichten. Grundsätzlich besteht die Be-

23 ebd., S. 8, 28.

24 ebd., S. 1, 77f. Beim 30 %-Anteil beruft sich Eckardt auf Studien des Eugen Diederichs-Verlags und statistische Erhebungen seit 1921.

25 Eckardt, F.: Das Besprechungswesen, 1927, passim.

26 vgl. anregende Zuschriften im *Börsenblatt*: Jg. 1921 Nr. 183, S. 1177/1246; Jg. 1925 Nr. 250, S. 16378f; Jg. 1926 Nr. 43, S. 229–235.

sprechung aus zwei Teilen, aus der Berichterstattung über Buchinhalt und Autor als eine Information über Fakten und aus einer subjektiven, den Zeitgeist berücksichtigenden Bewertung. Der Nachrichtenteil der Besprechung sollte vom Meinungsteil immer getrennt und erkennbar sein. Das wussten insbesondere Rezensenten in Presseorganen, die damals antiparlamentarisch eingestellt waren, und solche, die politische Meinungen verbreiteten, den Rezipienten aber eine objektive Unterrichtung suggerierten. Kaaren M. Moores, die die Wirkung der Presseorgane der Weimarer Zeit auf die Leserschaft untersucht hat, spricht sogar allgemein von Gesinnungsjournalismus im politisch polarisierten Deutschland.²⁷ Auch wenn sich die Leserschaft meist passiv verhielt, ihre Informationserwartungen, die auf den tradierten moralischen, religiösen und politischen Werten ruhten, konnten für Journalisten und Rezensenten durchaus Richtschnur sein. Ob *der* Leser „einen Anspruch auf unverzerrte Information habe, diese Gedanken waren untypisch für den deutschen Gesinnungsjournalismus“ bzw. die publizistischen Meinungsführer²⁸, insbesondere in der rechtsextremen Presse, wie z.B. dem Hugenberg-Konzern. Von einer Kommunikation zwischen Leser und Zeitschrift kann man hier nur bedingt sprechen.

Die Häufung von Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt²⁹, vor allem vor Weihnachten und Ostern, konnte leicht zur Arbeitsüberlastung von Rezensenten und zu Terminüberschreitungen führen mit der Folge, dass Besprechungsstücke, die sie ge-

27 Moores, K.M.: Presse- und Meinungsklima, 1996, S. 24, 44–48.

28 Moores, K.M.: Presse- und Meinungsklima, 1996, S. 46f, 48–67.

29 Umlauff, E.: Beiträge zur Statistik, 1934, S. 62 und 65. Gegenübergestellt werden Daten aus dem organisierten Buchhandel und zwar für die „erstmalig angezeigten Neuigkeiten“ ohne Schulbücher und für Zeitschriften aus charakteristischen Jahren. Ursachen für Produktionsschwankungen: 1921/22 Scheinkonjunktur, 1923 Inflation, 1929 Wirtschaftsrückgang, 1930 Weltwirtschaftskrise.

Jahr	Anzahl der Buch-Novitäten	Anzahl der Zeitschriften
1913	15229	6689
1919		3886
1921	16826	
1922	4802	
1926	13602	6739
1927	14814	6860
1928	13617	7116
1930	13317	7303
1931	11797	7469
1932	10355	7652

legentlich unverlangt erhalten hatten, nicht besprochen und dann nicht zurückgesandt worden sind. Für Verleger war dies der Anlass, dem Besprechungsstück Kurzinformationen beizufügen. Journalisten haben für dieses leicht in eine Art Werbetext ausartende Informationsblatt von Verlagen den legeren Begriff „Waschzettel“ gegeben. Die Wurzel des Begriffs hält Gerda Viktoria Förtsch für nicht ganz geklärt.³⁰ Nach Fritz Engel sei sie in der Goethezeit zu finden. Der Begriff stehe im Zusammenhang mit der damals gebräuchlichen Wäscheliste, einem Wäschereien übergebenen Wäscheverzeichnis. Förtsch zitiert dann Karl Bücher, der in der Weimarer Zeit den Waschzettelabdruck in vielen Fällen als eine Art „Entgegenkommen, das nahe an Korruption streift“, bezeichnet hat. Unzweifelhaft kann der sogenannte Waschzettel auch zu einem taktischen Lenkungsmittel des Verlegers werden und zwar zusätzlich zur direkten Beauftragung von ausgewählten Rezensenten.³¹

1.3 Gegenstand der Untersuchung

„Eine viel bekämpfte und längst totgesagte Institution“ sei die Buchbesprechung, gleichwohl bestehe sie immer weiter. Wolfgang Albrecht, der dies feststellt³², weist zugleich auf die Randständigkeit des Themas hin, die zu Forschungsdesideraten geführt habe. Defizite beständen in der Autorenrolle der Rezensenten, in der unbeachtet gebliebenen Funktion der Buchbesprechung gegenüber den Leserschichten, in den Marktstrategien der Verlage, in den Beratungsdiensten von Buchhändlern, Schulen und Bibliotheken, kurzum, es fehle ein systematisierendes analytisches Standardwerk, das die Resultate einer breitgefächerten Spezialforschung verarbeitet, die Kommunikations-, Medien-, Rezeptions- und weitere notwendige fachwissenschaftliche Untersuchungen umfasst.³³

30 Förtsch, G.V.: Buchbesprechung und Zeitschrift, 1940, S. 116.

31 Mendelssohn, P.: S. Fischer-Verlag, 1970. Über das Stichwort Waschzettel werden taktisch eingesetzte Beispiele anschaulich zitiert, z.B. S. 343f.

32 Albrecht, W.: Literaturkritik, 2001, S. 3f, 81.

33 ebd., S. 9.

An diese offenen Fragen knüpft die Untersuchung an. Im Mittelpunkt wird die Funktion und die Bedeutung des Rezensionswesens in der öffentlichen Kommunikation der nationalsozialistischen Diktatur stehen.

Herausgearbeitet werden sollen die unterschiedlichen Formen der Einflussnahme bis hin zur Bevormundung der Leserschichten. Da die nationalsozialistischen Maßstäbe für die Indoktrinierung der Bevölkerung schon in der Weimarer Republik eingesetzt wurden, wird dieser Zeitraum insoweit in die Untersuchung einbezogen. Nebenlinien der nationalsozialistischen Politik und untergeordnete Sachzusammenhänge werden nur aufgegriffen, wenn Nachweise und Begründungen aus Quellenmangel, z.B. durch Kriegsverluste, und auf andere Weise nicht zu erlangen waren.

Zur Untersuchung gehört die Behandlung von Aufgabe und Funktion wichtiger Institutionen vor und nach 1933.

In dem 1933 errichteten neuartigen Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) sollte nach dem Willen Joseph Goebbels unter seiner Leitung die gesamte, das heißt nicht nur die ihm zugewiesene Buch- und Pressepolitik des Reiches ressortübergreifend konzentriert sein. Doch das gelang nicht. Verkannt wurden nämlich die komplexen Funktionszusammenhänge und die Folgewirkungen der massiven Eingriffe. Es fehlte zudem eine klare Konzeption und eine Kompetenzabgrenzung in dem auf den Führerwillen ausgerichteten Herrschaftssystem. Jeder Machtträger in diesem System mit seinen vielen parallel installierten Institutionen handelte nach eigenen, nicht untereinander abgestimmten Vorstellungen.

Das Besprechungswesen, das nach Hitlers Direktiven im *Mein Kampf*-Buch als Teil der Literaturpolitik zur Erziehung der ganzen Bevölkerung eingesetzt werden sollte, ressortierte nämlich nicht nur in verschiedenen Ministerien, sondern auch in anderen von Hitler aus Gründen der Machtbalance neu geschaffenen reichsübergreifenden konkurrierenden Parteiinstitutionen, wie schon Reinhard Bollmus und Jan-Pieter Barbian eruiert haben.³⁴

Die folgenden Untersuchungen beschränken sich auf die wichtigste und größte Organisationseinheit, das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda mit sei-

34 Bollmus, R.: Das Amt Rosenberg, 1970; Barbian, J.-P.: Literaturpolitik, 1993.

nem administrativen Unterbau sowie – in begründeten Einzelfällen – auf bemerkenswerte Verflechtungen zu anderen Ministerien und Zentraldienststellen von Staat und Partei.

Sie konzentrieren sich auf die Verbreitung von Buchbesprechungen im Printmedienbereich. Der Rundfunk mit seinen andersartigen Ausdrucks- und Rezeptionsmöglichkeiten, der 1923 entstand und 1933 als Staatsrundfunk konkurrenzlos propagandistisch eingesetzt wurde, erfordert eine eigene Untersuchung.

Der zweifellos bedeutende Bereich der bibliothekarischen Buchbesprechung in allen Teilen des Büchereiwesens, einschließlich des Wissenschaftssektors, wurde nicht nach dem Willen von Propagandaminister Goebbels gesteuert, auch nicht nach seinen Grundsätzen und Regeln, sondern allein von Reichserziehungsminister Bernhard Rust. Dieser Bereich wird hier nicht behandelt.³⁵

Angesprochen werden soll mit der Untersuchung, wie weit sich im Maßnahmen- und Normenstaat des „Dritten Reichs“ Rezensenten und die mit ihnen zusammenarbeitenden Verleger und Autoren, aber auch ihre Leser unter der offiziell nicht voll ausformulierten nationalsozialistischen Ideologie und der ihnen aufgebürdeten politischen Selbstzensur überhaupt lenken ließen. An charakteristischen Beispielen lassen sich Intensität und Nachhaltigkeit der staatlichen Einflussnahme gut demonstrieren.

Kritik am nationalsozialistischen System, an seinen Funktionären und ihrer Politik war im „Dritten Reich“ grundsätzlich verboten. Sie konnte nur indirekt, d.h. verschlüsselt im Rahmen einer bestimmungsgemäßen und glaubwürdig bleibenden Buchbesprechung eingesetzt werden. In der Weimarer Republik ist die Meinungsfreiheit nach der Verfassung zwar gewährleistet gewesen, doch galt sie politisch mit Einschränkungen, besonders in der innenpolitisch angespannten Endphase. In beiden Herrschaftssystemen suchten Rezensenten nach Möglichkeiten, sich bei Bedarf aus-

35 Barbian erwähnt eine Sammlung von rund 1 000 Buchbesprechungen im Institut für Jugendbuchforschung der Universität Frankfurt/M. Ab 1.4.1935 kam im Auftrag der Reichsstelle des NS-Lehrerbundes in Bayreuth die Rezensionszeitschrift ‚Jugendschriftenwarte‘ im Verlag K. Thiemann, Stuttgart, heraus mit einem umfassenden Buchbesprechungsteil in Karteikastenform. Ob hier ein Zusammenhang besteht, konnte nicht geklärt werden, auch nicht, ob der Frankfurter Sammlungsbestand inzwischen registriert und katalogisiert ist. Vgl. Barbian: Literaturpolitik, 1995, S. 355 Anm. 165; ferner Aley, P.: Jugendliteratur im Dritten Reich, 1967, S. 20, 84. Zu den disparat gebliebenen parteipolitischen Grundsätzen vgl. Broszat, M.: Der Staat Hitlers, 1969, S. 308.

weichend oder systemkritisch zu äußern. Um diese Fälle zu erfassen, wird der Begriff Buchbesprechung nicht zu eng ausgelegt. In die Untersuchung einbezogen werden neben Einzel- und Sammelbesprechungen auch solche in Aufsatzform, als Leitartikel, als Miscelle. Darüber hinaus werden Studien, Stellungnahmen, Monographien behandelt und als solche kenntlich gemacht. Zwischen beiden Formen sind die Übergänge fließend. Teils war ihr Ansatz Folge einer buchkritisch ambivalenten Einstellung, teils haben Kritiker sie gezielt eingesetzt, um Sanktionen auszuweichen.

Der Untersuchung zugrunde gelegt werden die Rezensionen, wie sie sich aus *der Bibliographie der Rezensionen* ermitteln ließen, insbesondere zu den verwendeten überörtlichen periodischen Zeitschriften und Zeitungen. Mit ihnen lässt sich ein repräsentatives Bild der veröffentlichten Meinung geben.

Nicht zu eng darf die Bewertung des Rezeptionsverhaltens der Leser gesehen werden. Für den Untersuchungszeitraum gibt es keine statistischen Erhebungen und Umfragen, wie sie heute üblich geworden sind und für eine Wirkungsabschätzung notwendig wären. Oft existieren nur vage Anhaltspunkte über die im allgemeinen nicht als konstant anzusehenden Leserinteressen, aus denen Schlüsse gezogen werden können. Das gilt insbesondere für die seit Kriegsbeginn erstellten Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS über die von ihr mehr oder weniger grob ermittelte Einstellung der Bevölkerung.³⁶

Um den Umfang nicht ausufern zu lassen, wird die Untersuchung auf exemplarische Fälle begrenzt. Die gewählten Beispiele sind der überörtlichen Presse entnommen, die im allgemeinen mit Hilfe der konkurrenzlos kostengünstigeren Maternkorrespondenz- und Nachrichten-Dienste (Telegraphen-Union des antidemokratischen Hugenberg-Konzerns) eine vorherrschende und oft auch meinungsbildende Position gegenüber der ländlichen, meist in Unselbständigkeit geratenen Provinzpresse erlangt hatte.³⁷ Die Art der Buchbesprechung unter nationalsozialistischem Einfluss

36 Die Lageberichte sind 1965 von Heinz Boberach als „Meldungen aus dem Reich“ veröffentlicht worden.

37 Eine zusammenfassende Untersuchung über die Praxis bzw. politische Entwicklung der Provinzpresse nach „rechts“ fehlt noch; vgl. Wernecke, K.: Die Provinzpresse am Ende der Weimarer Republik, 1987.

und ihre Wirkung sollen analysiert werden.³⁸ Für die Vorgeschichte werden aus der Fülle der Zeitschriften der Weimarer Zeit nur einzelne, bestimmte Leserschichten repräsentierende, herangezogen.

Eine systematische Untersuchung der funktionalen Beziehungen zwischen Buchbesprechung und Politik fehlt bisher. Im Folgenden können nur einzelne Aspekte angedeutet werden.

1.4 Zur Forschungslage

Vor 1945 sind Buchbesprechungen als eigenständiger buchwissenschaftlicher Forschungsgegenstand nicht systematisch untersucht worden. Paul Raabe hat in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts auf die Bedeutung der Buchwissenschaft als ein interdisziplinäres Forschungsgebiet aufmerksam gemacht.³⁹ Er nannte unter anderem die Buchkritik in Zeitschriften ein Medium, das es zu erforschen gelte.

Die über die begrenzten Interessen von Autoren hinausreichende Relevanz von Buchbesprechungen geriet erst nach 1945 im Zusammenhang der deutlicher gewordenen zeitkommunikativen Wechselbeziehungen zwischen Autor-Verleger-Rezensent-Leser im Kontext der pluralistischen und monistischen Herrschaftsstrukturen in den Blick der Forschung. Doch das Bewusstsein für die Bedeutung kritischer Buchbesprechungen im kritikfeindlichen Machtsystem des Nationalsozialismus entwickelte sich nur sehr langsam. Die geistige Betroffenheit der Überlebenden dieser Diktatur, die nicht unausweichlich war, und der anschließenden Jahre des materiellen Elends und des nachfolgenden „Kalten Kriegs“ zwischen den Siegermächten, der erst mit dem Niedergang des kommunistischen Systems 1989 endete, hat die nur sehr zögerliche und tabubelastete Aufarbeitung des nationalsozialistischen Unrechts zusammen mit seiner Weimarer Vorgeschichte geprägt.

38 Es gibt viele Buchbesprechungen, die mit keinen wesentlichen ideologischen Vorstellungen der Nationalsozialisten kollidierten und frei publiziert werden konnten. Sie sind nicht gesonderter Gegenstand dieser Untersuchung.

39 Raabe, P.: Was ist Geschichte des Buchwesens?, 1976, S. B 318–330; ferner Koppitz, J.: Zur Fachgeschichte, 1989, S. 387–394.

Das wissenschaftliche Forschungsinteresse an der nationalsozialistischen Zeit wird konkret an der Literaturpolitik, jedoch mit nur sporadischen Rückbezügen auf die Weimarer Epoche. Eine übersichtliche Bestandsaufnahme gibt Jan-Pieter Barbian 1993 mit einer aufschlussreichen Analyse der staatlichen und parteiamtlichen Institutionen zur Lenkung der Literaturpolitik. Sein Verdienst ist es, die verwickelten Machtstrukturen, Kompetenzen und Betätigungsfelder im weiten Bereich der Literatur mit Hilfe einiger bereits vorliegender Detailstudien und unter Heranziehung inzwischen zugänglich gewordener Quellen zu großen Teilen aufgedeckt, analysiert, zahlreiche Irrtümer aufgeklärt, verbleibende Untersuchungslücken aufgezeigt und über eine ausführliche Literaturübersicht weitere untersuchungsbedürftige Aufgabengebiete ins Blickfeld gerückt zu haben. Dabei hat er auch die Rolle des Rezensionswesens in der Zensur- und Überwachungspolitik der wichtigsten Institutionen angesprochen, allerdings nur in Andeutungen.⁴⁰

Eine erste materialreiche summarische Darstellung der nationalsozialistischen Literaturpolitik, der sogenannten Schrifttumspolitik, hatte der Publizist Dietrich Strothmann bereits 1968 veröffentlicht. Ihr vorangegangen war 1960 in der Zeitschrift *Publizistik* ein fragmentarisch gebliebener Überblick zur Neuordnung des Buchbesprechungswesens im „Dritten Reich“. Das Buchbesprechungsgefüge wird von ihm mit Hilfe von Zitaten verschiedener Mandats- und Funktionsträger in Staat und Partei und symptomatischer Fakten unter ideologischem Aspekt zu entwickeln versucht, ohne die chronologischen und systematischen Bedingungsbeziehungen und ihren Praxisbezug herausgearbeitet zu haben, obwohl eine logischere Ordnung vorstellbar ist.⁴¹

Der Kampf zwischen den nationalsozialistischen Führern um Einfluss und Macht auf dem Gebiet der Kulturpolitik hat Reinhard Bollmus am Beispiel von Alfred Rosenbergs vor 1933 ideologisch nicht offen agierenden „Kampfbund für deutsche Kultur“ gegen die Weimarer Republik, der nach 1933 zum sogenannten Amt Rosenberg

40 Barbian, J.-P.: Literaturpolitik, 1995, S. 277f, 290, 303f, 311–321.

41 Strothmann, D.: Die Neuordnung des Buchbesprechungswesens, 1960. Ders.: Nationalsozialistische Literaturpolitik, 1968.

mutierte, untersucht⁴² und wesentliche Einblicke in das disparate Machtgefüge vermittelt. Die Verbreitung nationalistisch-nationalsozialistisch inspirierten Schrifttums vor 1933 und die Unterdrückung unerwünschter Literatur nach 1933 mit Hilfe gesteuerter Buchbesprechungen wird dagegen nur marginal angedeutet.

Zu nennen ist ferner die aufschlussreiche Arbeit von Dietrich Aigner über die Indizierung „schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ im „Dritten Reich“. Die Indizierung gehörte zu dem Bereich der Zensurpolitik, die sich auf die Buchbesprechungen empfindlich ausgewirkt hat.⁴³

Die Ausschaltung jüdischer Autoren, Verleger und Buchhändler durch Berufsverbote und Ghettoisierung ist von Volker Dahm analysiert worden. Zugleich hat er auf die Verlagerung der staatlichen Buchzensur auf die an der Buchproduktion und -distribution Beteiligten als Verpflichtung zur Selbstzensur hingewiesen – ein Aspekt, der auch im Besprechungswesen eine wesentliche Rolle spielt.⁴⁴

Falk Schwarz hat unter dem Titel „Literarisches Zeitgespräch“ die Bedeutung der Zeitschriften im literarischen Leben der Gesellschaft untersucht und auf die Funktion der Zeitschriftenredakteure und Journalisten als wichtige Vermittler selbst unter höchst einengenden Bedingungen des „Dritten Reiches“ aufmerksam gemacht.⁴⁵ Unter Kommunikation verstand Falk Schwarz in Anlehnung an Heinz Starkulla nur ein stellvertretendes fiktives Gespräch mit den Lesern, das er am Beispiel der *Neuen Rundschau* des S. Fischer Verlags demonstriert.⁴⁶ Das in der Weimarer Republik entwickelte Literaturprogramm mit Rezensionsteil wurde von Peter Suhrkamp im „Dritten Reich“ weiterverfolgt, er wurde damit in eine Oppositionsrolle gedrängt. Falk Schwarz, der die Untersuchung von Wolfgang Grothe am gleichen Objekt für den Zeitraum der Weimarer Republik⁴⁷ fortgesetzt hat, stellt Grenzen des Rezensierens deutlich heraus, die im „Dritten Reich“ nicht sanktionslos überschritten werden konnten. Die Definition von Kommunikation zwischen Rezensent und Leser

42 Bollmus, R.: Das Amt Rosenberg, 1970.

43 Aigner, D.: Die Indizierung „schädlichen und unerwünschten“ Schrifttums im Dritten Reich, 1971.

44 Dahm, V.: Das jüdische Buch, ²1993.

45 Schwarz, F.: Literarisches Zeitgespräch, 1972, Sp 1283–1290.

46 ebd., Sp 1283–1286.

47 Grothe, W.: Die ‚Neue Rundschau‘, 1963, Sp 810–996.

kann sich aber, wie er selbst vorsichtig einräumt,⁴⁸ nicht allein an der Widerstandsleistung (Camouflage) einer Zeitschrift erweisen.

Das Thema Buchbesprechung wird in den genannten Forschungsarbeiten nur beiläufig im Zusammenhang mit der amtlichen Politik und mit realen Versuchen einer literarischen Kommunikation im „Dritten Reich“ angesprochen. Auch hinsichtlich der Zeit des Übergangs von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“ fristete die Buchbesprechung nur ein Schattendasein in der Forschung. Die aufwendigen Nachforschungen von Andreas Meyer und Siegfried Lokatis über die Verlagsstrategien des DHV-Konzerns haben Bestrebungen politisch rechtsextremer Einflussnahme aufgedeckt, die auf dem Gebiet des Buchbesprechungswesens weiterzuverfolgen geboten ist.⁴⁹

Das lange Zeit fast vergessene bzw. verdrängte grundlegende Weltanschauungsbuch *Mein Kampf* von Adolf Hitler und seine Rezeption in der Bevölkerung ist nach wiederholten früheren Ansätzen, wie beispielsweise von Hermann Hammer 1956, Karl Lange 1968 und Werner Maser 1974, erst im Jahre 2006 durch Othmar Plöckingers umfangreiche Forschungen von der bisherigen deterministischen auf eine mehr pragmatische Erkenntnisebene gerückt worden. Plöckinger hat eine größere Zahl von Buchbesprechungen über das Hitlerbuch zusammengetragen. Seine Analyse ergibt, dass das Buch erstens auf dem Markt (selektive) öffentliche Beachtung gefunden hat, und dass zweitens nicht so sehr der Buchinhalt insgesamt, als vielmehr auszugsweise Teilaspekte darin erörtert worden sind. Die mit dem Bewusstsein der Menschen korrelierenden zeitbedingten Fakten seien von der Forschung lange Zeit nicht erkannt worden. Seine den Forschungsstand ergänzenden Ermittlungen zur Buchpublikation und seine Sammlung politischer und faktengestützter Besprechungen und kommentierender Betrachtungen von Rezipienten aller Art erleichtern die Bestimmung und Einordnung des Geschehens in das Buchbesprechungswesen der damaligen Zeit.⁵⁰

48 Schwarz, F.: Literarisches Zeitgespräch, 1972, Sp 1301–1304.

49 Meyer, A.: Verlagsfusion Langen-Müller, 1989, sowie Lokatis, S.: Hanseatische Verlagsanstalt, 1992.

50 Plöckinger, O.: Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers „Mein Kampf“, 2006, mit ausführlichem Literaturnachweis. Ferner: Hammer, H.: Die Buchausgaben, 1956; Lange, K.: Hitlers unbeachte-

Eine Buchnutzungsforschung, bzw. eine übergreifende Buchwirkungsforschung, die sich auseinandersetzt mit dem Rezeptionsverhalten stimulierter oder manipulierter Leser und Kommunikatoren unter den Einflüssen von Informationen, Meinungen, Gesellschaftsnormen, und zwar aller Gesellschaftsschichten ohne Präferenzbildung auch in Anbetracht überkommener Denkschemata, befindet sich noch in den Anfängen.⁵¹ Die vorliegende Untersuchung versteht sich als ein Beitrag zu diesen Zusammenhängen.

te Maximen, 1968; Maser, W.: Hitlers „Mein Kampf“, der Fahrplan eines Weltoberers, 1974. Kershaw, J.: Hitler vor 1936, 2002, Vorwort von 1998. Kershaw geht davon aus, dass nicht viele Zeitgenossen das Hitlerbuch gelesen haben können.

- 51 Kerlen, D.: Buchwirkungsforschung, 2000, S. 99–111. Im neuen Handbuch von Heinz Pürer: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, 2003, ist das Forschungsfeld „Rezipientenforschung“ im Kapitel 4.4 auf S. 310–399 kompakt dargestellt, es findet sich aber keine Aussage über Rezensionen in Zeitschriften oder entsprechende Literaturhinweise. Unterstrichen wird dieses Defizit durch die Referate-Sammlung: „Neue Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung“ von 1987, die in einem Beitrag von Klaus Wernecke die Provinzpresse am Ende der Weimarer Republik exemplarisch behandelt. Buchbesprechungen blieben unerwähnt, trotz Betonung des auf Kommunikation gerichteten Forschungsinteresses.

2. Zur Vorgeschichte: Verbreitung politischer Literatur in der Weimarer Republik im Spiegel der Buchbesprechung

2.1 Die literarischen und sozio-kulturellen Rahmenbedingungen

Die literarische Situation in der Weimarer Gesellschaft ist geprägt durch die Vielfalt an Zeitschriften und ein großes Meinungsspektrum.¹ Als Folge der Kapitalisierung des Buchmarktes seit dem 19. Jahrhundert wurde auch dem sozial aufstiegswilligen breiten Publikum der Zugang zum Buch vom Buchgewerbe und den aufkommenden Buchgemeinschaften preislich und durch Anpassung an den Massengeschmack erleichtert, oft ohne Vermittlung von Rezensenten².

Konnte also Literatur frei rezipiert *und* sozial wirksam werden nach dem Laissez-faire-Prinzip, ohne formelle oder informelle Vermittlung? Rolf Engelsing stellt dazu fest: „Das Volk las nicht, was ihm am nützlichsten und heilsamsten war, [...] sondern das, was ihm ins Haus getragen, angepriesen, ja aufgenötigt wurde“, d.h. von Kolporteuren.³ Jürgen Habermas' gesellschaftskritischer Analyse zufolge wandelte sich die Masse der lesenden Bevölkerung vom kulturräsonnierenden zum kulturkonsumierenden Publikum.⁴ Auf der Suche nach neuen literarischen Diskursformen, in die das Publikum nicht einbezogen wurde, vermochte die in die Krise geratene rezensorische Buchkritik, wie Russel A. Berman resümiert, „nicht mehr zu einer öffentlichen und mündigen Urteilsbildung beizutragen“.⁵ Traditionalisten und Fortschrittliche unter den Rezensenten waren uneins über die Ausgewogenheit der praktizierten Buchkritik, wie anhand zahlreicher Buchbesprechungen in den Abhandlungen von Anni Carlsson und Russel A. Berman demonstriert wird.⁶

Durch abwechslungsreiche Themen, durch unterschiedliche Darstellungsformen, durch Eingehen auf die verschiedenen Geschmacksrichtungen ließen sich – wie

1 vgl. Kaes, A. (Hrsg.): Dokumente zur Literaturkritik, 1983.

2 Schenda, R.: Volk ohne Buch, 1970. Der Massencharakter des Buches trat in der Republik generell noch nicht in den Vordergrund, abgesehen von wenigen Bestsellern, vgl. Schneider, T.: Bestseller, 2004.

3 Engelsing, R.: Massenpublikum und Journalistentum, 1966, S. 76, 81.

4 Habermas, J.: Strukturwandel der Öffentlichkeit, 1975, S. 18.

5 Berman, R.A.: Literaturkritik, 1985, S. 274.

6 ebd., S. 205–274; Carlsson, A.: Deutsche Buchkritik, 1969, S. 282–315.

schon angedeutet – neue Leserschichten erschließen. Von den publikumswirksamen Schreibweisen profitierten auch Buchbesprechungen. Genannt sei Kurt Tucholsky in *Die Weltbühne*. Die *Literarische Welt* unter Willy Haas hatte erst gegen Ende der Weimarer Republik mit Leserfragen und Rezensionen den Dialog mit dem linksbürgerlichen Publikum eröffnet.⁷

Neben diesen eher unpolitischen Bemühungen um neue Leser versuchte die rechtsextreme Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) Leser auf ihre Ziele aufmerksam zu machen und sie an sich zu binden. Sie nutzte das (neue) konstitutive Prinzip der pluralistischen auf Mehrheitsentscheidungen setzenden Demokratie, wollte aber das, was ihrem politischen Ziel der „rassischen Wiedergeburt“ zuwiderlief, ausgeschlossen wissen. Dabei scheute sich die Partei nicht, soziale, wirtschaftliche und mentale Zwänge, die das Bewusstsein des konservativen Bildungsbürgertum mehr und mehr verunsicherten und von Zeitgenossen vordergründig als ein krisenhafter „Verfall des Wesens der Kunst“ diagnostiziert worden sind⁸, politisch auszubeuten. Kurt Sontheimer hat auf die strukturelle Divergenz zwischen der sozialen Wirklichkeit und der kulturkritischen Einstellung und ihren Wirkungszusammenhang aufmerksam gemacht.⁹

In jüngster Zeit sind die bisher vernachlässigten Aktivitäten der NSDAP über ihren Kampfbund für deutsche Kultur (KfdK) von Jürgen Gimmel untersucht worden.¹⁰ Mit dem zum Schein überparteilich agierenden KfdK unter Alfred Rosenberg, dem engen Vertrauten Hitlers, sollte das Bildungsbürgertum unter Ausnutzung anti-jüdischer und antikapitalistischer Zeitströmungen sowie verbreiteter bürgerlicher Ressentiments unauffällig unterwandert und für die noch wenig bekannten nationalsozialistischen Ziele einer angeblichen kulturellen Erneuerung auf rassischer Grundlage durch Preisgabe bürgerlicher Traditionsgewissheiten empfänglich gemacht wer-

7 Kaes, A.: Stichwort Weimarer Republik. In: Literaturlexikon, 1993, S. 478.

8 Jaspers, K.: Die geistige Situation der Zeit, 1979, S. 121. Fischer, S.: Bemerkungen zur Bücherkrise, zitiert von Anton Kaes: Weimarer Republik. Dokumente, 1983, S. XXVIII. Vgl. auch Spenglers.: „Untergang des Abendlandes“ mit 100 000 im Jahr 1922 verkauften Exemplaren (nach Gessner, D.: Weimarer Republik, 2002, S. 59).

9 Sontheimer, K.: Antidemokratisches Denken, 1994, S. 179 und Rez. v. Klaus Egstein in Hist. Zft 197, 1963, S. 657–666.

10 Gimmel, J.: KfdK, 2001, passim.

den. Den Zeitgenossen sind die wahren Absichten nicht sogleich bewusst geworden. Den populistisch beweglich agierenden Propagandisten im KfdK und den 28 angeschlossenen Vereinen und Bünden (wie Gimmel recherchiert hat) gelang vor allem mit negativer Kritik an der Weimarer Kultur, mit antimodernistischen, diffusen (mystifizierenden) und dadurch leichter politisch instrumentalisierbaren volkstümlichen Argumenten, die ständig wiederholt wurden, ein Einbruch in das Bürgertum, trotz parteiinterner Konflikte.¹¹

Der Aktionsrahmen für Rezensenten war begrenzt. 1931 forderte Otto Forst de Bataglia unter dem Titel *Unkundige Trojaner. Eine Kritik der Buchkritik* ein Überdenken einer sich abzeichnenden Besprechungstendenz, die dem Leser bestimmte Informationen als Meinungen aufdrängen will. In karikierender Form weist er, der offensichtlich Hitlers *Mein Kampf* und den *VB* gelesen hatte, auf einen nicht genannten rechtsgerichteten Verlag hin, der „ein wenig Raubtierdressur, ein wenig Führertum [...] und vor allem Erziehungswissenschaft in sich vereinigt“ und sah bereits den Leser vor sich, der anstatt zu rasonieren, zum Objekt eines politischen Willens gemacht werden sollte.¹² Diese Beobachtung eines aufmerksamen Zeitgenossen in einer zunehmend politisierten Öffentlichkeit sollte sich als treffend erweisen.

Das in Artikel 118 der WRV garantierte Recht auf freie Meinungsäußerung in Wort, Schrift, Druck, Bild oder sonstiger Weise und die in Artikel 142 garantierte Freiheit der Kunst, Wissenschaft und ihrer Lehre waren in der Praxis problematisch, denn bei Gefahren für die innere Sicherheit und Ordnung konnten Grundrechte nach Artikel 48 außer Kraft gesetzt werden. Und dazu gab es viele Anlässe durch das brutale Auftreten links- und rechtsradikaler Parteien und Gewalttäter bis hin zu den Morden an Matthias Erzberger und Walter Rathenau (16.1.1921 und 24.6.1922).

Mit dem „Gesetz zum Schutz der Republik“ vom 21.7.1922, das immer wieder verlängert wurde (am 2.6.1927 und 25.3.1930) und dem Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten¹³ wurde im Bedarfsfall auch in das Buch- und Pressewesen einge-

11 ebd., S. 55, 64f, 69, 73. Vgl. auch Fritzsche, P.: *Germans into Nazis*, 1999, S. 199–206.

12 ‚Neue Literatur‘ 32, 1931, S. 527.

13 genannt seien die beiden ersten Notverordnungen vom 28.3.1931: Aufhebung der Grundrechte der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, befristetes Verbot von Presseorganen und

griffen durch Verbote und Zensur. Klaus Petersen spricht von einer staatlichen Kommunikationskontrolle, mit der die Machteliten auf die tiefgreifende Krise der sozialen und kulturellen Modernisierung/Reformierung einer Gesellschaft mit ihren religiösen, moralischen und politischen Wertsetzungen und Verhaltensweisen reagierten.¹⁴ Die neue Demokratie sollte stabilisiert und gefördert werden, doch waren die Mittel oft unangemessen, unzulänglich. Pazifistische Propaganda wurde beispielsweise durch Strafanzeigen der Reichswehr als Landesverrat verfolgt, weil sie die Wehrbereitschaft unterminiere.¹⁵ Straftaten politischer Gegner von „rechts“ (völkisch-nationalsozialistische und antijüdische) mit ihren Meinungsterror betreibenden Sturmabteilungen (SA) und Wehrverbänden wurden weniger streng beurteilt als von „links“. „Soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte kamen zu kurz“ resümiert Uwe Wesel und ergänzt: die fehlende demokratische Tradition der Juristen habe in eine nicht folgenlos gebliebene „politische Schiefelage der Strafjustiz“ geführt.¹⁶

Während der überwiegende Teil der konservativ-national gesinnten Bevölkerung darauf vertraute, dass die belastenden Nachkriegsprobleme nicht nur autoritär geregelt, sondern auch gelöst würden, reagierten Schriftsteller und Rezensenten im SDS, der größten Schriftstellervereinigung, bewusster. Sie wehrten sich gegen die Politisierung ihrer Arbeit und ihrer Standesorganisation,¹⁷ wenn auch vergeblich. Es gab interne und externe Auseinandersetzungen der republikanisch orientierten Schriftsteller mit rechtsextremen Journalisten, wie Wilhelm Stapel, aber stärker noch mit der kommunistischen Fraktion bzw. Opposition¹⁸. Die Rezensenten passten sich der politisch-rechtlichen Entwicklung nicht unbedingt freiwillig an. Bei unpolitischen Buch-

Druckschriftenbeschlagnahmen. 17.7.1931: Verschärftes Verbot von missliebigen Presseorganen und Buchpublikationen.

14 Petersen, K.: Zensur in der Weimarer Republik, 1995, S. 4–6.

15 ebd., S. 280.

16 Wesel, U.: Geschichte des Rechts, 1997, S. 458f, 463. Theodor Wolff hat die weitaus mildereren Justizurteile bei Straftaten von „rechts“ im Vergleich zu solchen von „links“ im Berlinger Tageblatt vom 29.1.1931, S. 1 bemängelt (nach Moores, K.M.: Presse- und Meinungsklima, 1996, S. 364).

17 Fischer, E.: Der SDS, 1980, Sp. 294, 554–564 mit Quellenangaben.

18 ‚Deutsches Volkstum‘, Hrsg. Stapel, W., H.1, 1931, S. 77–79 und H.2, 1932, S. 162 nach Fischer, E. Anm. 3 Sp. 595f.

besprechungen war dagegen eine lebendige schöpferische Kritik nicht nur erlaubt, sie war erwünscht im freien literarischen Markt.¹⁹

Zwei Beispiele können schlaglichtartig das geistige Klima der Gesellschaft beleuchten, die im Parteienkampf zu einer funktionierenden Demokratie nicht finden konnte. Der Autor und Rezensent Emil Julius Gumbel (1891–1966)²⁰ trat im In- und Ausland nicht nur als anerkannter Volkswirt und Statistiker hervor, sondern seit 1919 mit Büchern, Aufsätzen und Kritiken. Er wandte sich politisch gegen die Feinde der Republik und Demokratie. Er veröffentlichte enthüllende statistische Fakten und Dokumentationen. Ihm ging es um die Aufklärung der vor und nach 1918/19 irregeleiteten Menschen, um die Entlarvung politischer Lügen und von nationalistischem Revanchedenken, von Terror und ungesühnten Morden rechts- und linksradikaler Verschwörer, um die illegale Bewaffnung nationalistischer Geheimbünde und der „schwarzen“ Reichswehr,²¹ aber auch um die deutsch-französische Aussöhnung, für die er in beiden Ländern auftrat. Er zog sich den Hass von militanten Gegnern, von Deutschnationalen und Nationalsozialisten zu, der in eine Klage wegen Landesverrats mündete. Das Klageverfahren ist zwar am 2.4.1925 vom Oberreichsanwalt eingestellt worden, doch die Philosophische Fakultät der Universität Heidelberg und der ASTA der „deutsch denkenden“ Studenten verfolgten ihn wegen seiner pazifistischen Einstellung in herabwürdigender diskriminierender Weise. Dem Entzug der Lehrberechtigung 1932 folgte seine Emigration.²²

Ein weiteres Beispiel für die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts liefern die Vorgänge um die „Sektion für Dichtkunst“, die der bestehenden Preußischen Akademie der Künste am 29.3.1926 angegliedert worden ist. Ein ideologischer Streit entzündete sich an der Frage, ob die Preußische Akademie für das ganze Deutschland sprechen dürfte, ohne völkische Dichter zu Mitgliedern zu ernennen. Der Streit endete im Januar 1931 mit dem Austritt der völkisch-antijüdischen Schriftsteller Erwin

19 Reichel, P.: Schein und Wirklichkeit, 1992, Kap. 2.

20 Benz, W.: Die Karriere eines Pazifisten, 1983, S. 100–198.

21 Petersen, K.: Zensur in der Weimarer Republik 1995, S. 74. Der Reichswehr war 1923 auf dem Verordnungsweg exekutive Gewalt übertragen worden, um auch gegen Rufschädigungen gerichtlich vorzugehen, S. 115.

22 ebd., S. 150–154. Gumbel ist zusammen mit Heinrich Mann und Kurt Tucholsky am 23.8.1933 ausgebürgert und enteignet worden, vgl. Brenner, H.: Kunstpolitik, 1963, S. 59.

Guido Kolbenheyer (1878–1962), Wilhelm Schäfer (1868–1952) und Emil Strauß (1866–1960). Alle drei gehörten zu den Förderern des KfdK. Die beiden Erstgenannten waren als Rechtsextremisten im DHV-Konzern bereits aktiv, alle drei gehörten zu den Verlagsautoren dieses Konzerns. Die ersten beiden waren eng verbunden mit den Herausgebern des ‚Deutschen Volkstum‘, Wilhelm Stapel, und der ‚Neuen Literatur‘, Will Vesper. Ihre rechtsgerichteten oppositionellen Bestrebungen wurden dirigiert von Börries Frh. von Münchhausen, der weiter Akademiemitglied blieb.²³ Sie forderten schließlich in den von Alfred Rosenberg herausgegebenen *Nationalsozialistischen Monatsheften* (NSMH) die Auflösung der Akademie.

2.2 Presseorgane als Orte der Kommunikation

Die vorrepublikanisch gewachsenen Lesebedürfnisse der inhomogener gewordenen Gesellschaft entwickelten sich in der Weimarer Republik differenziert fort. Buch- und Pressemarkt reagierten darauf mit einem großen Angebot für fast jeden Geschmack.

Die Anzahl der Zeitungen betrug in den Jahren 1920 3 862 und 1932 4 770, die der Zeitschriften stieg ab 1919 von rund 3 900 bis 1932 auf rund 7 600 an,²⁴ ein Spitzenwert, der in keinem anderen europäischen Land oder in den USA erreicht worden ist. Die Blätter sind von Umfang, Auflage und Verbreitung in ihrer Mehrheit kleine örtliche gegenüber wenigen, oft auflagenstarken überörtlichen Presseorganen. Etwa 25 % der Zeitungen hatten Auflagen zwischen 1 000 und 5 000 Exemplaren.²⁵ Etwa ein Drittel der Zeitungen waren Walter Hagemann zufolge nur sogenannte Kopfblätter, ein Ergebnis des Vordringens der Materndienste zur Rationalisierung des Herstellungsaufwandes.²⁶ Knapp unter 50 % der Zeitungen bezeichneten sich vor 1933 als parteiorientiert oder parteigebunden.²⁷

23 Meyer, A.: Die Verlagsfusion Langen-Müller, 1989, S. 42–48. Lokatis, S.: Hanseatische Verlagsanstalt, 1992, S. 4f, 11f, 69, 102f. Jens, I.: Dichter zwischen rechts und links, 1971, S. 68; Mittenzwei, W.: Untergang einer Akademie, 1992, S. 157–216..

24 Umlauff, E: Beiträge zur Statistik, 1934, S. 62 und 65.

25 Moores, K.M.: Presse- und Meinungsklima, 1997, S. 32f, 41.

26 Hagemann, W.: Die Zeitung als Organismus, 1950, S. 100.

27 ebd., S. 117.

Verleger, Redakteure, Journalisten sahen ihre Aufgabe nicht nur in der Information, sondern auch in der Meinungsbildung, die zunehmend unter ideologischen und parteipolitischen Einfluss geriet und instrumentalisiert wurde.²⁸ Besonders die extremistische Presse vom rechten, aber auch die vom linken Rand des Parteienspektrums hat zur gesellschaftlichen Zerklüftung beigetragen.²⁹

Die Presseorgane waren bildungsmäßig oder politisch auf bestimmte Leserzielgruppen programmiert. Prinzipiell lassen sich zwei Kategorien unterscheiden: die *Zeitung* speziell für tagesaktuelle Informationen und Berichte und die *Zeitschrift* für darüber hinausreichende Themen und Argumentationen. Viele Zeitschriften boten ihren Lesern regelmäßig Buchbesprechungen an. Von überregionalen Tages- und Wochenzeitungen ist die mediale Verstärkerfunktion durch Literaturbeilagen mit Rezensionsteil genutzt worden. Zeitungen wiesen gleichfalls auf Buchbesprechungen in Zeitschriften hin und konnten so weitere Leser für sie gewinnen. Genannt seien das großstädtische, die DDP unterstützende, linksliberale *Berliner Tageblatt* (Auflage absinkend von 70 000 auf 30 000 im Jahre 1932), die *Vossische Zeitung* (Auflage absinkend auf rund 68 000 im Jahre 1930/31, 1934 zwangsweise eingestellt), die *Frankfurter Zeitung* (Auflage absinkend von 68 000 im Jahre 1929 auf 55 000 im Jahre 1932), die *Berliner Börsenzeitung* (am 31.12.1933 fusioniert mit *Berliner Börsen-Courier*), die *Münchner Neueste Nachrichten* (am 21.12.1935 verboten), die konservative *Deutsche Allgemeine Zeitung* (Auflage 60 000 im Jahre 1932, 1933 gleichgeschaltet), die konservativ-liberale *Kölnische Zeitung* (ab 1939 dem Oberkommando der Wehrmacht zugewandt), der sozialdemokratische *Vorwärts* (Auflage 4 000 im Jahre 1929, 120 000 im Jahre 1930, 13 000 im Jahre 1931), der nationalsozialistische *Der Angriff* (1927 eine Auflage von 2 000, 1928 eine Auflage von 30 000).³⁰

Nachfolgend sind wichtige in Deutschland herausgegebene literarische Zeitschriften mit Rezensionsteil zusammengestellt, die nicht nur regional und vorübergehend Ansehen erlangt haben. Ein Großteil von ihnen präsentierte schon vor dem Ers-

28 Moores, K.M.: Presse- und Meinungsklima, 1977, S. 39f.

29 Hagemann, W.: Die Zeitung als Organismus, 1950, S. 117.

30 ebd., S. 60–63 bezüglich der Auflagenhöhe und der Erscheinungsdauer.

ten Weltkrieg ambitionierte literarische Programme und passte sich den gesellschaftlichen Wandlungen an in ständigem Werben um Leser. Sie können geordnet werden nach dem politischen Meinungsspektrum von „links“ nach „rechts“. Dazu wird die jahresbezogene Auflagenhöhe,³¹ aus der Hinweise auf die Rezeption der Blätter abgelesen werden können, vermerkt und die Verlagsangabe, soweit nicht im Eigen-Verlag erschienen:

links-revolutionär

<i>Die Aktion</i>	20 Ts (1930)	
<i>Der Sturm</i>	5 Ts (1930)	

Mitte-links

<i>Die literarische Welt</i>	13 Ts (1926) 20 Ts (1932)	Rowohlt bis 1928
<i>Die Weltbühne</i>	10 Ts (1925) 15 Ts (1930)	
<i>Das Tage-Buch</i>	14 Ts (1930)	Rowohlt ³²
<i>Deutsche Rundschau</i>	4 Ts (1931) 7,5 Ts (1933)	
<i>Sozialistische Monatshefte</i>	rund 5 Ts (1914)	G. Müller ³³

kirchlich-konservativ

<i>Hochland</i>		J. Kösel
<i>Eckart</i>	2,4 Ts (1931)	

Mitte-rechts

<i>Die Neue Rundschau</i>	5 Ts (1933); 10 Ts (1938)	S. Fischer ³⁴
<i>Die Hilfe</i>	8 Ts (1929)	H. Beenken
<i>Süddeutsche Monatshefte</i>	3,5 Ts (1911) ³⁵	
<i>Die Literatur</i>	3 Ts (1935)	DVA
<i>Europäische Revue</i>	3 Ts (1931)	DVA
<i>Preußische Jahrbücher</i>	2 Ts -	G. Stielke

rechts-revolutionär

<i>Neue Literatur</i>	5 Ts (1931) ³⁶	Avenarius/HaVA ab 1929
<i>Deutsches Volkstum</i>	3–5 Ts (1930–1932) ³⁷	HaVA

31 Schlawe, F.: Literarische Zeitschriften Teil II, 1962, S. 2–6; Koszyk, K.: Deutsche Presse, 1968–1986, S. 251–256.

32 Auflagenhöhe nach Fischer, H.-D.: Zeitschriften, 1973, S. 196.

33 ebd., S. 275.

34 ebd., S. 297.

35 süddeutsches Gegenstück zur ‚Deutschen Rundschau‘.

36 vor 1931: ‚Die schöne Literatur‘.

37 Auflagenhöhe nach Kessler, H.: Wilhelm Stapel, 1967, S. 7 und 211.

Die genannten Zeitschriften mit Rezensionsteil können als Spiegelbild dieser Zeit angesehen werden, einige von ihnen wurden zu anerkannten öffentlichen Foren. Die meisten von ihnen waren im Kaiserreich entstanden unter einem Journalismus, der die eigene subjektive Sichtweise oft mit einem gefälligen manieristischen Schreibstil kombinierte, der, wie schon erwähnt, als ‚Feuilletonismus‘ auch in die Buchbesprechung Eingang gefunden hat, um damit zusätzlich Leser an das Presseorgan im Konkurrenzkampf zu binden. In einer Untersuchung über das Meinungsklima der Weimarer Republik kommt Kaaren M. Moores zu dem Ergebnis, dass viele Journalisten – auch republikanisch gesinnte – die politische Situation Weimars an ihren eigenen Idealvorstellungen von Demokratie gemessen haben. Anstatt die Bevölkerung qualitativ besser aufzuklären und fruchtbare öffentliche Diskussionen anzuregen, hätten sie oftmals eine in die Irre führende Vorstellung vom herrschenden politischen System verbreitet. Den Menschen und den Verantwortlichen der Republik hätten eigene Erfahrungen mit der Demokratie gefehlt sowie Orientierungshilfen.³⁸ Karl Dietrich Bracher weist auf das nachwirkende Erziehungsideal der vorrepublikanischen Zeit hin, das im Zusammenhang mit den politischen Krisen zu sehen ist.³⁹

Das Spektrum von Buchbesprechungen in der pluralistischen Weimarer Republik ist groß, auch wenn man die Parteipolitik und die Methoden zur Erreichung der gesetzten Ziele in den Presseorganen in Betracht zieht. Dabei spielt der Umgang mit Fakten und Meinungen zur Information der Rezipienten eine wichtige Rolle. Aus den Buchbesprechungen und anderen Äußerungen von Rezensenten und Kritikern lassen sich Erkenntnisse über Entwicklungstendenzen gewinnen. Das Sample reicht von liberalen Rezensionen über politisierende bis zu ideologisch indoktrinierenden Besprechungen. Anhand ausgewählter charakteristischer Beispiele soll dies nachfolgend dargestellt werden.

Eingeleitet wird das Szenario mit der nicht nur informativ gemeinten Verbreitung programmatischer Ideologema in Buchform von Adolf Hitler. Anschließend wird das verkappte Weltanschauungsbuch von Alfred Rosenberg vorgestellt, das einige von Hitlers politischen Forderungen in ihrer Wirkung unterstützen sollte – aus

38 Moores, K.M.: Presse- und Meinungsklima, 1997, S. 30, 182–186.

39 Bracher, K.D.: Das deutsche Dilemma, 1971, S. 11–40, 96–100.

taktischen Gründen. Ein weiteres Beispiel behandelt das politische Vorgehen der Hanseatischen Verlagsanstalt in Hamburg mit ihrer verlegerischen Förderung rechtsgerichteter Literatur. Ihre verdeckt gehaltenen Bestrebungen waren Ausdruck der Machtambitionen des völkisch-nationalen Flügels der NSDAP. Eine institutionalisierte Rezensionspolitik dieser Partei gab es bereits ab 1921. Sie begann im *VB*, ergänzt mit scheinbar parteineutralen Blättern, ohne Ross und Reiter ihrer Agitation wirklich zu erkennen zu geben. Da der *VB* und mehrere Presseorgane einen gemeinsamen Chefredakteur hatten, nämlich Alfred Rosenberg, bietet sich hier ihre gemeinsame Behandlung an. Anschließend wird eine herausragende und in die Zukunft weisende Rezension über ein Kampfbuch von Joseph Goebbels aus der Endzeit der Weimarer Republik betrachtet. Nicht unberücksichtigt bleiben dürfen Buchbesprechungen auf der regierenden bürgerlichen Seite zu drängender gewordenen gesellschaftlichen Themen und Problemen, vorgestellt mit je einem Buch von Ortega y Gasset und Theodor Heuß sowie vom linken Parteienrand mit einem Buch von Erich Maria Remarque.

Allen Beispielen lagen politisch aktuelle Themen überparteilicher Art zugrunde. Die Zahl der herangezogenen Beispiele wurde, ohne gravierende Nachteile entstehen zu lassen, begrenzt, um nicht den Rahmen der Untersuchung zu sprengen. Die Sicht der Zeitgenossen wurde – soweit rekonstruierbar – miteinbezogen.

2.3 Buchbesprechung zweier Weltanschauungsbücher

Die analysierende Betrachtung politischer Literatur im Kontext des Nationalsozialismus in Verbindung mit Buchbesprechung wird eröffnet mit zwei Büchern, die aus der Novitätenflut nicht herausragten und nach dem Erscheinen des zweiten Buches keine Bezüge zueinander erkennbar werden ließen. Sie kamen unauffällig nacheinander auf den Markt: 1925/26 das Werk *Mein Kampf* von Adolf Hitler im Gewand eines Erinnerungsbuches und 1930 das Meinungs-traktat *Der Mythos des 20. Jahrhunderts* von Alfred Rosenberg. Der erste Autor gehörte – als Parteivorsitzender – der damals unbedeutenden Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) an, die sich

am rechten politischen Rand des Parteienspektrums mit extremistischen Auftritten und Ansprüchen Geltung zu verschaffen suchte. Zum unauffälligen Markteintritt gehörte die Veröffentlichung von *Mein Kampf* in zwei Teilen, die einen Gesamteindruck des Werks nicht entstehen ließen. Beide Bücher entpuppten sich erst verspätet als wichtige und folgenreiche ideologische Grundlagenwerke. Die Methoden, mit welchen die Autoren die Verbreitung ihres Gedankenguts betrieben haben, erlangte besondere Bedeutung.⁴⁰ Dies alles rechtfertigt ihre eingehende Analyse.

2.3.1 Adolf Hitlers Doppelbuch *Mein Kampf*, ein verschlüsseltes Kampfprogramm 1925–1929

Nach dem blutig zusammengebrochenen Umsturzversuch am 9.11.1923, mit dem Hitler die Herrschaft in der Republik mit Gewalt an sich zu reißen versucht hatte, nutzte er seine Haftzeit auf der Festung Landsberg zum Schreiben eines Buches mit dem Arbeitstitel *Viereinhalb Jahre Kampf gegen Lüge, Dummheit und Feigheit. Eine Abrechnung mit den Zerstörern der nationalsozialistischen Bewegung*.⁴¹ Doch er stieß damit und mit der von ihm selbst seit Prozeßbeginn 1923/24 und von seinen Anhängern inszenierten publizistischen Unterstützung auf Widerstand und zwar bei den ihn beobachtenden Bayerischen Behörden und der österreichischen Regierung. Aus begründeter Furcht als mehrfach straffällig gewordener Ausländer ausgewiesen zu werden, legte Hitler, der sich zu legalem Handeln verpflichtet hatte und daran erinnert werden musste, am 7.4.1924 für die Haftdauer die Führung der nationalsozialistischen Bewegung nieder und betätigte sich politisch nicht mehr öffentlich. Sein Buchmanuskript unterteilte er in zwei Bände. Den nunmehr mit einem biographischen Teil angereicherten und entschärften ersten Band will er spätestens zu seiner Haftentlassung, d.h. Ende 1924 veröffentlichen. Unter dem zunächst auf *Mein Kampf*

40 Plöckinger, O.: Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers „Mein Kampf“, 2006, S. 214–224 (zum Verhalten der Staatsorgane), S. 349–362 (zur ideologischen Bedeutung).

41 Hitler verwendete verschiedene Formulierungen gegenüber seinen Anhängern. Vgl. dazu die umfangreichen Recherchen von Othmar Plöckinger: Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers „Mein Kampf“, 2006, S. 9–120, 173–224, auf die in den folgenden Ausführungen Bezug genommen wird. Mit dem Begriff „Viereinhalb Jahre“ meint Hitler den Ersten Weltkrieg.

gekürzten Titel beschränkte er sich auf die Darstellung der wichtigsten politischen Weltanschauungsziele.⁴² Die Aufgaben für die ‚Bewegung‘ bleiben dem zweiten Band vorbehalten. Auf die nach der Haftentlassung am 20.12.1924 erlaubte Neugründung der NSDAP am 27.2.1925 erhielt Hitler, dem von den Parteigenossen wieder die verlangten diktatorischen Vollmachten erteilt worden sind, am 13.3.1925 von der Regierung in Bayern Redeverbot, dem einige, aber nicht alle deutschen Länder sich angeschlossen hatten. Am 30.4.1925⁴³ ist er staatenlos geworden. Zum Buchaufbau und zur Erscheinungsweise ist vorab zu bemerken:

Die inhaltliche und formale Zweiteilung seines Kampfbuches war den Ermittlungen Plöckingers zufolge eine Reaktion auf behördliche Bedenken (Haftdauer, politische Aktivitäten) und sei von Hitler auch wegen möglicher Konsequenzen auf Rezension und Distribution der zwei Bände bedacht worden. Der erste Band von *Mein Kampf* kommt ohne den oben genannten Titelzusatz am 18.7.1925 im partei-eigenen Verlag Franz Eher Nachf. in München mit rund 400 Seiten heraus.⁴⁴ Der zweite Band über Ziele und Aufgaben der nationalsozialistischen Bewegung folgte erst am 11.12.1926. Der Umfang der beiden Bände, die später zusammengefasst werden, beträgt insgesamt 782 Seiten. Die Gründe für die erheblich verzögerte Veröffentlichung in Teilen lassen sich nicht ganz erklären. Sie können bei seiner ausgeprägten Kritikaversion als ein Ausweichen vor zu erwartender massiver rezensorischer Kritik gedeutet werden, zumal er mit Vorveröffentlichung ausgewählter Buchteile das publizistische Interesse zu lenken versucht hatte. Eine insoweit auf Details begrenzte Kritik konnte er rhetorisch leichter und rascher ausräumen. Weitere Gründe können zusammenhängen mit der Fortdauer des Redeverbots und dem Festhalten Hitlers an

42 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 49. Ein früher Hinweis findet sich im Nürnberger ‚Völkischen Echo‘, Jg. 1, Folge 52/53 vom 11.7.1924, in dem das entstehende ‚Meisterwerk‘ Hitlers bereits als ‚Bibel der Völkischen‘ apostrophiert wird, gefolgt von der Rezension der ‚Deutschen Zeitung‘ vom 9.9.1925. Dort wird von einem ‚Katechismus der Hitler-Bewegung‘ gesprochen. Vgl. Plöckinger, O.: *Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers Mein Kampf*, 2006, S. 406.

43 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 214.

44 Plöckinger, O.: *Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers ‚Mein Kampf‘*, 2006, S. 85–89. Auf S. 348f weist Plöckinger darauf hin, dass 24 Mark für beide Bände für Parteimitglieder zu hoch waren und deshalb Lese- und Vortragsveranstaltungen durch geschulte Parteiredner eingerichtet wurden. Vgl. dazu Berichte im ‚VB‘ 42. Jg. Nr. 20 vom 24.1.1929 und Nr. 179 vom 4./5.8.1929. Vor der Veröffentlichung sind schon Studien und Vorabdrucke einzelner Buchabschnitte sowie Varianten des Titelzusatzes politisch werbewirksam in die Öffentlichkeit lanciert worden.

den umstürzlerischen Zielen, wie es die Staatsaufsicht sah. Geschäftig sei Hitler zwischen den Anhängern hin und her geeilt, um die zu aktivem Handeln verpflichteten Parteimitglieder auf seine politische Linie einzuschwören.⁴⁵ Am Band 1 hätten einige Unterführer nämlich öffentlich Kritik geübt. Hitler habe sich veranlasst gesehen, den zweiten Band unter anderem mit Hinweisen zur „Bedeutung der Rede“ zu ergänzen, weil er es für unverzichtbar gehalten habe, die Massen durch Reden zu gewinnen.⁴⁶ Er hatte dafür gesorgt, dass Parteiredner ihn während der unabsehbar gewordenen Dauer des Redeverbots ersetzen. Seine intransigente Zielverfolgung wollte er nicht eingeschränkt wissen. Das für ihn unverzichtbare Kapitel Propaganda hätte er dann präzisiert. Gleichzeitig hätte er am 1.11.1926 eine zentrale SA-Führung eingerichtet mit den Worten (sie wurden verlesen): „Was wir brauchen, sind nicht hundert oder zweihundert verwegene Verschwörer, sondern 100 000 und aber 100 000 fanatische Kämpfer für unsere Weltanschauung“.⁴⁷ Es galt also, die Parteigenossen mit diesem programmatischen Werk zu schulen.

Die Auflagenhöhe betrug für beide Bände je 10 000 Exemplare. Für Band 1 sind 3 000 Vorbestellungen gesammelt worden bei Anhängern der ‚Bewegung‘.⁴⁸ Der Bandpreis von 12 Mark lag über dem allgemeinen Preisniveau. Plöckinger schätzt für Bücher dieses Genres, dass vor allem Mitglieder und Sympathisanten der Partei, die sich vom hohen Preis nicht abschrecken ließen, Abnehmer waren. Während die erste Auflage allein mit Werbung im *VB* bis Ende 1925 fast vollständig verkauft war, gelang dies beim zweiten Band trotz Teilzahlungsgewährung und Werbung auch in anderen nationalsozialistischen Blättern nicht. Die erste Auflage des zweiten Bandes (10 000 Exemplare) war 1928 noch nicht verkauft, dagegen befand sich der erste Band schon in der dritten Auflage mit jeweils gleicher Stückzahl. Der Absatz beider Bände erhöhte sich erst ab 1929/30 kontinuierlich bei reduziertem Preis von 8 Mark

45 ebd., S. 93. Am 10.9.1925 kam es zur Gründung der nationalsozialistischen „Arbeitsgemeinschaft Nord-West“ in Hagen unter Gregor Strasser und Joseph Goebbels. Im November 1925 gab es Überlegungen in Bayern, Hitlers Bewährungsaufgaben aufzuheben wegen dessen maßloser Sprache im ‚VB‘, amtliche Zweifel an seiner Verfassungstreue wurden nicht geäußert, S. 211–214. Sein Redeverbot in Bayern ist erst 1927 aufgehoben worden.

46 ebd., S. 47, 94f.

47 ebd. S. 117. Das Zitat stammt aus dem SA-Befehl 1; vgl. „Mein Kampf“, S. 608, 651f.

48 ebd., S. 175–179.

für die zusammengefasste Volksausgabe.⁴⁹ Der erste Band wurde in der ersten Auflage noch als Biographie beworben. Dazu kamen diverse Sonderausgaben, unter anderem ist Gegnern der Partei der Besitz schmackhaft gemacht worden im *VB*, wobei offen bleibt, ob Kritiker überhaupt ernst genommen wurden oder nur als Werbeargument unter den Anhängern fungieren sollten, deren Rekrutierung eine wichtige Aufgabe des Kampfblattes war. Die Befürchtungen des Eher-Verlages über ausbleibende Rezensionen des zweiten Bandes in bürgerlichen Medien bestätigten sich nach den Recherchen Plöckingers.⁵⁰

Den potentiellen Rezensenten musste die biographische Einkleidung des Werks aufgefallen sein zusammen mit dem ausdrücklichen Hinweis Hitlers, dass er sich nicht an Fremde, sondern an die Anhänger der Bewegung wendet, denen seine Ausführungen als lehrhafte „Bausteine der Bewegung“ dienen sollten.⁵¹ Der Informationswert für die Bevölkerung, das heißt über die Partei hinaus, war sehr eingeschränkt, zumal die bürgerliche Welt in *Mein Kampf* verächtlich gemacht worden ist. Die Ausgabe von Rezensionsstücken und ihre Verbreitung lässt sich im Nachhinein nicht mehr klären, da das Verlagsarchiv im Krieg zerstört worden ist. Ein potenziell freier Rezensent stand vor der Aufgabe, ein schwer durchschaubares problematisches Werk eines ebenso problematischen Autors einem kritisch einzuschätzenden Leserkreis zu vermitteln. Nach Eberhard Jäckel müssen die wirklich tragenden politischen Aussagen des Buches wie einzelne Mosaiksteine aus dem wortreichen, verworrenen und unsystematisch verknoteten Text erst herausgelesen werden.⁵² Das gilt beispielsweise für Hitlers Standpunkt, dass Weltanschauungen ihre Unfehlbarkeit ohne jede Diskussion proklamieren. Auf eine unveränderbare nationalsozialistische Weltanschauung und das aus ihr abgeleitete Parteiprogramm vom 24.2.1920 wollte Hitler sich jedoch nicht festlegen lassen.⁵³ Hier konnten Rezensenten einhaken, aber nicht nur hier allein:

49 ebd., S. 181–183.

50 ‚VB‘ vom 17.5.1925 und vom 27.9.1926. Vgl. Plöckinger, O.: Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers *Mein Kampf*, 2006, S. 176, 179f.

51 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, Vorwort und S. 185–189.

52 Jäckel, E.: *Hitlers Weltanschauung*, 1969, S. 12.

53 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 185–189 („unveränderliche Weltanschauung“), S. 503 (Hitler als Mann der Vorsehung), S. 445 und 507 (Parteiprogramm), S. 127 (Kirchenfreundlichkeit ver-

Als die wichtigsten Ziele seines Programms nennt Hitler die Verdrängung der Juden aus Deutschland, den Kampf gegen den Marxismus sowie die Lebensraumerweiterung. Er knüpft an populäre Stimmungen im Volke an, wie sich verstärkende antijüdische Ressentiments aus der vorrepublikanischen Zeit, und an solche, die sich aus dem belastenden Versailler Vertrag ableiten und politisch-demagogisch instrumentalisieren ließen. Den vielfach ungeliebten und ungewohnten, noch nicht etablierten demokratischen Meinungsbildungsprozess will Hitler mit dem schnelle Erfolge verheißenden Führerprinzip autoritär ersetzen. Er konzentriert sich auf die Mobilisierung der breiten Volksmassen, insbesondere der Arbeitslosen, durch Propaganda, auf die Erziehung der seiner Ansicht nach unverbildeten, d.h. für sich zu gewinnenden Jugend. Das Recht des Stärkeren ist sein Auslesemaßstab, unterstützt durch den „rassereinen“ deutsch-arischen Instinkt, der Vorrang vor der Ratio bekommen soll.

Verwirklichen will Hitler seine neue „Lehre“ nicht in Abwehr-, sondern in Angriffshaltung, und zwar kompromiss- und dezidiert rücksichtslos. Sehr gelegen kommt ihm der Kampf des Bürgertums gegen die Lehre des Marxismus, den die „beamteten Staatslenker der Weimarer Republik nicht einmal zu studieren für wert gefunden hatten“ – eine seiner populistisch-propagandistischen Behauptungen.⁵⁴ Der Staat ist für ihn nur ein Mittel zum Zweck.⁵⁵ So dekretiert er: „Die Nationalisierung der breiten Masse kann niemals erfolgen durch Halbheit, durch schwaches Betonen eines sogenannten Objektivitätsstandpunktes, sondern durch rücksichtslose und fanatisch einseitige Einstellung auf das nun einmal zu erstrebende Ziel“.⁵⁶

Hitlers Denk- und Schreibstil ist simplifizierend, emotionalisierend. Er benutzt für die „Anhänger der Bewegung“⁵⁷ gern drastisch-martialische Ausdrücke, wie „brutale Gewalt“, „infernalisches“, „brachial“, „skrupellos“, mit denen er nicht etwa gegnerische Kampfmethoden beschreibt, sondern die eigenen für seine Anhänger.⁵⁸

sus Punkt 24 des Parteiprogramms); Dazu Rosenberg, A.: Das Parteiprogramm, 1922. – Hier wird die 4. Ausgabe von „Mein Kampf“ verwendet, 1933. Sie ist bis auf eine Ausnahme unverändert gelassen, vgl. Hammer, H.: Die Buchausgaben, 1956, S. 161–178, insbesondere 171f.

54 Hitler, A.: Mein Kampf, 1933, S. 185; Zehnpfennig, B.: „Mein Kampf“-Interpretationen, 2000.

55 Hitler, A.: Mein Kampf, 1933, S. 420f, 433.

56 ebd., S. 370f, 701, 716f.

57 ebd., Vorwort.

58 ebd., S. 189, 506, 539, 598, 693, 779 als Beispiele.

Unkritischen Lesegeschmack der Masse aufgreifend wirft er in *Mein Kampf*⁵⁹ der Regierung vor, an den Erkenntnissen von Houston Stewart Chamberlain gleichgültig vorüberzugehen mit dem Zusatz: „Diese Leute sind zu dumm, selbst etwas zu denken, und zu eingebildet, von anderen das Nötige zu lernen“.

Hubert Steinhaus und Brigitte Hamann haben auf die das Volk täuschenden und verunsichernden abstrusen Rasse- und Irrlehren aufmerksam gemacht, die unter anderem mit den immer wieder neu aufgelegten Büchern von Houston Stewart Chamberlain, Julius Langbehn, Oswald Spengler und der in Wien kursierenden Vielzahl an populären politischen Schriften verbreitet worden sind.⁶⁰ Vor dem Hintergrund der dort vertretenen Geschichtstheorien hat Hitler Behauptungen über die seiner Meinung nach ins Verderben führende zu schwache, pazifistische und „rassisch-entartete“ deformierte bürgerliche Gesellschaft aufgestellt, dafür Juden und Marxisten, die er in einen Topf warf,⁶¹ verantwortlich gemacht und ihnen die Vernichtung angekündigt. Gründe und Quellen für seine Behauptungen nennt Hitler nicht. Für ihn ist der Instinkt maßgebend, der keines Nachweises bedarf. Die „Sünde an jeder Vernunft“ sei das Kennzeichen der falschen Erziehungsgrundsätze „dieser verkommenen bürgerlichen Welt“.⁶²

59 ebd., S. 296, aber auch S. 364.

60 Steinhaus, H.: *Hitlers Maximen*, 1981, S. 91; Hamann, B.: *Hitlers Wiener Entwicklungsjahre*, 1996, S. 285–435, 501–503, 575–579.

61 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 70.

62 Hitler spricht in „*Mein Kampf*“ von der Erziehungskunst, die als „Wunderdressur“ vom „blödseiligen“ Bürgertum zur Kenntnis genommen wird, S. 478, als einer „Sünde an jeder Vernunft“, als einer Sünde der verkommenen bürgerlichen Welt, S. 479, „die Trottelhaftigkeit, die Schwäche und Feigheit“, die „durch und durch verlumpte Gesinnung“ der bürgerlichen Welt, von „marxistische(m) Irrwahn“, von den „hebräischen Volksverderber(n), die im (1.) Weltkrieg unter Giftgas hätten gehalten werden müssen, S. 772. Hitlers fehlende Quellenangaben, z.B. bei der Formulierung: die „Sünde an jeder Vernunft“ deutet auf seine persönliche Beziehung zu Arthur Dinter (1876–1948) und dessen von Hitler anerkannte literarische Produktion von drei antijüdischen Romanen: „*Die Sünde wider das Blut*“, 8. Aufl. 50.–60. Tausend, Leipzig: Matthes & Thost, 1920, „*Die Sünde wider die Liebe*“, 26.–30. Tausend, Leipzig: Ludolf Beust, 1928 und „*Die Sünde wider den Geist*“, 1.–10. Aufl., 1.–50. Tausend, Leipzig: Matthes & Thost, 1921. Dinter war Lehrer, Gründer des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes, 1924 nationalsozialistisches Mitglied des Thüringischen Landtages, nationalsozialistischer Gauleiter und angesehener führender Kopf des völkisch-nationalen Lagers der NSDAP, zu dem Rosenberg, Himmler, Friedrich Plümer, der Leiter der völkischen Rednerschule, gehörten. Plümer und Dinter gerieten vor allem über die richtige Behandlung der kirchen-reformatorischen Frage in einen unauflösliehen Widerspruch zu Hitlers Strategie, wie sie sich in „*Mein Kampf*“ niederschlug. Darauf wird noch eingegangen. Die Rezension Rudolf Oldens über Dinters ersten Roman verursachte einen Rechtsstreit mit öffentlichem Aufsehen („*Tage-Buch*“, Bd. 2, 1921, S. 410 und Bd. 4, 1923,

Im zweiten Band, den er nicht mehr unter Haftbedingungen geschrieben hat, umreißt Hitler seine Programmziele. Es sind praktische Regieanweisungen für die totalradikale Umgestaltung der Gesellschaft, missionarisch verkleidet, ohne klares System.⁶³ Die Erziehungsmaximen für den reinrassigen Herrenmenschen leitet Hitler aus seinem Instinkt ab. Sie standen in diametralem Gegensatz zu den traditionellen pädagogischen Normen und den neuen reformpädagogischen Weimarer Ansätzen.⁶⁴ „Die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit des völkischen Staates muss ihre Krönung darin finden, dass sie den Rassesinn und das Rassegefühl instinkt- und verstandesmäßig in Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend hineinbrennt“.

Die körperliche Erziehung zu wehrhaften kampffähigen Menschen ist nach seiner Auffassung wichtiger als die geistige Ausbildung.⁶⁵

Zu den zu verachtenden geistigen Berufen zählt Hitler Schriftsteller und Journalisten, die er in seinem Buch wiederholt diffamiert, unter anderem als „Tintenritter“, als „Spitzbuben“, als „schriftstellernde Ritter und Gecken“, als „Kreuzottern“.⁶⁶ Und über die Presse schreibt er: „Die Tätigkeit der sogenannten liberalen Presse war Totengräberarbeit am deutschen Volk“. Und: „Für unsere geistige Halbwelt aber schreibt der Jude und seine sogenannte Intelligenzpresse [...] straflose Volksbelüsung und Volksvergiftung“.⁶⁷ Aus den im Text verstreuten, teilweise verhüllten Absichtserklärungen geht hervor, dass er die geistigen Berufe mit propagandistischen Methoden für seine weltanschaulichen Ziele reif und dienstbar machen will. Dieses Textpuzzle – folgert Karl Dietrich Bracher – sollte das Bürgertum nicht so schnell durchschauen können.⁶⁸

Auch Rezensenten sollten offensichtlich seine fragwürdigen Intentionen, Wissensquellen und methodischen Vorgehensweisen nicht so schnell ergründen können.

S. 422f). Das Gericht erkannte das antijüdische Werk als wissenschaftlich wertlos und moralisch dubios, vgl. James M. Ritchie: Dinters antisemitische Trilogie in: Festschrift für Albert Schneider, 1991, S. 179–194.

63 Hitler, A.: Mein Kampf, 1933, S. 117, 363, 419, 433–439, 451–456, 507.

64 nach den Analysen von Steinhaus, H.: Hitlers Maximen, 1981, S. 85–103; Hitler, A.: Mein Kampf, 1933, S. 475f.

65 ebd., S. 277f, 542.

66 ebd., S. 116, 264–268.

67 ebd., S. 265.

68 Bracher, K.D.: Die Diktatur, 1979, S. 140; Ders.: Demokratie und Machtergreifung, 1983, S. 17–36.

Doch eine von Hitler benutzte Quelle, die ihn zusammen mit der von ihm bewundernten Kriegspropaganda der Gegner Deutschlands im Ersten Weltkrieg fasziniert hat, lag eigentlich sehr nahe für einen aufmerksamen Rezensenten. Sie findet sich in dem damals in mehreren Auflagen weit verbreiteten und ins Deutsche übersetzten Buch des französischen Arztes Gustave LeBon: *Psychologie der Massen* von 1908.⁶⁹ Die 4. Auflage war 1922 erschienen. LeBon ist einer der ersten Forscher, die sich den Verhaltensweisen von Menschenmassen, den Problemen der Massenseele – von ihm auch als Rassenseele, als die seelisch-geistige Grundhaltung eines Volkes bezeichnet – zu nähern versucht haben. Hitler erwähnt LeBon in *Mein Kampf* nicht, er muss das Buch aber gekannt haben, da am 27.1.1919 in München ein öffentlicher Vortrag des Nervenarztes Julius A. Roßbach über das Thema Massenseele gehalten worden ist, der am 29.1.1919 im *VB* (unter Hitlers Herausgeberschaft) kommentiert wurde.⁷⁰ Schon während seines Wiener Aufenthaltes von 1908–1913 hat er das Buch in der Wiener Hofbibliothek studiert, wie die 1955 veröffentlichten Nachforschungen von Alfred Stein ergeben haben.⁷¹

LeBon hat die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandenen Massenbewegungen infolge der starken Bevölkerungsvermehrung sowie der anhaltenden Industrialisierung und der durch sie ausgelösten Gefahren für die menschliche Gesittung und Kultur zum Anlass genommen, die Verhaltensweisen, das Miteinander der

69 LeBon; G.: *Psychologie der Massen*. Nach Auskunft des Kröner-Verlags wurde das Werk 1911 vom Verlag Dr. Werner Klinkhardt übernommen, ins Deutsche übersetzt und in der 2. Aufl. von ihm verlegt. Die 3. und 4. Aufl. besorgte Alfred Kröner, Leipzig, und zwar 1919 und 1922. Die Auflagenhöhen waren beim Verlag nicht zu erfahren, auch klafft eine Lücke bis 1932. Eine verstärkte Nachfrage im „Dritten Reich“ veranlasste Kröner, es in die Taschenbuchausgabe zu übernehmen in neuer Auflagenzählung:

1. Neuauflage im Taschenbuchformat (1. – 5. Tausend) 1932
2. Neuauflage im Taschenbuchformat (6. – 17. Tausend) 1935
3. Neuauflage im Taschenbuchformat (18. – 22. Tausend) 1939
4. Neuauflage im Taschenbuchformat (23. – 28. Tausend) 1940
5. Neuauflage im Taschenbuchformat (29. – 38. Tausend) 1941

Eine weiter steigende Nachfrage setzte sich nach Verlagsangabe 1945 fort bis zur 15. Neuauflage 1982 mit 123. – 189. Tausend.

70 Nach Paul, G.: *Aufstand der Bilder*, 1990, S. 30–33.

71 Stein, A.: *Hitler und LeBon*, 1955, S. 362–368. Die Verwendung des Werks von LeBon durch Hitler ist von vielen Hitler-Interpreten übersehen worden, wie z.B. von Jan Kershaw: *Der Hitler-Mythos*, 1980, S. 90, von Alan Bullock: *Hitler*, 1980, S. 66–68 und J.C. Fest: *Hitler-Biographie*, 1973. Fest erwähnt LeBon nur beiläufig ohne Werksangabe. Letzteres gilt auch für Brigitte Hamann: *Hitlers Wiener Entwicklungsjahre*, 1996, S. 307 und 333.

Menschen in der Masse zu analysieren. Insbesondere in einer brüchig gewordenen Gesellschaft könne die fanatisch „blinde Macht der Masse“ zum Ausdruck kommen, denn sie organisiere sich aus sich heraus. Stimmführer vertreten die Masse der Unterprivilegierten, die sich aus religiöser Überzeugung glauben wehren zu müssen, es selbst aber nicht können. Der Landesherrscher sollte die von LeBon analysierten massenpsychologischen Erkenntnisse, die „Wirkungsmittel“ und „Triebkräfte“ beachten, um ihnen nicht zu erliegen. Dabei sei zu bedenken, dass der suggestionierte Mensch in der Masse nicht vom Verstand, sondern vom Gefühl instinkthaft unbewusst gesteuert werde. Ihre Verstandeskkräfte stellten diese Menschen dann unbewusst zurück, folgten blind fanatisch einem vermeintlich höheren Wesen, einem Führer, ordneten sich nach LeBon einer Gemeinschaftsseele unter, würden zur kollektiven „Massenseele“ zur „Rassenseele“.⁷²

Hitler hat die Gedanken LeBons apperzipiert, sie während des Kriegs auf ihre Brauchbarkeit studiert und sie dann für seine selbst auferlegte missionarische Aufgabe umgeformt und als tragendes Gerüst in seinem Programmbuch *Mein Kampf* verwendet. Für sein beharrlich verfolgtes Ziel, durch Beeinflussung der Massen die Macht im Staat legal zu erringen, hatte ihm LeBon die Methode und die Wirkungsmittel geliefert⁷³. Hitlers wichtigste herrschaftliche Wirkungsmittel wurden: die Unterwerfung der Massen, die Proklamierung eines „politischen Glaubensbekenntnisses“, die „Nationalisierung der Massen“, das apodiktische „Führerprinzip“, (hinter dem das Wirkungsmittel „Gewalt“ weitgehend verdeckt gehalten wird).⁷⁴ Er hat sie in *Mein Kampf* nicht ausdrücklich als solche definiert und nicht im Zusammenhang postuliert. Allein aus dem über jeder Kritik stehenden Führerprinzip sprach sein Interesse, einen auf Instinkt und Vertrauen gestützten „Nimbus“ zu erwerben, um seine

72 LeBon, G.: *Psychologie der Massen*, 1922, I, 1–4: Die Massenseele, Gefühle, Urteile und religiöse Formen der Überzeugungen der Masse. Dazu gehört: Die Macht der Bilder und Symbole (Uniformen, Fahnen, Standarten, Marschkolonnen). Dazu „*Mein Kampf*“, S. 12, 40f, 71f, 371, 551–557, 596, 608, 640. Ferner: Paul, G.: *Aufstand der Bilder*, 1980.

73 LeBon, G.: wie vor 1922, II, 1–2: Die Glaubenslehren und Triebkräfte der Anschauungen der Massen. II, 3: Die Führer der Massen und ihre Überzeugungsmittel, darin § 1: Die suggestive Macht der Worte, der Einsatz von Gewalt. § 2: Wirkungsmittel: apodiktische Behauptung, Wiederholung, Nachahmung. Vgl. dazu „*Mein Kampf*“, S. 203, 420–424, 468, 475f, 503, 513, 518–537, 116.

74 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 424, 371f. Kershaw spricht von einer pseudoreligiösen Verehrung Hitlers in: *Der Hitler-Mythos*, 1980, S. 91.

Pläne leichter verwirklichen zu können.⁷⁵ Es ist begreiflich, dass Hitler LeBon nicht erwähnt in *Mein Kampf*.⁷⁶ Seinen Suprematie- und Legalitätsanspruch glaubte er vor und mit den Volksmassen plebiszitär und propagandistisch realisieren und sichern zu können. Den Staat betrachtet er wie schon gesagt ganz offen nur noch als ein Mittel zum Zweck, ebenso den religiösen Glauben.⁷⁷

Die Zielrichtung seines politischen Buchunternehmens hat Hitler, angeregt von LeBon, in explizierter Form in sein ‚Regie-Buch‘ eingestreut: „Ein Buch, das für die breite Masse bestimmt ist, muss darum von vornherein versuchen, in Stil und Höhe anders zu wirken, als ein für höhere intellektuelle Schichten bestimmtes Werk“.⁷⁸ Und – in bezug auf das Unternehmen: „Das Reservoir, aus dem die junge Bewegung ihre Anhänger schöpfen soll, wird also in erster Linie die Masse unserer Arbeitnehmer sein“⁷⁹, sowie zwei Seiten weiter: „Man muss sich aber immer vor Augen halten, dass selbst der schönste Gedanke einer erhabenen Theorie in den meisten Fällen seine Verbreitung nur durch kleine und kleinste Geister finden kann [...]“.⁸⁰ Dieses methodische Ziel hat er seinem Hauptziel untergeordnet, das sich an anderer Buchstelle findet: „Der Nationalsozialismus muss grundsätzlich das Recht in Anspruch nehmen, der gesamten Nation [...] meine Prinzipien aufzuzwingen“ und in „meinen Ideen und Gedanken zu erziehen“. Vier Seiten weiter heißt es zur Methode: [...] die Propaganda versucht eine Lehre dem ganzen Volk aufzuzwingen“.⁸¹ An anderer Stelle finden sich die Details dazu: „Die Wirkung eines Schriftstücks bzw. Buches wird im allgemeinen um so größer sein, je mehr diese Fassung gegenüber der Rede dem geistigen Niveau und der Wesensart gerade derjenigen entspricht, die seine Leser sein werden“.⁸²

75 LeBon, G.: *Psychologie der Massen*, 1922, Kap. II, 3 § 3. Er hatte an prominenten Beispielen die Ausstrahlungskraft von Nimbos verdeutlicht. Zu bedenken gegeben hatte LeBon, dass der Nimbus seine Ausstrahlungskraft verliert, wenn er zum „Gegenstand der Diskussion“ wird, aber auch im Falle des Misserfolgs; Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 513.

76 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 513.

77 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 433, aber auch 550, 508f; Hamann, B.: *Hitlers Wiener Entwicklungsjahre*, 1996, S. 434; Scholder, K.: *Die Kirche und das Dritte Reich*, 1977, S. 109–122.

78 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 525f.

79 ebd., S. 102.

80 ebd., S. 374, 376.

81 ebd., S. 648, 652.

82 ebd., S. 525f.

Die innerparteiliche Kritik während der Entstehung des Werks, die Hitler nicht ganz ausräumen konnte, hielt auch nach der Veröffentlichung des zweiten Bandes an. Sie kam vor allem aus dem völkischen Lager der NSDAP sowie den rechtsradikalen Randgruppen und betraf u.a. außenpolitische Fragen, wie seine Südtirolpolitik und den Umgang mit dem politischen Katholizismus. Von den Kritikern, zu denen Gauleiter Arthur Dinter, Friedrich Plümer (vgl. Fußnote 63), Ernst Röhm und Hermann Esser gehörten, wandte sich Friedrich Plümer Ende November 1925 mit einer kritischen Schrift *Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis*, o.O. und o.V. 1926 an die Öffentlichkeit. Aber auch von Alfred Rosenberg war eine kirchenpolitische Veröffentlichung geplant. Auf Einspruch Hitlers änderte er sie und brachte sie unter dem Titel *Der Mythos des 20. Jahrhunderts* erst 1930 auf den Markt. Hitler reagierte auf die Kritiker aus der Partei verärgert, da er sein mit missionarischem Eifer verfolgtes strategisches Ziel der „Nationalisierung der Masse“, vereint unter *einem* Kampfgedanken, verkannt sah. Er wollte sich als der ersehnte Befreier aus der Weimarer „Systemkrise“ legal von der Masse an die Macht tragen lassen (LeBon: „Die Masse ist eine Herde, die sich ohne Hirten nicht zu helfen weiß“, II, 3 § 1). Kritik störte ihn in seinem Vorhaben. Um ihm gefährlich werdende Kritiker, zu ihnen zählte er den Thüringer Gauleiter Arthur Dinter, los zu werden, setzte er die unbedingte Führerautorität in der Partei 1929 durch und änderte dahingehend die 4. Auflage von *Mein Kampf*.⁸³ Er brauchte unwandelbar ergebene Mitkämpfer, wie den Verlagsleiter Max Amann, der den Parteiverlag in seinem Sinn unauffällig zu steuern in der Lage war. Hitlers Reaktion hat in seiner Gefolgschaft für Verwirrung, in bürgerlichen Kreisen für Schadenfreude gesorgt und dadurch offensichtlich auch rezensionshemmend gewirkt.⁸⁴

Das publizistische Echo war sehr zurückhaltend. Nach den Teilvorabdrucken in der nationalsozialistischen Presse (vgl. Anm. 44) sind Besprechungen über die nach-

83 Hammer, H.: Die Buchausgaben, 1956, S. 171f.

84 Plöckinger, O.: Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers *Mein Kampf*, 2006, S. 327–349. Dinter wurde am 11.10.1928 aus der Partei ausgeschlossen, S. 357. Hitler hat Amann in „*Mein Kampf*“, S. 665–669 demonstrativen Dank für die verlegerische Unterstützung gezollt. – Bis 1933 sollen etwa 250 000 Exemplare der Volksausgabe von 1930 verkauft worden sein; vgl. Hammer, H.: Die Buchausgaben, 1956, S. 163. Tavernaro, Th. (Der Verlag Hitlers, 2004, S. 38) spricht von 287 000 bis Ende Januar 1933, eine Zahl, die von Plöckinger als „entschieden zu hoch“ angesehen wird. Er spricht von 241 000 Stück, vgl. a.a.O., S. 184.

einander herausgegebenen beiden Einzelbände, ab 1930 zusammengefasst als eine preiswerte, für einfache Menschen erschwingliche Neuauflage erschienen, und zwar fast ausschließlich im „rechten“ Spektrum einzelner Zeitschriften und Zeitungen konzentriert auf den autobiographischen ersten Band. Die bürgerliche Presse nimmt nur am Rande Kenntnis von ihm. Nebenher, d.h. nicht als Folge von Rezensionen, gibt es einzelne Betrachtungen und Stellungnahmen, die sich mit dem agitatorischen Auftreten Hitlers tagesaktuell, nicht grundsätzlich mit seinen neuen ideologischen Wertsetzungen beschäftigen und dabei meist nur beiläufig *Mein Kampf* kurz erwähnen.⁸⁵ Der zweite spätere Band wird fast gar nicht beachtet.

Die *Frankfurter Zeitung* stuft die „spärlichen“ biographischen Angaben Hitlers und sein ideologisches „Gedankengemisch“ sowie die Angriffsziele seiner „terroristischen Demagogie“ als unwesentlich ein und bleibt in der Folgezeit bei dieser kritisch-negativen Haltung.⁸⁶ Stefan Grossmann bespricht im *Tage-Buch* vom 7.11.1925 das „armselige“ Hitlersche Werk, das er gelesen habe, nachdem er Hitler als Redner „von einer bodenlosen Trivialität“ persönlich erlebt hatte. Er hat es als Phantasterei abwehrend inhaltlich nicht weiter besprochen.⁸⁷ Im *Deutschen Adelsblatt* ist erst der zweite Band rezensiert worden und zwar eng an den Buchinhalt angelehnt, ohne den gesellschaftlichen Kontext kritisch ins Auge zu fassen. Für den Leser war das informativ unergiebig. Die *NZZ* glaubt, dass Hitlers „Unwandelbarkeit dem unfruchtbaren Trotz und der Verlegenheit des künstlich emporgetragenen, nur zu Exzessen, nicht zu überlegener Politik gereiften Agitators entspringt“.⁸⁸

Beachtlich ist, dass Juden, die von Hitler besonders intensiv angegriffen und bedroht wurden, zurückhaltend und maßvoll reagierten. Während die *C.V.-Zeitung* mit einer Auflage von 55 000–73 000 vor 1933 die Hitler-Bücher nicht direkt erwähnt, rezensiert Ludwig Kaempfer in den *Abwehrblättern* beide Bände sehr ausführlich,

85 Plöckinger, O.: Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers Mein Kampf, 2006, insbes. S. 238–240.

86 ‚Frankfurter Zeitung‘, 70. Jg. Nr. 841 vom 11.11.1925 und beispielsweise 75. Jg., Nr. 628 vom 24.8.1930 sowie 76. Jg., Nr. 143 vom 23.2. und Nr. 148 vom 25.2.1931.

87 ‚Das Tage-Buch‘, Jg. 6, H. 45 vom 7.11.1925, S. 1164–1169. Seine Besprechung erschien auch in der ‚Neuen Freien Presse‘ in Wien.

88 ‚Neue Zürcher Zeitung‘ vom 8.11.1925.

kenntnisreich, aber auch sarkastisch, angesichts unsinniger, vernunftwidriger Behauptungen Hitlers, wie er feststellt.⁸⁹

Zu einer ernsthaften Auseinandersetzung in der bürgerlichen Presse im Rahmen der üblichen Novitätenbesprechungszeit von ein bis zwei Jahren fehlten die Voraussetzungen sowohl im Kampfbuch selbst als auch in den untereinander zerstrittenen rechtsextremistischen Splitterpartiegruppierungen, die damals noch ein relativ unbeachtetes öffentliches Dasein fristeten.

Die rechte Presse versuchte mit einigen Rezensionen das mangelnde öffentliche Interesse an Hitlers Büchern zumindest bei ihrer Klientel zu beleben. Bis Ende 1927 sind elf Rezensionen zu registrieren, deren Aussagen über Details hinausgingen und nicht nur für die Parteigenossen gedacht waren. Vier der Rezensionszeitschriften bzw. -blätter sind ausgesprochen antijüdisch orientiert: *Der Stürmer*, *Der Hammer*, *Deutsches Schrifttum* und *Deutscher Volkswart*. Da von ihnen der *Deutsche Volkswart* und *Der Hammer* je zweimal haben rezensieren lassen, reduziert sich die Anzahl auf sieben rechte Zeitschriften bzw. acht, wenn man *Heimgarten* dazuzählt, denn sein Rezensent ist der gleiche, wie in *Der Hammer*. Sie informieren einseitig und oberflächlich, d.h. sie gingen weder auf Inhalt und Bedeutung des Werks noch auf den Autor und seine Kompetenz sachlich abwägend ein. In der völkischen Monatschrift *Deutschlands Erneuerung* aus dem J.F. Lehmanns Verlag München werden die Judenfeindlichkeit und der Umgang mit der Masse, mit Massenpropaganda und Massenpsychologie begrüßt sowie der erste Band von Hitlers *Mein Kampf* nicht als Biographie, sondern als Programmschrift gewertet. Signifikant ist die Besprechung von Adolf Bartels in *Deutsches Schrifttum* von 1927, in der er das Werk von Hitler als die bedeutendste Veröffentlichung seit Bismarcks *Gedanken und Erinnerungen* bezeichnet.⁹⁰ In der rechtsgerichteten Zeitschrift *Deutsches Volkstum* hat der Redakteur Albrecht Erich Günther 1927 anstatt zu rezensieren die nationalsozialistische Taktik unter der Rubrik „Berichte“ so umschrieben: „Hitler erfüllt seine Anhän-

89 ‚Abwehrblätter – Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus‘, 1890, 35. Jg., Nr. 19/20 vom 20.10.1925 und 37. Jg. Nr. ¾ vom 21.2.1927. Die Auflagenhöhe betrug 1927 30 000; Plöckinger, O.: *Geschichte von Mein Kampf*, 2006, S. 302–326 mit einem Überblick über weitergehende Kommentare.

90 Brenner, H.: *Die Kunstpolitik*, 1963, S. 27.

ger mit starrem Fanatismus, bindet sie blind an das Dogma seines Programms. Wiedererweckung der Bekenntnisfreude, nicht Wegweisung ist sein Ziel“.⁹¹

Der Eher-Verlag brachte 1927 eine Propagandaschrift *Hitler und seine Bewegung im Lichte neutraler und objektiver Gegner* heraus mit einer Rezensionsauswahl von (noch) sympathisierenden völkischen Blättern, jedoch gekürzt und ohne deren kritische Aussagen. Nach einem Parteirundschreiben sollten die Rezensionen „an die sogenannten Intellektuellen“ gerichtet werden, offensichtlich in Verbindung mit der KfdK-Gründung 1927, auf die noch eingegangen wird.⁹²

Alle diese Rezensionen, die in Anlage 1 (s. Anhang) miterfasst sind, können nur formal als Rezensionen angesprochen werden, weil sie den normativen Qualitätsansprüchen nur zum Teil genügen. Der größte Mangel ist ihre einseitige Betrachtung und Bewertung. Man kann daher von einer Meinungslenkung sprechen, hinter der sich politische Intentionen von Autor und Verleger verbergen.

Viele potentielle Rezensenten werden dieses für wenig realistisch gehaltene, aber dennoch gefährliche irrationale Konstrukt, mit dem Vernunft und Gerechtigkeit kritik- und dialogfeindlich ausgeschlossen werden, für nicht besprechungswürdig angesehen haben. Rezensenten sind es im wohlverstandenen Interesse ihrer Leser gewohnt, selbst zu entscheiden, worüber sie schreiben wollen, unter triftigen Umständen auch dann, wenn sie für ihren Aufwand kein Besprechungsstück erhalten. Doch das war für Hitler nicht abschätzbar in diesem Fall. Deshalb kann nicht ausgeschlossen werden, dass bürgerliche Rezensenten vom Verlag gewissermaßen vorsorglich keine Besprechungsstücke erhalten haben, um Diskussionen, nach denen dieses außergewöhnliche Machterringungsprogramm eigentlich verlangt hätte, mit aller Kraft zu unterbinden.⁹³

Erst das Erstarken der nationalsozialistischen Bewegung 1929/30, die das Führerbuch als Werbemittel mit Propagandarednern, die sie selbst ausgebildet hat, nicht

91 ‚Deutsches Volkstum‘ 12, 1927, S. 953–956.

92 Zitiert nach Plöckinger, O.: Geschichte von ‚Mein Kampf‘, 2006, S. 346, Anm. 872.

93 Welche Bedeutung die Kritikabwehr für Hitler hatte, erhellt aus einer Ansprache auf der Gauleitertagung am 2.2.1934 in Berlin. Über Führungsfragen sagte er, dürfe „keinesfalls“ in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Wir müssen „das ganze Volk hypnotisiert“ hinter uns haben in „blindem Gehorsam“. Dem Volk dürfe keine Entscheidung überlassen werden, denn das „war der Wahnwitz der Demokratie“. Vgl. Broszat, M.: Der Staat Hitlers, 1969, S. 266f.

nur zur Verführung der Masse, sondern selektiv mit Unterstützung von Rosenbergs KfdK in bürgerlichen Kreisen einsetzte, veranlasste verantwortungsbewusste Journalisten und Rezensenten zur Feder zu greifen. Ohne auf eine Abgrenzung zwischen Rezension und kritischer Betrachtung zu achten, beschränkten sie sich auf aktuelle Einzelfragen, wie dies beispielsweise bei Theodor Wolff zu beobachten ist. Er bezeichnet 1930 im *Berliner Tageblatt* das Buch und die Parteireden darüber als ein „Gemisch von neurasthenischem Worttalent“, die Partei als „zugelaufenes Katilinariertum, verwirrte Jugendeselei, mit rasseneidischem Minderwertigkeitsgefühl, wolkiger Ideologie, blödem Brutalitätsinstinkt und idealistischer Selbstbespiegelung“.⁹⁴

Um der in relative Bedeutungslosigkeit versunkenen NSDAP öffentliche Beachtung zu verschaffen, ist im Mai 1930 eine beide Bände umfassende Volksausgabe mit mehreren Auflagen á = 10 000 Exemplaren neu auf den Markt gebracht worden. Doch ins Bewusstsein vieler Menschen gelangte sie erst mit dem Reichstagswahlergebnis vom 14.9.1930. Neue Erkenntnisse brachte diese Neuausgabe nicht, entsprechend fiel das Echo aus: Walter Mehring begrüßte in *Die Weltbühne* erst am 1.10.1930, d.h. nach fünf Jahren, Hitler „auf literarischem Gebiet“, freilich aufrüttelnd in ironisierender Kurzbesprechung.⁹⁵ In ähnlicher Weise schließt sich zwei Jahre später Heinz Horn im gleichen Blatt über Hitlers eigenwillige Sprache spöttisch an, mit der dieser die Masse besser zu erreichen gedachte. Am 24.2.1931 rezensiert Franz Mehring dann in *Die Weltbühne* das Buch des Nationalsozialisten Herbert Blank mit dem Titel *Adolf Hitler – Wilhelm III*, Berlin 1931.⁹⁶ Mehring bemerkt dazu: Hitlers Hass wende sich gegen „kritisches Vermögen, eine unabhängige Urteilskraft“, wie sie neben anderen „Lessing in höchster Vollendung besaß“. Lessings argumentative „Ironie und Dialektik“ würde aber von Hitlerianern abgelehnt. Am 31.1.1931 beanstandet Kurt Schedel in *Die Hilfe*⁹⁷ im Aufsatz „Abdankung des Geistes“ die Geringschätzung der akademischen Jugend durch Hitler, obgleich der NSDST in den Universitäten schon eine große Anhängerschaft mobilisiert hatte. In

94 „Berliner Tageblatt“ vom 20.7.1930.

95 „Die Weltbühne“ vom 1.10.1930, S. 507f.

96 Unter diesem Pseudonym schrieb Weigand von Miltenberg. Viele Adelige hofften in Hitler den Vollstrecker ihrer von der Republik nicht erhörten Restitutionswünsche zu finden.

97 „Die Hilfe“ vom 31.1.1931, S. 112.

Die literarische Welt rezensiert Robert Brendel Robert Jarckes' Buch *Der junge Nationalismus und die Juden* unter anderem: Es sei unmöglich, mit jungen Nationalisten zu diskutieren. Sie philosophierten aus der Tiefe mystischer, unkontrollierbarer Abgründe der sogenannten Volksseele, des Blutes und „ähnlicher Unwägbarkeiten“. Jeder sachliche Widerspruch stoße unwirksam in einen „gummiartigen Grund“, in eine „nebelhafte Romantik“.⁹⁸

Eine begrenzte öffentliche Aufmerksamkeit erlangte *Mein Kampf* mit Hilfe des von Alfred Rosenberg 1930 erschienenen Buches *Der Mythos des 20. Jahrhunderts* mit seinen unklaren, aber herausfordernden Querverweisen auf Punkt 24 des Parteiprogramms⁹⁹ der NSDAP, den auch Hitler in *Mein Kampf* erwähnt hatte, aber im Kontext einer positiv erscheinenden Kirchenpolitik. Von den Rezensenten, die auf für bedeutsam erkannte Zusammenhänge beider Werke rechtzeitig und nachdrücklich reagierten, seien genannt Friedrich Muckermann in *Der Gral* 1931 und Friedrich Heiler in *Die Hochkirche* 1932 (vgl. Anlage 2). Beide rezensierten aus christlicher Sicht. Sie warnten vor dem für Christen unerträglichen Rassenfanatismus, der Vernunftfeindlichkeit und vor Eingriffen in das religiöse Leben. Ein öffentlicher Diskurs ist dadurch nicht ausgelöst worden. Die katholische Kirche reagierte zwar punktuell innerkirchlich, blieb aber insgesamt abwartend-distanziert. Die evangelischen Landeskirchen setzten auf die Fortdauer des traditionellen staatlichen Kirchenschutzes.

Am Rande ist im Zusammenhang mit der Rezensionspolitik von Autor und Verlag Hitlers zweites Buchmanuskript zu erwähnen. Es lag im Sommer 1928 druckreif vor, ist aber nicht veröffentlicht worden, auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt.¹⁰⁰ Von Hitler und seinem Verleger liegen keine Äußerungen dazu vor, es hat sie aber

98 „Die literarische Welt“ vom 20.2.1931, 7f. Die Anspielungen beziehen sich auf das zweite Weltanschauungsbuch des Nationalsozialismus, das Alfred Rosenberg unter dem Titel „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ 1930 auf den Markt brachte.

99 Punkt 24 des Parteiprogramms lautet: „Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konventionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, dass eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz geht vor Eigennutz“.

100 Weinberg, G.L. (Hrsg.): Hitlers zweites Buch, 1961, S. 15, 36f. Vgl. dazu Plöckinger, O.: Geschichte von „Mein Kampf“, 2006, S. 95–106, 161–169.

zweifellos gegeben, denn seine Entscheidungen sind von seinem Umfeld mitbestimmt worden. Die politische und wirtschaftliche Lage der Republik hat sich nach der Inflation ab 1925 stabilisiert. Hitler, der mit seiner Bewegung im Lande keine Beachtung gefunden hat – die Reichstagswahl vom 20.5.1928 war enttäuschend für die NSDAP ausgefallen – wollte aus der Isolation heraus. Dazu wählte er außenpolitische Themen wie die Südtirolfrage, zu denen es keinen parteiübergreifenden Konsens geben konnte und eine diesen aktuellen Themen nicht gerade entgegenkommende Form der Auseinandersetzung, die Buchform. Damit konnte er zwar ins Gespräch kommen, doch musste er damit rechnen, mit seinen exponierten, systemfeindlichen Maximen kritische Reaktionen zu produzieren. Zudem wusste er, dass die tiefgreifenden Konflikte mit den Anhängern der völkisch-religiösen Heilslehre und der Los-von-Rom-Gruppe in seiner Partei, den „Johannessen“ und „Wanderscholaren“, wie er sie in *Mein Kampf* titulierte hat,¹⁰¹ in und außerhalb der Partei noch nicht ausgestanden waren. Rosenberg gehörte zu diesem Kreis. Über die von ihm am 30. September 1927 deswegen ausgesprochene, auf Widerstand gestoßene Entlassung seines Gauleiters Dinter hat Hitler im Sommer 1928 noch nicht endgültig entschieden.¹⁰² Unter diesen Umständen wird er in der ambivalenten Situation sich für den Verzicht auf eine Veröffentlichung seines Manuskripts entschlossen haben, vor allem um sein mit Eifer verfolgtes missionarisches Ziel nicht zu gefährden (LeBon hatte ihm die Stichworte Vorsehung und Nimbus geliefert).

An beiden Buchunternehmen hat sich gezeigt, dass Hitler eine ausgeprägte Aversion gegen Kritik zum Maßstab der Rezensionspolitik gemacht hat.

2.3.2 Alfred Rosenbergs opus privatim *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*, ein ‚rassisches‘ Volkserziehungsprogramm

Das zweite zu besprechende Weltanschauungsbuch stammt von Alfred Rosenberg. Seine wahre Absicht, ein rassisches Volkserziehungsprogramm zu begründen, wird

101 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 395, 398.

102 Scholder, K.: *Die Kirche und das Dritte Reich*, 1977, S. 119–122.

von ihm *expressis verbis* nicht genannt. Für unkundige Leser ist das Werk aus sich heraus nicht verständlich. Offensichtlich sollte es abseits der Öffentlichkeit möglichst unbeachtet von den Zeitgenossen, ähnlich wie das Programmbuch von Hitler, intuitiv, nicht argumentativ ins Unterbewusstsein eingehen und zu einem unwider-rufbaren politischen Glaubensbestandteil werden. Schon sein Titel warf Fragen auf, dies um so mehr, als er mit dem Buchinhalt nicht korrelierte. Zum besseren Verständnis des Verhaltens und Vorgehens von Rosenberg ist vorweg zu bemerken:

Alfred Rosenberg war seit 1919 ein Mitkämpfer und ergebenere Anhänger Hitlers, ein „Blutzeuge“ beim gescheiterten Staatsstreich 1923 in München. Seine emotional enge Beziehung zu Hitler erreichte den Höhepunkt in der Übertragung der stellvertretenden Führung der Partei während Hitlers Haftaufenthalt. Nach der Haftentlassung 1924 fand Hitler eine völlig zerstrittene, in Auflösung begriffene Partei vor. Der Theoretiker Rosenberg zog sich aus der Parteiführung zurück und arbeitete nach der Verbotsaufhebung des VB und der Neugründung der NSDAP am 25.2.1925 als Hauptschriftleiter des 1920 gegründeten VB. Neben politischen Kommentaren betätigte er sich schriftstellerisch. Er schrieb vorwiegend zum Thema Juden, wie Raimund Baumgärtner dargelegt hat¹⁰³. In Religions- und Kirchenfragen war ihm von Hitler strenge Zurückhaltung auferlegt worden. Hauptgrund war die Vermischung rassistisch-völkischen und religiösen Gedankenguts¹⁰⁴.

Schon vor seinem Haftantritt hat Hitler dieses strittige Thema unter seinen engen Anhängern zu klären versucht und sich dann in *Mein Kampf* kritisch dazu geäußert. Er warnte, das Volk „in ebenso unsinnige wie unselige Religionsstreitigkeiten zu stürzen.“¹⁰⁵ Ein Kampf gegen die römisch-katholische Kirche sei aussichtslos, anders sei das bei den Protestanten.¹⁰⁶ Seine Aufgabe sei eine rein politische, sie erfordere eine „einheitliche politische Glaubens- und Kampfgemeinschaft“, um in über-

103 Baumgärtner, R.: *Weltanschauungskampf*, 1989, S. 46–52.

104 Dieses Gedankengut speiste sich im wesentlichen aus Werken von Johann Gottlieb Fichte, Joseph Arthur Graf Gobineau, Paul de Lagarde, Houston Stewart Chamberlain, Theodor Fritsch, Dietrich Eckart und Arthur Dinter.

105 Hitler A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 336f, 395–400, 574, 379. Rede in München am 12.4.1922, als Sonderdruck im VB Nr. 32, 1922 und nach seiner Haft im VB vom 26.2.1925.

106 ebd., S. 574f, 122f.

schaubarer Zeit erfolgreich sein zu können.¹⁰⁷ Konsequenterweise sagte sich Hitler von den völkisch-religiösen Anhängern los.

Rosenberg hat nach eigenen Angaben 1925 das Buchmanuskript unter dem endgültigen Titel *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit* fertiggestellt. Er thematisierte die Rassen- und Judenfrage der nationalsozialistischen Weltanschauung und die religiös-völkischen Vorstellungen aus verschiedenen Quellen und in eigenwilliger Weise.¹⁰⁸ Jahrelang bemühte sich Rosenberg um einen Verleger. Hugo Bruckmann zeigte sich zwar interessiert, winkte aber schließlich ab, weil bei einem Zusammentreffen mit der geplanten Veröffentlichung von Hitlers zweitem Band *Mein Kampf* Ende 1926 ein Kulturkampf zu befürchten sei, den Hitler unbedingt zu vermeiden wünsche. Dem Verleger Eugen Diederichs bietet er eine Fassung mit geändertem Titel Ende 1926 vergeblich an, sogar unter einem Pseudonym, da er sich belastet fühlte. Den Oldenbourg-Verlag störte der zu große Umfang. Der Verleger Julius Friedrich Lehmann erinnerte Rosenberg an Hitler, der es mit Rom nicht zum Bruch kommen lassen will, und schrieb ihm unter anderem: „Solange ich mir aber sage, dass die kritische Art Ihrer Behandlung durch das wenig Positive, was Ihr Buch bietet, gerade auf die Kreise nicht wirkt, auf die es wirken sollte, kann ich mich leider nicht entschließen, den Verlag zu übernehmen“.¹⁰⁹

Das überarbeitete Manuskript legte Rosenberg 1929 Hitler vor, nicht nur für das Plazet, er brauchte verlegerische Hilfe. Doch Hitler winkte ab, er wollte seine weitergehenden taktischen Ziele nicht gestört wissen und hielt auch den richtigen Zeitpunkt für eine Veröffentlichung noch nicht für gekommen.¹¹⁰ Er verpflichtete Rosenberg, im eigenen Namen zu veröffentlichen und nicht im Parteiverlag.¹¹¹ Die

107 ebd., S. 419, 123, 127, 631, 398f.

108 Ein Beispiel für seinen Umgang mit literarischen Quellen ist das 1919 in Deutschland bekannt gewordene Pamphlet „Protokolle der Weisen von Zion“. Trotz begründeter Zweifel an ihrer Echtheit glaubte er mit ihnen einen Weltherrschaftsanspruch des Judentums belegen zu können.

Bollmus, R.: *Das Amt Rosenberg*, 1970, S. 72 mit Rosenbergzitat: „Das Analysieren besorgte ich für mich, das Behaupten anderen gegenüber ... das hat verletzt, aber auch gewonnen“.

109 Baumgärtner, R.: *Weltanschauungskampf*, 1977, S. 54f; Plöckinger, O.: *Geschichte von „Mein Kampf“*, 2006, S. 160.

110 Bollmus, R.: *Das Amt Rosenberg*, 1970, S. 25.

111 Rosenberg hatte bisher auch im Parteiverlag veröffentlichen können, daneben im J.F. Lehmann-Verlag, vgl. ‚VB‘ Nr. 83 vom 2.11.1921, S. 4. Am 4.4.1922 wurde Max Amann Leiter des Par-

„Bewegung“, so ist zu folgern, sollte freigehalten werden von den zu erwartenden kritischen Auseinandersetzungen in der Republik.

Nach der Regierungsbildung in Thüringen unter erstmaliger Beteiligung der NSDAP am 23.1.1930 und vor der Reichstagswahl am 14.9.1930 erschien das *Mythus*-Buch mit einem Vorwort vom Februar 1930 nicht im Zentral-Verlag der NSDAP, sondern im wenig bekannten kleinen Hoheneichen-Verlag, einem Schwesterverlag, ebenfalls in München ansässig.¹¹² Das Buch war, wie zuvor Hitlers *Mein Kampf*, als privates Werk deklariert. Die Partei konnte sich also bei aufkommenden unerwünschten Auseinandersetzungen distanzieren, es aber dennoch fördern. In dem für die Partei nach der bisherigen Propagandaarbeit 1930 günstiger gewordenen politischen Umfeld setzten Rosenberg und seine Mitkämpfer darauf, den Kampf um die Seele des ganzen Volks zu verstärken, es „auf den Boden unserer Überzeugung“ zu lenken bzw. den Widerstrebenden „unseren“ Willen „aufzuzwingen“ – das hatte Hitler in *Mein Kampf* den Parteigenossen zur Pflicht gemacht.¹¹³

Das 701 Seiten umfassende *Mythus*-Werk besteht aus drei Teilen, Bücher genannt.¹¹⁴ Das erste Buch behandelt „Das Ringen der Werte“ mit den Untertiteln „Rasse und Seele“, „Liebe und Ehre“, „Mystik und Tat“. Das zweite Buch „Das Wesen der germanischen Kunst“ ist unterteilt in „Das rassische Schönheitsideal“, „Der ästhetische Wille“. Das dritte Buch „Das kommende Reich“ enthält die Teile: „Mythus und Typus“, „Der Staat und die Geschlechter“, „Volk und Staat“, „Das nordisch-deutsche Recht“, „Deutsche Volkskirche und Schule“, „Ein neues Staatensystem“, „Die Einheit des Wesens“.

Schon die Inhaltsangabe verrät den politisch-ideologischen Zweck des Umerziehungsunternehmens. Vorgestellt werden eigenwillige intuitive Gedankenkonstruk-

teiverlags, seit 1.8.1921 war er Leiter der Parteiorganisation, vgl. Tavernaro, Th.: Der Verlag Hitlers, 2004, S. 33f.

112 Der Hoheneichen-Verlag gehörte seit 1916 Dietrich Eckart, dem frühen Weggenossen Hitlers, ging 1929 über an Michael Zwitzler und bald nach dem 30.1.1933 an den Zentralverlag der Partei.

113 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 372–374, 527, 656, auch 130 und 148 in Bezug auf das Vorbild der Kirche.

114 Nachfolgend wird der Buchtitel verkürzt als „Mythus“ bezeichnet. Die folgenden Zitatnachweise in Klammern sind der „Mythus“-ausgabe 1934 (44.–45. Auflage) entnommen.

tionen und Behauptungen, die ohne vermittelnde Interpretation nicht nachvollziehbar sind, um von Lesern verstanden zu werden, falls das überhaupt beabsichtigt war.¹¹⁵

Rosenberg beklagt im *Mythus* seine/die Weltanschauungsnot als Folge des verlorenen Ersten Weltkriegs und das Dahinsinken aller sozialen und kirchlichen Werte, Sitten und Gebräuche, das „hemmungslose(-) Ringen(-) dutzender von Gedankensystemen um die Vorherrschaft“ (S. 625), ein „Nebeneinander ...zweier oder mehrerer auf verschiedene Höchstwerte bezogener Weltanschauungen“ (S. 449). In seinem intuitiven Rasseerleben fand er den neuen Glauben für die Deutschen, den „Mythus“ des nordischen Blutes. Er meint, „mit dem Blute auch das göttliche Wesen des Menschen überhaupt zu verteidigen“ (S. 114). Die größte Aufgabe sieht Rosenberg darin, „die Unbefangenheit des gesunden Blutes wiederherzustellen“ (S. 17). Seele bedeutet für ihn ‚Rasse von innen gesehen‘ und Rasse sei die Außenseite einer Seele (S. 2). Er schreibt: „Die Rassenseele zum Leben zu erwecken, heißt ihren Höchstwert zu erkennen und unter seiner Herrschaft den anderen Werten ihre organische Stellung zuweisen: in Staat, Kunst und Religion. Das ist die Aufgabe unseres Jahrhunderts: aus einem neuen Lebens-Mythus einen neuen Menschentypus zu schaffen“ (S. 2, 481). Damit soll zur Pflicht werden, „dass der Mythus des Blutes und der Mythus der Seele, Rasse und Idee, Volk und Persönlichkeit, Blut und Ehre, ganz allein und kompromisslos das ganze Leben durchziehen, tragen und bestimmen muss“ (S. 699). „Die Ablehnung des germanischen Ideals in Deutschland ist nackter Volksverrat“ (S. 635). Die nationalsozialistische Ideologie soll alle Lebensgebiete total umprägen bis zum rassistischen Schönheitsideal, mit dem die angeblich durch jüdischen Einfluss verfälschte klassisch-humanistische Ästhetik ersetzt werden soll. Ihm hat er im zweiten der drei Bücher viel Raum gegeben.

Die künftige Volkserziehung habe sich nach den nationalsozialistischen Zielen zu richten, ungeachtet der bereits eingeleiteten pädagogischen Reformen der Weimarer Regierung. Rosenberg schreibt: „Der Streit um die Schule hat wohl am klarsten den ganzen Zusammenbruch unserer Zeit offenbart, zugleich aber auch die Berechti-

115 Zu denken ist an die zahlreichen Bezüge zu „Mein Kampf“, vgl. S. 234, 506f, 485. Nicht beachtet wurde die von Hitler geforderte Trennung zwischen Politik und Religion, vgl. S. 127, 123.

gung des germanistischen Ideals erwiesen, das keinen Kompromiss anerkennen kann, sondern seine Vorherrschaft fordert“ (S. 633).

Im dritten Buch fordert Rosenberg eine neue Volkskirche auf rassischer Grundlage, die bereits „heute die Sehnsucht von Millionen ist“ (S. 3, 599, 614, 623). Er will die bisher geltenden und für falsch und zerstörerisch gehaltenen religiösen Werte beseitigen. Er will die alten „Zwangsglaubenssätze“ (S. 601, 625) einfach durch seine eigenen ersetzt wissen. In Anlehnung an *Mein Kampf*¹¹⁶ versucht er es verharmlosend autoritär: „Die Einzelheiten der Durchführung wird das kommende Leben dann klären und bestimmen“. Und weiter: Die auf sich selbst gestellten Glieder dieser neuen Volkskirche werden mit staatlichen Mitteln vor Verfolgung geschützt (S. 615). Nach Rosenbergs Vorstellung sollen diese Glieder in der Konsequenz sich selbst vergötternde Rassegläubige sein, abgedrängt auf Vereinsebene, gleichgeschaltet unter Staatsaufsicht.

Im letzten Abschnitt seiner Schrift (S. 683f) führt Rosenberg den Begriff „organische Wahrheit“ ein,¹¹⁷ von der – wie er schreibt – das ganze *Mythus*-Buch handelt. Er umschreibt mit dieser Methode ein Zweckmäßigkeitsdenken, das auf das rassegebundene Volkstum fixiert ist. Auf Houston Stewart Chamberlain sich berufend, gelte es mit ihm zu erkennen, „dass die organische Wahrheit in sich selbst ruht und an der Zweckmäßigkeit der Lebensgestalt abzulesen ist“. Das sei der „Kern der neuen Welt- und Staatsanschauung des 20. Jahrhunderts“. Entscheidend ist für Rosenberg, „ob sie Gestalt und innere Werte dieses Rassevolkstums steigern konnte oder nicht“. Können – so ist Rosenberg entgegenzuhalten – die Wert- und Wahrheitsfrage identisch sein? Rosenbergs Biograph F.Th. Hart erläutert 1939: Er will „eine Wahrheit, welche nicht von der Logik her bewiesen wird, sondern vom Volksgeist behauptet und bekannt wird. Organisch wahr ist eine Weltanschauung, innerhalb welcher Religion, Philosophie, Staats- und Rechtswesen innere Werte gleicher Art zur Voraussetzung haben, die wieder ihren Ursprung aus der Rassenseele nehmen“.¹¹⁸

116 Es gibt konkrete Hinweise auf Hitler, A.: „Mein Kampf“, 1933, S. 536, 549, 642, aber auch indirekte. Die ideologische Abstimmung ist frappierend.

117 ebd., S. 738, 741–743.

118 Hart, F.Th.: Rosenberg und sein Werk, 1939, S. 31. Die Sperrung ist aus dem Original übernommen.

Diese Erläuterung erschien erst, nachdem die heftige öffentliche Kommunikation, auf die einzugehen sein wird, über dieses die nationalsozialistische Weltanschauung repräsentierende Werk durch die Machthaber verboten worden ist (Verbot der Buchkritik, 1936).

Publizistisch angekündigt worden ist die Neuerscheinung des *Mythos* (hier mit „o“ geschrieben!) im Parteiblatt *Der Angriff* vom 17.7.1930, herausgegeben von Joseph Goebbels. In dem Werk, so wurde unpräzise, aber selbstgewiss postuliert, wird „den Quellen nachgegangen, aus denen die nationalsozialistische Bewegung ihre Kraft zieht“. Rosenberg befasse sich „mit Fragen der Religion, der Philosophie, mit geschichtskritischen Betrachtungen und praktischen Auswirkungen einer gesunden Kunstpolitik“.

Seitens des Hoheneichen-Verlags sind keine Werbe- oder sonstigen Aktivitäten bekannt geworden. Gleichwohl blieb die Partei unter Hitlers eiserner Regie wachsam, wie sich noch erweisen wird. Doch zunächst musste sich Rosenberg als treibende Kraft selbst für eine effektive Verbreitung seines Buches und seiner neuartigen Gedanken engagieren. Als Hauptschriftleiter des *VB* seit 1923, dem Jahr seiner Einbürgerung in Deutschland, und der 1930 gegründeten *NSMH* hatte er Einflussmöglichkeiten. Während Hitler in seinem charismatischen Führerbewusstsein, das nach 1933 zu einem Führerkult propagandistisch inszeniert wurde, sich nicht selbst für seine „Lehre“ einsetzte, warb Rosenberg in Selbstanzeigen bzw. Selbstrezensionen für dieses Buch und veranlasste andere Parteigenossen zu gleichem Tun in den Parteiblättern. Besonders die Jugend versucht er zu begeistern für die „Revolutionierung der Weltanschauung von unten her“,¹¹⁹ für eine bessere Zukunft, wie er im Vorwort vom 15.12.1930 zur Neuauflage des Parteiprogramms von 1922 schrieb¹²⁰ (Anlage 2).

Bis zum Ende der Weimarer Republik sind nach Harald Iber vier Auflagen des *Mythos* verkauft worden, davon die ersten zwei bis Oktober 1931. Die abgesetzte Stückzahl lässt sich mit den Angaben von Reginald H. Phelps rekonstruieren: bis

119 Baumgärtner, R.: Weltanschauungskampf, 1977, S. 112 und „Mythus“, S. 520.

120 Rosenberg, A.: Das Parteiprogramm, 1930, Vorwort.

Oktober 1931 werden es 6 000 und bis 31.1.1933 13 000 Exemplare gewesen sein.¹²¹ Zu den Hauptzielgruppen des Buches in der Partei gehörten die nationalsozialistischen Jugend- und Studentenverbände, der KfdK und die SA.¹²²

Die Anzahl der ausgegebenen Besprechungsstücke ist nicht bekannt, sie kann nur sehr gering gewesen sein und zwar an nationalsozialistische und rechtsgerichtete Presseorgane. Rosenberg hatte schon vor 1930 werbewirksam Teile aus seinem „Mythus“-Vorhaben in zwei Büchern veröffentlicht: *Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP* im Volksverlag Dr. E. Boepple, Stuttgart 1923 und: *Der völkische Staatsgedanke. Untergang oder Neugeburt* im Eher-Verlag, München 1924.

Nachfolgend wird versucht, aus Rezensionen und anderen mit ihnen in Beziehung stehenden Interpretationsformen (Kommentare, Monographien) in den die öffentliche Meinung abbildenden Presseorganen¹²³ die Kommunikation über das *Mythus*-Buch exemplarisch nachzuzeichnen und zu charakterisieren. Dieses Vorgehen ergibt sich aus der Komplexität des Buchvorhabens und der unzureichenden Informationspolitik des Autors, der zugleich Parteipolitiker und Chefredakteur zweier nationalsozialistischer Presseorgane war. Nicht alle Rezensenten und Kommentatoren konnten z.B. den Zusammenhang des *Mythus*-Buches mit dem Parteiprogramm, insbesondere Punkt 24¹²⁴, und den in *Mein Kampf* unsystematisch niedergelegten disparaten Weltanschauungszielen und der mit ihnen verfolgten Strategie sofort erfassen. Gleichwohl erkannten einige von ihnen die sich aus dem Buch ergebende bedrängend brisante Frage nach der Zukunft des christlichen Glaubens und rückten sie in den Vordergrund. Die mit Hitlers Begriff vom „positiven Christentum“ verbundenen politischen Zusicherungen versuchte Rosenberg trickreich herunterzuspie-

121 Phelps, R.H.: Eher-Verlagsautoren, 1955, S. 34. Bis August 1933 sind fünf Auflagen mit zusammen 17 000 Exemplaren abgesetzt worden. Ausgehend von H. Iber: *Rassischer Glaube?*, 1967, S. 40 und von R. Baumgärtner (a.a.O., S. 82) werden dann die Stückzahlen der ersten fünf Auflagen 3 x 3 000 und folgend 2 x 4 000 betragen haben. Die Erhöhung der Auflage infolge verbesserter Absatzlage schlug sich nieder in der Honorarabrechnung zum 31.12.1934 (vgl. Baumgärtner, S. 82). Danach wurde die Auflagenhöhe 1934 auf 5 000 angehoben. Die von Rosenberg im Vorwort und vom Verlag im Impressum genannten Zahlen sind hier nicht verwertbar, weil Werbeaussagen.

122 ebd., S. 32.

123 Aus definitorischen Gründen werden im Folgenden Rezensionen in Anlage 2 und charakteristische Stellungnahmen und Monographien in Anlage 2a erfasst.

124 vgl. Fußnote 99 auf Seite 49.

len, ohne tatsächlich den größten Widerspruch zu Hitlers Aussage in *Mein Kampf* „privat“ dahingehend auflösen zu können, dass die nationalsozialistische Bewegung eine politische, keine religiöse Reformation anstrebe und dass Hitler „in beiden religiösen Bekenntnissen gleich wertvolle Stützen für den „Bestand unseres Volkes“ sehe.¹²⁵

Zu den ersten Reaktionen auf die *Mythus*-Novität gehört die 1930 erschienene Rezension von Friedrich Wieneke im *Deutschen Pfarrerblatt*¹²⁶ Er versucht als nationalsozialistischer „Deutscher Christ“ (DC) die unklaren Positionen von Rosenberg und Hitler zu rechtfertigen und löst damit eine sich rasch ausbreitende kontroverse Diskussion im Lande aus. Georg Sinn erwidert sie im gleichen Blatt mit seinem (aufrüttelnden) Aufsatz(-titel): „Christenkreuz und Hakenkreuz“, der wechselseitig weitere öffentliche Stellungnahmen folgten.¹²⁷ Die Auseinandersetzungen wurden fortgesetzt in der *AEKZ* und der *Christlichen Welt*, in der schließlich Martin Rade 1932 zur Erkenntnis kommt, dass eine Machtübernahme Hitlers zur Ausrottung der Juden führen werde.¹²⁸ Das Pro und Contra der Christen zu den nationalsozialistischen Thesen, an deren Diskussion sich unter anderem parlamentarische Abgeordnete beteiligten, wie Hermann Strathmann vom Christlich-sozialen Volksdienst (er war Ordinarius für Neues Testament in Erlangen), Karl Joseph Troßmann von der Bayerischen Volkspartei und der Nationalsozialist Dr. Rudolf Buttmann, wurde 1931 begleitet von bischöflichen Erklärungen aus beiden Konfessionen.

Etwa zeitgleich zu Friedrich Wieneke trat Ingbert Naab in der Münchener Zeitung *Der Weg* 1930 auf. Anfangs argumentiert er als Rezensent, dann als Kommentator. Er verteidigt den wahren Katholizismus gegen die nationalsozialistische, die kommunistische und die Zentrums-Politik. Naab kooperiert bis 1933 mit Fritz Gerlich, dem Herausgeber der Wochenzeitschrift *Illustrierter Sonntag*, die 1932 nach

125 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 369, 379.

126 „*Deutsches Pfarrerblatt*“, 34. Jg., Nr. 45 vom 11.11.1930.

127 ebd., Nr. 50 vom 16.12.1930.

128 *Allgemeine Evangelische-Lutherische Kirchenzeitung*, 64. Jg., Nr. 11 vom 13.3.1931 sowie „*Christliche Welt*“ 45, Jg. Nr. 9 vom 2.5.1931 bis 46. Jg., Nr. 14 vom 16.7.1932.

ihrem Verbot in *Der gerade Weg* umbenannt wurde.¹²⁹ Er enthüllt Hitlers Propagandaktik in seiner Monographie *Ist Hitler ein Christ?* (München: Zeichenring 1931), die er auch in *Der Weg* 1931 veröffentlicht.

Öffentliche Beachtung fand ein weiterer theologischer Kritiker, der schon auf die Vorveröffentlichungen Rosenbergs von 1923/24 deutlich reagiert hatte: Erhard Schlund, Dozent an der katholischen Hochschule in München, der bereits 1924 nicht nur mit einer Rezension, sondern mit einer umfassenderen monographischen Stellungnahme hervorgetreten war, und zwar mit: *Neugermanisches Heidentum im heutigen Deutschland* (München: A. Pfeiffer 1924). Darin hatte er aufmerksam gemacht auf das verschwommene Parteiprogramm der NSDAP, das zugleich Weltanschauungsprogramm sein will. 1931 kommentiert er den *Mythus* kenntnisreich mit der ausführlichen Monographie *Orientierung, eine Hilfe im Weltanschauungskampf der Gegenwart* (Hildesheim: A. Lax 1931). Er bezweifelt den privaten Charakter des *Mythus* wegen der führenden Funktionen Rosenbergs, die dieser in der Partei und als Chefredakteur des von Hitler herausgegebenen *VB* bekleide und weil das *Mythus*-Buch im *VB* den Parteigenossen 1931 als Weihnachtsgabe empfohlen wurde. Zudem erscheine das Werk im *NS-Jahrbuch* 1931 unter der Rubrik „Kleine Literatur für den Nationalsozialisten“.¹³⁰

Rosenbergs Buch fand auch in theologischen Kreisen der evangelischen Kirchen eine breite Aufmerksamkeit. Der lutheraner Pfarrer Richard Karwehl referierte darüber und rezensierte es in der Zeitschrift von Karl Barth *Zwischen den Zeiten* unter dem Titel „Politisches Messiasium. Zur Auseinandersetzung von Kirche und Nationalsozialismus“. Er entdeckte in der weltanschaulichen Frage keinen Unterschied zwischen Rosenbergs und Hitlers Buch. Da der *Mythus* eine Privatarbeit sei, bezog er sich stärker auf *Mein Kampf*, Gottfried Feders Erläuterungen zum Parteiprogramm und, von den Parteizeitungen, auf den *VB*. Den Rassismus nimmt er zum Anlass, vor dem Unheil zu warnen, das drohe, wenn keine Besinnung folgt.

129 „Der Weg“, Jg. 8, H. 7 vom Dezember 1930. Bezüglich seiner über Rezensionen hinausgehenden kritischen Äußerungen vgl. O. Plöckinger: *Geschichte von „Mein Kampf“*, 2006, S. 293f, Anm. 532–541.

130 Baumgärtner, R.: *Weltanschauungskampf*, 1977, S. 146.

Das durch die Rezensionen angeregte Bedürfnis der Menschen nach weiteren Informationen gab vielerorts den Anstoß zu Vorträgen, Diskussionen und Schriften zur Klärung der aufgeworfenen Fragen. Dieses Bedürfnis verstärkte sich nach den Wahlgewinnen der NSDAP. Von den zahlreich auf den Markt gebrachten selbständig erschienen Schriften in Buch- und handlicher Broschürenform, geeignet zu mehrmaligem vertiefenden Lesen und gegebenenfalls anschließendem Gespräch, seien zwei Beispiele genannt:

(1) Die auf zwei Bände erweiterte Sammlung kritischer Aufsätze/Predigten von Leopold Klotz (Hrsg.): *Die Kirche und das dritte Reich. Fragen und Forderungen deutscher Theologen* (Gotha: Selbstverlag 1932). Die Autoren vertreten liberale Ansichten. Dennoch tadelte Rosenberg sie und wollte diejenigen, deren Kritik ihm zu weit ging, aus einer Neuauflage der Sammlung verbannt wissen gegenüber anderen (nationalsozialistisch) positiv urteilenden Rezensenten.¹³¹

(2) Die zweite Schrift greift das in mehreren Vorträgen behandelte „Mythus“-Thema auf, das der Münchener Stadtpfarrer Emil Muhler unter dem zuspitzenden Titel *Die christliche Weltanschauung im Kampf der Geister. Sieben Vorträge*. (Regensburg: Pustet Januar 1933) veröffentlichte. Muhler verbindet die im Parteiprogramm in *Mein Kampf* und im *Mythus* definierten politischen Kampfziele des „Rasse-Evangeliums“, des fanatischen Judenhasses und des verführerischen Angebots der Partei zum gemeinsamen Kampf gegen die gottlosen Marxisten. Er sieht darin eine „Todesgefahr, die der Menschheit heute droht“, entstanden aus einer unwissenschaftlichen, unchristlichen und unmoralischen Weltanschauung.¹³²

Obwohl von den Gebildeten die politische Absicht der für Leser des *Mythus* schwer oder gar nicht durchschaubaren Vermischung von Fakten und Fiktionen nicht übersehen worden ist, dachte Rosenberg nicht daran, die von engagierten bürgerli-

131 ‚NSMH‘ H. 6, S. 42f; ‚Academia‘ 45. Jg., Nr 3 vom 15.7.1932; ‚Der gerade Weg‘ 4. Jg, Nr. 45 vom 6.8.1932; ‚Glaube und Volk‘ 1. JG, H. 8 vom 15.8.1932; ‚Jüdische Rundschau‘ 37. Jg., Nr. 70 vom 2.9.1932. Friedrich Heiler ist einer der Autoren. Er ist Konvertit und seit 1920 ev. Professor für vergleichende Religionsgeschichte in Marburg. Baumgärtner erwähnt seine Rezension in seinem Buch *Weltanschauungskampf*, 1977, nicht. Von den Nationalsozialisten wurde Heiler 1934 aus der theologischen Fakultät entfernt. Der zuvor erwähnte ev. Theologe Karl Barth ist wegen Treueidverweigerung 1934 von der Universität Bonn entlassen worden.

132 Muhler, E.: *Christliche Weltanschauung im Kampf der Geister*, 1933, S. 69f, 84. Vgl. auch Plöckinger, O.: *Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers „Mein Kampf“*, 2006, s. 297.

chen Rezensenten¹³³ aufgedeckten Widersprüche und Provokationen sachlich-argumentativ nachvollziehbar auszuräumen. Im Gegenteil konterkarierte er deren legitimes Engagement auf ideologisch-autoritäre Weise. Er setzte nach Hitlers Maxime nationalsozialistische Rezensenten und Kritiker in seinem Agitationsblatt *NSMH* politisch und propagandistisch rücksichtslos für (seine) Parteiziele ein.

Die als Antwort auf die christlichen Rezensionen konzipierte Kampfschrift des bekannten Nobelpreisträgers, des Physikprofessors Johannes Stark, *Nationalsozialismus und die Kirchen* (München. Eher 1931), ließ Rosenberg nach seiner Intention von K.F. Jurda rezensieren: die von den nationalsozialistischen DC betriebene – so Jurda – „religiöse Erneuerung“ der evangelischen Kirchen verfolge das Ziel einer bewussten „Gesinnungsgemeinschaft“¹³⁴, die es nach Rosenberg gegen Marxisten und „Zentrum“ in Stellung zu bringen gelte.¹³⁵ Wenn Rosenberg dann im Oktober 1931 über seinen Rezensenten „klr“ die von Helmuth Schreiner herausgegebene Schrift *Der Nationalsozialismus vor der Gottesfrage* (1931) als dessen Privatsache bezeichnen lässt mit der Anmerkung, die Partei beabsichtige keine Religion zu gründen, will er jede Diskussion über sein antichristliches „Mythus“-Unternehmen abblocken.¹³⁶ Zu Rosenbergs Desinformations- und Täuschungsmanövern zählt auch die Pseudo-Rechtfertigung im Vorwort zur dritten Auflage des *Mythus* vom Oktober 1931.¹³⁷ Er behauptet dort, dass das Erscheinen seines Buches „sofort einen Meinungskampf heftigster Form hervorgerufen“ habe, in dem besonders katholische Kreise eine „wilde, hemmungslose Polemik“ ausgelöst hätten. Und in evangelischen Kreisen hätte das Werk „eine heftige Bewegung hervorgerufen“, ein „Ringens der Werte“ sei spürbar geworden. Millionen von Menschen seien seinen rassistischen Vorstellungen folgend erwacht und weitere würden sich anschließen. Glaubte er wirk-

133 Weitere Beiträge/Einwände von Kritikern haben Baumgärtner, R.: *Weltanschauungskampf*, 1977, S. 142–146 und Iber, H.: *Rassischer Glaube?*, 1987 ab S. 40 dargestellt, letzterer stärker unter theologischem Aspekt.

134 ‚NSMH‘ H. 17 vom August 1931, S. 374f unter „Kritik der Zeit“. Die „Gesinnungsgemeinschaft“ war die von Hitler erstrebte Volksgemeinschaft als Folge der „Nationalisierung der Masse“, vgl. Kershaw, I.: *Hitler vor 1936*, 2002, S. 337. Die Schrift von J. Stark ist auch von Erhard Schlund rezensiert worden in: ‚Academia‘ 45. Jg., Nr. 3 vom 15.7.1932.

135 ‚NSMH‘ H. 12 vom März 1931, S. 128 f unter „Kritik der Zeit“.

136 ebd., H. 19 vom Oktober 1931, S. 479.

137 Rosenberg, A.: ‚Mythus‘, 1934, S. 3, 10.

lich, dass die Erwachten unaufgeklärt blieben über die kraft seiner Parteiämter verfolgten antichristlichen Aktivitäten als trojanisches Pferd? Die geringe Kaufnachfrage hat er mit seinen Werbesprüchen nicht wenden können.

Der von Rezensenten und anderen ihnen folgenden Kritikern ausgelöste Argumentationsdruck kann nicht ganz ohne Wirkung geblieben sein, auch wenn es keine statistischen Erhebungen und Meinungsumfragen gegeben hat. Rosenberg und der hinter ihm anscheinend neutral abwartende Parteivorsitzende Hitler können mit dem Ergebnis dieser nicht in ihrem Sinn ausgefallenen Rezensionen nicht zufrieden gewesen sein. Der nicht offen zugegebene Weltanschauungskampf um die „Seelen“ sollte nach der Erringung der Regierungsmacht am 30. Januar 1933 in ein neues Stadium treten. Dazu gehörte auch die Ermordung und Vertreibung unbequem gewordener kritischer Rezensenten, die größere Aufmerksamkeit erlangt hatten. Zu den Opfern der Gewaltpolitik müssen Ingbert Naab und Fritz Gerlich gezählt werden wegen ihrer freimütigen Sachkritik zwischen 1930 und 1932.¹³⁸

2.4 Die Politisierung der Buchbesprechung am Beispiel der Hanseatischen Verlagsanstalt

Zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (DHV), der sich nach seiner Gründung im Jahr 1893 in Hamburg zur größten deutschen nicht-marxistischen Angestellten-Gewerkschaft entwickelte (1931: 400 000 Mitglieder und 6 524 Buchhandlungsgehilfen des Allgemeinen Deutschen Buchhandlungsgehilfen-Verbands (ADBV)), gehörte neben anderen Unternehmen als Kernstück die gleichfalls 1893 gegründete Hanseatische Druck- und Verlagsanstalt, die 1920 ihre endgültige Gestalt als Hanseatische Verlagsanstalt AG (HaVA) erhielt. Der mit den laufenden Verbandsbeiträgen finanzierte Firmen-Verbund wurde sukzessiv mit dem aus einem Führungs- und völkisch-nationalistischen Bildungsanspruch abgeleiteten Ziel der

138 Der Herausgeber und Kritiker Fritz Gerlich wurde im März 1933 verhaftet und am 30.6.1934 im Zusammenhang mit den staatlichen Meuchelmorden der sogenannten Röhmaffäre im KZ Dachau ermordet. Der Kritiker und Rezensent Ingbert Naab konnte fliehen und starb 1935 im Straßburger Exil. Vgl. Plöckinger, O.: Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers „Mein Kampf“, 2006, S. 295.

politischen Beeinflussung aller innerhalb und außerhalb des Verbandes erreichbaren Menschen ausgebaut. Die Unternehmenspolitik entsprach seit 1893 dem Namensattribut „deutschnational“ mit einer auf Dauer angelegten exzentrisch antijüdischen, antiliberalen, antirepublikanischen, antifeministischen Grundhaltung, wie Andreas Meyers Forschungen ergeben haben.¹³⁹

Die Konzernstruktur begünstigte die Entfaltung der rechtsgerichteten Firmenpolitik nach dem Ende der Monarchie. Miteinander verflochten waren: seit 1904 durch Einzelzukauf bis 1930 14 deutschnationale Buchhandlungen, eine Buchvertriebsgesellschaft mit dem Namen „Bücherborn“, seit 1916 die Buchgemeinschaft „Deutschnationale Hausbücherei“¹⁴⁰, 1923 umbenannt in „Deutsche Hausbücherei“, seit 1893 Deutsche Handelswacht (offizielles Presseorgan des DHV), daneben Publikationsorgane wie „Politisch-gewerkschaftlicher Pressedienst“. Ferner gehörten dazu die kulturpolitische nationale Zeitschrift *Deutsches Volkstum*, Hamburg (seit 1919 herausgegeben und redigiert von Wilhelm Stapel)¹⁴¹ und seit 1925 der Avenarius-Verlag Leipzig. Dieser Verlag brachte unter dem Herausgeber und Redakteur Will Vesper die Zeitschrift *Die schöne Literatur* heraus, seit 1931 unter dem Titel *Die neue Literatur*, ausgerichtet auf eine „neue wesenhafte deutsche Literatur, der die Zukunft gehört“.¹⁴² Zur literarischen Verstärkung des Vermittlungsprozesses sollte der *Buchberater* dienen.¹⁴³

Eine besondere Rolle im politisch motivierten Verlagsaufkauf spielte der Erwerb der beiden schönggeistigen Münchner Verlage Georg Müller 1927 (GMV) und Albert Langen (ALV) und deren Fusion 1932 zum Langen-Müller-Verlag (LMV) unter dem Dach des DHV.

139 Meyer, A.: *Verlagsfusion*, 1989, S. 3–20, 81, 204; Lokatis, S.: *Hanesatische Verlagsanstalt*, 1992, S. 26–28.

140 Hamel, I.: *Der Völkische Verbund*, 1967, S. 136f, 138f. Die Unternehmungen sollten nicht nur dem Kauf billiger Bücher durch die Mitglieder, sondern auch der gezielten Ausbreitung deutschnationaler Gedanken dienen. Artfremde Autoren wurden nicht geduldet. Im Beirat der Hausbücherei waren seit Anbeginn Adolf Bartels, Wilhelm Stapel u.a., zu denen ab 1926 Hans Grimm, Ernst Jünger, Erwin Guido Kolbenheyer, Wilhelm Schäfer u.a. dazukamen.

141 ebd., Stapel hatte sich mit seiner selbst gestellten volksbürgerlichen Erziehungsaufgabe eine dominante Stellung im DHV erarbeitet. 1920 erhielt er zugleich die Leitung der Volkskundeabteilung der HaVA.

142 *Börsenblatt* Nr. 272 vom 2.12.1930.

143 ebd., Nr. 242 vom 17.10.1929, S. 8127 und Meyer, A.: *Verlagsfusion*, 1989, S. 199, Anm. 40. Auflagenhöhe 50 000, 1931.

Die Konzernstrategie war eine umfassend politische, wie Andreas Meyer detailliert aus Quellen zutage gefördert hat. Sie hat den Ersten Weltkrieg unbeschadet überstanden. Der politisch-weltanschaulich ausgerichtete Teil der Literaturproduktion sollte sowohl die Leserschaft, als auch die verbandseigenen Buchhändler über den ADBV miteinander verbinden.¹⁴⁴ Um die sehr einseitige Verlags- und Buchmarktpolitik der Kritik zu entziehen, wurde ihr Konzept konsequent vor dem Blick der Öffentlichkeit verborgen gehalten. Das gelang, indem die einzelnen Konzernteile als scheinbar selbständig im eigenen Namen auftraten und sich als nicht zum DHV gehörig ausgaben. Das reichte von der Abstimmung des Literaturprogramms mit gezielter Autorenwahl und Autorenhonorierung über programmierte Rezensionen mit Rezensentenauswahl bis zu den Buchhändlerrabatten. Zur Strategie gehörte auch, die deutsch-völkische Gesinnung nicht als offizielle Verbandslinie erkennen zu geben.¹⁴⁵

Beispielsweise ist die Deutsche Verlagsanstalt (DVA) in eine 1931 publik gewordene Auseinandersetzung zwischen Rudolf Borchardt einerseits und dem DHV und seinen angeblich neutral operierenden beiden Zeitschriften und deren offensiver gewordene nationalistische Literaturpolitik andererseits hineingezogen worden. Die DVA hat sich dagegen gewehrt und sich geweigert, Rezensionsexemplare diesen Zeitschriften weiterhin zuzuschicken.¹⁴⁶

Der Verzicht auf ökonomische Rentabilität der Konzernteile wurde vom DHV-Konzern, zu dem weitere ertragreiche Wirtschaftsunternehmen gehörten, bewusst in Kauf genommen: das gewerkschaftliche Beitragsaufkommen und das Konzernvermögen ließen dies und auch Spenden an rechte Parteien, Organisationen und Einzelpersonen zu,¹⁴⁷ ohne öffentlichen Argwohn über die Finanzierungspraktiken und die Verbandspolitik zu erregen.

144 Meyer, A.: Verlagsfusion, 1989, S. 204.

145 1915 führte der DHV ein internes Erkennungszeichen ein, eine Verbandsnadel mit dem Hakenkreuz. Das Hakenkreuz erschien 1921 auch in den sogenannten monatlichen Führerbriefen für den Nachwuchs, verschwand aber Anfang 1925 aus Neutralitätsgründen. Vgl. Hamel, I.: Der Völkische Verbund, 1967, S. 195f und Anm. 85.

146 ‚Neue Literatur‘ H. 9 und 10, 1931, S. 463 und 407f sowie ‚Deutsches Volkstum‘ Jg. 13 H. 9 und 10, 1931, S. 820 und 998 sowie Meyer, A.: Verlagsfusion, 1989, S. 100f zu den Streitpunkten.

147 Hamel, I.: Der Völkische Verbund, 1967, S. 206 und 235.

Zur Verbandspolitik gehörte es, völkisch-nationale Schriftsteller und Nachwuchsautoren zu unterstützen und großzügig zu fördern, d.h. auch mit Buchbesprechungen in verlagseigenen und politisch nahestehenden Presseorganen.

Das auf der genannten Grundhaltung des DHV etwa 1926 konzipierte Literaturprogramm war angelehnt an das Parteiprogramm der NSDAP von 1920 und den weltanschaulichen Zielen Hitlers in *Mein Kampf*. Man kann es umschreiben mit einigen von den Nationalsozialisten gern verwendeten Versatzstücken der Vergangenheit: das Volksromantisch-Mystische, das Völkisch-Nationale, das Antimodern-Artgerechte. Dazu kamen Bücher, die den Ersten Weltkrieg glorifizierten. Alles, was die Hitler-Bewegung Juden, Marxisten und der „Zinsknechtschaft“ als den angeblichen Ursachen bzw. Verursachern der gegenwärtigen gesellschaftlichen Misere zuzuordnen zu können glaubte, verfiel der totalen Ablehnung.

Wie die nationalsozialistisch orientierte Verlagspolitik sich in den Buchbesprechungen der drei Verlagszeitschriften niedergeschlagen hat, lässt sich exemplarisch an sechs Verlagsautoren verschiedenen Alters und unterschiedlicher Einstellung zum Nationalsozialismus zeigen. Je ein Werk von ihnen wird durch die Augen von Rezensenten betrachtet und möglichst auch in Beziehung zu anderen Besprechungen gebracht.

1. *Hans Grimm (1875–1959): „Volk ohne Raum“*

1926 erschien im Georg-Müller-Verlag (GMV) Grimms zweibändiger völkischer Entwicklungsroman im Kolonialmilieu *Volk ohne Raum*, im Vorwort als politische Erzählung bezeichnet. Beginnend und endend mit Glocken- und Orgelklang rankt sich der Roman um das fiktive Schicksal des Cornelius Friebott. Er spielt in einer unbefriedeten, romantisch verklärten deutschen Enge und der afrikanischen Weite. Grimm schreibt: „Als Deutschland zu klein zu werden anfang, baute es die Fabriken hin, baute immerfort Fabriken [...]“.¹⁴⁸ Aus Mangel an Land habe sich das Bauern-

148 Grimm, H.: *Volk ohne Raum*, 1926, Bd. II, S. 630.

volk zum Industrievolk entwickelt und die nationale soziale Frage aufgeworfen, die nur zu lösen sei durch Vergrößerung des eigenen Lebensraums.¹⁴⁹

Angereichert mit deutschtümelnden Elogen und Begriffen wie Volksgemeinschaft¹⁵⁰ sowie selbstbiographischen Zügen greift Grimm das koloniale Thema der Kaiserzeit wieder auf. Er nähert sich Hitlers Wahnidee von der Lebensraumgewinnung im Osten Europas als Ersatz für Kolonien, die Hitler in *Mein Kampf* gefordert hatte.¹⁵¹

Die völkisch-nationale Tendenz dieses Romans wurde vom Verlag unterstützt: Hermann Claudius bezeichnete 1926 das Buch in *Deutsches Volkstum*¹⁵² als einen Tendenzroman, in dem das Völkische besungen wird. Ein halbes Jahr später entgegnet A.E. Günther: Der Roman enthalte „keine politische Tendenz“, er sei eine Darstellung von einem „zur Freiheit geborenen Volk, das sich verzehrt in der Enge...“. Es sei ein „volksbildendes Buch für uns, die wir in unserer Zeit um unseren Raum kämpfen“. Im Folgeheft kritisiert Wilhelm Stapel eine Besprechung in der Literaturbeilage der *Frankfurter Zeitung*, die zu dem Ergebnis kam, Grimm müsse ästhetisch, nicht politisch beurteilt werden. Wie einseitig diese Rezensionen waren, erhellt, wenn man ihnen andere gegenüberstellt, wie z.B. die von Oskar Maurus Fontana in *Das Tagebuch*.¹⁵³ Es heißt dort unter anderem: „Beunruhigend und gefährlich wird Grimm erst mit seinen nationalsozialistischen Vereinfachungen der Weltpolitik, mit seiner fanatisierten Naivität, Deutschlands Rettung könne nur durch Kolonien erfolgen“.

Parallel zur Verlagsfusion LMV greift die HaVA zu einem spektakulären Mittel, den Markt für ihre politisch-ideologischen Ziele zu öffnen: Grimms Werk, das 1926 mit 60 000 Exemplaren ausverkauft werden konnte, sollte als preiswerte Volksausgabe 1931/32 neu aufgelegt und zu einem Bestseller gemacht werden. Zudem wollte sie Grimm verlegerisch fest an sich binden. Grimm verstand sich nämlich durchaus als politischer Schriftsteller. Zusammen mit Erwin Guido Kolbenheyer, der bereits Verlagsautor war, setzt er sich beim Verlag für mehr politische Kritik am be-

149 ebd., S. 11 und 639–642, aber auch 508, 573f, 595, 658f, 714f.

150 ebd., S. 671.

151 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 742, 152, 170–172.

152 H. 9, 1926, S. 693–695, ferner H. 3, 1927, S. 218–223 und H. 4, 1927, S. 322–324.

153 Jg. 8, 1927, S. 639. Dazu vgl. auch C. Meisner in: „Der Türmer“ Jg. 29, S. 68–70; ferner S.A. in: *Volk und Reich*, Berlin, S. 276f.

stehenden republikanischen System und die Anwerbung weiterer Autoren, wie die völkisch-nationalen Hermann Claudius, August Winning und den dafür gehaltenen Ernst Jünger ein. Grimm bot dazu seine persönlichen Beziehungen zu Hugenberg, Goebbels und anderen an, ließ sich aber weder vom Verlag noch von den Nationalsozialisten in Dienst nehmen.¹⁵⁴ Er ist übrigens nie Parteimitglied geworden, obwohl er über 1945 hinaus den nationalsozialistischen Ideen verhaftet blieb. Seine Kenntnis der Verlagsziele nutzte Grimm im Ringen um die Honorarbedingungen, die schließlich auf den Ladenstückpreis bezogen günstiger ausfielen als es Thomas Mann für die Volksausgabe seiner *Buddenbrooks* gelungen war.¹⁵⁵ Wie Grimm richtig erkannt hatte, nahm der Verlag die kalkulatorische Unterdeckung aus politischen Motiven hin, ihr schloss sich dann – nach Meyer – durch verminderten Absatz ein Misserfolg an.¹⁵⁶ Ferner machte Grimm 1931 zur Bedingung, dass die Rezensenten der Verbandszeitschriften den vom Verlag gewünschten Hinweis auf die imperialistischen und kolonialistischen Botschaften seines Buches zu unterlassen hätten,¹⁵⁷ eine interessante Konstellation!

Paul Fechter, Feuilletonchef der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, unterstrich in der ‚Neuen Literatur‘ unter dem Titel *Ein deutsches Volksbuch* die Bedeutung der billigen Volksausgabe für den „großen geistigen Kampf [...], den der Nationalsozialismus in unseren Tagen führt“. In gleichem Sinn äußerte er sich in der Verbandszeitschrift des DHV *Deutsche Handelswacht*. Im *Buchberater* rezensierte Paul Fechter: Der Roman sei das Bekenntnis eines Menschen, nicht eines Angehörigen irgendeiner Partei, der sich mit seiner Nation verbunden fühlt. Der Roman sei für die nachrückenden Generationen ein Führer und Helfer zur Klarheit über das, was notwendig ist. Das Buch habe die Kraft [...], „mitzuarbeiten an der Schaffung dieses Volkes“.¹⁵⁸

154 Meyer, A.: *Verlagsfusion*, 1989, S. 146–150.

155 ebd., S. 111–117 und 248. Vom Ladenstückpreis 10 Mark erhielt Grimm nicht 0,60 sondern 1 Mark für die kalkulierte Auflage von 240–500 Ts Stück.

156 ebd., S. 190f.

157 ebd., S. 121.

158 ‚Der Buchberater‘ Jg. 1931/32, S. 9f und -gekürzt- Jg. 1932/33, S. 17f; ‚Neue Literatur‘ H. 10, 1931, S. 465–467, ‚Handelswacht‘ Jg. 38, 1931, S. 325.

Auch Hellmuth Langenbucher wirkte in die gleiche Richtung, z.B. im *VB* und in seiner 1937 erschienenen Schrift *Volkhafte Dichtung der Zeit*, einer Zusammenfassung von Gegenwartsdichtung aus dem „beseeligen Reichtum“ von 200 Schriftstellern, die sich zum neuen Deutschland bekennen. Grimm habe „in seinen Büchern das Volk mit unbarmherziger Klarheit zu kolonialer Betätigung“ aufgerufen.¹⁵⁹ Werner Fiedler bezeichnete in *Deutsches Volkstum* das Werk und dessen überragende Qualität als eine „Tatsache“, die an einen Wiederaufstieg unserer Nation glauben lasse.¹⁶⁰

2. Erwin Guido Kolbenheyer (1878–1962): „Unser Befreiungskampf und die deutsche Dichtung“

Kolbenheyer, der sich prononcierter als Grimm zum Nationalsozialismus bekannte, betätigte sich schon vor 1930 nachhaltig im völkisch-nationalen Geist und wurde von Alfred Rosenberg in seinem 1930 erschienen *Mythus des 20. Jahrhunderts* gelobt. Er wurde aber erst 1932 Parteigenosse. Sein am 3.3.1932 vor Münchner Studenten gehaltenen politischer Vortrag, den er, unterstützt vom DHV, in anderen Städten wiederholte, erschien als Broschüre im LMV 1932 unter dem Titel *Unser Befreiungskampf und die deutsche Dichtung*. Er unterscheidet darin zwei „Zwangskomplexe [...], den des biologischen Untergangs der Rasse und den der Not an Lebensraum des Volkes“. Für ihn sei die völkisch-nationale Literatur ein Funktionselement im aktuellen großen Anpassungskampf der weißen Rasse. Im Rahmen der rassistisch-völkischen Politik ginge es – so führt er aus – um die Einbeziehung des Individuums in die Gemeinschaft. Diese Broschüre wurde von Wilhelm Stapel in *Deutsches Volkstum* und von Hellmuth Langenbucher in der *Neuen Literatur* lobend rezensiert.¹⁶¹ Beide stel-

159 ‚Völkischer Beobachter‘ vom 25./26.10.1931; ‚Das Wort‘, 1938, H. 9, S. 146. H. Langenbucher in: *Volkhafte Dichtung der Zeit*, 6. Aufl., 1941, S. 463 meint, aus Grimms Werk spräche die die Zeiten überdauernde „Stimme seines Blutes“.

160 ‚Deutsches Volkstum‘, Jg. 13, 1931, S. 808; Ferner NN in: ‚Berliner Börsenzeitung vom 15.11.1931; NN in: Gral, Jg. 26, S. 237; Karl Rauch in: Vorstoß Berlin, S. 1699. (Vorstoß heißt die Wochenschrift-Beilage der DAZ).

161 ‚Deutsches Volkstum‘ Jg. 14, 1932, S. 456 und ‚Neue Literatur‘ H. 4, 1932, S. 192f. Vgl. Meyer, A.: Verlagsfusion Langen-Müller, 1989, S. 164.

len sich hinter Kolbenheyers für sehr bedeutsam gehaltene Erklärungen. *Der Buchberater* brachte 1931/32 keine Rezension, 1932/33 aber eine Anzeige.¹⁶²

3. Paul Alverdes (1897–1979): „*Reinhold oder die Verwandelten*“

Alverdes bietet ein Beispiel für einen über den rechten Kreis der literarischen Szene bereits bekannt gemachten jungen Schriftsteller, der aus einem anderen Verlag (Rütten & Loening, Frankfurt/M.) ins rechte Fahrwasser der HaVA gezogen werden sollte wie auch Hanns Johst, Josef Magnus Wehner, Karl Benno v. Mechow.¹⁶³ Sein das Kriegserlebnis behandelnder Novellenband *Reinhold oder die Verwandelten* erschien 1931 im GMV und wurde wegen seiner „nationalen“ Bedeutung nicht wie üblich kurz, sondern ausführlich von Karl A. Kutzbach besprochen in *Neue Literatur*. Auf Druck von Will Vesper wurde es erneut im gleichen Blatt besprochen sowie im *Buchberater* 1931 von K.A. Kutzbach.¹⁶⁴ Weitere Besprechungen in dieser Art konnten untergebracht werden in den rechten Blättern *Der Kunstwart* und *Der Ring*.¹⁶⁵ Der Nationalsozialist Hellmuth Langenbacher hat das Werk dann in seiner nationalsozialistischen Literaturgeschichte *Volkhafte Dichtung der Zeit* erwähnt.¹⁶⁶ Der vom Verlag erhoffte Erfolg stellte sich nicht ein, es wurden nur 2 663 Exemplare verkauft¹⁶⁷.

4. Wolf Justin Hartmann (1894–1969): „*Fäuste! Hirne! Herzen!*“

Hartmanns Erstlingswerk von 1931 war der an die Jugend gerichtete nationalsozialistische Tendenzroman *Fäuste! Hirne! Herzen!*. Die Rezension besorgte auf Vorschlag Gunther Haupts aus der Verlagsleitung der dem Verlag gesinnungsmäßig

162 ‚Der Buchberater‘ Jg. 1932/33, S. 102.

163 Meyer, A.: Verlagsfusion, 1989, S. 87, 189, 195f. Johst wurde 1932 Reichsleiter Schrifttum im KfdK von Rosenberg und 1935 Präsident der Reichsschrifttumskammer. Johst (1890–1970) war ab 1.11.1932 NSDAP-Mitglied und ab 1.11.1935 SS-Offizier.

164 ‚Neue Literatur‘ H. 5, 1931, S. 222–224 und H 8, 1931, S. 391–395. ‚Der Buchberater‘ Jg. 1931/32, S. 5.

165 ‚Der Kunstwart‘, Jg. 44, 1931, S. 611f von Muthmann. ‚Der Ring‘ IV, 1931, S. 555 von Kühn.

166 Langenbacher, H.: *Volkhafte Dichtung*, 1940, S. 538. Seine 1. Auflage erschien 1933 mit 124 Seiten, die 5. Auflage 1940 mit 653 Seiten.

167 Meyer, A.: Verlagsfusion, 1989, S. 189.

verbundene Wilhelm Westecker.¹⁶⁸ Er lobte das Buch in der *Neuen Literatur* als „den lodernen Willen zur deutschen Wiedergeburt durch das Opfer, das zu Führertum befähigt“. Im *Buchberater* verkürzt Westecker seine Rezension auf einen Satz und ersetzt die Worte „das zum Führertum befähigt“ durch die abgeschwächte Formulierung „das er so überzeugend darzustellen wusste“.¹⁶⁹ Wilhelm Stapel spricht im *Deutschen Volkstum* vom „Roman der möglichen Wiedergeburt“. Der Verlag dagegen versucht die politische Tendenz im *Börsenblatt* und in der *Handelswacht* vorsichtig zu umschreiben.¹⁷⁰ Langenbucher, ab 1.3.1932 Nachfolger von Gunther Haupt als Leiter der Presseabteilung beider Verlage, nimmt das Werk in seine o.g. Literaturgeschichte auf. Die Auflage soll nach Verlagsangabe 5 000 Exemplare betragen haben, abgesetzt werden konnten bis Ende 1931 1 856 Exemplare.¹⁷¹

5. Adolf Meschendörfer (1877–1963): „Die Stadt im Osten“

Der Roman *Die Stadt im Osten* kam 1932 im LMV heraus und ist kein Erstlingswerk. „Ein Buch von deutscher Kraft und Ehre, das gegen die Assimilation der Siebenbürger Sachsen für die Erhaltung der deutschen Art und Volkskraft“ kämpft, so die Ankündigung des LMV. Langenbucher hatte dem Verlag den Autor aus Hermannstadt in Siebenbürgen vermittelt. In seiner Besprechung in der *Neuen Literatur*, übernommen auch in den *Buchberater*, stellt er das Werk mit „Volk ohne Raum“ auf eine Stufe und empfiehlt den deutschen Lesern, es in erster Linie „politisch“ als eine „hohe nationale Verpflichtung“ zu nehmen, erst danach literarisch. Von der auf 5 000 erhöhten Startauflage konnten bis 9.12.1932 3 650 Exemplare abgesetzt werden.¹⁷²

168 Gunther Haupt, seit 1.10.1929 NSDAP-Mitglied, war nach 1933 Geschäftsführer der Reichsschrifttumskammer bis zu seiner Entlassung am 1.10.1935. Wilhelm Westecker, seit 1933 in der NSDAP, war Feuilleton-Mitarbeiter der Berliner Börsenzeitung und ab 1933 aktives NSDAP-Mitglied. Die Literaturbeilage „Kritische Gänge“ der Börsenzeitung wurde unentgeltlich an 1200 Buchhändler auf Kosten der LMV werbewirksam regelmäßig verteilt, stieß aber auf Widerspruch in der Pressewelt.

169 ‚Neue Literatur‘ H. 2, 1932, S. 78; ‚Buchberater‘ Jg. 1932/33, S. 8.

170 ‚Deutsches Volkstum‘ Jg. 13, 1932, S. 973; ‚Börsenblatt‘ Nr. 321 vom 5.10.1931, S. 537; ‚Deutsche Handelswacht‘ Jg. 39, S. 19. Eine weitere Rezension ist von J. Thiel in: ‚Blätter für Kunst...‘, München, Jg. IX, S. 160. Vgl. Meyer, A.: Verlagsfusion, 1989, S. 130f, 202f.

171 ‚Neue Literatur‘ H. 2, 1932, S. 78 und ‚Deutsches Volkstum‘ Jg. 13, 1932, S. 973 und Meyer, A.: Verlagsfusion, 1989, S. 131.

172 ‚Neue Literatur‘ H. 9, 1932, S. 403–407; ‚Der Buchberater‘ Jg. 1932/33, S. 10 und Meyer, A.: Verlagsfusion, 1989, S. 156, Anm. 159, 191.

Es gab einige weitere Rezensionen vor allem in überregionalen Presseorganen verschiedener Art. Bis auf *Hochland* handelte es sich um Organe, die wie der DHV-Konzern ideologisch-nationalistische Ziele vertraten.¹⁷³ 1933 schrieb Paul Fechter in der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, wir brauchen solche Bücher, mit denen man die heraufkommenden Generationen an die werdende Welt unseres Volkstums heranführen kann.¹⁷⁴

6. Ernst Wiechert (1887–1950): „Die Magd des Jürgen Doskocil“

1932 veröffentlichte der LMV den Bauernroman *Die Magd des Jürgen Doskocil*. Mit Wiecherts mystizistischer, dem irrationalen nationalsozialistischen Gedankengut nahekommender Erzählkunst glaubte der Verlag nicht nur den kritisch auf Distanz achtenden Wiechert selbst, sondern viele Leser für die völkisch-nationalistischen Ideen des Nationalsozialismus gewinnen zu können. Es rezensierten Hellmuth Langenbucher, allerdings unter dem Pseudonym Walter Erich Dietmann in der *Neuen Literatur*, Wilhelm Stapel im *Deutschen Volkstum* und E.D.M. im *Buchberater*.¹⁷⁵ Die Buchbesprechung unter Pseudonym sollte die politische Einflussnahme der Verlagsleitung auf die Redaktion verdecken, für die Langenbucher als inzwischen führender nationalsozialistischer Literaturpolitiker wirkte. Langenbucher wollte bewusst ausweichen, denn er verurteilte Wiecherts Haltung. Später, in seiner Literaturgeschichte schrieb er, Wiecherts Gesamtschaffen „stellt ihn abseits des neuen Lebensaufbaus unseres Volkes“. Eine Auseinandersetzung mit ihm sei „eine Angelegenheit der Rasseseelenforschung“.¹⁷⁶ Bis 18.12.1932 waren 20 000 Exemplare verkauft. In der Verlagsbibliographie ist eine Erst-Auflage von 5 000 angegeben.¹⁷⁷

*

173 Weitere Rezensionen von Westecker, W. in: ‚Berliner Börsenzeitung‘ vom 18.12.1932; Grimm, H. in: ‚DAZ‘ vom 14.9.1932; Paulsen, R. in: ‚Deutsche Zeitung‘ vom 14.9.1932; Thiel, J. in: ‚München-Augsburger Zeitung‘ vom 18.11.1932; NN in: ‚Deutschlands Erneuerung‘ Jg. 17, S. 255; Elster in: ‚Die Literatur‘ Jg. 35, S. 537; Bauer, P. in: ‚Gral‘ München Jg. 27, S. 864.

174 ‚Der Buchberater‘, 1933/34, S. 91.

175 ‚Neue Literatur‘ H. 11, 1932, S. 499–502; ‚Deutsches Volkstum‘ Jg. 14, 1932, S. 950f; ‚Buchberater‘ Jg. 1932/33, S. 13.

176 Langenbucher, H.: *Volkhafte Dichtung*, 1940, S. 313, Anm. 61.

177 Meyer, A.: *Verlagsfusion*, 1989, S. 154 und 234.

Die Verbreitung von nationalsozialistischer Literatur über den Gewerkschaftsmitgliederverband hinaus mit Hilfe von Verlagsaufkäufen, strenge Literatursauswahl, Gewinnung und Beeinflussung von Verlagsautoren und Steuerung von Rezensenten hatte Grenzen, wie die vorgenannten Beispiele zu belegen versuchen. Die Anstrengungen des DHV-Konzerns richteten sich folglich auf distributive Buchmarktbeeinflussung, die politisch – nur das steht hier im Vordergrund – unauffällig bleiben sollte. Als geeignetes Medium wurde nach den Erfahrungen mit der kostenlos verteilten Ausgabe *Kritische Gänge* der *Berliner Börsenzeitung* der 1925 gegründete *Buchberater* von Will Vesper gewählt und ideologisch neu ausgerichtet. Er erschien wie die *Neue Literatur* im Avenarius-Verlag Leipzig, der 1928 nach langwierigen Meinungsverschiedenheiten, an denen die beiden Herausgeber und Redakteure Wilhelm Stapel und Will Vesper beteiligt waren, vom DHV gekauft wurde.

Ursprünglich war der *Buchberater* als Werbeprospekt konzipiert.¹⁷⁸ Bereits seit 1927 wurde er gegliedert in einen „Besprechungsteil“ und einen „systematischen Teil“ mit einer bibliographischen Auswahl früherer Schriften aller Gebiete als (ideologisch) gesteuerter „Wegweiser“. Im hier zu betrachtenden Besprechungsteil wurden nur die Vesper und Stapel politisch interessierenden Bücher, und zwar nicht nur Novitäten, gleichfalls wiederholend genannt. Rezensionen ließen sich auch politisch einsetzen, sie konnten umfassend, schlagwortartig im verlegerischen Waschzettelstil abgefasst sein oder ganz entfallen. Die Namen der Rezensenten verbargen sich hinter nicht zu entschlüsselnden Buchstabenkombinationen, d.h. Vertrauensaufbau und Rückfragen waren unerwünscht. In der Einleitung des Gründungsjahrgangs 1925 hatte Vesper verheißen: *Der Buchberater* soll ein „gewissenhafter“, ein „in jeder Beziehung unbestechlicher Führer zum guten Buch“ sein, und zwar für „jeden Gebildeten“, von der „höchsten Dichtung bis zum einfachen Volksbuch“. Und im Jahrgang 1930/31 weist er den Leser hin auf den Dichter, „den Bewahrer des Ewigen, der auch allein der wahre Richter der Zeit ist“.

Wie seine „Wegweisung“ zu verstehen war, hatten Vesper und der DHV im Vorjahr demonstriert am Beispiel des nur oberfächlich kurz erwähnten, aber nicht be-

178 Meyer, A.: Verlagsfusion, 1989, S. 20, 194.

sprochenen politisch unterwünschten Antikriegsbuchs *Im Westen nichts Neues* von Erich Maria Remarque im Gegensatz zum gleichartigen Buch *Krieg* des Kommunisten Ludwig Renn von 1928.¹⁷⁹ Etwas verspätet bemühte sich die HaVA an die Ende 1927 erkennbar gewordene Kriegsbuchkonjunktur¹⁸⁰ Anschluss zu finden. 1929 kündigte sie Richard Euringers Kriegsroman *Fliegerschule 4. Buch der Mannschaft* mit den Worten an: „Im Gegensatz zu der üblichen Literatur wird in dem Buch das Kriegserlebnis über das Einzelschicksal hinaus zum Weltbild gestaltet...“.¹⁸¹ Es handelt sich um eine völkisch-nationalistische Kriegsverherrlichung als literarischer Auftakt für die von der NSDAP in Aussicht genommene Revanche für den verlorenen Weltkrieg.

Die Rezensionspolitik des DHV lässt sich nach dem Erkenntnisstand über folgende Differenzialbetrachtung ansatzweise kontrastieren und zwar:

- I: gegenüber den Verlagskonkurrenten des Buchmarktes und
- II. gegenüber dem Lesepublikum des DHV.

Die Feststellungen beziehen sich auf die Auflagenentwicklung, soweit bekannt, auf Unterstützungsmaßnahmen und die im Verbund getroffenen Entscheidungen:

I.

1. Ausschluss von jüdischen und marxistischen Buchautoren und Rezensenten.
2. Rezensionen, die nicht den völkisch-nationalen/nationalsozialistischen Verlagsvorstellungen entsprechen, bleiben unberücksichtigt. Verwendung von Pseudonymen oder Namenskürzeln.
3. Ausnutzung der Macht über die Leser der eigenen Buchgemeinschaft und über die durch die DHV-eigenen Buchhandlungen erreichbaren Leser.
4. Politische Gleichschaltung der beiden konzerneigenen Zeitschriften und des *Buchberaters* unter Einsatz von Wilhelm Stapel als „Durchbruchskraft“.¹⁸²

179 ‚Buchberater‘ Jg. 1929, S. 14; Vgl. auch die Hinweise über Renns Buch bei Kaes, A.: Dokumente, 1983, S. 313, 315; Auf die Rezensionen zum Antikriegsbuch von Remarque wird gesondert eingegangen.

180 Börsenblatt Nr. 257 vom 3.11.1927, S. 10371.

181 Börsenblatt Nr. 250 vom 26.10.1929; ‚Buchberater‘ Jg. 1929, S. 6; Jg. 1930/31, S. 33.

182 Lokatis, S., Hanseatische Verlagsanstalt, 1992, S. 19–22.

5. Geheimhaltung der Besitz- und Beteiligungsverhältnisse an Produktion, Distribution und Pressearbeit. Die Unternehmens- und Werbestrategie soll nicht erkennbar sein.
6. Ausweitung des politisch-indoktrinierenden Einflusses über den Konzern hinaus. Planung einer dritten Literatur-Zeitschrift zur Verdrängung der *Neuen Rundschau*. Sie kam erst nach 1933 unter dem Namen *Das innere Reich* auf den Markt.¹⁸³

II.

1. Das der DHV-Meinungsmacht gegenüberstehende Konkurrenzangebot der zahlreichen freien literarischen Zeitschriften, Buchhandlungen und Verlage an Buchtiteln, Rezensionen und Beratung ist vielfältig und attraktiv. Bezug wird darauf nicht genommen, es findet auch keine Abwägung zwischen einem Pro und Contra, wie z.B. in der Frage der Kriegs- und Antikriegsbücher statt.
2. Die Übernahme von ideologiefreien Titeln aus anderen Verlagen blieb gering. Die angestrebte Gewinnung einer Leserschaft wie die der *Neuen Rundschau* hat keine qualitative Annäherung an deren literarischen Programmstandard erkennen lassen.
3. Der gesamte organisatorische und publizistische Apparat des DHV-Konzern war gegenüber den DHV-Mitgliedern auf Konsum der eigenen Verlagsprodukte ausgerichtet. Nicht nur der Kauf der Pflichtbände der 40 000 Mitglieder (Anfang 1932) konnte statistisch erfasst und über das Gehaltskonto kontrolliert werden (Rezeptionsüberwachung).¹⁸⁴
4. Den verbandseigenen Rezensionen fehlte der abwägend kritisch-werthafte Informations- und Orientierungsgehalt.
5. Die Ausstrahlung des Buchangebots über das feste Leserpotential hinaus kann mit Ausnahme von Grimms *Volk ohne Raum* nicht bedeutend gewesen sein, soweit dies aus den bekanntgewordenen Absatzziffern zu entnehmen ist.¹⁸⁵

183 Meyer, A.: Verlagsfusion, 1989, S. 89, 118f. Auf die Zeitschrift „Inneres Reich“ wird gesondert eingegangen.

184 Lokatis, S.: Hanseatische Verlagsanstalt, 1992, S. 80f.

185 Meyer, A.: Verlagsfusion, 1989, S. 41f.

Die gesamte Konzernpolitik von der literarischen Konzeption bis zur Vermarktung über die Presse, einschließlich des Buchbesprechungswesens, war auf eine konsequente Meinungsführerschaft konzipiert und durchorganisiert bis hin zum Nachdruck der eigenen Rezensionen in anderen Zeitungen und Zeitschriften.¹⁸⁶ Mit dem literarischen Verlagsprogramm waren auch die Rezensionsaufgaben festgelegt: Alternativen durften nicht empfohlen werden. Das bedeutete, dass die Rezensenten nicht mehr frei waren in der literarischen, der ästhetisch vergleichenden Beurteilung nach den geltenden Kriterien, zu denen auch ihre eigenen subjektiven Eindrücke gehört hätten. Der Konzern missachtete das liberaldemokratische Verfassungsgebot, er hielt an vordemokratischen autoritären Strukturen fest, nötigte den an den Verlag gebundenen Mitgliedern mit dem Lesestoff und der rezensorischen Vermittlung eine einseitige politische Meinung auf und behinderte einen offenen Meinungs austausch. Hemmend auf die Verlagsarbeit müssen sich die internen Auseinandersetzungen mit den zahlreichen völkisch-nationalen Parteianhängern unter dem Gauleiter A. Dinter bis zu seiner erst Ende 1928 vollzogenen Entlassung ausgewirkt haben. Als dann 1929/30 eine allgemeine Wirtschaftskrise ausbrach, die natürlich einen unökonomisch wirtschaftenden Konzern stärker treffen musste, konnte das DHV-Management die Folgen nicht kompensieren, auch wenn das den Lesern gegenüber mit den entschuldigenden Reflexionen von Joseph Papusch im verbandseigenen *Deutschen Volkstum* zu umschreiben versucht wurde: „es ist schwer geworden, zeitgenössischen deutschen Dichtern Leser zu gewinnen. Die Klagen sind allgemein“. Und weiter: „Die Verleger müssen sich klar werden, dass ihre Wirtschaft schlecht ist. Umdenken tut not. Die Dichter müssen einsehen, dass Form und Handwerk [...] nicht genügen“.¹⁸⁷ Aus der *Neuen Literatur* mit dem Titel *Die Situation der deutschen Dichtung der Gegenwart*¹⁸⁸ lässt sich die „Kampfgemeinschaft“ erkennen, die die für unverzichtbar gehaltene Rezensionsarbeit mit Hilfe politisch befreundeter und gekaufter Journalisten¹⁸⁹ „verbessern“ sollte. Doch der erstrebte Erfolg war mit indoktrinierenden Rezensionsmethoden nicht zu erzielen. Sie alle übersahen, dass insbesondere die ständigen Pole-

186 ‚Neue Literatur‘ Jg. 1932, H. 2, S. 102.

187 ‚Deutsches Volkstum‘ Jg. 12, 1930, S. 289–294.

188 ‚Neue Literatur‘ Jg. 1931, H. 9, S. 401–406.

189 Meyer, A.: Verlagsfusion, 1989, S. 194–203.

miken gegen die „rassefremde“ jüdische Literatur und ihre lebenden Dichter, an deren Qualität die zeitgenössischen völkisch-nationalen/nationalsozialistischen Werke gar nicht heranreichten, die Masse der Leser und Käufer in ihrer (noch) unbehinderten freien Entscheidung nicht umstimmen konnten.

2.5 Institutionalisierte politische Buchbesprechung

2.5.1 Buchbesprechungen in den vier NS-Presseorganen

Völkischer Beobachter (ab 1921), *Der Weltkampf* (ab 1924),
Mitteilungen des Kampfbundes für deutsche Kultur (ab 1929),
Nationalsozialistische Monatshefte (ab 1930)

Auf dem Reichsparteitag der NSDAP 1927 erhielt Rosenberg von Hitler den Auftrag zur Gründung eines Kampfbundes für deutsche Kultur, um die in Massenveranstaltungen nicht zu erfassenden Schichten des Bildungsbürgertums („nationale Intelligenz“) für die nationalsozialistischen Ziele des Kampfes gegen den kulturellen Niedergang und für die arteigene rassische Erneuerung der deutschen Kultur in Kunst, Wissenschaft und der wehrhaften Ertüchtigung („soldatischer Werte“) zu gewinnen.¹⁹⁰ Dieser Auftrag resultierte aus dem stagnierenden Kampf um Wählerstimmen.¹⁹¹

Rosenberg war zu diesem Zeitpunkt bereits Schriftleiter des 1920 von Hitler herausgegebenen *VB* und nach dessen Titeländerung 1921 in *Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands* ab 1923 Hauptschriftleiter. Das Parteiblatt sprach von Inhalt und Aufmachung her vor allem die unteren und mittleren Schichten des Volkes propagandistisch an. Es beschäftigte sich nicht nur mit Tagesfragen, sondern begann sofort, die deutsche Literatur politisch-ideologisch-kritisch zu selektieren. Hans Buchner, der 1921 Chefsyndikus wurde, schrieb 1920 programmatisch unter dem Titel *Politische Kritik*: „Kritik steht immer im Dienst eines

190 ‚VB‘ vom 21./22.8.1927, S. 1 sowie ‚Der Weltkampf‘ H. 5/1928 Nr. 53, S. 210–212 nach H. Brenner: *Kunstpolitik*, 1963, S. 21 und Gimmel, J.: *KfdK*, 2001, S. 13–15.

191 Broszat, M.: *Die Machtergreifung*, 1993, S. 92–94. Vgl. dazu Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 541, 549f, 651–668. Nach Scholdt, G.: *Autoren über Hitler*, 1993, S. 655 gehörten Studenten und Professoren zu den ersten Propagandisten Hitlers.

Bekenntnisses, einer Anschauung oder Idee...“. Das rechtfertige, so Buchner weiter, in den „Kampf öffentlicher Meinungen einzugreifen“. Dafür genüge die für „brauchbar erkannte und für richtig gehaltene Absicht“.¹⁹² Konkreter wurde er 1922 unter der rhetorischen Frage „Politische Kunstpolitik?“: „es gibt nur eine Kunst, die aus völkischem Geistesboden strömt“.¹⁹³ Obwohl der *VB* kein Literaturblatt und kein Rezensionsorgan im traditionellen Sinn war, unterwarf Hitler die deutsche Literatur strengen Parteinormen, denen sich kein Parteigenosse ungestraft entziehen konnte.¹⁹⁴ Die Agitation des *VB* bestand im politisch-weltanschaulichen Kampf gegen die als minderwertig eingestufte jüdische Literatur. Literarische und ästhetische Argumente spielten keine Rolle. Entscheidend war allein die rassische Grundlage.¹⁹⁵

Bevor auf die Buchbesprechungen eingegangen wird, sind weitere Presseaktivitäten Rosenbergs zu beleuchten. Neben dem *VB*, den Hitler zur „rücksichtslosesten Waffe“¹⁹⁶ für das Deutschtum der Partei im Kampf um die Masse des Volkes machen und mit dem es das „verblendete“ Publikum gewinnen wollte,¹⁹⁷ sollten weitere Agitationsblätter treten. Im Jahr 1924 gab Rosenberg eine weitere Parteizeitschrift *Der Weltkampf, eine Monatsschrift für die Judenfrage aller Länder* im Deutschen Volksverlag Dr. Boepple in München heraus. Sie konnte er nur vorübergehend, 1925, in eine Halbmonatsschrift erweitern, denn Resonanz und Finanzierung blieben ständig unbefriedigend. Ab 1926 titelte Rosenberg sie deshalb um in *Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage*, ab 1935 übernahm der professionell arbeitende Verlag die Herausgeberschaft, ab 1936 ging sie in die Hände von Hans Hauptmann und L. Deyerling über. Dennoch machte die fehlende Nachfrage das Monatsblatt wegen des einseitigen, nicht unterhaltsamen Stoffs für die Partei nicht tragfähig.

192 ‚VB‘ vom 28.10.1920.

193 ‚VB‘ vom 30.12.1922.

194 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 418–424 (Pflichten der Parteigenossen), 550 (Verbot kritischer Debatten).

195 Benner, K.: *Deutsche Literatur im Urteil des ‚VB‘*, 1954, S. 14, 126, 175.

196 ‚VB‘ vom 25.12.1920.

197 ‚VB‘ vom 3.3.1932. Unter der Überschrift „Feuilleton als Dienst an der Kultur“ sollten die „noch zahlreich verblendeten deutschen Bürger für das blutererbte Kulturgut“ zurückgewonnen werden.

Das 1928 als „nationalsozialistischer Kampfbund für deutsche Kultur“ (KfdK) in München gegründete Parteiunternehmen legte 1929 bereits den Zusatz „nationalsozialistisch“ wieder ab und stellte jede Verbindung mit der NSDAP in Abrede. Die Parteiziele blieben verbindlich, auch wenn tagespolitische und konfessionelle Fragen nicht behandelt werden sollten.¹⁹⁸ Mit landesweit errichteten Ortsgruppen, in Zusammenarbeit mit anderen Kulturgruppen und NS-Bünden von Schülern, Studenten, Lehrern, Ärzten, Juristen u.a., mit (gelegentlicher) Hilfe „guter deutscher Namen“¹⁹⁹ sollte der Eindruck eines überparteilichen Kampfbundes propagandistisch erzeugt werden, auch wenn die *Frankfurter Zeitung* das getarnte Spiel durchschaut hatte.²⁰⁰ Die deklarierten „Arbeitsgrundsätze“ sind widersprüchlich. Sie sprechen von „geselligem Meinungs-austausch“ und ähnlichem, die Wirklichkeit war eine andere.²⁰¹ Die Münchener Reichsleitung des KfdK, deren parteiamtlicher Status rechtlich ungeklärt blieb,²⁰² die Ortsgruppen und andere Bünde arbeiteten unter Rosenbergs Regie unsystematisch und meist unabgestimmt. Der Berliner Landesleiter des KfdK, Hans Hinkel, arrangierte sich mit Goebbels und konnte so finanziell freier agieren, während Rosenbergs KfdK über interne Dauerkrisen 1932 in die Insolvenz abglitt.²⁰³ Das Nachrichtenblatt *Mitteilungen des KfdK* erschien von H. 1/1929 bis H. 3/1931 in München in unregelmäßiger Folge, bedingt durch organisatorische und finanzielle Mängel. Die Auflagenhöhe ließ sich nicht ermitteln.²⁰⁴

Das letzte der oben genannten Presseorgane, die Rosenberg als Schriftleiter betreute, sind die 1930 von Hitler ergänzend zum *VB* herausgegebenen *NSMH*, die Hitler als „wissenschaftliche Zeitschrift der NSDAP“ bezeichnete. Anders als das sich an die Masse des Volkes richtende großspurige Kampfblatt Großdeutschlands (*VB*) sollten die *NSMH* das Bildungsbürgertum umwerben, und zwar gezielter als über die *KfdK-Mitteilungen*. Sein Augenmerk richtete er auf die erwerbslosen Akademiker,

198 Das Gründungsprotokoll des KfdK wurde von vielen NS-Führern unterzeichnet bzw. unterstützt.

Vgl. Gimmel, J.: KfdK, 2001, S. 13, 47f.

199 Gimmel, J.: KfdK, 2001, S. 22.

200 ‚FZ‘ vom 21.2.1929 Nr. 128, S. 1 und vom 25.2.1929 Nr. 130, S. 2.

201 Gimmel, J.: KfdK, 2001, S. 23–28.

202 ebd., S. 70–75.

203 ebd., S. 74f.

204 ebd., S. 26.

die geburtenstarken Studentenjahrgänge, die an überfüllten Hochschulen verschlechterten Berufsaussichten entgegensahen, und auf die von den Strukturkrisen Bedrohten des Mittelstandes vor dem Hintergrund der Parolen vom „Volk ohne Raum“.²⁰⁵

Die Deklaration des Parteiblatts als wissenschaftlich hat das mit dem abstrusen Politikverständnis Hitlers und Rosenbergs verbundene fragwürdige Vorgehen, das an die Stelle einer sachlichen Auseinandersetzung getreten war, deutlich gemacht. Als Herausgeber und Chefredakteur wollten sie ihre einseitigen völkisch-romantischen Meinungen und Ziele über Buchbesprechungen unter das Volk bringen. Dies gelang jedoch kaum auf diese Weise, wenn man ihre mangelnde Kenntnis über den von ihnen hochgelobten Houston Stewart Chamberlain und seine eigenwillige Rezensionspolitik mit in Betracht zieht.²⁰⁶ Sie unterschätzten nämlich, dass die Wissenschaft das Sein und nicht das Sollen betrachtet und dass sich mit propagandistisch verschleierte irrationalen Argumenten die umworbenen Gebildeten kaum überzeugen und für sich gewinnen ließen. Das Vakuum an geistiger Substanz lässt sich nicht rücksichtslos oktroyierend mit Wirkungsmitteln von LeBon manipulativ ausfüllen.²⁰⁷ Wohl aus parteiintern geäußelter Sorge um die öffentliche Glaubwürdigkeit zogen sie das Attribut ‚wissenschaftlich‘ bald aus dem Kopf der *NSMH* zurück und verschärften die zweckgerichtete Politisierung der Pressearbeit.

205 ebd., S. 131–133.

206 Chamberlain verherrlicht in seinem Pamphlet „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ von 1898 ein übernationales rassereines Germanentum, dessen Wiedergeburt er für realistisch hält. Er beruft sich auf einzelne Äußerungen verschiedener Autoren, soweit sie in sein ideologisches Konzept passen. Zu viel Fachwissen sei hinderlich, denn er wolle Mittler sein zwischen „dem Wissen und dem Leben“. Sein Werk wende sich nicht an Historiker und Fachgelehrte, sondern an die Laienwelt, die sich ein „eigenes vollständiges Urteil“ nicht zutraut und das Buch „zunächst und zuvörderst als ein literarisches und künstlerisches Erzeugnis“ beurteilt (4. Aufl., 1903, S. 27–32, 40). Dazu möchte er mit einem flexiblen feuilletonistischen Schreibstil beitragen. Die öffentliche rezensorische Kritik sei so stark gewesen – wie er schreibt –, dass er Mühe gehabt habe, ihr in den Vorworten zur 3. und 4. Aufl. von 1900 und 1903 mit insgesamt 92 Seiten Umfang gerecht zu werden. Ab 1906 erscheinen alle weiteren Auflagen ohne die seitenlangen Vorworte, da es sich um „von außen aufgezwungene Zutaten“ gehandelt habe. So wich er der Buchkritik aus und unterließ ganz bewußt die notwendigen Textkorrekturen für seine verführerischen Botschaften an die unwissenden Leser. Mit der 11. Aufl. von 1914 begrüßte er das 100 000. Exemplar. Die 23. Auflage erschien nach zahlreichen Volksausgaben 1938. 1916 schrieb er ein 94-seitiges Werk „Arische Weltanschauung“, das 9 Auflagen bis 1943 erreichte. Rosenberg unterstützte ihn bedenkenlos mit seinem Buch „H.St. Chamberlain als Verkünder einer deutschen Zukunft“ (Eher, 1927).

207 LeBon, G.: *Psychologie der Massen*, 1922, II, 2 § 1 (Die Macht der Worte), II, 3 § 2 (Wirkungsmittel); Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 116, 203, 420–424, 468, 475f, 503, 513, 518–537.

Alle diese von Rosenberg gelenkten Presseorgane enthalten umfänglich kleine Besprechungsteile mit nur wenigen Rezensionen. Unterschiede in der formalen und inhaltlichen Gestaltung sind nicht feststellbar. Das liegt nahe, da alle Blätter schon aus Kostengründen von der Münchener *VB*-Redaktion versorgt wurden.²⁰⁸ Verworfen wurden alle Werke, die den nationalsozialistischen Ansprüchen und Zielen nicht gerecht wurden. Die Rezensionen waren fast ausschließlich anonym. Das wenig Positive mussten die parteiamtlichen Rezensenten entsprechend hervorheben. Im *Weltkampf* stand das antijüdische Urteil im Vordergrund. Alle Beurteilungen sind dezidiert parteipolitisch programmiert und festgelegt, ohne literarische Maßstäbe zu berücksichtigen. Geistig beweglichen Lesern wird kein eigener Urteilsspielraum zugebilligt, obwohl gerade das Bildungsbürgertum angesprochen werden sollte. Zwischen den Beurteilungen in den ‚wissenschaftlichen‘ *NSMH* und dem nichtwissenschaftlichen *VB* lässt sich kein Unterschied erkennen. Die polemische Schärfe der Urteile ist ähnlich wie die verharmlosende Umtitelung des *Weltkampfes* 1926 in der Endphase der Republik, etwa seit 1929/30, rückläufig, sozusagen als Ausdruck einer gewissen wahltaktischen ‚Verbürgerlichung‘ vor den potentiellen Wählern.²⁰⁹

Zwei Beispiele zur Besprechungspraxis: Im *Weltkampf* 1930 wird behauptet, die nationalsozialistische Weltanschauung beruhe auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, sie sei ‚nur die politische Schlussfolgerung‘ einer ‚geistig-wissenschaftlichen Entwicklung‘, die – wie angeblich jedermann wisse – in die unverrückbare Grundlage *Mein Kampf* münde.²¹⁰ Im zweiten Beispiel, den *Mitteilungen des KfdK* von 1931²¹¹, wird die *Geschichte der deutschen Literatur* (o.J.) von Adolf Bartels rezensiert: Der Wertmesser seiner kritischen Darstellung sei das deutsche Volkstum, das germanisch-nordische Blut. Das Werk sollte von jedem gelesen werden. Wie anders wurde dagegen ein früheres Werk von ihm im *Weltkampf* 1925 beurteilt: ‚Der Nationalsozialismus. Deutschlands Rettung‘. Er habe die Entwicklung der nationalsozialisti-

208 Gimmel, J.: *KfdK*, 2001, S. 31.

209 Broszat, M.: *Zur Struktur der nationalsozialistischen Massenbewegung*, 1983, S. 61. Heuß, Th.: *Hitlers Weg*, 1968, Erstauf. 1931. Heuß sprach davon, dass Hitler keine Juden mehr frühstückt.

210 ‚Der Weltkampf‘ H. 79/Juli 1930, S. 297–313.

211 ‚Mitteilungen des KfdK‘ 3. Jg., Nr. 5/6 vom Mai/Juni 1931, S. 53–55.

schen Bewegung behandelt, er sei aber „der Persönlichkeit Hitlers in keiner Weise gerecht“ geworden, „wie wir es gern gesehen hätten“.²¹²

Die Wirkung einseitig nationalsozialistisch wertender Rezensionen ist zeitgenössisch, 1937, am Beispiel des *VB* für die Jahre 1920 bis 1932 von Gerhard Köhler im engen Benehmen mit führenden Funktionären der Partei untersucht worden. Er stellte fest, dass trotz des größer gewordenen Zeitungsumfangs das Ergebnis für die Funktionäre unbefriedigend geblieben sei. Der gesamte Rezensionsumfang reduzierte sich von 10,5 % (1920) auf 6,1 % (1932) in Bezug auf die Seitenfläche, der (pseudo-)literarische Anteil von 38 % (1920) auf 11 % (1932). Letzterer rangierte nach der Theaterkritik an zweiter Stelle.²¹³ Diese neuartigen politisierenden Buchbesprechungen, die andere Meinungen bewusst ausschlossen, haben mit dazu beigetragen, die Leser kontinuierlich von dem Blatt sich abwenden zu lassen. Gerhard Köhler hat das statistisch belegt, aber nicht substantiell analysiert.²¹⁴ Er und seine ihn beratenden Funktionäre mussten erkannt haben, dass die Manipulationen von den Lesern abgelehnt worden sind. Die redaktionelle Einschränkung des Rezensionsteils war also konsequent. Die Kostenbelastung kann dafür nicht ursächlich gewesen sein, da das kämpferisch aufgetretene Blatt in Umfang und Auflage kräftig gewachsen ist.²¹⁵ In den Köpfen der Verantwortlichen der Partei muss – so ist zu folgern – letztlich sich die Erkenntnis gebildet haben, dass einem herkömmlichen Buchbesprechungswesen in der gesinnungslenkenden Schrifttumspolitik keine eigene Bedeutung beizumessen war und freie Kritik im Land sich nicht ausschalten ließ.²¹⁶

212 „Der Weltkampf“ 2. Jg., H. 1 vom 1.1.1925, S. 44.

213 Köhler, G.: *Kunstanschauung und Kunstkritik*, 1937, S. 19–21, 266f. Zu den Rezensenten des ‚VB‘ gehörten Stolzing-Cerny, Rainer R. Schlösser, Adolf Dressler, Baldur v. Schirach, Gerhard L. Binz, H. Ulsamer, Gottfried Feder, Hans Martin Elster, Adolf Bartels, Hellmuth Langenbacher, Erwin Guido Kolbenheyer, Rudolf Erckmann, von Trotha, Edmund Starkloff, vgl. S. 23–27. Etliche von ihnen haben im „Dritten Reich“ Karriere gemacht.

214 ebd., S. 249f.

215 Der ‚VB‘ startete 1920 mit zwei Ausgaben pro Woche und 4–6 Seiten Umfang. Er erschien zunächst als Münchener, später auch als norddeutsche Ausgabe in Berlin. Bis Ende 1932 war er 18 Mal verboten. Die durchschnittliche Auflage betrug

1920	800 Exemplare	1929	26 715 Exemplare
1926	10 997 Exemplare	1930	84 511 Exemplare
1927	13 869 Exemplare	1931	108 746 Exemplare
1928	15 782 Exemplare	1932	126 642 Exemplare

Die Partei besaß 1927 30 periodische Publikationen.

216 ebd., S. 35f.

Da die Rezensionspraxis beim *VB* mit denjenigen der anderen besprochenen Presseorgane vergleichbar ist, dürfte das Untersuchungsergebnis von Köhler auch für sie zutreffen.

2.5.2 Buchbesprechung zu Joseph Goebbels *Kampf um Berlin* (1932)

Im Januar 1932 erschien im Eher-Verlag München das Buch von Goebbels: *Kampf um Berlin*. Er beschreibt die Anfänge der nationalsozialistischen Bewegung in Berlin und die Gründung des Propagandablatts *Der Angriff* im Jahr 1927, die beide mit selbstverschuldeten Problemen und Verboten belastet waren. Der Leser erhält Einblick in die Propagandamethoden, wie die Massen, nicht die Gebildeten, „erzogen und beeinflusst“ wurden nach Hitlers Programmbuch *Mein Kampf* und dem Vorbild des Marxismus. Wenn er wörtlich schreibt: Massenbeeinflussung „aus der Masse heraus für die Masse“ nach „theoretischen Grundsätzen“, kann er nur LeBons Werk: *Psychologie der Massen* meinen.²¹⁷

Zwei Aspekte rücken dieses Werk in den Blickpunkt: Es erschien mitten in die öffentliche Auseinandersetzung nach dem Vortrag von Theodor Heuß „Ist der Nationalsozialismus Deutschlands Rettung?“ am 26.2.1931 und nach seiner Buchveröffentlichung *Hitlers Weg* im Dezember 1931, auf die noch eingegangen wird. Die prononcierte Propagandamethode und die Selbstgewissheit der Argumentation von Goebbels haben die Rezensionen zu dem zweiten Auftritt von Heuß zweifellos beeinflusst, denn die Rezensenten blieben in auffallender Weise farblos und zurückhaltend. Die Regierung nahm in der ersten Jahreshälfte 1932 keine Stellung. Eberhard Jäckels Feststellung, dass es „keine bewegte Kontroverse gab“, spiegelt die politische Lage.²¹⁸ Die in der öffentlichen Kommunikation sichtbar gewordene unentschiedene Haltung nicht nur der Rezensenten zu den herausfordernden Zielen und Kampfmethoden der NSDAP konnte wegen fehlender Klarheit meinungsbildend auch gegen die Regierung wirken.²¹⁹

217 Goebbels, J.: *Kampf um Berlin*, 1932, S. 190, 192, 194.

218 Jäckel, E.: Einleitung zur Neuauflage von Heuß, Th.: *Hitlers Weg*, 1968, S. XXII–XXV.

219 Gimmel, J.: *Der KfdK*, 2001, S. 157f.

Der andere Aspekt liegt in der Art der Vermittlung von Goebbels' Buch. Während die bürgerlichen Blätter ihm keine Beachtung schenkten, nahm sich die „wissenschaftliche“ Parteizeitschrift *NSMH* im Januar 1932 des Buches in einer für Buchbesprechungen bisher ungewöhnlich autoritären Weise an. Ein anonymes Rezensent verkündete, jede Frage, jeden möglichen Einwand ausschließend, dass der Autor sich die Zeit genommen habe, den Kampf um Berlin zu schildern, und folgte sogleich: „Das Buch ist nicht nur der erfolgreiche Rechenschaftsbericht über die Arbeit und Richtigkeit des Kampfes des Berliner Gauleiters [...], sondern ein Ausschnitt des Kampfes eines erwachenden Volkes um seine Rechte auf Raum, Brot und Freiheit“. Der Buchbesprechung dieser neuen Art war also die Aufgabe der agitatorischen Einsatzlenkung ohne irgendeine kritische Abwägung oktroyiert.²²⁰ Ob die Entscheidung des Zentralverlags der NSDAP auch die begrenzte und gezielte Verteilung von Rezensionen einschloss – in der Bibliographie der Zeitschriften-Rezensionen sind nur zwei Besprechungen registriert, und zwar im antijüdischen *Der Hammer*²²¹ und in den *NSMH* –, diese Frage lässt sich wie schon bei der Distribution von *Mein Kampf* nicht klären. Das Archiv des Eher-Verlags ist, wie schon erwähnt, im Krieg zerstört worden.

Die Richtungsentscheidung der nationalsozialistischen Rezensionspolitik in der Endphase der Republik, d.h. kurz bevor Theodor Heuß seine Studie *Hitlers Weg* druckte, gab R.S. (= Rainer Schlösser) am 4.11.1931 im *VB*²²² bekannt unter der Überschrift „Wider die Kunst für die Kunst“: „Wir wollen, beherrscht von dem Gewissenszwang unserer Idee, eine Art völkischer Zensur ausüben [...] bis wir den deutschen Menschen zum Nationalsozialisten gemacht haben. [...] Bei all dem sind wir großzügig genug, zuzugeben, dass mit der augenblicklich notwendigen Ablehnung

220 ‚NSMH‘ 3. Jg. H. 22, Jan. 1932, S. 46. Im Septemberheft 30/1932, S. 48 der ‚NSMH‘ reagiert Rosenberg am Ende des Buchbesprechungsteils unter der Überschrift „Fragen und Antworten“ auf die anscheinend häufig gestellte Frage, warum er keine „Rede und Gegenrede“ in der Zeitschrift zulasse, mit der barsch ablehnenden Formel, sie sei „kein Debattierklub“. Das bedeutete, dass Diskussionen und interkommunikative Prozesse ersetzt wurden durch zweckgerichtete autoritäre Direktiven, vgl. dazu S. 59; Goebbels, J.: *Kampf um Berlin*, 1932, S. 198–202. Seine Ausführungen über politische Leitungsansätze und deren Tendenz sind übertragbar auf Rezensionen.

221 ‚Der Hammer‘ 31. Jg, 1932, S. 81.

222 Rainer Schlösser wurde nach 1933 Reichstheaterdramaturg und Ministerialdirigent in Abt. XII im RMVP.

alles nicht Arteigenen, rein ästhetisch gesehen, ein gewisser Verlust nicht ganz geleugnet werden kann“.

Allgemein zu bedenken ist, dass die Rezensionspolitik nicht im Vordergrund der Propagandastrategie der NSDAP stand. Sie konnte aber auch nicht unberücksichtigt bleiben, weil jede Art von rationaler Kritik leicht vom störenden zum zerstörenden Faktor in der angestrebten diktatorischen nationalsozialistischen Herrschaft werden konnte, zumal diese Herrschaft nach Hitlers programmatischen Vorstellungen in *Mein Kampf* auf irrationale, intuitive und geistfeindliche Füße gestellt wurde. Goebbels hat im *Kampf um Berlin* die Achillesferse der NSDAP offen bekannt, nämlich das Fehlen von „Agitatoren der Feder“ gegenüber „Agitatoren des Wortes“.²²³ Letztere konnten viel leichter ihre Verführungskünste durchsetzen und kritische Einwände sofort schlagfertig abwehren. Übertragen auf das Buchbesprechungswesen verführte das dazu, schriftliche durch eine mündliche Art von Rezensionen zu ersetzen, zumal qualifizierte Rezensenten der traditionellen Art unerwünscht waren. Bei der Distribution von *Mein Kampf* ist das offensichtlich praktiziert worden, beim *Mythus* und beim *Kampf um Berlin* wurde gleiches versucht mit straffer Rezensionslenkung auf einem freien Markt.

Die Effizienz dieses Handlungskonzepts lässt sich auch beim Kampf der Nationalsozialisten um den Wähler ausmachen. Nach den Ergebnissen der neueren wahlhistorischen Forschung von Jürgen W. Falter über die Jahre 1928 bis 1932 hat die Hitler-Partei im Vergleich zu den anderen Parteien offensiv und professionell einen Dauerwahlkampf organisiert und flexibel auf die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Schichten in der Bevölkerung gesetzt mit geänderter klassenübergreifender Mitgliederwerbung und regionalbezogener adressatenspezifischer Wahlaussage. Letztere ist, gemessen an den Wahlergebnissen, offensichtlich in den unteren Volksschichten für glaubwürdiger gehalten worden als die Regierungspolitik.²²⁴

223 Goebbels, J.: *Kampf um Berlin*, 1932, S. 192. Mommsen, H.: *Aufstieg und Untergang der Republik*, 1998, S. 408–429, 503 (Einsatz der SA-Privatarmee, die, ungehindert vergrößert, zur Staatsgefahr wurde).

224 Falter, J.W.: *NSDAP eine Volkspartei?*, 1994, S. 43–47. In seiner Wahlanalyse hat Falter den Einfluss des substantiellen Angebots der Presseorgane und der Lesegewohnheiten der Menschen auf deren Wahlverhalten nicht berücksichtigt. Vgl. Fritzsche, P.: *Germans into Nazis*, 1998, S. 206, 245–247.

2.6 Freie Buchbesprechung als Ausdruck des Kulturpluralismus am Beispiel dreier Novitäten

Aus einer Vielzahl rezensierter Bücher sind drei ausgewählt worden mit aktuellen Zeitthemen, die Aufmerksamkeit bei Rezensenten und Rezipienten versprochen.

2.6.1 Erich Maria Remarques Antikriegsbuch *Im Westen nichts Neues* (1929)

Besondere Bedeutung in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung erlangte die Kriegsliteratur. Aus ihr ragte ein Buch mit einer zentralen Aussage heraus, der sehr viele Menschen, aber nur wenige aktive Politiker zustimmten. Es ist das Buch *Im Westen nichts Neues* von Remarque (1898–1970). Es erschien im Januar 1929 und schildert die Erlebnisse eines mit chauvinistischen Reden von der Schule in den Ersten Weltkrieg direkt aufs Schlachtfeld geschickten Jungen. Seine Eindrücke, nämlich die kameradschaftlichen zu seinen Mitkämpfern und die des Tötens seiner militärischen Gegner, werden unpolitisch und untendenziös, d.h. weder anklagend noch bekennd, dargestellt vor den beklemmenden Auswirkungen des Kriegsgeschehens auf die psychische und physische Konstitution junger Menschen. Sie sind Glieder einer Generation, die zu viel Grauen erleben musste, um es vergessen zu können.

Remarque hatte sich mit seinem Werk abgegrenzt von dem thematisch gleichartigen Buch *Krieg* des Kommunisten Ludwig Renn von 1928. Der Propyläen-Verlag (Ullstein) – der S. Fischer-Verlag hatte das ihm angebotene Manuskript von Remarque abgelehnt²²⁵ – brachte das Buch am 31.1.1929 als Antikriegsbuch mit zweifellos großem Werbeaufwand²²⁶ auf den Markt. Es entwickelte sich zu einem Bestseller. Die 1930 allein im Inland verkaufte Auflage übertraf eine Million. Insgesamt wurden bis 1932 3,5 Millionen Exemplare verkauft. 28 Übersetzungen in andere Landessprachen bezeugen die große Beachtung des Werks.

225 ‚Text + Kritik‘ H. 149, 2001, S. 5.

226 Mit Vorabdruck in der ‚Vossischen Zeitung‘ am 11.10. und 9.12.1928.

Hervorzuheben ist, dass diese Entwicklung nicht nur eine ökonomische Seite hat. Der Erfolg des Antikriegsbuches war von regen Diskussionen begleitet. Die Rezensionen lassen sich in ihrem Für und Wider in vorwiegend sachliche und ideologische klassifizieren. Zu den sachlich abwägenden Rezensionen gehören die von Ernst Weiß: *Der Krieg in der Literatur* in der *Neuen Rundschau*, von Axel Eggebrecht und Carl von Ossietzky in der *Weltbühne*, von Ernst Toller in der *Literarischen Welt*. Weitere folgten von Ephraim Frisch in der *Frankfurter Zeitung* und Rudolf G. Binding in *Die Literatur*: „Krieg für genügsame Leute“.²²⁷

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Thüringen begann der dortige Volksbildungs- und Innenminister Wilhelm Frick am 29.3.1930 mit einem Ermächtigungsgesetz seinen „Kampf gegen marxistische Verelendung“ und mit Erlass vom 5.4.1930 seine Kunstsäuberung von „undeutschen Einflüssen“ und „Vaterlandsverrättern“. Das erste der polizeilich erwirkten Buch- und Bilderverbote betraf das Remarquebuch, dem sich das Verbot der inzwischen erfolgten Verfilmung (durch Universal Pictures USA) durch die Regierung Brüning am 19.12.1930 anschloss.²²⁸ Die *Neue Literatur*, die dem zentralen Parteiblatt *VB* nicht nachzustehen bestrebt war, versuchte schon vor den Thüringer Ereignissen den Erfolg von Remarques Buch abzuschwächen durch eine verächtlich machende Rezension von Gerd A. Arends.²²⁹ Er unterstellt Remarque menschliches Versagen und Opportunismus und fährt dann fort: „die menschliche Unzulänglichkeit, die das ganze Buch so peinlich macht, doppelt peinlich bei solchem Stoff“. Und weiter: Walter v. Molos Bekenntnis, das Buch sei das Denkmal unseres unbekanntes Soldaten, von allen Toten

227 ‚Neue Rundschau‘ H. 5, 1929, S. 8625–8627; ‚Die Weltbühne‘ 25. Jg. 1929, I S. 517–522, 826f, 902–904 und II S. 530f; ‚literarische Welt‘ ‚FZ‘ vom 5.4.1931; Literaturblatt Nr. 14, S. 517–522; ‚Die Literatur 31, Juni 1929 H. 9, S. 505f. Dazu Füssel, St.: Medienverbund in Weimarer Republik, 2005, S. 440.

228 In Thüringen waren völkische und antijüdische Kreise unter dem ersten NS Gauleiter Arthur Dinter und dem KfdK-Führer Hans Severus Ziegler besonders aktiv. 1926 fand in Weimar der erste Parteitag der NSDAP statt. Vgl. Brenner, H.: Kunstpolitik, 1963, S. 32f, 22. Im Reich gingen die Nationalsozialisten gegen Remarque polemisch vor (‚VB‘ vom 9.1., 19.1., 16.12.1930) und inszenierten Protestveranstaltungen. Goebbels schickte Schlägertrupps mit Stinkbomben und weißen Mäusen in die Kinosäle, vgl. ‚Text + Kritik‘ H. 149, 2001, S. 6. Vgl. auch ‚Neue Rundschau‘ H. 5, 1931, S. 714 mit Rudolf Kaysers kritischer Gegenrezension, der weitere Anmerkungen von Siegfried Kracauer im H. 6, 1931, S. 860 folgten.

229 ‚Neue Literatur‘ H. 5, 1929, S. 211f.

geschrieben, „ist eine schlechte Phrase“. Diese Besprechungsbeispiele können ergänzt werden durch gleichgeartete in anderen rechtsgerichteten Blättern.²³⁰

Gleich nach dem Regierungsantritt Hitlers sind Remarques Bücher verbrannt worden; 1938 wurde ihm die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen.

2.6.2 Ortega y Gasset: *Der Aufstand der Massen*, eine Betrachtung zur krisenhaften Entwicklung der Industriegesellschaften in Europa (1930)

Ein weiteres Rezensionsbeispiel bietet das Buch, das über Deutschland hinaus Aufsehen erregt hat: *Der Aufstand der Massen* von José Ortega y Gasset.²³¹ Es kam 1930 mit 205 Seiten Umfang als deutsche Übersetzung aus dem Spanischen auf den Markt. Rudolf Kayser beurteilt dieses Werk in seiner Rezension in der *Neuen Rundschau* im Juni 1931 als die „vielleicht bedeutungsvollste philosophische Betrachtung der geschichtlichen Situation unserer Gegenwart überhaupt“.

Doch zuvor ein paar Worte zum Werk selbst: Ortega thematisiert „das Heraufkommen der Massen zur vollen sozialen Macht“. Er verweist auf die damit einhergehende Erschütterung der für beständig gehaltenen Glaubensgewissheiten, zu denen auch das richtige Verhältnis zwischen Masse und Elite gehört. Es sei dies ein Ereignis, das in Europa zu einer schweren Krise geführt habe, weil die Massen glaubten, selbst lenken und führen zu können. Unter Masse versteht er die Quantität der Durchschnittsmenschen in der Gesellschaft. Diejenigen dagegen, die durch ihre Tätigkeit und ihr Handeln die Masse überragen, bezeichnet Ortega als Elite, eine Minorität, der im Konsens allgemein anerkannter Normen die geistige Führung des Volkes bisher oblag. Dieses aristokratische Prinzip wird durch den Aufstand der Massen gestürzt. Dem Einwand, dass sich dadurch das gesamte historische Niveau und die

230 Fritsch, O. in: ‚Deutschlands Erneuerung‘ Jg. 13, 1929, S. 320; Mayr, A. in: ‚VB‘ vom 16./17.6.1929; Schott, G. in: ‚VB‘ vom 26.10.1929. Er sieht die Wehrkrafterhaltung pervertiert; Kurt Sontheimer: *Antidemokratisches Denken*, 1968, S. 95 zitiert den Schriftsteller Franz Schauwecker, der das Buch als das „Kriegserlebnis eines Untermenschen“ bezeichnet.

231 Verwendet wird im folgenden die unveränderte Neuauflage von 1952 mit einer Auflagenhöhe von 95–104 Ts.

Lebensfülle aller erhöhe, sei entgegenzuhalten: wachsende Unsicherheit, Maßlosigkeit, Unwissenheit, Gedankenlosigkeit, Selbstgerechtigkeit. Der Rückfall in die Barbarei sei gleichsam programmiert. Ortega nennt zwei reale Beispiele: den Bolschewismus und den „Fascismus“.²³² (Der Nationalsozialismus war zu dieser Zeit eine potentielle Gefahr, aber noch keine Realität). Ortega weist hin auf Gefahrenpotentiale bei der Aufrechterhaltung einer guten Ordnung, wie das Spezialistentum, den Dilettantismus, die Trägheit der herrschenden Eliten, sowie die Einmischung des Staates in das Leben der Menschen.²³³ Schließlich warnt Ortega aus dem Geschichtsbewusstsein vor der Bedrohung der europäischen Zivilisation durch den Aufstand der Massen infolge unterlassener Strukturreformen und grober politischer Fehler. Blut, Sprache und Abgrenzungen eignen sich seiner Ansicht nach nicht für die Nationalitätenpolitik. Als Lösung der geistig-moralischen Krise empfiehlt er die Vereinigung der europäischen Nationalstaaten.²³⁴

Das Werk von Ortega ist mehrfach rezensiert worden.²³⁵ Drei Rezensionen sollen kurz betrachtet werden. Die ersten beiden finden sich in der Monatsschrift *Die Literatur* im Juni 1931 von Egon Vietta und im November 1931 von Heinrich Jilek, die dritte in *Die Neue Rundschau* im Juni 1931 von Rudolf Kayser.²³⁶

Egon Vietta anerkennt die „schöpferische Synthetik“ Ortegas und seinen sicheren Blick in „die geistigen Strömungen der Zeit“. Schon die Methode, mit der er die Realität konkretisiert, fordere Bewunderung heraus. Heinrich Jilek spitzt seine Rezension auf die These „Die Krise in der Krise“ zu und erläutert unter Hinweis auf andere zeitgenössische Veröffentlichungen, dass die Intelligenz durch unkritisches Verhalten in eine Krise geraten sei. Das habe mit der „Entwertung aller Werte“ begonnen und werde mit der „Einsetzung neuer Götter oder mit den Sturz ins Nichts“ enden. Eingesetzt habe dieser Prozess mit der Französischen Revolution. Die Stoß-

232 Ortega, J.: *Aufstand der Massen*, 1952, S. 72–102, u.a. „Barbarei ist Abwesenheit von Normen und Berufungsinstanzen“, auch *Vernunft*, S. 76f, „Gewalt als prima ratio“, S. 79, „vollständige Gleichgültigkeit gegen die Kultur“, S. 86.

233 ebd., S. 116–135.

234 ebd., S. 136–205.

235 vgl. Bibliographie der Rezensionen im Verlag Dietrich, Leipzig Abt. C 1931, Nachdruck von SPE Vaduz, 1962. Die Rezension von Rudolf Kayser in der ‚Neuen Rundschau‘ ist nicht enthalten.

236 ‚Die Literatur‘ H. 9, Juni 1931, S. 494f und H. 2, November 1931, S. 69–71, ferner die ‚Neue Rundschau‘ H. 6, Juni 1931, S. 854–856.

kraft der Massen habe zugenommen und die geistigen Kräfte, die ihnen entgegen wirken sollten, seien schwächer geworden. Beide seien der Politik erlegen. Er schließt pessimistisch mit dem Bemerkten, ein Fortschreiten auf den bisherigen Bahnen sei nicht mehr möglich und neue Wege gebe es nicht.

Rudolf Kayser weicht aus, bleibt missverständlich. Er sagt dem Leser, Ortega sehe den Weg der Erneuerung als Weg nach Europa, er wolle Spanien wieder in die westeuropäische Kultur eingliedern und im übrigen das Schicksal der Zeit geistig erfüllen. Er verweist den Leser dann unpräzise auf das „bereits früher“ in *Die Neue Rundschau* veröffentlichte Kapitel (14): „Wer herrscht in der Welt“ aus dem „Reichtum der Perspektiven dieses Buches“, ohne die üblichen bibliographischen Angaben.²³⁷ Kayser referiert die von Ortega erkannten Ursachen „aller Krisen im heutigen Leben“, die im Aufstand der Massen und im Schwinden der Eliten in allen Lebensbereichen sichtbar geworden seien. Jedoch glaubt er, dass Ortega den „geschichtlichen Prozess, die Gesetzmäßigkeit im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel“ unterschätze. Es gebe zwar Reformbedarf, aber „eine große und lange Vergangenheit“ brauchten wir nicht zu opfern. Kayser bewundert abschließend die auf Wirkung bedachte „seltene Art des Philosophierens“ Ortegas.²³⁸ Seine Leser konnten nicht ahnen, welche Aktualität die von ihm eigentlich nicht empfohlene Lektüre des gesamten Werks zusammen mit ihren persönlichen Kenntnissen über die ‚Bewegung‘ Hitler bereits erlangt hatte.

Das im Leserecho offenbarte Informationsbedürfnis muss beachtlich gewesen sein, sonst hätte die Zeitschrift *Die Literatur* keine zweite ausführlichere Rezension veröffentlicht. Die zweite teils pessimistische teils abwiegelnde Beurteilung wird die Leserinteressen kaum befriedigt haben können, aus der abgesetzten Buchauflage ist sie nicht abzuschätzen. Sie betrug bis Anfang 1933 6 000, 1935 11–12 Ts und stieg bis 1940 auf 19–20 Ts. Erst nach 1945 kletterte sie neben zahlreichen Lizenzausgaben rasch auf weit über 100 000.

237 ‚Neue Rundschau H. 4, April 1931, S. 433–449. Zu dem Aufsatz gab es weder eine redaktionelle Vorankündigung, wie sonst üblich, noch einen Hinweis, dass es sich um einen Werkausschnitt handelt, wie das Werk heißt, wann und wo es verlegt ist. Die Vorgehensart und die Informationslenkung der Redaktion sind außergewöhnlich, auch wenn sie politikkonform sein wollte.

238 Rudolf Kayser (1889–1964) studierte Literatur und Philosophie. Er promovierte 1914. Zunächst wirkte er als Lehrer, dann als Journalist. Von 1924–1933 war er Herausgeber der ‚Neuen Rundschau‘. 1933 emigrierte er.

2.6.3 Theodor Heuß: *Hitlers Weg* als eine späte öffentliche Standortbestimmung der NS-Bewegung (1931/32)

Das dritte Buch, das mit seinen Rezensionen vorgestellt wird, steht in einem engen Kontext zum Phänomen Hitler mit seinem Kampfbuch und zur politischen Entwicklung in der Republik, in der ein Interesse an fundierten Informationen über die sich ausbreitende „Bewegung“ Hitler und die Haltung der Regierung immer spürbarer geworden ist und deshalb gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit versprach. Im Dezember 1931 veröffentlichte Theodor Heuß (1884–1963) ausgehend von einer Studie über den Nationalsozialismus und Hitlers Kampfbuch, die er im Herbst 1930 für die Reichskanzlei gefertigt hatte,²³⁹ einen im Auftrag der DDP gehaltenen Vortrag am 26.2.1931 in Tübingen zu dem Thema „Ist der Nationalsozialismus Deutschlands Rettung? Betrachtungen über Hitlers Buch und sein politisches Wirken“ unter dem Titel *Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus* im Unions-Verlag Stuttgart im Umfang von 168 Seiten.²⁴⁰ Das Buch wurde von mehreren Zeitungen rezensiert und erlebte 8 Auflagen bis Ende März 1932. Der Buchumfang blieb mit 172 Seiten fast gleich. Die Gesamtauflagenhöhe ist unbekannt geblieben, sie wird von Eberhard Jäckel für Deutschland auf 9 000 Exemplare in den rund vier Monaten geschätzt; sie war also vergleichsweise höher als die verkaufte Auflage von Ortegas Buch mit 6 000 Exemplaren von 1930–1933. Dabei wäre allerdings der über die Rezensionen hinausgehende jeweilige Werbe- und Informationsaufwand der Verlage und Buchhändler zu berücksichtigen.

Die Tagespolitik wollte Heuß ausdrücklich ausgeklammert wissen und sich vom Parteienstreit abgehoben sehen. Das hatte Gründe, die aus dem Buchveröffentlichungszeitpunkt sowie der Art und Gewichtung seiner Ausführungen ablesbar sind, von ihm aber nicht genannt wurden. Heuß argumentiert in seinem Buch als überparteilicher Historiker (ohne allerdings auf die Ursachen des Wahlerfolgs der NSDAP

239 BA Berlin, R 43 I/2682 nach Plöckinger, O.: *Geschichte von Mein Kampf*, 2006, S. 232.

240 vgl. Einleitung von Eberhard Jäckel zu Th. Heuß: *Hitlers Weg*, 1932 in der Neuauflage von 1968, S. XI. Gemeint ist die Deutsche Demokratische Partei (DDP), die sich ab 1930 in Deutsche Staatspartei umbenannte und mit der Zentrumspartei koalierte. Vgl. dazu Stephan, W.: *Aufstieg und Verfall der DDP*, 1973, sowie Heß, J.C.: *Demokratischer Nationalismus*, 1978.

und die zu ziehenden Schlussfolgerungen einzugehen, wie Eberhard Jäckel anmerkte). Heuß ließ seine parlamentarischen Funktionen unerwähnt: er war nicht nur Dozent der Hochschule für Politik in Berlin,²⁴¹ sondern darüber hinaus MdR der Deutschen Staatspartei (DSt) und Stadtverordneter von Berlin sowie Mitarbeiter der parteinahen Zeitschrift *Die Hilfe*. Aus all diesen Fakten ist zu entnehmen, dass Heuß eine konkrete diplomatische Vermittlungsaufgabe als Politiker, nicht als Historiker verfolgte.²⁴² Unter diesem Gesichtspunkt ist seine umfassende Betrachtung im Buchformat zu verstehen und einzuordnen. Bevor darauf eingegangen werden kann, müssen die wichtigsten politischen Ereignisse kurz skizziert werden.

Seit den scharfen Auseinandersetzungen um den Young-Plan 1929, spätestens aber seit der Reichstagswahl am 14.9.1930 war offensichtlich, dass die NSDAP eine große Anhängerschaft gewonnen hatte und gerüstet schien für den Machtkampf gegen die Regierung. Der mit präsidialer Notverordnung 1930 eingesetzte Reichskanzler Brüning, der mit der DSt eine Minderheitsregierung bildete, brauchte für seine Notverordnungspolitik eine parlamentarische Absicherung. Die am demokratischen Verfassungsprinzip festhaltende SPD hatte die Tolerierungsaufgabe im Reich mit Blick auf die Lage in Preußen übernommen, wehrte sich aber gegen eine immer stärker werdende Politik der einseitigen finanziellen Belastung der unteren Volksschichten.²⁴³ Brüning wollte sich in seiner weiter nach rechts gehenden Politik nun von der Hitler-Bewegung parlamentarisch tolerieren lassen. Er verhandelte mit Hitler und erklärte öffentlich, dass er die Hitler-Partei für koalitionsfähig halte.²⁴⁴

241 Die Hochschule für Politik in Berlin ist 1920 gegründet worden. „Sie wirkte weniger auf wissenschaftlichem denn auf pädagogischem Felde“, wie K.D. Bracher anmerkt in: *Das deutsche Dilemma*, 1971, S. 330. Als Erwachsenenbildungsanstalt erhielt sie erst in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts akademischen Rang mit der Eingliederung als Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.

242 Jäckel, E.: Neuaufl. von Th. Heuß: *Hitlers Weg*, 1968, S. XXXIX; Bracher, K.D.: *Das deutsche Dilemma*, 1971, S. 328.

243 Pyta, W.: *Gegen Hitler, für die Republik*, 1989, passim.

244 vgl. z.B. den Jahresendbericht 1931 von K.A. Prinz Rohan in ‚*Europäische Revue*‘ H. 1, 1932, S. 3–16. Darin Zitat: „es scheint die Mission Brünings zu sein, auf legalem Wege den deutschen Fascismus zu verwirklichen“. Ferner im gleichen Heft, S. 21–30 M. Claus: „Volk und Reich. Die Zwangslage Brüning-Hitler“, insbes. S. 21f. Mommsen, H.: *Aufstieg und Untergang der Republik*, 1998, S. 356–358, 432f. Brüning habe seit dem 6.10.1930 mit Hitler und der NSDAP-Führung verhandelt mit dem Ziel der Tolerierung zur Ersetzung der SPD, und zwar – wie hinzu-
zufügen ist – im Einverständnis mit Reichspräsident Hindenburg.

In seiner „historischen“ Studie äußert sich Heuß dazu nicht. Ihm ging es nicht darum, die Widersprüche, Verdrehungen, Falschheiten und Unklarheiten in *Mein Kampf* mit seinem Fachwissen aufzudecken und Hitler die Maske vom Gesicht zu reißen. Er handelt vielmehr als Realpolitiker, der meinte, Hitler zu einer positiven staatstragenden Haltung veranlassen zu können. Dazu dienen seine über das Historische hinausgehenden Ausführungen zu staats- und verfassungsrechtlichen Fragen. Er erinnert Hitler an dessen Legalitätsbeteuerungen, die ihm jetzt eine völlig neue Lage eröffnen: die parlamentarischen Mehrheiten legal zu nutzen, die er zuvor in seinem Buch als Ausdruck von Dummheit und Feigheit apostrophiert habe. Heuß weist auf (tagespolitisch) bestehende Koalitionsmöglichkeiten selbst bei nicht erzielbaren Mehrheiten hin, auf die Erfahrungen Hitlers in Thüringen und Braunschweig. Heuß erwähnt nicht, dass 1930 eine neue Regierungsbildung nicht versucht worden ist, obwohl sie nach der Verfassung möglich war.²⁴⁵ Heuß wirbt für eine flexible Zusammenarbeit mit der NSDAP, um die Kommunisten nicht zu Nutznießern werden zu lassen. Dies sei der „Stoff unserer Untersuchung“, betont Heuß, nicht „eine Erörterung der deutschen Politik“.²⁴⁶

Nach der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatte sich die gesamtpolitische Lage zugespitzt. Die DSt befand sich seit 1928 in einem Selbstauflösungsprozess, verursacht durch das Fehlen eines schlüssigen Parteiprogramms und geeigneter Führungspersönlichkeiten.²⁴⁷ Die Situation war hochgradig gespannt. Nach der Notverordnung vom 28.3.1931 hatte Goebbels im *Angriff* gedroht: „Wer will eine künftige, legal zur Macht gelangte Volksregierung hindern, mit gleichen Werkzeugen sich gegen die Machthaber von heute zu wenden?“ und Samuel Sängler hatte in der *Neuen Rund-*

245 Heuß, Th.: *Hitlers Weg*, 1968, S. 127–129. Dazu Friesenhahn, E.: *Zum Scheitern der Weimarer Republik*, 1980, S. 81–108; sowie Hentschel, V.: *Weimars letzte Monate*, 1978, S. 10f. Vgl. auch Anm. 262. Pyta, W.: *Die Weimarer Republik*, 2004, S. 101–104; Brechtken, M.: *Die nationalsozialistische Herrschaft*, 2004, S. 2f.

246 Heuß, Th.: *Hitlers Weg*, 1968, S. 138–143, 63. Zwischen seinem Vortrag und der Buchveröffentlichung gab es einen Aufsatz von Ernst v. Aster in *„Neue Rundschau“* H. 1, 1931, S. 1–13 „Die Krise der bürgerlichen Ideologie“ mit Fortsetzung in H. 1, 1932.

247 Stephan, W.: *Aufstieg und Verfall der DDP*, 1973, S. 453, 505; sowie Heß, J.C.: *Demokratischer Nationalismus*, 1978, S. 361f, 368.

schau den Notstandsartikel als „Diktaturparagraph“ bezeichnet.²⁴⁸ Es gab zahlreiche Pressestimmen zu dieser Studie von Heuß, aber „keine bewegte Kontroverse“, wie Eberhard Jäckel in seiner Einleitung zur Neuauflage von 1968 konstatierte.²⁴⁹

Soweit überhaupt rezensiert worden ist, blieben die Buchbesprechungen in der Aussage meist schwach und unpräzise. Die kritische *Weltbühne* besprach das Buch gar nicht.

Aus den zu wenig konkreten, oft oberflächlichen Rezensionen zu dem Buch von Theodor Heuß einige Beispiele:²⁵⁰ In der *Frankfurter Zeitung* wertet NN: Das Buch könne „als der beste, immer um Sachlichkeit bemühte [...] Bädcker durch den Nationalsozialismus empfohlen werden“. Jürgen Eggebrecht in *Die Literatur* unterstreicht die Intentionen von Heuß, ohne sie argumentativ abzuwägen. Wer um die Ideologien unserer politischen Parteien Bescheid wisse, werde wesentlich Neues über die nationalsozialistische Bewegung, ausgehend von Hitler, erfahren. Das Buch sei ein „Leitfaden zur Entscheidung“ – inwiefern erfährt der Leser nicht. Das *Stuttgarter Neue Tageblatt*, das schon über den Vortrag von Heuß vom 26.2.1931 am 1.3.1931 berichtet hatte, schrieb am 4.1.1932: „Einen vornehmeren und schonungsloseren Gegner wird Hitler nicht so leicht finden [...] alles, was groß, großzügig und mitreißend an einer Volksbewegung und ihrem Führer ist“, erkennt Heuß „ohne Einschränkung“ an; „Fehler des Entwurfs, des Durchdenkens und der Durchführung politischer Ideen und Ziele“ deckt er „ohne Erbarmen“ auf. Das *Berliner Tageblatt* bemerkt: Heuß wolle bei den Gebildeten eine kritische Einstellung vorbereiten, aber es mangle ihm an einer kritischeren Beurteilung. Die SPD-Zeitung *Vorwärts* hatte Jäckel zufolge in ihrer Rezension vom 12.3.1932 auf eine die Gesellschaft bedrückend werdende nati-

248 „Der Angriff“ Nr. 66 vom 30.3.1931 „Das Harakiri der Demokratie“; „Neue Rundschau“ H. 2, 1931, S. 702.

249 Jäckel, E.: Einleitung zur Neuauflage von Heuß, Th.: Hitlers Weg, 1968, S. XXII–XXV.

250 In der Internationalen Bibliographie Reihe C sind die meisten Rezensionen erfasst, die auch E. Jäckel benutzte: NN in „Stuttgarter Neues Tageblatt“ Abendausg. 4.1.1932; NN in: „Frankfurter Zeitung“ 31.1.1932; NN in: „Vossische Zeitung“ 2.2.1932; NN in: „Neue Freie Presse Wien“ 12.3.1932; NN in: „Berliner Tageblatt“ 10.4.1932; J. Eggebrecht in: „Die Literatur“ H. 6/1932, S. 356; Hassmüller in: „Kölnische Zeitung“ 3.7.1932 und folgende ohne Tagesangabe: NN in: „Jüdische Rundschau“ Berlin 37. Jg. 1932, S. 93; NN in: „Hefte für Büchereiwesen“ 1931/32, S. 465f; NN in: „K.C.-Blätter“ (Kartell-Convent) 22. Jg. 1932, S. 37f; A. Schlund in: „Academia“ Berlin 45. Jg. 1932, S. 71; Reuter in: „Deutsche Korpszeitung“ 49. Jg. 1932, S. 331; Martin Rade in: „Die christliche Welt“ 46. Jg. Nr. 4 vom 13.2.1932, S. 183. Ferner ist zu erwähnen Baumgarten, Otto in: Abwehrblätter 42. Jg. Nr. 3, März 1932.

onalsozialistische Organisation von Gewalt und bewusster Unvernunft aufmerksam gemacht. J.P. Mayer, Leiter des SPD-Parteiarchivs, fragte in den *Neuen Blättern für den Sozialismus. Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung*:²⁵¹ „Darf man nur Verständnis aufbringen, wo sich Gewalt, Brutalität, Terror [...] in dieser Bewegung organisiert haben?“ „... Heuß bekämpft Hitler nicht [...] Es fehlt ihm der feste Bezugspunkt, von dem er die nationalsozialistische Bewegung einordnen kann“. Andere Rezensenten lobten die „gründliche Objektivität“ von Heuß in der Verwirrung der Zeit, bemängelten aber sein großes Verständnis und dass er nicht schärfer kritisiert habe. Der sogenannte Waschzettel schein nicht beachtet worden zu sein oder habe zu einer Nicht-Rezension geführt (Näheres wurde nicht mitgeteilt). Das Parteiblatt der DSt *Die Hilfe*, das *Mein Kampf* nie rezensiert hat, brachte am 30.1.1932 einen Auszug aus dem Buch von Heuß, jedoch kommentarlos.²⁵²

Konnten die Argumente von Theodor Heuß, der auf der Regierungsseite stand, die angestrebte Wirkung erzielen? Die nationalsozialistische Presse habe zu dem Buch geschwiegen, hat Eberhard Jäckel recherchiert. Doch gab es andere Fakten, die Beachtung verdienen. Zu ihnen gehören die Vorgänge, die zur autoritären Absetzung der (sozialdemokratischen) Landesregierung in Preußen am 20.7.1932 (Reichsexekution) führten.²⁵³ Kurz nach der Veröffentlichung des Buchs von Theodor Heuß hat Reichspropagandaleiter Goebbels Anfang 1932 sein Buch über den *Kampf um Berlin* erscheinen lassen und eine zweite Auflage noch vor Jahresende hinterhergeschickt. In ihm rühmt er sich, nicht nur in chronologisch-historischer Argumentation (wie Heuß), sondern mit massivem demagogischen Propagandaeinsatz die Massen des Volkes bereits für den Kampf um die Macht in Berlin gewonnen zu haben. Die bisher streng geheim gehaltene Taktik der Massenbeeinflussung – auch über Buchbesprechungen – gab er zu, überzeugt, dass der von Hitler eingeleitete deemanzipato-

251 ‚Neue Blätter für den Sozialismus‘ H. 8/1932, S. 445f.

252 ‚Die Hilfe‘ vom 30.1.1932, S. 111. Zuvor am 31.1.1931, S. 112 hatte Kurt Schedel im Aufsatz ‚Abdankung des Geistes‘ das Verhalten Hitlers scharf kritisiert.

253 Pyta, W.: Weimarer Republik, 2004, S. 115–140, 158. Pyta hat den politischen Handlungsspielraum und die Trugschlüsse der Regierung übersichtlich herausgearbeitet; Ders.: Gegen Hitler, für die Republik, 1989. Er beschreibt die Politik der Sozialdemokraten in Preußen.

rische Fortschritt – Hitler nannte ihn revolutionäre Erneuerung – von der erstarrten Machtelite des „liberalistischen Systems“ nicht mehr aufzuhalten war.²⁵⁴

Im folgenden Kapitel wird die von Buchvermittlern beklagte negative Entwicklung des Buchbesprechungswesens zu eruieren versucht.

2.7 Erneuerung oder Ende kritischer Kommunikation in der Übergangsphase zur Diktatur

Das 1919 in Weimar errichtete Verfassungsgebäude war nicht nur statisch unterdimensioniert, es blieb im Innenausbau bis in die Endphase der Republik unvollendet. Bewohnt wurde es von einer Klassengesellschaft, die mit den sich verschärfenden Problemen politischer, sozialer und ökonomischer Art nicht zurecht kam.²⁵⁵ Die Gesellschaft geriet in nicht überbrückbare parteiideologische Spannungen, die sie schließlich über den Missbrauch des Verfassungsartikels 48 zum Opfer der eigenen Politik werden ließ.

Für die unzureichend informierten Menschen haben drei Entwicklungen zu schwerwiegenden Irritationen und Fehlhandlungen geführt: die Nichtbeachtung ihrer Bedürfnisse, die Hin- bzw. Rückwendung zum Prinzip des autoritären Obrigkeitsstaates und die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis der Reichsverfassung. Die politisch Verantwortlichen haben die demokratische Aufgabe der Entfaltung und Gewährung der freien Willensbildung, das parlamentarische Zusammenwirken der Parteien, die politisch-parlamentarische Kontrolle und den angemessenen Gebrauch der Staatsmacht zum Wohle der Menschen nicht gelöst bzw. lösen können. Karl Dietrich Bracher hat diesen Zusammenhang analysiert und auf die Folgen der aufgetretenen Mängel hingewiesen. Demokratischer Stil fordere nicht zuletzt auch von den Regierenden, dass kritische Stimmen als zum Gemeinwesen gehörig erachtet und

254 Goebbels, J.: Kampf um Berlin, 1932 Erstafl., 1941 passim.

255 Pyta, W.: Weimarer Republik, 2004, S. 12, 97. Seiner Ansicht nach habe die innere Aushöhlung der Republik 1925 begonnen; Mommsen, H.: Aufstieg und Untergang der Weimarer Republik, 1998, S. 354–356.

berücksichtigt werden. Für Reichskanzler Brüning seien Menschen kein Faktor der Politik gewesen.²⁵⁶

Die von Bracher genannten destabilisierenden Phänomene haben sich auch auf das Buchbesprechungswesen ausgewirkt. Der Buch- und der Pressemarkt konnten im Bereich der das Gros bildenden unpolitischen Fach- und Unterhaltungsliteratur trotz der politisch-ökonomischen Krisen und der bestimmenden Interessen des Kapitals einen allgemeinen Aufschwung verbuchen. Rezensenten reagierten zunehmend sensibel, insbesondere in der Endphase der Republik, in der der Einfluss parteipolitischer Interessen und Bestrebungen wuchs und sich eine Aufweichung des traditionellen Normengefüges bemerkbar machte.²⁵⁷ Soweit Rezensenten nicht – wie manch' andere aus der geistigen Elite – vorzogen zu schweigen, wurden sie nachdenklich/zurückhaltender oder passten sich opportunistisch der Obrigkeit unterwerfend an. Folgende kritische Stimmen können diese Situation veranschaulichen:

In der *Weltbühne* vom Januar 1929 beschwor ihr Herausgeber Carl von Ossietzky unter dem Pseudonym ‚Celsus‘ den „unsterblichen Rezensenten“ Lessing gegen die Entstellung und Verdrehung seiner historischen Verdienste, u.a. auch gegen diejenigen, die „gegen die Verjudung der Literatur dröhnen“. Celsus räumte ein, dass Lessing sich leicht missdeuten lässt, weil seine Theorien und sein „kunstrichterlicher Subjektivismus“ dem „Geschmack der Massen“ nicht gehuldigt hätten. Seine Theoreme seien inzwischen „leer geworden“, nicht jedoch seine „unbestechliche Redlichkeit“. Weihereden, so schließt Celsus sein Plädoyer, sind nicht angebracht, denn „es gibt noch viel zu tun in Deutschland“.²⁵⁸ Wolf Zucker erhebt seine Stimme im September 1929 in der *Literarischen Welt* zum „Verfall der Rezensionen“ mit Unterstützung der Redaktion, die Missstände „in unserer geistfeindlichen Zeit“ beklagt. Er fragt: Wer kümmert sich heute noch um die wahre „Erziehung des Lesers?“. Damit

256 Bracher, K. D.: Das deutsche Dilemma, 1971, S. 11–40, 96–100, 104, 115, 127–131, 148, 340f, 366–370, 378f, 394. Gustav Radbruch habe die postulierte „Überparteilichkeit des Staates“ als Lebenslüge des Obrigkeitsstaats bezeichnet, S. 29. Pyta, W.: Die Weimarer Republik, 2004, S. 97–134. Mommsen, H.: wie vor S. 356–358. Wichtige historisch-mentale Hintergründe gibt Brechtken, M.: Die nationalsozialistische Herrschaft 2004, S. 2, 90–93; Fritzsche, P.: Germans into Nazis 1998, S. 207–217.

257 Bracher, K. D.: Das deutsche Dilemma, 1971, S. 101, 111f, 329; Moores, K.M.: Presse- und Meinungsklima, 1997, passim.

258 ‚Weltbühne‘ Jg. 25 vom 22.1.1929, S. 132–137; ebd. vom 19.3.1929, S. 441–445.

deutet er vermutlich auf das Weltanschauungsbuch *Mein Kampf*, wenn man seine Kritik in Beziehung setzt zu den auf der Titelseite angeprangerten Studentenkrawallen, Beschimpfungen und Belästigungen von Juden. Der kundige Rezensent sei fast ausgestorben, ersetzbar geworden, ohne Gesicht, auch für den Autor. Seine schlecht honorierten Besprechungen seien zu oft unqualifiziert und oberflächlich, sie erstickten „im Schlamm der Superlative“, in Lobhudeleien. Er erinnert an Lessings Hamburgische Dramaturgie, an die notwendige „Diskussion der prinzipiellen Fragen: Was ist Literatur, was bedeutet uns heute noch Kunst?“ Der Leser wolle wissen, wie man an ein Buch herangehen kann und wie es sich in die Zeit einordnet. Das Endurteil des Rezensenten sei für ihn unwichtig, allenfalls für den Verlagsleiter und seinen Werbeprospekt, wenngleich der Waschzettel billiger und bequemer wäre. Hauptaufgabe der Rezension sei nach wie vor die Lesererziehung zu Geschmack und eigenem Urteil.²⁵⁹ Im November 1929 unterstützt ihn Oskar Maria Graf im gleichen Blatt mit der Forderung nach ehrlichen Buchkritiken und wahrhaftigen Kritikern, die dann eine Diskussion zustande bringen müssten, um das Lesepublikum wieder zurückzugewinnen und die Überproduktion minderwertiger Schmöker einzudämmen.²⁶⁰

Da sich keine Besserung der beklagten Zustände abzeichnete, weder bei Verlegern und Autoren, noch bei Rezensenten, griff Kurt Tucholsky mit dem Pseudonym Peter Panter in der *Weltbühne* im November 1931 das Thema erneut auf unter dem Titel „Kritik als Berufsstörung“. In der auf einem Tiefstand angelangten Buchkritik würde Kritik nur noch als Berufsförderung oder als Berufsstörung angesehen. An dürftig verhüllten Waschzetteln könne sich kein Leser orientieren. Geltungstrieb, ökonomische Interessen/Zwecke und Kumpanei dürfen kein Maßstab für Kritik werden. Kritik muss nachvollziehbar begründet sein, d.h. nur Leistung ist zu kritisieren, sonst nichts, und zwar unbeeinflusst.²⁶¹

Im März 1932 bekräftigte Karl von Ossietzky im gleichen Blatt, „die öffentliche Kritik“ habe „ihre Intensität verloren...“. Man darf die Zeitungen „nicht mehr nach

259 ‚Literarische Welt‘ Nr. 38 vom 29.9.1929, S. 7f und S. 1. Ein Schwerpunkt der Erziehungsarbeit der NSDAP unter Baldur von Schirach lag seit etwa 1925 in den Universitäten; Brechtken, M.: Die nationalsozialistische Herrschaft, 2004, S. 77f und Bracher, K.D.: Das deutsche Dilemma, 1971, S. 125–145.

260 ‚Literarische Welt‘ Nr. 47 vom 22.11.1929, S. 11.

261 ‚Weltbühne‘ Jg. 27 vom 17.11.1931, S. 749–752.

dem beurteilen, was sie bringen, sondern danach, was sie verschweigen“.²⁶² Aus der Distanz äußerte sich der Engländer Douglas Jerrold in der *Europäischen Revue* 1932: Vor etwa 40 Jahren hätten Verleger und Herausgeber der Presse das Ziel gehabt, „die öffentliche Meinung zu unterrichten und zu beeinflussen“. Inzwischen sei aber die Presse zum reinen Nachrichteninstrument für ökonomische Interessen und zum Verbündeten der Regierung gemacht worden unter Verzicht auf geistige Führung. Sie „wolle“ nämlich *den* Leser, der der Suggestion zugänglich ist, und nicht einen, der nachdenkt. Die Kritiker seien dieser „Mode“ gefolgt.²⁶³ Walter Karsch setzte 1932 in der *Weltbühne* die Kritik fort. Es gebe zu viele für Leser ungeeignete, oberflächliche Buchbesprechungen. Rezensenten sollten sich nur auf die Novitäten einlassen, die sie sachverständig besprechen können.²⁶⁴ Im November 1932 klagen schließlich fünf bekannte Autoren gemeinsam in der *Weltbühne* über den Niedergang des Buchbesprechungswesens. Es sind Annette Kolb, Erich Kästner, M.M. Gehrke, Hermann Kesten und Alfred Polgar. Ihre teilweise ironisierenden Einwendungen richteten sich in summa gegen die Auswahl oft ungeeigneter, berufsfremder, unzuverlässiger Rezensenten bei unangemessen geringen und umfangbegrenzten nicht leistungsadäquaten Zeilenhonoraren. Die zu besprechenden Werke würden sie mitunter nur „anlesen“, würden Autoren verwechseln sowie belanglos, einseitig oder voreingenommen schreiben, opportunistisch beurteilen und verspätet abliefern. Beklagt wurde auch, dass die Veröffentlichung an unauffälliger Stelle erfolge, d.h. nach dem aktuellen Verlagsinteresse.²⁶⁵

Die Reaktion auf die monierten Misstände blieb zurückhaltend. Eine grundsätzliche Klärung ist nicht versucht worden. Zu nennen sind aber konstruktive Ansätze von Walter Benjamin mit klassenüberbrückender Tendenz. Er hat programmatische Notizen gesammelt, die er zu einem Essay über die Aufgaben der Kritik und des Kritikers ausarbeiten wollte. Dazu ist es nicht gekommen. Einige seiner nachgelassenen Thesenansätze beleuchten die damalige Situation: Die Funktion der

262 ebd., Jg. 28 vom 29.3.1932, S. 463–467.

263 Douglas Jerrold, Hrsg. der ‚English Revue‘, London in: ‚Europäische Revue‘ Jg. 7, H. 4/1932, S. 216–230.

264 ‚Weltbühne‘ Jg. 28 vom 10.5.1932, S. 720f.

265 ebd. vom 22.11.1932, S. 765–770. Ein Zeilenhonorar wurde beauftragten freien Rezensenten von Presseorganen bezahlt. Der Rezensionsumfang wurde i.a. begrenzt.

Kritik sollte wieder bewusst gemacht werden, nicht nur im werbenden Lob. Der Kritiker habe sich auf das Lesepublikum einzustellen und ihm zu erklären, welche Kriterien er seiner Kritik zugrundelegt über alle Parteigungen hinweg.²⁶⁶ Damit sprach Benjamin auch die beiden immer mehr das Bildungsbürgertum bedrängenden Gesellschaftsgruppen an, die proletarische und nationalsozialistisch-völkische mit ihren auf Gesellschaftsveränderung drängenden totalitaristischen Kritikauffassungen.²⁶⁷

Zu den Wenigen, die in dem herrschenden Sinn- und Wertewirrwarr den Gebildeten 1931/32 ein Stück Orientierung geben wollten, gehört Theodor Heuß. Er hat sein Werk zu *Hitlers Weg* in den Vorbemerkungen zu den Auflagen als einen Versuch zur Aufhellung der bestehenden „zeitgeschichtlichen Bedingtheiten“ bezeichnet. Seine Analyse sollte, wie der Rezensent des *Berliner Tageblatts* erkannte, zu einer kritischeren Einstellung der Gebildeten Anlass geben. Heuß warnte vor der „Flucht aus der Rationalität in den Bereich des Nur-Glaubbaren“, des keiner Vernunftkontrolle unterliegenden Instinkthaften.²⁶⁸ Doch zu einer öffentlichen Reaktion mit bewusstseinsbildenden Folgen für das Rezensionswesen ist es nach dem „redlichen Versuch eines demokratischen Politikers in der politischen Diskussion der Zeit“, wie Eberhard Jäckel recherchiert hat, nicht gekommen. Ob mit dieser Beobachtung schon bewiesen werden kann, was Jäckel dann schlussfolgert, „dass zwischen frenetischer Bejubelung und leidenschaftlichem Hass die Stimme der Vernunft nicht ganz untergegangen war“,²⁶⁹ ist realistisch im Kontext mit den gesellschaftlichen „Bedingtheiten“ zu sehen, d.h. unter Beachtung dessen, was bis dahin politisch zu sagen möglich, was opportun war und dem, was von den lesenden Zeitgenossen erwartet werden durfte.

Realistische Ansätze zu einer Reform oder Erneuerung des Besprechungswesens hat es von Einzelpersonlichkeiten, nicht aber von Seiten der Berufsorganisationen der Schriftsteller (SDS) und der Macht und Einfluss besitzenden politischen Parteien

266 Benjamin, W.: „Zur Literaturkritik“ in: *Gesammelte Schriften*, 1985, Bd. VI, S. 161–184 u. 731–740.

267 Bermann, R.A.: *Literaturkritik*, 1985, S. 272, 274.

268 Heuß, Th.: *Hitlers Weg*, 1932, S. 152, 161f und Vorbemerkungen; Bracher, K.D.: *Das deutsche Dilemma*, 1971, S. 328, 101, 111; ‚*Berliner Tagblatt*‘ vom 10.4.1932.

269 Jäckel, E.: Einleitung zu Heuß’ *Hitlers Weg*, 1968, S. XLII f. Jäckel weist darauf hin, dass Heuß sich in seiner historisch-politischen Studie *nicht* nur als Historiker geäußert hat.

gegeben. Für eine wieder fruchtbar werdene Kommunikation hätte das bedeuten können: Verbreiten und Vertiefen der Argumentationsbasis, kein untätiges Zuwarten oder Fliehen hinter die moralische Mauer vermeintlicher Pflichterfüllung, kreative Entfaltung von Wissen anstatt Unterwerfung unter vermeintliche Wahrheiten. Doch nichts Durchgreifendes geschah. Der Leser blieb ohne „mündige Kritik“²⁷⁰ weiterhin „das unbekannte Wesen“.²⁷¹

Alle Hoffnungen und Erwartungen auf eine Erneuerung des Buchbesprechungswesens versanken in einem Klima der Unsicherheit. Erst der Feuerschein der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 machte landesweit unübersehbar, dass die Nationalsozialisten viele Schriftsteller und ihre Werke widerspruchslos für unliebsam, unerwünscht, undeutsch, für antinational, marxistisch, heidnisch, antiarisch, jüdisch, pazifistisch erklärt hatten, um sie nach der bereits sichtbar gewordenen Erlangung der Macht rücksichtslos zu verdrängen. Die von Teilen der bürgerlichen Elite tolerierte xenophobische Barbarei war gewachsen auf einem antiliberalen Nährboden. Der universitäre Täter- und Mitläuferkreis ist in seinem vollen Umfang erst nach der Regierungsmachtübergabe an Hitler voll ins öffentliche Bewusstsein gedrungen. Dieser Entwicklung lag kein spontanes und kein einmaliges intellektuelles Fehlverhalten zugrunde. In den Vordergrund geraten waren parteipolitische Machtansprüche *über* Menschen, nicht *für* Menschen (u.a. bei der emanzipatorischen Selbstverwirklichung und Mitbestimmung), verbunden mit einer historisch rückwärtsorientierten Lenkungsmentalität, der, wie schon angedeutet, auch die tradierte liberale Buchkritik im Wege stand.²⁷² Schon die wenigen untersuchten Beispiele lassen an den Wirkungseinbußen den Niedergang des Rezensionswesens tendenziell erkennen.

270 Bermann, R.A.: Literaturkritik, 1985, S. 274. Moores, K.M.: Presse- und Meinungsklima, 1997, S. 48–58. Moores spricht von der Meinungsführerschaft in Presseorganen, die sich zu einem großen Teil parteipolitisch orientiert bzw. festgelegt hatten. Zur Frage, wie sich Medien und Politik gegenseitig beeinflussen, zu wessen Gunsten und zu wessen Nachteil, und zur Frage der damit verbundenen Forschungsdesiderate vgl. Aufsatzsammlung von Bösch/Frei: Mediatisierung und Demokratie, 2006, S. 7–23, 72 und die Rezension von Ernst Elitz in ‚Die Zeit‘ Nr. 19 vom 3.5.07, S. 61.

271 Pfohlmann, R.A.: Literaturkritik, 2004, S. 116–121. Exemplarisch ist der erwähnte Fall des Kritikers Emil Julius Gumbel.

272 Moores, K.M.: Presse- und Meinungsklima, 1997, S. 48–58; Bösch/Frei, N.: Mediatisierung und Demokratie, 2006, S. 7–23, 72.

Der folgende Hauptteil der Untersuchung geht aus von den in der Weimarer Republik entstandenen Gegebenheiten und wird sich mit der von den Nationalsozialisten allein bestimmten Rezensionspolitik und ihren Folgen auseinandersetzen.

3. Neuordnung des Buchbesprechungswesens in der Diktatur des „Dritten Reichs“

3.1 Determinanten nationalsozialistischer Literatur- und Buchpolitik – Anspruch und Realität

Am 1.9.1933 erklärte Hitler auf dem Nürnberger Parteitag, dass er nach der Zerstörung des parlamentarisch-demokratischen Prinzips in Deutschland an die Stelle des „Rechts auf freie Kritik“ die politische Erziehungsarbeit am deutschen Volk setze.¹ Damit bestätigte er die bereits eingeleitete totale Abkehr vom Prinzip der freien Meinungsäußerung. Erziehung, Indoktrinierung, „Zwangserfassung aller kulturell oder ‚kulturvermittelnd‘ tätigen Menschen“ mit dem Ziel, sie zu Nationalsozialisten umzuformen, waren zu zentralen Elementen der Herrschaftspraxis geworden.² Dies konnte den Bereich der Buchbesprechung nicht unberührt lassen.

Nach der in *Mein Kampf* angekündigten und innerhalb der Partei vor 1933 bereits praktizierten ersten Phase der ideologischen Umfunktionierung von Literatur und auch Buchbesprechung hatte das Regime unmittelbar nach dem 30.1.1933 die Vollzugsphase der „totalen Umwälzung der demokratischen Kulturverfassung im Geiste des Nationalsozialismus“³ mit großer Entschiedenheit durchzusetzen begonnen. Als erstes wurden, um die vollständige Macht im Staat schnell zu erlangen, am 1.2.1933 der Reichstag aufgelöst, am 4.2.1933 (RGBl I S. 35) der Buch- und Pressemarkt durch Beschlagnahme und Verbot unerwünschter Druckschriften „zum Schutz des deutschen Volkes“ unter nationalsozialistischen Einfluss gebracht und am 6.2.1933 – gleichfalls mit Notverordnung und gleichsam als Fortsetzung des Staatsstrechs vom 20.7.1932 – das größte Land Preußen unterworfen. Die preußische Polizei kam in die Hand des Nationalsozialisten Hermann Göring, der sie mit SA- und SS-Männern verstärkte und gegen die politische Opposition einsetzte. Das Buchbe-

1 Bracher, K.D.: Die Machtergreifung, 1960, S. 217. Dazu Hitler, A.: Mein Kampf, 1933, S. 501. Neliba, G.: Frick, der Legalist des Unrechtsstaates, 1992, S. 57, 69.

2 Dahm, V.: Die Anfänge der RKK in: VfZ 34, 1986, S. 56; Schlösser, R.: Wider die Kunst für die Kunst in: ‚VB‘ vom 4.11.1931.

3 Bracher, K.D.: Die Machtergreifung, 1960, S. 217. vgl. dazu Broszat, M.: Grundzüge der Verfassung der Diktatur, 1986.

sprechungswesen stand zunächst nicht im Vordergrund, wurde aber administrativ miterfasst. Das Regime griff dazu nur noch auf das Notverordnungsrecht der WRV (Art. 48) zurück, mit dem es aus legalistischen Gründen⁴ neues und außernormatives Recht setzte. Jede parlamentarische und außerparlamentarische Opposition und Kritik sollte sofort ausgeschaltet werden, auch um den gesamten Kulturbereich radikal säubern, gleichschalten⁵ und überwachen zu können. Folgende für das Besprechungswesen relevanten „staatlichen“ Regelungen seien genannt:

Am 28.2.1933, dem Tag des Reichstagsbrands, zwei Gesetze (RGBl I S. 83 und 85) „zum Schutz von Volk und Staat“: zur Strafverschärfung und Einrichtung von Konzentrationslagern (KZ) mit dem Ziel der Unterdrückung und Umerziehung Andersdenkender.⁶

Am 13.3.1933 (RGBl I S. 104) das eilig zusammengeschnürte ressortübergreifende Gesetz zur Gründung des neuartigen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) als zentrale Lenkungsbehörde mit uneingeschränkter Herrschaft über die Medien, flächendeckend abgestützt auf 31 (RGBl I S. 1089), später 43 Reichspropagandaämter unter der Leitung des bisherigen Propagandaleiters der Partei Paul Joseph Goebbels.

Am 23.3.1933 (RGBl I S. 141), d.h. zwei Tage nach der unter dem massenpsychologischen Nachhall der theatralisch inszenierten Reichstagseröffnung mit sakraler Führerhuldigung in Potsdam⁷ ließ Hitler nach gewaltsamer Ausschaltung der

4 Nach Goebbels' späterer Aussage war Hitlers „Schwur auf die Legalität nur ein Kunstgriff“, vgl. Reuth, R. G.: Goebbels, 1991, S. 296.

5 Der Begriff „Gleichschaltung“ wurde erstmals amtlich verwendet in den beiden Gesetzen zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 21.3. und 7.4.1933 (RGBl I S. 153 und 173) und bedeutete die (erzwungene) ideologische und organisatorische Ausrichtung sowohl beim Aufbau, als auch bei der Sicherung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems (nach dem Führerprinzip). Er wurde zum allgemeinen Schlagwort. Verantwortung galt nur noch von unten nach oben in der verkündeten „solidarischen Volksgemeinschaft“. Anzumerken bleibt, dass Gleichschaltung auch gesinnungsmäßige Ausschaltung des Unerwünschten im nationalsozialistischen Sinn bedeutete.

6 Raithel, Th./Strenge, I.: Reichstagsbrand-Verordnung, 2000, S. 414.

7 Klaus Scholder hat die plebiszitäre Machterringungs- und Machtbefestigungsmethode Hitlers, die seinem in „Mein Kampf“ zum Ausdruck gekommenen Sendungsbewusstsein entsprach, beschrieben. Nie wieder habe Hitler „so häufig und so inbrünstig Gott beschworen“, sich christlicher Ausdrucksformen, christlicher Attribute bedient. Auffällig drängten die Partei, die SA in die Kirchen. Hitler wurde propagandistisch zum Erwählten Gottes stilisiert, charismatisiert. Den zereemoniellen Höhepunkt bildete der Gottesdienst mit Glockengeläut in der Garnisonkirche in Potsdam am 21.3.1933, Scholder, K.: Die Kirchen und das Dritte Reich, 1977, S. 280–287. Schon

Linksparteien und mit Zustimmung des Zentrums das Ermächtigungsgesetz verabschieden, das ihn zum uneingeschränkten Diktator machte. Das alles geschah im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten.

Die nationalsozialistische Literaturpolitik ergab sich aus Hitlers Regierungserklärung vom 23.3.1933. Er forderte die „Beseitigung der zersetzenden Erbschaft des Kulturverfalls“ und eine „kulturschöpferische Entwicklung“.⁸ Ideologisch gab es für das, was unter nationalsozialistischer Literatur zu verstehen ist, „kein fest umrissenes System, sondern ein Konglomerat disparater Elemente“, d.h. völkisch-antijüdische, national-konservative, antidemokratische, antiliberale, also mit einer überwiegend negativen Orientierung.⁹ Eine nationalsozialistische Literatur im positiven Sinn lässt sich nicht exakt bestimmen. Die Literatur hatte keine eigene Bedeutung (mehr), sie wurde ein Mittel zur Gesinnungsschulung, das Buch zur „Waffe gegen Andersdenkende“¹⁰, öffentlich demonstriert mit der bereits erwähnten Bücherverbrennung „Wider den undeutschen Geist“ am 10. Mai 1933 in zahlreichen Städten, von Studenten symbolträchtig inszeniert, toleriert von maßgebenden Teilen der bürgerlichen Elite¹¹ und vorbereitet durch „Schwarze Listen“ über unerwünschte jüdische, pazifistische, linke Schriftsteller und ihre Werke, administrativ dann von Goebbels bis Ende 1934 fortgesetzt.¹² Die totale Umgestaltung der Buchkultur be-

1932 hatte Hans Domizlaff in: „Die Propagandamittel der Staatsidee“, 1932, S. 26, Hitler als einen „Halbgott“ beschrieben, der die Volksgemeinschaft erwecken will. „Das Volk will geführt werden, aber es sucht einen Führer, der den Eigenarten der Masse entspricht. Das Volk will vergöttern und einen Repräsentanten gewinnen, dem es blindlings folgen kann“. Es „will auf ein Spiegelbild seiner selbst stolz sein“, so Domizlaff. Diese Formulierung erinnert an LeBon.

8 Strothmann, D.: Literaturpolitik, 1960, S. 62. Börsenblatt, Nr. 72, 1933, S. 214.

9 Vondung, K.: Der literarische Nationalsozialismus, 1976, S. 44–46. Die nationalsozialistische Ideologie wird als ein Kompositum verschiedener Strömungen verstanden. Gegen die Vertreter dieser Strömungen hat sich Hitler vehement abgegrenzt. Vgl. Sontheimer, K.: Antidemokratisches Denken, 1968, S. 134.

10 Geißler, R.: Form und Methoden der Literaturkritik, 1967, S. 263. Börsenblatt Nr. 148 vom 29.6.1935, S. 530–532.

11 Sauder, G.: Die Bücherverbrennung, 1983, S. 20–25; Mommsen, H.: Die deutschen Eliten, 1984, S. 97–101. Zwischen 30.1. und 1.5.1933 sind 1,6 Mill. Neue Mitglieder in die NSDAP aufgenommen worden. Am 30.1.1933 gab es 850.000, vgl. Broszat, M.: Der Staat Hitlers, 1969, S. 252f. Die Gesetze vom 22. und 24.4.1933 verwiesen Studenten auf ihre „Pflichten gegen Volk, Staat und Hochschule“ und die Relegierung nicht pflichtbewusster Studenten wegen „Überfüllung“. Ferner: Faust, A.: Die Hochschulen, 1983, S. 31–50, sowie Strätz, H.-W.: Die geistige SA rückt ein, in: Walberer, U.: 10. Mai 1933, 1983, S. 84–115.

12 Brenner, H.: Kunstpolitik, 1963, S. 44–51; Strothmann, D.: Literaturpolitik, 1960, S. 176 zur Rechtfertigung der „Schwarzen Listen“.

wirkte eine Fluchtbewegung in die Emigration – zu ihr gehörten viele Schriftsteller, Rezensenten, Journalisten, Verleger –, aber auch in die Parteimitgliedschaft und die Selbstgleichschaltung.¹³ Selbstgleichgeschaltet haben sich auch Organisationen, wie der die deutschen Buchhändler und Verleger vertretende Börsenverein am 3.5.1933 und der Reichsverband der Presse am 30.4.1933.¹⁴

Vor dieser Verbots- und Drohkulisse begann Goebbels die Buchpolitik lenkend und überwachend im weitesten Sinn auch gegenüber widerstrebenden Ressorts zu gestalten. Eine abgestimmte Planung fehlte. Die wichtige Schrifttumsabteilung des RMVP (Abt. VIII) konnte erst am 1.10.1934 eingerichtet werden. Auch kam es zu einer verspäteten Gründung der Reichskulturkammer (RKK) nach dem Gesetz vom 22.9.1933 (RGBl I S. 661) mit ihren sieben Unterkammern, darunter die Reichsschrifttumskammer (RSK) und die Reichspressekammer (RPK).¹⁵

Die 1. Verordnung zum RMVP-Gesetz vom 30.6.1933 (RGBl I S. 449) bestimmte, dass „für alle Aufgaben der geistigen Einwirkung auf die Nation“ der RMVP zuständig ist. Es heißt dort: Für den nationalsozialistischen Staat ist „die Kultur eine Angelegenheit der Nation“ und nicht „der Einzelpersonlichkeit“. Alle kulturell und kulturvermittelnd tätigen Menschen wurden zu Zwangsmitgliedern der RKK.¹⁶ Die bisherigen Redakteure hießen nun Schriftleiter, die Chefredakteure Hauptschriftleiter. Voraussetzungen, Bedingungen und Grenzen für die Ausübung ihrer Tätigkeit sind im Schriftleitergesetz vom 4.10.1933 (RGBl I S. 713), das durch weitere Verordnungen präzisiert wurde, geregelt worden. Folgende Bestimmungen sind hervorzuheben:

- Die Schriftleitertätigkeit in einer Zeitung/Zeitschrift ist eine „öffentliche Aufgabe“, die nicht (mehr) dem Weisungsrecht des Verlegers unterliegt (§ 1). Damit wurde der Schriftleiter zum Willensvollstrecker des Staates.
- Alle amtlichen Zeitungen/Zeitschriften sind vom Gesetz ausgenommen (§ 3).

13 Möller, H.: Exodus der Kultur, 1984.

14 Barbian, J.-P.: Literaturpolitik, 1995, S. 172, 177–183. – Selbstgleichschaltung war eine Umschreibung für opportunistische Unterwerfung. ‚Literatur‘ wurde zu ‚Schrifttum‘ verballhornt.

15 Einen Überblick über die komplexe staatliche Organisation des Schrifttumbereichs gibt Anlage 3.

16 Dahm, V. in: VfZ 34, 1986, S. 53–84.

- Die arische Abstammung wird zur Bedingung der Berufsausübung gemacht (§ 5).
- Der Schriftleiter muss die Fähigkeit haben zur „geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit“ und sich vorbehaltlos zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekennen (§ 5 und § 7).
- Die Zulassung auf Eintragung in die Berufsliste als Voraussetzung für eine Berufsausübung muss beantragt werden. Der RMVP kann die Zulassung jederzeit untersagen ohne richterliche Kontrolle (§ 8 und § 35).
- Als politisch gilt jede Zeitung/Zeitschrift, die nicht rein wissenschaftlicher oder technischer Art ist oder deren politischer Charakter der RMVP nicht aus anderen Gründen verneint (§ 10).
- Der Hauptschriftleiter trägt die Verantwortung für den geistigen Inhalt der Zeitung/Zeitschrift und für die Namensangaben der Schriftleiter (§ 20).
- Der RMVP kann jederzeit einen Schriftleiter in der Berufsliste zeitweilig oder endgültig streichen, was einem Berufsverbot gleichkommt (§ 38).¹⁷ Ein Zucht- und Drohmittel ist die Einweisung in ein KZ.

Eine Ausbildung zum Journalisten, zum Schriftleiter war im Schriftleitergesetz nicht vorgesehen. Auf eine universitäre Ausbildung hat Goebbels keinen Wert gelegt, er selbst hätte keine Zuständigkeit dafür besessen.¹⁸

Rezensenten wurden im Schriftleitergesetz als solche nicht erwähnt. Sie sind, wenn sie fest angestellt waren, den Schriftleitern, im anderen Falle den ebenso erfassten Schriftstellern zuzuordnen. Rezensenten, die nur gelegentlich tätig werden wollten, brauchten sich nicht in die Berufsliste eintragen zu lassen. Soweit sie aus dem öffentlichen Dienst oder der Justizverwaltung kamen, waren sie dem nationalsozialistischen Führer- und Rassenprinzip des neuen Beamtengesetzes vom 7.4.1933 (RGBl I S. 175) unterworfen. Nach diesem Gesetz ist „der zuvor dem Rechts- und

17 Die Daten abgelehnter Bewerber oder ausgeschlossenen Mitglieder mussten vom Reichsverband der deutschen Presse (RDP) an das Gestapo vereinbarungsgemäß weitergegeben werden, vgl. Müsse, W.: Die Reichspresseschule, 1995, S. 66.

18 Müsse, W.: Die Reichspresseschule, 1995, S. 86f.

Gerechtigkeitsstaat dienende Beamte unter Hitler zum politischen Diener der nationalsozialistischen Weltanschauung gemacht worden“.¹⁹

Um den politisch-ideologischen Mobilisierungsdruck zu erhöhen und jede Widerstandshaltung möglichst im Keim zu unterbinden, erließ Hitler am 20.12.1934 das Heimtücke-Strafgesetz (RGBl I S. 1269), das die vorangegangene Heimtücke-Verordnung vom 21.3.1933 (RGBl I S. 135) erheblich verschärfte. Mit ihm sollte die Gesinnung (!) aller Volksgenossen überwacht, sollten sogar vermutete Gesinnungsäußerungen verfolgt, die vermutete Nichtachtung der nationalsozialistischen Weltanschauung und Kritik durch Sondergerichte, d.h. ohne Rechtsschutz, strafrechtlich abgeurteilt werden. Das Außergewöhnliche des Vorgehens der Machthaber zur Erzwingung des „neuen“ Denkens und Handelns aller Kulturschaffenden im Reich war gekennzeichnet durch Errichtung eines dichten Systems von Gewalt und Terror, durch eine „legal maskierende“ Umwandlung von Recht in Unrecht,²⁰ durch rückwirkende (!) gesetzliche Nichtahndung staatlicher Morde (z.B. RGBl I S. 151 vom 29.3.1933 und RGBl I S. 529 vom 3.7.1933), die sich nach den staatlichen Meuchelmorden an unerwünschten Kritikern im sogenannten Röhm-Putsch am 30.6.1934 wiederholte, bis hin zu einem noch erweiterten Gesinnungsstrafrecht zum Schutz des „gesunden Volksempfindens“ (RGBl I S. 839 vom 28.6.1938).²¹

Die wichtigste Institution für die laufende Überwachung der Literatur und aller am Prozess von der Herstellung bis zur Distribution Beteiligten war die RSK. Sie arbeitete mit der Abteilung VIII des RMVP eng zusammen²² und entschied über den jederzeit möglichen Entzug der Zwangsmitgliedschaft. Sie unterstützte Verleger durch Vorzensur, genannt Beratung, denn offiziell durfte es keine Zensur im deut-

19 Mommsen, H.: *Beamtenum im Dritten Reich*, 1966, S. 122f. Mommsen weist darauf hin, dass der Begriff „Gesetzmäßigkeit“ durch „Rechtmäßigkeit“ ersetzt worden ist, die sich „nicht auf das positive Recht, sondern auf das der nationalsozialistischen Weltanschauung gemäße ‚Rechtsempfinden‘ bezog“. Die „Umwandlung des Berufsbeamtentums in eine Dienstfolgegesellschaft“ und „was mit mutwilliger Missachtung rechtsstaatlicher Normen begann“, habe den „Niedergang staatlicher Ordnung“ bedeutet. Vgl. auch Schulz, G.: *Der totalitäre Maßnahmenstaat*, 1960, S. 488f.

20 Neliba, G.: *Frick, der Legalist des Unrechtsstaates*, 1992, S. 71, 365, 402. Der Reichspräsident hat seine Verfassungsrechte nicht eingesetzt.

21 Das gesunde Volksempfinden war ein zweckhafter nationalsozialistischer Terminus, der die politisch erwünschte Verbundenheit von Staat und Volk ausdrücken sollte.

22 Der Leiter der Abt. VIII war in Personalunion Vorsitzender der Reichsschriftumsstelle und Stellvertreter des Leiters der RSK.

schen Kulturland geben. Ferner veranlasste sie Verlagschließungen, bewilligte Druckpapier ab 1939 (unter Zensuraspekten) und war zuständig für das Rezensionswesen.

Als Periodika dienten im Bereich der RSK das *Börsenblatt für den deutschen Buchhandel (Bbl)*, das zugleich amtliches Bekanntmachungsblatt und Informationsblatt der Buchhändler und Verleger war, *Der deutsche Schriftsteller* und der *Buchhändler in neuen Reich*, ferner die sich an die Allgemeinheit wendende Buchberatungszeitschrift *Buch und Volk*.

Neben den zentralen staatlichen Institutionen sind zusätzlich zwei parteiamtliche Prüf- und Überwachungsbürokratien geschaffen worden: Die „Hauptstelle Schrifttumspflege beim Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung der NSDAP“, genannt „Schrifttumspflege im Amt Rosenberg“ oder kurz „Amt Rosenberg“. Rosenberg versuchte mit ganzer Kraft, diesen am 24.1.1934 von Hitler erhaltenen Auftrag in der Öffentlichkeit auf die Erziehung des ganzen Volkes auszuweiten.²³ In den ständigen Rivalitätskämpfen zwischen den führenden Parteifunktionären wurde ihm die 1933 gegründete und dem RMVP unterstellte „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums“ 1934 zugeteilt. Zu seinen „amtlichen“ Presseorganen gehörten *Die Bücherkunde* mit der Beilage *Jahresgutachtenanzeiger* und die für die Allgemeinheit von ihm nebenher herausgegebenen *Nationalsozialistischen Monatshefte (NSMH)*. Die zweite von der Partei geschaffene Stelle ist die „Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutz des nationalsozialistischen Schrifttums“ (PPK) unter Leitung des SS-Obergruppenführers Philipp Bouhler aus dem Stabe des Stellvertreters des Führers. Die PPK gab die *Nationalsozialistische Bibliographie (NSB)* heraus, in die nur als unbedenklich zensierte Bücher aufgenommen wurden. Sie rezensierte neben Parteischriften aber auch andere die Partei

23 Der unpräzise Auftrag Hitlers an Rosenberg verfestigte die Machteinbuße Rosenbergs im Rivalitätskampf der Parteiführer. Dahinter standen vor allem seine organisatorischen Führungsschwächen, die mit hektischer Betriebsamkeit (im KfdK) nicht auszugleichen waren, vgl. Gimmel, J.: KfdK, 2001, S. 108–120. Der Auftragsumfang wurde in der Öffentlichkeit unbekannt/unklar gelassen. Das galt auch für die Gleichsetzung der nicht gleichzusetzenden Begriffe „parteiamtlich“ und „amtlich“. Der Auftragsumfang wurde erst mit geheimer Presseanweisung vom 12.5.1939 geklärt, d.h. nicht für die Öffentlichkeit, vgl. Bohrmann, H.: Presseanweisungen, Bd. 7, 2001, S. 464, Doku 1466.

interessierende wissenschaftliche, schöngeistige und Schulbücher. Die staatlichen und parteiamtlichen Institutionen sind nicht in erster Linie geschaffen worden, um sich gegenseitig zu kontrollieren, sondern um einen umfassenden Zensur- und Vollzugsdruck auf dem Gebiet der Schrifttumspolitik zu gewährleisten.²⁴ Dahinter stand das von Hitler in *Mein Kampf* herausgestellte sozialdarwinistische Prinzip „des ewigen Kampfes und Ringens“, das jedes Mittel, jede Methode rechtfertige.²⁵ So sollte nach Hitlers Maxime die „Zusammenarbeit brutaler Macht mit genialem politischen Willen“ durchgesetzt werden.²⁶ Hitler wollte den von ihm hoch eingeschätzten Wert seiner Propaganda durch nichts gestört oder geschmälert wissen.

Mangelnde sachliche Abgrenzung und Überschneidungen der Betätigungsfelder lösten heftige andauernde Rivalitäten unter den beauftragten Funktionären aus. Sie wurden verschärft durch die zusätzliche Ernennung Bouhlers durch Hitler am 17.1.1934 zum Leiter der „Kanzlei des Führers der NSDAP“, sowie die Beförderung der „alten Kämpfer“ Bouhler und Rosenberg zu Reichsleitern. Beide verfügten im Gegensatz zu Goebbels zur Durchsetzung ihrer Rezensions- bzw. Zensurvollmacht über wachsende Arbeitsstäbe mit bis zu 50 Hauptlektoren und 1400 Lektoren bei Rosenberg, davon 900 für schöngeistige Literatur²⁷, bzw. 692 bei Bouhler²⁸ bis zum Jahre 1941. Die streng weltanschaulich ausgerichtete Bewertung der gesamten Schriftumsproduktion durch die Lektoren zur Säuberung, Indizierung und Überwachung (z.B. auch bei Neuauflagen) erfolgte unter Chiffre in den Buchberatungszeitschriften *Bücherkunde* und *Buch und Volk* unter Hellmuth Langenbucher. Von beiden Reichsleitern besaß lediglich Bouhler eine Vollzugskompetenz, Rosenberg konnte sich nur mit förmlichem Antrag über das RMVP an die Polizei wenden.²⁹

24 Barbian, J.-P.: Literaturpolitik, 1995, S. 298–307. Strothmann, D.: Literaturpolitik, 1968, S. 22. Er nennt 17 Stellen, die auf dem Gebiet des Schrifttums agierten; Bollmus, R.: Das Amt Rosenberg, 1970 passim.

25 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 267, 371f, 196, 92, wo es heißt: Die politische Meinung der Masse stellt „das Endresultat einer manchmal ganz unglaublich zähen und gründlichen Bearbeitung von Seele und Verstand dar“.

26 ebd. S. 596.

27 Payr, B.: Schrifttumspflege 1941, S. 11. Payr wurde Nachfolger Hellmuth Langenbuchers ab 1.1.1936.

28 Barbian, J.-P.: Literaturpolitik 1995, S. 306.

29 Barbian, J.-P.: Literaturpolitik, 1995, S. 307 in Verbindung mit S. 290, Anm. 102.

Eine einheitliche Regelung des Buchverbotswesens konnte erst nach heftigen Rivalitätskämpfen zwischen dem Amt Rosenberg und dem RMVP nach einer „Amtlichen Mitteilung des Führers“ vom 15.4.1936 mit Runderlass von Goebbels vom 7.5.1936 erzielt werden.³⁰ Die Vollzugskompetenz für die Verfolgung jeder Abweichung von der ideologisch-weltanschaulichen Linie hatte die zentral organisierte Politische Polizei. Ihre Rechtsgrundlage bildete die Verordnung vom 6.2.1933 (RGBl I S. 43) zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen sowie reichsweit die Reichtagsbrand-Notverordnung vom 28.2.1933. Ihr mächtiger Leiter wurde der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsinnenministerium RF SS Heinrich Himmler und sein Stellvertreter SS-Standartenführer Reinhard Heydrich, der seit 1933 zugleich Chef des Sicherheitsdienstes der NSDAP (SD) war. Ihr wachsender Einfluss erstreckte sich über das am 26.4.1933 gegründete Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa) von Preußen aus bald über das ganze Reich. Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) verfolgte Andersdenkende und diejenigen, die sich der gesinnungsmäßigen Gleichschaltung entzogen oder sich zu entziehen versuchten, vor allem mit außernormativen Mitteln. Eine ihrer Aufgaben war die Aufdeckung und Verfolgung von möglichen Widerständlern und gegnerischen Frontbildungen aus politischen und politisch-religiösen Gründen. Die rechtswillkürliche Form der Freiheitsberaubung war die sogenannte Schutzhaft im KZ. Sie diente zur Ausschaltung von politischen Gegnern und solchen, die man dafür hielt, zur Einschüchterung und zur politischen Gleichschaltung (Schulung, Arbeitserziehung), auch im Anschluss an ein abgeschlossenes ordentliches Gerichtsverfahren mit Freispruch, wie z.B. Pfarrer Martin Niemöller am 1.7.1937. Für die SD-Mitarbeiter war SS-Mitgliedschaft Bedingung. Bevorzugt eingestellt, auch für höchste Ränge, wurden junge fanatische Leute.³¹

Das eng geknüpfte Repressions- und Sanktionssystem sollte jedwede weltanschaulich nichtkonforme Äußerung in der Presse verhindern. Die Menschen sollten total in ihrem Fühlen, Denken und Glauben zur Volksgemeinschaft geformt werden, d.h. sie waren „in den Bannkreis einer bestimmten Vorstellung und Weltanschauung

30 ebd., S. 521f, Anm. 19.

31 Weiterführende Angaben bei Zipfel, F.: Kirchenkampf, 1965, S. 138–173.

unverlierbar einzuschließen“.³² Die Aufgabe von Autoren und Rezensenten bestand demnach nicht mehr in der Vermittlung von Informationen und subjektiven Ansichten, sondern in der Festigung und Verbreitung des ideologischen Weltbildes.

In der von den Machthabern beherrschten Presse kamen nur sie selbst, ihre Funktionäre und Adlaten zu Wort. Die groben Verbalattacken und Hasskampagnen des *VB* vor 1933, u.a. gegen den Literatur-Nobelpreisträger Thomas Mann³³, wurden gleichsam als Staatsauftrag legalisiert fortgesetzt.³⁴ Im März 1933 wurde die Sektion für Dichtung der Preußischen Akademie der Künste in Berlin gleichgeschaltet, indem die sie repräsentierenden international bekannten Dichter über ein Treuegelöbnis zum „Dritten Reich“ herausgedrängt und neben anderen die 1931 ausgetretenen völkisch-nationalistischen/nationalsozialistischen Verlagsautoren des DHV Erwin Guido Kolbenheyer, Wilhelm Schäfer, Emil Strauß und der Herausgeber der *NL* Will Vesper im Mai 1933 eingeschleust wurden. Die politische Gesinnung war wichtiger als die künstlerische Leistung.³⁵

Unter der Überschrift: „Die Kritik wird neu“ im *VB* vom 17.3.1934 bestimmte Rudolf Paulsen als Aufgabe des Rezensionswesens die Propagierung von ‚volksfördernder‘ Literatur. Die Dürftigkeit des völkisch-literarischen Ersatzangebots zeigt ein Blick in die sogenannte Buchbesprechungszeitschrift *Der Buchberater* des Vorkämpfers Will Vesper in den Jahrgängen nach dem 30.1.1933: An wahren Dichtern „aus eigenem Blut und Heimaterde“ fehle es nicht. Im Vorwort 1935 sucht er aber (wei-

32 Hadamovsky, E.: Propaganda und Macht, 1933, S. 11; Lemberg, E.: Ideologie und Gesellschaft, 1971, S. 166. Vgl. dazu Hitler, A.: Mein Kampf, 1933, S. 506.

33 ‚VB‘ vom 10./11.1929, S. 2, im ‚VB‘ vom 11.11. und 21.11.1929 wird der Nobelpreisträger als „Talent zweiten Grades“ verächtlich gemacht. Vgl. auch die ‚VB‘-Ausgaben vom 28.8.1930, vom 24.11.1931, vom 16.1.1932.

34 ‚VB‘ vom 24.2.1933.

35 Jens, I.: Geschichte der Sektion, 1971, S. 181–218; Brenner, H.: Die Republikaner beugen sich, 1983, S. 65–71; Dieselbe: Kunstpolitik, 1963, S. 39; Barbian, J.-P.: Literaturpolitik, 1993, S. 29–32. Mittenzwei, W.: Der Untergang einer Akademie, 1992, S. 249–260. Mittenzwei zufolge gelang die Gleichschaltung der Einzelmitglieder der Akademie nicht. Erst über die ideologische Fixierung auf Unterdrückung jeglicher Kritik, zu der unerwünschte internationale Beziehungen wegen nicht beeinflussbarer kritischer Auslandsreaktionen gehörten, konnten die unterschiedlichen Interessen folgenden zuständigen Kuratoren der Akademie, RME Bernhard Rust und preußischer Ministerpräsident Hermann Göring sowie RMVP Joseph Goebbels als Präsident der RKK, die Institution in ihrer Eigenständigkeit lahmlegen und damit bedeutungslos machen. Um die Nichtexistenz der Sektion zu verschleiern, organisierte Goebbels ab 1938 nationale Dichtertreffen in Weimar unter streng kontrollierten Zielsetzungen (S. 396–401, 425, 437f, 469).

ter) „das Bleibende“ und die „echten geistigen Führer...“, die nicht „erst gleichgeschaltet zu werden brauchen“. Dann folgt eine Ehrentafel der wichtigsten Bücher der „Männer der Bewegung“ nach Hitlers Werk und an Stelle von Besprechungen kurze Werbeaussagen über einige neue und ältere Werke – eine ernüchternde Bilanz.

Zwischen den zahlreichen Überwachungsämtern, die unkoordiniert in eigener Machtvollkommenheit arbeiteten, bestand keine Übereinkunft, welche Literatur und welche Autoren als schädlich für das System anzusehen sind. In strittigen Fällen konnte eine Führerentscheidung eingeholt werden. Barbian bezeichnet die Führerentscheidung als „Sonderform der Buchzensur“.³⁶ Dazu ein Beispiel: Über den künstlerischen und den literarischen Wert des Expressionismus entzündete sich 1933 ein Streit zwischen Rosenberg und Goebbels, den Hitler 1934 auf dem Parteitag in Nürnberg zu beenden suchte, indem er die Expressionisten, Kubisten und Dadaisten als Bedrohung für den „gesunden Instinkt“ der nationalsozialistischen Bewegung bezeichnete.³⁷ Diese Antwort überzeugte nicht. Rudolf Ibel versuchte in der Zeitschrift *Die Literatur* 1936 darauf aufmerksam zu machen, dass der sprachschöpferische Expressionismus nicht mit dem Schlagwort „undeutsch“ ausgemerzt werden sollte, weil er als der dichterische Ausdruck seelischer Erlebnisse begriffen werden müsse.³⁸ Seine Kritik an der offiziellen Kunstauffassung blieb ohne Echo, bis sie im Zusammenhang mit der Ausstellung „Entartete Kunst“ 1937 in München zurückgewiesen wurde.³⁹

Vor Rudolf Ibel hatte Willy Beer im *Berliner Tageblatt* Gottfried Benns Essay über „Kunst und Macht“, mit dem Benn seine positive Auffassung vom Expressionismus verteidigt hatte, sehr kritisch rezensiert. Benn trenne die Reiche von Kunst und Macht. Übergehen in die Kunst könne Macht nicht. Die Geburt der Kunst aus der Macht, so Benn, kann lange, sehr lange dauern, sie lässt sich nicht planen.⁴⁰ Für derartige noch nicht systemkonforme Äußerungen gab es damals noch begrenzte Publikationsmöglichkeiten, beispielsweise in *Neue Rundschau*, *Europäische Revue*,

36 Barbian, J.-P.: Literaturpolitik, 1995, S. 541–544.

37 Brenner, H.: Kunstpolitik, 1963, S. 63–65, 82f.

38 Ibel, R.: Ausdruckskunst in der Dichtung in: ‚Die Literatur‘ 38, 1935/36, S. 406.

39 Boveri, M.: Wir lügen alle, 1965, S. 271.

40 ebd., S. 518f. Benn ist 1938 aus der RSK ausgeschlossen worden.

Deutsche Rundschau, *Berliner Tageblatt* (bis zu ihrem Verbot 1939), *Frankfurter Zeitung* (verboten 1943), *Hochland* und später in den neuen Wochenblättern *Das Innere Reich* und *Das Reich*, solange der angesprochene Rezipientenkreis öffentlich nicht auffällig wurde, wie Hans Dieter Schäfer eruiert hat.⁴¹ Zu den kritischen Rezensenten zählt Schäfer u.a. Max von Brück, Hans Hennecke, Gustav Rene Hocke, Karl Korn, Johannes Pfeiffer, Walter Schmiele, Gert H. Theunissen, Bruno E. Werner. Sie wurden vom Regime genau beobachtet. Solange sie keine Widerstandszellen bildeten – freundschaftliche Treffen konnten so gedeutet werden – ließ man sie in Ruhe. Zu den Autoren, die sich dem Nationalsozialismus entzogen, rechnet Schäfer Günter Eich, Peter Huchel, Wolfgang Koeppen und Marie Luise Kaschnitz.⁴² Eine generelle Unterdrückung ausländischer Literatur, im Gegensatz zur Emigrantenliteratur, vor allem in der Unterhaltungssparte, hat es bis zum Krieg nicht gegeben, trotz gelegentlicher Kritik in der *Neuen Literatur* von Will Vesper.⁴³

Schäfer hat in der genannten Untersuchung ferner hingewiesen auf jene Dichter, die historische Stoffe bearbeitet und in die Gegenwart transformiert haben. Ein charakteristisches Beispiel ist Werner Bergengruens Romanbuch *Der Großtyrann und das Gericht* von 1935. In ihm thematisiert Bergengruen den (an sich zeitlosen) Missbrauch herrschaftlicher Macht, die Verführbarkeit Unmächtiger, endend mit dem Schuldeingeständnis des Herrschers. Ein Rezensent konnte dieses Werk aus einer Vielzahl von Novitäten auswählen und den Umständen angemessen, das heißt in diesem Falle unauffällig den Lesern vermitteln. Das hat W.E. Süskind 1935/36 in *Die Literatur* unter der Überschrift ‚Mut zum Unbedingten‘ in einer Sammelrezension mit Geschick getan. Von den Zensoren ist sein Vorgehen nicht offen beanstandet worden.⁴⁴ In einer Rezension im *VB* vom 7.12.1935 ist von „scharf umrissenen Cha-

41 Schäfer, H. D.: *Die nichtfaschistische Literatur*, 1976, S. 459, 463.

42 Schäfer, H. D.: *Das gespaltene Bewusstsein*, 1981, S. 9–12. Vgl. hierzu auch die weiterführende *Literatur dieses Autors: Amerikanismus im Dritten Reich*, 1994, S. 199–215.

43 Vesper, W. in: ‚*Neue Literatur*‘, 1937, S. 103f und 1938, S. 45f, 154–156.

44 Süskind, W. E.: in: ‚*Die Literatur*‘ 38, 1935/36, S. 273. Zum Rückgriff auf historische Vergleiche schreibt H. D. Schäfer in: *Das gespaltene Bewusstsein*, 1981 auf S. 143: „Auch wenn die völkisch-nationale Mythologie abgelehnt wurde, lösten sich auch die Gegner von der Erfahrungswelt und umgaben sich mit anderen Mythen, z.B. der antiken Klassik...“. Vgl. auch Rudolf Pechel in: *Zwischen den Zeilen*, 1948. Pechel war Herausgeber der ‚*Deutschen Rundschau*‘, Schriftleiter und Rezensent. Er ist nach dem Heimtückegesetz angeklagt worden, vgl. Heiber, H.:

rakterstudien“ die Rede. Denkbar ist also, dass keine (werbende) Aufmerksamkeit auf dieses Buch und seinen in den Augen der Machthaber systemkritischen Autor gelenkt werden sollte.

Die Folgen der reglementierenden Bedingungen auf die Gestaltung von Rezensionen und das erkennbare Echo in der Öffentlichkeit sollen nun exemplarisch untersucht werden.

3.2 Politische Buchbesprechung unter veränderten Vorzeichen

Die neugeschaffene rechtliche Lage wirkte sich erst mit zeitlicher Verzögerung aus. Abschreckend erwiesen sich sofort und auf Dauer die Diffamierung und Ausgrenzung jüdischer, oppositioneller und für solche gehaltenen Schriftsteller. Abschreckend war aber auch die politisch rigorose Verbotspraxis, die geistige Einschnürung auf eine ungreifbar bleibende Blut- und Boden-Literatur, die Bedrohung der Schriftsteller, Verleger und Rezensenten, die sich politisch nicht widerspruchslos anpassen und sich ihr eigenverantwortliches Denken und Fühlen nicht nehmen lassen wollten.

Während in den nationalsozialistischen Presseorganen der Tenor der Buchbesprechungen sofort umgestellt wurde, ließen sich die Verleger in den verbleibenden bürgerlichen Zeitungen/Zeitschriften (die kommunistischen und sozialdemokratischen waren verboten) Zeit mit Rücksicht auf die überwiegend konservativen Abonnenten und Rezipienten, die sie nicht verlieren wollten. Auch hofften sie, dass die aufgepeitschten Wogen sich wieder glätten würden, auch wenn es keine Gewissheit gab über den weiteren Verlauf des Umsturzes der geistigen Werteordnung und über die Dauer dieses Prozesses.

An den politisch brisanten Büchern von Hitler und Rosenberg, die nach dem Machtwechsel neu bzw. erweitert verlegt und propagiert worden sind, lassen sich Grenzen und Wirkungen von Buchbesprechungen in der gelenkten öffentlichen Kommunikation nachzeichnen.

Goebbels, 1962, S. 168. Werner Bergengruen (1892–1964) ist 1937 aus der RSK ausgeschlossen worden mit der Folge des Berufsverbots.

3.2.1 Stellungnahmen zu Neuauflagen von Hitlers Buch *Mein Kampf* 1933–1945

Das vor 1933 über die Partei hinaus in der Öffentlichkeit bekannt gewordene, aber kaum besprochene Propaganda-Kampfbuch Hitlers hatte nun, nachdem Hitler in den Besitz der Staatsmacht gelangt war, seine Bedeutung eigentlich verloren. Wem sollte, wem konnte dieses geistig nicht ansprechende, viele Menschen abschreckende einseitig-propagandistische Machwerk überhaupt etwas sagen?

Im Stil purer Produktwerbung, die auf Eigenlob setzte und zur Wirkungssteigerung eine geschönte, konstruierte Tradition für sich in Anspruch nahm, begann das Regime die neue Zeit. Und sehr bald, nachdem es jeden potentiellen Widerstand durch Gesetzgebung, Strafrecht und Androhung physischer Gewalt ausgeschaltet zu haben glaubte, steigerte es die verführende Werbung zum *Mein Kampf*-Buch zur reinen Indoktrination. Das Buch sollte nicht hinterfragt und öffentlich diskutiert werden, wie schon an wenigen publizistischen Verlautbarungen abgelesen werden kann.

Einen Tag nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler schon gab der Zentralverlag der NSDAP seine bisherige Zurückhaltung auf und warb in einer Anzeige für *Mein Kampf*: Die Frage, „was wird Hitler tun, kann jeder beantworten, der sein Werk und damit sein Wollen und Ziel kennt. Jeder, ob Freund oder Feind, kann jetzt das Werk Hitlers nicht unbeachtet lassen“.⁴⁵ Und in einer Sonderausgabe vom 5.4.1933 fordert der Verlag: „Lerne Hitler durch sein Buch kennen!“.

Während alle ehemals freien unabhängigen Rezensenten schwiegen, dekretierte der fanatische Nationalsozialist Hellmuth Langenbucher⁴⁶, bereits in führender Position, am 22.3.1933, d.h. einen Tag vor der Selbstermächtigung Hitlers zum Diktator des Reiches, im *VB* die Parteirichtung: Am Tag des Buches müsse die Sendung des politischen Buches mit der besonderen Würdigung von *Mein Kampf* verbunden sein. Es sei „das größte politische Werk der neueren Geschichte“, das „das wahre

45 ‚VB‘ vom 31.1.1933. Die Verlagsanzeige ist abgedruckt in Maser, W.: Hitler. *Mein Kampf*, 1974, S. 234. ‚Die neue Literatur‘ 11, 1935, S. 689f schrieb sogar: Jeder sollte das Buch besitzen, muss es aber nicht verstehen.

46 Langenbucher (1905–1980) gehörte seit 1929 der NSDAP an. J.-P. Barbian hat seine zahlreichen nationalsozialistischen Funktionen und sein Wirken zusammengefasst: *Verordneter Kanon. In: Text + Kritik*, 2002, S. 218, 223. Vgl. auch Bähre, R.: Langenbucher, 1997, S. 249–308.

Deutschtum überhaupt erst wieder erweckt“ hat. Jeder müsse sich mit diesem so bedeutungsvoll gewordenen Buch endlich einreihen in die große Schar der bereits erwachten Deutschen.

„Richtungsweisende“ Direktiven kamen auch von Wilfried Bade aus dem *RMVP* am 18.7.1933: Die „Wichtigkeit eines Werkes für den nationalen Aufbau“ sei in der Buchbesprechung herauszuarbeiten.⁴⁷ Will Vesper hält sich in *Die Neue Literatur* mit Aussagen über *Mein Kampf* bis 1934 sehr zurück. In Heft 8/1935 heißt es werbemäßig knapp: Das Buch ist „das bedeutendste Standardwerk einer neuen deutschen Weltanschauung“.⁴⁸ Und im Heft 11/1935: In jedes Haus gehört *Mein Kampf*, das heilige Buch des Nationalsozialismus und des neuen Deutschland.⁴⁹ In seiner Buchberatungszeitschrift *Der Buchberater* verkündet Vesper 1935: *Mein Kampf* ist das heilige Buch des Nationalsozialismus [...], das jeder Deutsche besitzen muss“.⁵⁰ Ab 1936 wird es dort als „das grundlegende Werk der neuen deutschen Weltanschauung“ bezeichnet.

Damit war klar geworden, dass neutral abwägende, gar kritische Besprechungen dieses Buches im neuen Reich unerwünscht waren. *Mein Kampf* war zur Pflichtlektüre in allen Schularten, sowie in Heer, Polizei, SA, HJ, Arbeitsdienst gemacht worden.⁵¹ In der Presse fanden sich nur noch Führerhuldigungen sowie Erfolgsmeldungen über Neuauflagen und Verbreitungsziffern, die zu einem großen Teil durch Schenkungen, z.B. bei Hochzeiten, Ernennungen, Ordensverleihungen u.ä. zustande gekommen waren.⁵²

47 Börsenblatt Nr. 174 vom 29.7.1933.

48 „Die neue Literatur“ H. 8, 1935, S. 503.

49 „Die neue Literatur“ H. 11, S. 689.

50 „Der Buchberater, 1935, S. 56. Im Vorwort erklärt Vesper: „Die Aufnahme in den ‚Buchberater‘ bedeutet Heraushebung aus der Masse der Neuerscheinungen“. Es seien die Bücher, „die nicht erst gleichgeschaltet zu werden brauchen“..

51 Börsenblatt Nr. 233 vom 6.10.1933, S. 4367.

52 Hans Schulz: Hitlers *Mein Kampf*, das Buch der Deutschen – Vier-Millionen-Auflage überschritten, in Börsenblatt 1940, S. 649. Dass derartige Würdigungen lange nach Ablauf der Novitäteneigenschaft in der Internationalen Bibliographie der Rezensionen im Verlag Dietrich, Leipzig, aufgenommen wurden, war nicht bestimmungsgemäß, kann nur politisch motiviert gewesen sein.

Eine weitere weniger rezensierende als ideologisierende Besprechung von *Mein Kampf* ist die Monographie von Eugen Hadamovsky⁵³ mit dem Titel: *Propaganda und nationale Macht. Die Organisation der öffentlichen Meinung für die nationale Politik*. Hadamovsky bezeichnet sein Werk als „programmatische Arbeit“ für die nationalsozialistische „Führerschicht der Nation“, die „die Macht über die Geister“ sicherstellt, „auch wenn dabei nicht von Geist geredet, sondern Geist wirksam wird“.⁵⁴ „Ideen, Propaganda und Gewalt sind unlösbar miteinander verbunden“, Gewalt sei organisierte Macht. Auffällig ist die häufige Verwendung von Gedanken und Begriffen aus LeBons *Psychologie der Massen*. Er benutzt diesen Buchtitel als Begriff, nennt aber LeBon nicht.⁵⁵ Unter anderem spricht er von „der wirksamen Beeinflussung von Menschen und Massen, angefangen von der blitzartigen Erregung der Aufmerksamkeit [...] bis zum Massenterror, der legitimierten Gewaltanwendung des Stärkeren“.⁵⁶ Wie Hitler, der das Buch von LeBon ausgewertet, die Literaturquelle in seinem Kampfbuch aber verschwiegen hatte, handelt auch Hadamovsky. Er veröffentlicht sein Werk erst kurz nach dem 30.1.1933, wie aus den dem Buch beigelegten Werbeanzeigen ersichtlich wird. Das gegenüber *Mein Kampf* leichter lesbare und inhaltlich geschickt konzipierte Werk muss eine nachhaltige Wirkung erlangt haben. Das ist aus einer kritischen Stellungnahme von Gert Eckert in *Die Literatur* 1940 nach dem Überfall auf Polen zu entnehmen.⁵⁷ Er setzt Hadamovskys Interpretationen in Beziehung zu Hitler und LeBon.

Aus den unzähligen Hinweisen in den nationalsozialistischen Publikationen auf das Kampfbuch Hitlers (zu dem fast immer der Bezug auf das *Mythus*-Buch von Rosenberg gehörte) nur ein Beispiel: Noch im Juli 1937 (!) ermahnt Hein Dierks von der Reichspropagandaleitung der NSDAP in Berlin im Monatsblatt *Unser Wille und Weg* die Büchereien, dass Hitlers *Mein Kampf* zum Grundbestandteil von Büchereien gehören sollte, wie auch „die führende Schrift von Rosenberg“ (gemeint ist das *My-*

53 Hadamovsky war von 1933–1942 Direktor und Reichssendeleiter der Reichsrundfunkgesellschaft. Gewidmet hat er das Buch dem „Meister der politischen Propaganda“ Goebbels, „unter dessen genialer Führung“ daraus „eine schöpferische Kunst wurde“.

54 Hadamovsky, E.: *Propaganda und Macht*, 1933, S. 9.

55 Hadamovsky, E.: *Propaganda und Macht*, 1933, S. 43.

56 ebd., S. 22.

57 ‚Die Literatur‘ Jg. 42, H. 9, S. 369–373.

thus-Buch). Wilhelm Pabst erinnert im Dezember 1937, dass es zu den Aufgaben der Buchbesprechung gehört, die Bedeutung des Hitlerbuches als „politisches Führungsmittel“ herauszustellen.⁵⁸

Im streng vertraulichen Zeitschriften-Dienst (ZD) des RMVP („nur zur persönlichen Information“), den das Ministerium von 1939 bis 1942 als zusätzliche Richtlinie zu den täglichen Presseanweisungen für erforderlich gehalten hatte, gab es am 26.4.1940 eine amtliche Empfehlung an die Hauptschriftleiter für eine angemessene Würdigung des „Führerbuches“ zur 15-jährigen Wiederkehr des Ersterscheinungstages, dem 18.7.1925.⁵⁹ Es sollte weniger die „Wirksamkeit dieses politischen Buches auf die bisherige politische Entwicklung“, als vielmehr seine Wirksamkeit als Kraftquell der Seele und des Glaubens im Krieg, d.h. die erwünschte charismatische Bedeutung, dargestellt werden. Weiter hieß es dort: Das Buch enthalte wegweisende weltanschauliche Gedankengänge über Führertum, Führerverantwortung, Gefolgschaft, über das Wesen des Idealismus, Pressepropaganda als psychologisches Massenbeeinflussungsmittel, zu den Erfahrungen aus dem Weltkrieg und der Kampfzeit, über die Erziehungsgrundsätze des völkischen Staats. „Zu vermeiden ist“, so endet die vertrauliche Belehrung, „jeder auch nur andeutungsweise Hinweis auf überholte Stellen in *Mein Kampf*. Entscheidend sei es, *Mein Kampf* „als das politische Glaubensbekenntnis des deutschen Volkes herauszustellen“. Hellmuth Langenbacher hat diese amtlich gewünschte „Würdigung“ gebracht in: *Der Buchhändler im neuen Reich* 1940.⁶⁰

Keine der genannten Äußerungen und Würdigungen erfüllt die qualitativen Anforderungen an Buchbesprechungen, auch wenn sie als solche beabsichtigt oder ausgegeben worden sind. Sie lassen sich daher jeweils nur als einseitige politische Stellungnahme, als Besprechung minderen Status' einordnen.⁶¹

58 „Unser Wille und Weg“ Jg. 7, H. 7, S. 220 und H. 12, S. 379–381.

59 ZD 53. Ausgabe vom 26.4.1940, Nr. 2278 (Bundesarchiv Berlin RD 32).

60 „Der Buchhändler im neuen Reich“ Ausgabe A, Jg. 5, 1940, S. 116–121.

61 Nachfolgend werden Stellungnahmen getrennt von Buchbesprechungen ausgewiesen, vgl. Kapitel 2.3.2, Anm. 123..

3.2.2 Buchbesprechungen und Stellungnahmen zu Neuauflagen von Rosenbergs *Mythus*-Buch 1933–1935

Die Besprechungen zur Neuauflage des *Mythus*-Buches entwickelten die Tendenz, den üblichen Rahmen der interpretierenden Buchvermittlung zu überschreiten. Die Veranlassung dazu gab der Autor, weil er erstens mit seinem Buch Ziele verfolgte, die nach der Machtübernahme in die Privatsphäre einer Vielzahl von Menschen nachhaltig eingreifen sollten, und zweitens mit Täuschungsabsicht vorgegangen war, indem er sein Vorhaben wahrheitswidrig als seine rein persönliche Meinung ausgab und den Zusammenhang mit seinem Partei- und Staatsauftrag verschleierte. Damit wurde in der Öffentlichkeit ein kommunikativer Informations- und Klärungsprozess in Gang gesetzt, an dem außer Rezensenten auch Journalisten und für den aktuellsten Buchteil Theologen als Fachkundige sich mit kritischen Stellungnahmen beteiligten. Staat und Partei äußerten sich in diesem Prozess nicht, sie setzten administrative und rechtliche Machtmittel ein, die sie laufend verschärften. Dazu gehörte, dass Hitler Rosenberg am 2.6.1933 zum Reichsleiter ernannte und am 24.1.1934 mit der Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP beauftragte.⁶² Ungeklärt blieben die sich aus Punkt 24 des Parteiprogramms ergebenden Fragen zur weltanschaulichen Bedeutung des christlichen Glaubens, insbesondere bezogen auf die „Vorherrschaft“ des „Sittlichkeits- und Moralgefühl(s) der germanischen Rasse“.⁶³

Unter diesen verklausulierten Bedingungen wurde aus dem offenen sachlichen Diskurs über das *Mythus*-Buch ein gefahrenträchtiger politischer Disput, zumal neben Rezensionen auch ausführliche kritische Abhandlungen und Stellungnahmen heraus kamen, welche die verwickelten Zusammenhänge aufzuklären und verständlich zu machen suchten. Der Übergang zwischen Buchbesprechung und Stellung-

62 Bollmus, R.: Das Amt Rosenberg, 1970, S. 19f. Als Reichsleiter unterstand Rosenberg dem unmittelbaren Führerbefehl, andere Verpflichtungen hatten zurückzutreten. Das sorgte für Spannungen unter den Parteiführern.

63 Hitler, A.: Mein Kampf, 1933, S. 506: „Das weitere Bestehen des früheren Zustands könne sie nicht dulden“, gemeint ist die Partei mit ihrer Weltanschauung. Vgl. auch S. 127, 371. Der Text von Punkt 24 des Parteiprogramms findet sich in Kapitel 2, S. 49, Anm. 99.

nahme ist dabei fließend. Gleichwohl werden die Stellungnahmen gegenüber den Rezensionen in einer eigenen Anlage mit dem Zusatz ‚a‘ getrennt registriert.

In den Anlagen 4 und 4a sind die sich ausweitenden Reaktionen jeweils zusammengestellt. Sie spiegeln die Betroffenheit der aufmerksam gewordenen Menschen in der Kirchenfrage. Was verstanden Rosenberg und die Partei wirklich unter dem Begriff „positives Christentum“ des Parteiprogramms? Hitler hatte – wie oben erwähnt – in *Mein Kampf* von den „beiden religiösen Bekenntnissen“ gesprochen, in denen er „gleich wertvolle Stützen für den Bestand unseres Volkes“ sieht.⁶⁴ Er wollte eine schlichte Neuordnung der Kirchen, ließ aber die Kirchen über seine konkreten Absichten im Unklaren.

Zum Verständnis der aus den Neuauflagen folgenden publizistischen Auseinandersetzungen ist ein kurzer *Exkurs* über die Lage der beiden Kirchen vor Hitlers Machtübernahme anhand markanter Fakten hilfreich.⁶⁵

Der deutsche Katholizismus der römischen Kirche ist 1917 durch den Codex Juris Canonici in seiner Stellung dauerhaft gefestigt worden. Der Codex war Basis für die nach Art. 137 WRV abgeschlossenen katholischen Landeskonkordate in Bayern am 29.3.1924, in Preußen am 14.7.1929 und in Baden am 12.10.1932. Weitere Konkordate und das Reichskonkordat konnten bis zum Ende der Weimarer Republik nicht realisiert werden.

Für die 1919 selbständig gewordenen 28 evangelischen Landeskirchen war die Ausgangslage für die Neuordnung ihres Verhältnisses zum Staat nach dem Zusammenbruch der Monarchie, nach dem sog. Landesherrlichen Kirchenregiment anders und schwieriger als bei der internationalen römischen Kirche. Die evangelischen Landeskirchen haben dem kanonischen Konkordatsrecht folgend ähnliche Landeskonkordate abgeschlossen. Sie waren rechtlich und theologisch nicht in der Lage, mit einer Stimme gemeinsam aufzutreten. Eine evangelische Gesamtkirche war nicht geplant.

64 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 379.

65 Eine übergreifende Gesamtdarstellung gibt Scholder, K.: *Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft*, 1988, S. 98–155.

Hitler hatte 1929 in alledem eine günstige Ausgangslage für seine Politik erkannt und diplomatisch vorbereitet,⁶⁶ nämlich in der Idee, über ein katholisches Reichskonkordat die lange zuvor umstrittene konfessionelle Schulfrage entgegenkommend zu lösen, dafür die Zentrumspartei auszuschließen und die Gläubigen auf seine Seite zu ziehen. Die evangelischen Landeskirchen glaubte er in einer Reichskirche nach seinen Vorstellungen (endlich) vereinen zu können. Gelegen kam ihm die historische Bürde der religiös, nicht ‚rassisch‘ motivierten Judenaversion beider Kirchen.⁶⁷ Vor 1933 verhüllte Hitler seine wahren Absichten und trat mit freundlichen, Zustimmung erheischenden kirchenpolitischen Zielen an die Öffentlichkeit. Er wollte Wählerstimmen sammeln.

Bald nach dem 30.1.1933 entzündete sich an dem offensichtlich gewordenen Totalitätsanspruch der Nationalsozialisten auf den ganzen Menschen, in dem die Politik der Gleichschaltung von Kirche und Staat ein Hauptpfeiler des Herrschaftsgebäudes war, eine ins Grundsätzliche gehende Auseinandersetzung.

Die Machthaber hatten schon vor 1933 begonnen, die Kirchen ideologisch zu unterwandern und eine Sammlungsbewegung nationalsozialistischer evangelischer Christen unter Führung von Reichsleiter Hossenfelder organisiert. Diese nannte sich „Deutsche Christen“ (DC), vertrat eine politische Theologie und sollte mit massiver Propagandaunterstützung Wegbereiter der nationalsozialistischen Reichskirche sein. Mit der Einführung des Arierparagraphen auf der von der DC majorisierten preußischen Generalsynode am 5.9.1933 begann der kirchlich-theologische Widerstand. Die von Karl Barth angeregte Selbstbesinnung und Konzentration auf den theologischen Auftrag führte zu der Theologischen Erklärung der Synoden von Barmen und Berlin-Dahlem 1934 und zur Gründung der Bekennenden Kirche (BK).

Die katholische Kirche versuchte Hitler durch raschen Abschluss des Reichskonkordats am 20.7.1933, ratifiziert am 10.9.1933 (RGBl II S. 679), politisch für

66 Scholder, K.: Die Kirchen und das Dritte Reich, 1977, S. 283 Anm. 75. Hermann Göring hatte bereits mit dem Vatikan verhandelt.

67 Der christlichen Judenfeindlichkeit lag die Einschätzung zugrunde, dass die Juden den Messias in Christus nicht erkannt und deshalb auf seinen Tod gedrängt hätten. Nur durch Taufe könnten Juden sich von diesem Makel befreien.

sich und für ein gemeinsames Vorgehen gegen die gottlosen Bolschewisten zu gewinnen. Die zugesicherte freie religiöse Betätigung in Kirche und Gesellschaft schränkten die Machthaber jedoch vertragswidrig immer mehr ein und setzten die Gläubigen beider Kirchen verunsichernd unter Druck.⁶⁸

Erste massive staatliche Pressionen lösten die Ende 1933 im Druck erschienenen Adventspredigten des Münchener Kardinals Faulhaber aus, die sich mit dem *Mythus*-Buch unter dem Titel *Judentum, Christentum, Germanentum* kritisch auseinandersetzten, ohne Rosenberg expressis verbis zu nennen. Kardinal Faulhaber rief zur gemeinsamen Verteidigung der *Heiligen Schriften* über die Konfessionsgrenzen auf. Die gedruckten Predigten behandelten das *Alte Testament* und die christlichen Werte, die man nicht beiseite schieben dürfe. Die Drucke waren dann in katholische Buchhandlungen gekommen und wurden zum Anlass genommen für handgreifliche Gewaltakte der dorthin abkommandierten HJ und für scharfe Entgegnungen amtlicher Stellen.⁶⁹ Die Reaktion der eingeschalteten RSK war zwiespältig. Es erfolgte weder ein Verbot des Predigtbuches, noch ein Ende der willkürlichen Zensurpraxis durch die Polizei. Die aus der Notverordnung abgeleitete Zensurverantwortung wurde vom RMVP (Dr. Wissmann und Dr. Gunther Haupt) auf die Verleger und Buchhändler abgewälzt.

Als Beispiel für die öffentliche Erregung seien die Schlussfolgerungen der ersten von fünf Rezensionen aus 1934 und 1935 über das *Mythus*-Buch von C. Kaufmann in *Der Fels* zitiert (Anlage 4): „Kein Werk hat außer Hitlers *Mein Kampf* so viel Aufsehen erregt wie dieses. Es hat im Sommer 1933 22 Auflagen erlebt und findet sich überall: in Schulbibliotheken, in den Heimen der HJ, der SA und SS, in Leihbüchereien und bei den Parteigenossen. Es wird wegen der Auffassung des Verfassers, es seien persönliche Bekenntnisse, wegen seiner Stellung als Reichsleiter der gesamten Schulung und Erziehung der nationalsozialistischen Bewegung als das Buch der nationalsozialistischen Bewegung angesehen. Trotz der feierlichen Erklärung Hitlers,

68 Z.B. wurde der Konkordats-Artikel 31 auch auf die innerkirchlich erlaubte Glaubensverkündigung ausgedehnt.

69 Die Ereignisse sind von Hans-Dieter Graf: Die Adventspredigten, 1990, S. 256–283, untersucht worden, mit Quellenangaben auf S. 281f.

die Kirchen und die christliche Grundlage des Staates schützen zu wollen, hat er großen Schaden angerichtet bei gläubigen Katholiken und Protestanten“.⁷⁰

Kaufmann bezieht sich offensichtlich auf die Rede Hitlers vom 23.3.1933, in der er nach Harald Iber von den beiden christlichen Konfessionen als „wichtigste Faktoren“ im neuen Reich gesprochen hatte⁷¹, ohne seine Einstellung zum *Mythus* bekannt zu geben. Die Verunsicherung über die staatliche Kirchenpolitik blieb seither bestehen. Aufklärende Information des Leserkreises durch Rezensenten wäre dringlich gewesen.

Die anhaltende indoktrinierende Parteipropaganda zugunsten des glaubensfeindlichen ersatzreligiösen *Mythus*-Buches hat dann die katholische Kirche als Institution auf den Plan gerufen. Am 7.2.1934, d.h. unmittelbar nach der erwähnten Ernennung Rosenbergs zum geistigen und weltanschaulichen Schulungs-, Erziehungs- und Überwachungsbeauftragten Hitlers, erfolgte die Indizierung des *Mythus* durch den Vatikan⁷² und im Oktober 1934 die Veröffentlichung der inzwischen erarbeiteten Erwiderung auf den *Mythus* unter dem Titel *Studien zum Mythus des 20. Jahrhunderts* als Beilage zum Amtsblatt der Erzdiözese Köln – ohne Nennung der Autoren. Die Kirche hatte sich doppelt abgesichert gegen die vom RMVP und der Polizei üblich gewordenen Verfolgungen unbequemer Kirchenleute, Beschlagnahme und Verbote missliebiger kirchlicher Druckerzeugnisse.⁷³ Die „Studien“ können als eine erweiterte Rezension des *Mythus* bezeichnet werden (Anlage 4a), die historische, theologische Irrtümer, Fehler und falsche Quellenangaben korrigieren sowie falsche Schlüsse, Entstellungen, Missdeutungen (Altes Testament, Eckehart, Paulus) verifizieren. Sie wurden prompt beschlagnahmt.⁷⁴ Es war jedoch gelungen, von den insgesamt 120 000 Exemplaren der Sammelausgabe und 80 000 der Sonderausgabe etliche

70 „Der Fels! Zeitschrift für Gebildete aller Stände (früher Apologetische Rundschau)“ Jg. 29, 1934, H. 1, S. 1–15; vgl. Iber, H.: *Rassischer Glaube?* 1987, S. 42. Seine Angabe, der „Mythus“ sei erst ab Ende 1933 in Parteischulungen behandelt worden, ist nicht aufrecht zu erhalten. Wie erwähnt, gab es sie schon früher am Ammersee in Obb.

71 Iber, H.: *Rassischer Glaube?*, 1987, S. 97, 306 Anm. 210.

72 Die Veröffentlichung der Indizierung wurde durch geheime Presseanweisung des RMVP vom 13.2.1934 verboten; vgl. Bohrmann, H.: *Presseanweisungen*, 2001, Bd. 1, S. 42.

73 Baumgärtner, R.: *Weltanschauungskampf*, 1977, S. 155.

74 Neuss, W.: *Kampf gegen den Mythus*, 1947, S. 27–29.

Exemplare auf verschlungenen Wegen in die Weltöffentlichkeit zu schleusen.⁷⁵ Die Beschlagnahme wurde auf Widerspruch dann aufgehoben mit dem Effekt der Förderung der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Zwischendurch hatte Rosenberg den entstehenden „Mythus“-Streit zum Propagandathema seiner „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums“ gemacht.⁷⁶ Die *NSMH* ließ Rosenberg gegen die Kirche polemisieren.⁷⁷ Goebbels dagegen erklärte in seinen Richtlinien an die Schriftleiter im Oktober 1934: „Die Kirchenfrage ist heute in Deutschland entschieden“.⁷⁸ Das entsprach der Beruhigungstaktik Hitlers. Die Verschleierung der hinter der angeblichen Privatarbeit Rosenbergs verborgen gehaltenen garnicht kirchenfreundlichen Absichten der NSDAP gehörte dazu.

Die Kirchen bemühten sich um eine sachliche, unpolitische Klärung. Auch wenn es zu zahlreichen Verhaftungen von Pfarrern kam, um Kanzelabkündigungen zu verhindern,⁷⁹ entwickelten sich kommunikative Beziehungen im nichtöffentlichen Raum, unterstützt von engagierten Verlegern wie Bertelsmann. So versuchte der Breslauer Theologieprofessor Helmut Lothar mit seiner Schrift *Neugermanische Religion und Christentum. Eine kirchengeschichtliche Vorlesung* von 1934 (zwei Auflagen bis 1937 mit 4 000 Exemplaren) zwischen kirchlichen und staatlichen Vorstellungen zu vermitteln. Sein ambivalentes Ergebnis war, dass es abwegig sei, das Christentum wegen seiner Herkunft aus dem Judentum zu verwerfen. Dagegen wendete sich der Gütersloher Gymnasiallehrer Wilhelm Florin (1894–1944) im gleichen Jahr mit seiner Broschüre *Rosenbergs Mythos und der Glaube. Ein Gemeindevortrag*. Er lehnte Rosenbergs antichristliches Buch ab, meinte jedoch, dass die Bedeutung der Rasse zu wenig beachtet worden sei. Die Gesamtauflage betrug bis 1936 420 000 Exemplare, davon 282 000 in den Volksmissionarischen Heften (1. Jg.) im

75 ebd., S. 17, 31. Die Autoren der Studie waren: Joseph Steinberg, Karl Schäfer, Bernhard Lakebrink, Joseph Greven, Werner Schöllgen, Anton Antweiler und Hermann Platz (S. 14f).

76 „Die Bücherkunde“ der Reichsstelle, 1934, H. 7, S. 117.

77 Seraphim, H. G.: Tagebuch Rosenberg, 1956, S. 56f. Eintragung vom 24.2.1935. Der Parteischulungsbrief habe eine Auflage von 1,1 Mill. erreicht. In seinem Tagebuch bedrohte Rosenberg den „übelen“ Kardinal Faulhaber mit dem Heimtückegesetz von 1934.

78 Bohrmann, H.: Presseanweisungen, 1984–2001, Bd. 1, S. 42, Pkt. 8 der Erklärung von Goebbels.

79 Norden, G. van: Widerstand, 1980, S. 108f.

Bertelsmann-Verlag.⁸⁰ Seine Werbung hat der Verlag mit ökonomisch-opportunistischem Gespür auf die sich ausweitenden Glaubenseinandersetzungen mit Anzeigen im *Börsenblatt* 1934 ausgedehnt.⁸¹ Zu den verlegten Werken gehörte auch das des Düsseldorfer Pastors Rudolf Homann (1894–1973): *Heiliger Geist germanischer Konfession?* in zwei Auflagen mit 4 000 Exemplaren.⁸² Ferner Volkmar Hertrich (1908–1958): *Völkische Religiosität und Altes Testament* in drei Auflagen mit zusammen 6 000 Exemplaren 1933 und 1934, sowie: *Neuheidentum und Christusglaube* (4 000 Exemplare 1934).⁸³

Zu den kritischen Stellungnahmen gehören die von Handtmann und Walter Künneth.⁸⁴ Künneth, der schon 1932 mit der Rezension *Völkische Religion der Gegenwart* und 1934 auf die Frage „Heidnischer oder Heiliger Geist“ mit einer erweiterten Stellungnahme geantwortet hatte, handelte aus der für die Leser bedrohlicher gewordenen Lage. Zusammen mit Helmuth Schreiner hatte er mündlich über „Die Nation vor Gott. Zur Botschaft der Kirche im Dritten Reich“ referiert. Seine weiteren Ausführungen versprachen nicht nur vom Titel her eine Klärung mit seiner Schrift: *Antwort auf den Mythos. Die Entscheidung zwischen dem nordischen Mythos und dem biblischen Christus*. Sie erschien im Mai 1935 mit einem Absatz von 30 000 Exemplaren⁸⁵ bis Juli 1935. Künneth war Leiter der Apologetischen Centrale (AC) in Berlin-Spandau.⁸⁶ Seine Ausführungen waren autorisiert mit einem Geleitwort des Landesbischofs Marahrens.

80 Friedländer, S.: Bertelsmann im Dritten Reich, 2002, S. 176f sowie Ders.: Bertelsmann Gesamtverzeichnis, 2002, S. 199, 260.

81 Friedländer, S.: Bertelsmann im Dritten Reich, 2002, S. 178; Ferner Bbl. Nr. 87 vom 16.4.1934, S. 1766; Nr. 148 vom 28.6.1934, S. 2758; Nr. 196 vom 23.8.1934, S. 3275 u.a. mit dem Ausspruch: „Jeder Volksgenosse erwartet von der Kirche Seelsorge und Wegführung“ oder mit Angabe des Absatz Erfolges bei Rudolf Urbans Werk: „eine dritte Konfession?“, 1934; „in zwei Wochen 2,5 Ts Stück verkauft“.

82 Friedländer, S.: Bertelsmann im Dritten Reich, 2002, S. 181 sowie Ders.: Bertelsmann Gesamtverzeichnis, 2002, S. 198, 207.

83 Friedländer, S.: Bertelsmann im Dritten Reich, 2002, S. 188 sowie Ders.: Bertelsmann Gesamtverzeichnis, 2002, S. 198.

84 Handtmann war Superintendent in Königsberg. Seine Stellungnahme basiert auf einem Vortrag vom 7.6.1935 und erzielte eine Auflage von 10 000 Exemplaren. Vgl. Iber, H. *Rassischer Glaube?*, 1987, S. 308, Anm. 242.

85 ebd., S. 90.

86 Der 1902 gegründeten AC oblag die Aufgabe, sich mit antichristlichen Ideen und Weltanschauungen für die Gemeindefürsorge auseinanderzusetzen. Sie war wissenschaftliche Beobachtungswar-

Künneht vertrat seine Gedanken zu Rosenbergs *Mythus* auch vor der Schuljugend im Religionsunterricht, die über die HJ mit dem rassistischen Gedankengut bereits infiltriert wurde und das Verhältnis Lehrer – Schüler – Eltern zu vergiften drohte. Bedacht werden muss, dass Künneht nicht aus einem dogmatisch-theologischen, sondern aus der konkreten politisch-kirchlichen Situation handelte und zu Kompromissen sich veranlasst sah in der zugespitzten Lage.⁸⁷ In der Rassenfrage nähert sich Künneht, wie auch andere Theologen, der Auffassung des Staates als der Ordnungsmacht Gottes an, obwohl er sich nach Erkenntnissen Harald Ibers von der biblischen Grundaussage – sie missverstehend – entfernt.⁸⁸

Rosenberg trug den „Mythus“-Streit auch in die Wehrmacht und sorgte dort für Beunruhigung. Auf Drängen der Wehrmachtsführung erklärte Hitler am 3.1.1935 vor Offizieren und Parteiführern in Berlin, dass er als Führer über das Gezänk der Partei erhaben und um eine Partnerschaft der unantastbaren Säulen des nationalsozialistischen Staates, Wehrmacht und Partei bemüht sei.⁸⁹

Die Auseinandersetzungen um den *Mythus* führten den Machthabern vor Augen, dass ihr totalitärer Kampf gegen traditionale Bindungen eines nicht zu übersehenden Bevölkerungsteils auf legitimen Widerstand in der Öffentlichkeit gestoßen war, der durchaus die noch nicht konsolidierte Macht des Regimes zu gefährden in der Lage war.

te, Materialsammelstelle und Auskunftszentrale. Rudolf Urban war Mitarbeiter, vgl. Friedländer, S.: Bertelsmann im Dritten Reich, 2002, S. 87.

87 Iber, H.: *Rassischer Glaube?* 1987, S. 54–56.

88 Künneht, W.: *„Die biblische Offenbarung und die Ordnungen Gottes“*, Berlin, fünf Auflagen zwischen 1933 und 1937, nach Iber, H.: *Rassischer Glaube*, 1987, S. 87–89.

89 Broszat, M.: *Der Staat Hitlers*, 1969, S. 314f.

4. Eingriffe zur verschärften Reglementierung des Besprechungswesens

4.1 Neugestaltung des Buchbesprechungswesens 1935–1936 (1. Stufe)

Das Ziel der Ideologisierung der Bevölkerung über „artgerechtes“ Schrifttum ist in den ersten beiden Herrschaftsjahren nicht erreicht worden. Die drakonischen Aktionen gegen Andersdenkende und Kritiker, gegen jüdische und politisch linke Schriftsteller, Verleger und Rezensenten, sowie Beschlagnahmen oder Aufkauf unerwünschter Unternehmungen, Arisierung von Verlagen und sonstige destruktive Eingriffe in das literarische Leben hinterließen empfindliche Lücken im Literaturbetrieb, die nicht geschlossen werden konnten. Das versprochene Neue, dass das verfemte Alte ersetzen sollte, nahm trotz propagandistischer Begleitmusik keine Gestalt an: Die Dichterlesungen, die „Dichtereinsatzprogramme“,¹ die Vergabe von Literaturpreisen, die Heranbildung „volkhafter“ Dichter, Schriftsteller und Rezensenten und die wiederholten Treuegelöbnisse für den Führer, weder diese positiven Förderungsbemühungen, noch die negativen literarischen Verbotsmaßnahmen und Indizierungen oder die staatlichen und parteiamtlichen zensorischen Buchprüfungen entfalteten die erwünschte Effizienz im volkserzieherischen Sinn des Regimes.

Autoren, Verleger, Rezensenten, die sich ihre innere Distanz bewahrt hatten, warteten entweder auf das Ende des politischen Gärungsprozesses – wie viele es einstuften – oder wichen in literarisch unverfängliche Bereiche aus. Aufgewachsen im offenen Klima der Meinungsfreiheit, verpflichtet ihren vertrauten Lesern, konnte es ihnen nicht leicht fallen, die eigenen Überzeugungen und Erfahrungen einfach aufzugeben für den allein geltenden nationalsozialistischen Standpunkt.² Hielten sie sich nicht an die ausgegebenen Direktiven, hatten sie mit Konsequenzen der Überwachungsstellen zu rechnen. So reagierte Hellmuth Langenbucher ungewöhnlich heftig im *VB* gegen den Rezensenten „Kn“ in der *DAZ*, der am 24.8.1934 das Propagandapamphlet *Parteigenosse Schmiedecke. Ein Zeitroman* von Alfred Karrasch, (Berlin

1 ‚VB‘ vom 26.3.1936, S. 6.

2 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 197–201.

1934) kritisiert hatte mit den Worten: „Wir werden uns zu wehren wissen gegen solche Kritiker, zumal das Buch den Unbedenklichkeitsvermerk der PPK trägt“. „Kn“ habe damit zugleich die Dienststelle der Reichsleitung der Partei angegriffen.³

Die Werbung für Bücher sollte nicht mehr allein den Verlagen und rezensierenden Buchvermittlern überlassen bleiben, wie aus den zahlreichen Äußerungen des einflussreichen Literaturfunktionärs Hellmuth Langenbacher zu entnehmen ist. In einem dreiteiligen Aufsatz über „Literaturpolitik“ im *Börsenblatt* vom Herbst 1934 erläuterte er die Vorstellungen der Partei über nationalsozialistische Buchkritik.⁴ Er verurteilte nicht nur die bisherige traditionelle Kritikpraxis, auch der Verfahrensablauf zwischen den Beteiligten müsse formal neu geordnet werden. Er forderte zudem eine radikale Beschränkung des kritischen Teils der Buchbesprechung. Er wollte z.B. den Kritiker nur als „Buchberichterstatter“ eingesetzt wissen⁵, der Verstand sollte lediglich Kontrollinstanz des Instinkts sein, denn „Instinkt ist Stimme des Blutes, ist Stimme der völkischen Vergangenheit“. „Nur Instinkturteile sind zuverlässig“, für sie bedarf es „keiner verstandesmäßigen Regeln und Gesetze“, behauptete er⁶ und deutete damit auf das Ziel der Eingriffe in das Buchbesprechungswesen.

Doch zunächst drohte der RMVP mit der Anordnung vom 25.4.1935.⁷ Schädlich und unerwünscht sei alles das, was das „nationalsozialistische Kulturwollen gefährdet“. Wer dies nicht beachte, dem würde, weil ihm die „erforderliche Zuverlässigkeit und Eignung“ zur Verbreitung von Büchern und Zeitschriften nach dem Schriftleitergesetz fehle, die Mitgliedschaft in der RKK entzogen werden.

Auf der Kantateveranstaltung des Börsenvereins am 18./19. Mai 1935 gab Hellmuth Langenbacher für die Reichsschrifttumsstelle beim RMVP, Abt. VIII, einen Gesamtbericht über die „Schrifttumspflege im neuen Deutschland“.⁸ Darin bekannte er, dass die Fälle von Bücherverboten zugenommen haben. K.H. Hederich vom Amt

3 ‚VB‘ Nr. 244 vom 1.9.1934 zitiert nach Strothmann, D.: Literaturpolitik, 1960, S. 270.

4 Bbl. Nr. 216, 232 und 252 von 1934. Ferner Bouhler, Ph. im Bbl. Nr. 90 vom 16.4.1935, S. 306f: Bekanntgabe der Prüfungsstufen und -ziele; Hagemeyer, H.: Von der Kraft der Dichtung in: ‚Wille und Macht‘ H. 20, 1935; ‚NL‘ 36. Jg. 1935, S. 366: Kampf gegen schädliche Schriften jeder Art.

5 Bbl. Nr. 232 vom 4.10.1934, S. 867.

6 Bbl. Nr. 252 vom 27.10.1934, S. 945.

7 Bbl. Nr. 99 vom 30.4.1935, S. 338.

8 Bbl. Nr. 114 vom 18./19.5.1935, S. 24–30.

Rosenberg erklärte, das „religiöse Schrifttum sei zum Tummelplatz aller religiösen Bestrebungen geworden“, man unterschiebe dem „nationalsozialistischen Begriff“ einen anderen Sinn. Und Rudolf Erckmann, der Leiter der Abt. VIII im RMVP, referierte über „Sinn und Bedeutung des Mittlertums am deutschen Buch“.⁹ Er forderte, dass nicht nur das künstlerische und dichterische Schaffen, sondern „auch die Kritik sich in Form und Inhalt denjenigen Bindungen einzuordnen hat, die heute für jeden gelten“. Das Buch habe eine „volkerhaltende und volkerbauende“ Mittlertaufgabe im nationalsozialistischen Sinn und müsse „dem Volk nahegebracht werden“.

Auf zwei administrativen Wegen versuchte Goebbels unerwünschte kritische Äußerungen in Buchbesprechungen, wie überhaupt in der Presse, seiner Propagandapresse, zukünftig unmöglich zu machen: durch eine zusätzliche, ausschließlich an den zukunftsweisenden politischen Zielen des Nationalsozialismus und des volksverbundenen Führerstaats orientierte Ausbildung von Schriftleitern und Rezensenten, sowie durch eine Neuordnung des Buchbesprechungswesens. Beide Maßnahmen sollten sich einander offensichtlich ergänzen.

4.1.1 Gründung der Reichspreseschule im Januar 1935

Im Januar 1935 wurde vom RDP nach dem Schriftleitergesetz (§ 25) die Reichspreseschule in Berlin gegründet. Sie sah einen dreimonatigen Pflichtlehrgang auf Kosten der Verleger vor, zusätzlich zur einjährigen redaktionellen Volontärausbildung.¹⁰ Die nationalsozialistischen Machthaber wollten in ihr nur eine kleine Elite für den eigenen Bedarf ausbilden. Das Mindestalter betrug 21 Jahre. Die Auszubildenden wurden kaserniert in einem geräumigen alten Schulgebäude, um sie ganztägig bei Sport und Vorträgen zu gesinnungsstarken fanatischen Propagandisten zu formen, denn kritische Journalisten im hergebrachten liberalen Sinn waren unerwünscht.¹¹ Als Vorbild

9 ebd., S. 36f.

10 Müsse, W.: Die RPS, 1995, S. 111–113; NS-Pressenanweisungen 1933–1939, hrsg. von Hans Bohrmann: Bd. 2, 1934, S. 28^x; Bd. 3/I: 1935, 1987, S. 34^x–38^x; Bd. 4/I: 1936, 1993, S. 40^x und S. 44^x.

11 Hitler, A.: Mein Kampf, 1933, S. 116, 264–268.

für die Ausbildung diente die in den nationalpolitischen Erziehungsanstalten (Napola) seit 1933 institutionalisierte Erziehungsmethode für den Funktionärsnachwuchs auf der Grundlage von Hitlers Vorgaben in *Mein Kampf*.¹² Es gab bald Probleme mit Schülern und Ausbildern, die im gleichen Gebäude mit den Schülern untergebracht waren. Das rigide Ausbildungskonzept ließ sich auch mit strengen Selektionsverfahren (Prüfungen) nicht durchsetzen.

Über die Art der Gesinnungsschulungen in geschlossenen Lagern gibt es eine recht anschauliche Schilderung, die auch für die Ausbildung der künftigen Führungskräfte in der Presse aussagekräftig sein dürfte. Der im Herbst 1933 vor seinem Zweiten Staatsexamen überraschend zur Wehrmacht einberufene, Rechtsreferendar Sebastian Haffner hat die ihn bewegenden Eindrücke nach seiner Flucht 1939 niedergeschrieben. Er habe diese kasernierte Zeit als eine jedes Nachdenken am Tage verdrängende, alle Elemente von Individualität und Zivilisation zersetzende und eine erniedrigende, auf unterstem Niveau gleichmachende, keine Diskussion ertragende Lager-Kameraderie erlebt, vor der sich keiner der Jungakademiker hätte folgenlos ausschließen können. „Wir verwandelten uns ganz automatisch, wenn nicht in Nazis, so doch in brauchbares Material für die Nazis“.¹³

Zu den selbsterzeugten Problemen der Funktionäre kam, dass der RDP alle Versuche einer Kooperation mit der Zeitungswissenschaft beim RME (Prof. Emil Dovifat) hintertrieb.¹⁴ Die Abbrecherquote war hoch, die Kurse wurden gekürzt. Im Juli 1939 ist die kasernierte Schulausbildung, nicht aber die Schriftleiterprüfung beendet worden.¹⁵ Der staatliche Misserfolg ist in der politischen Verblendung und im Mangel an kompetenten und zugleich gesinnungsfesten Ausbildern zu suchen.¹⁶ Weltan-

12 ebd., S. 277f, 534, 654 („Besetzung der Nervenzentren des Staates“). Müsse, W.: Die RPS, 1995, S. 143–151.

13 Haffner, S.: Geschichte eines Deutschen, 2006, Kap. 34–39, S. 252–285, dazu „Die Zeit“ Nr. 21 vom 16.5.2001, S. 13–16, Vorabdruck mit Kommentaren von Jürgen Peter Schmied von Volker Ullrich unter dem Titel „Das Gift der Kameradschaft“. Die Lagerschulung fand statt unter Leitung eines SA-Sturm- bzw. Standartenführers und eines Reichswehrleutnants.

14 Müsse, W.: Die RPS, 1995, S. 209–229.

15 ebd.: S. 111–113.

16 Dieses Problem wird 1940 bei der noch zu behandelnden Zeitschriftengründung „Das Reich“ erneut sichtbar.

schaulicher Widerstand hat sich trotz des 24-stündigen psychologischen Drucks im Kollektiv von Jungakademikern nicht artikuliert.

Auf die Methodik der ideologischen Ausbildung zum Schriftleiter der neuen Art, nach der eine systemkonforme Berichterstattung erwartet wurde, haben auch Margret Boveri und Karl Korn aufmerksam gemacht. Zu den wichtigsten Prüfungsfragen im Herbst 1935 hätte in ihrer Prüfung gehört: Wie oft haben Sie *Mein Kampf* gelesen? Was für eine Presse will Hitler? Die richtige Antwort war: eine Kampfpresse. Trifft das für das *Berliner Tageblatt* zu? (Beide waren dort angestellt). Warum muss der Nationalsozialismus die katholische Kirche bekämpfen? Richtig war: weil sie die Jugendlichen nur in ihrem Sinn erziehen will. Wie oft haben Sie Rosenbergs *Mythus*-Buch gelesen? Und welche Anregungen gewinnt man daraus für die Behandlung der Kirchenfrage? Akzeptierte Antwort: keine, da die amtliche Sprachregelung die Behandlung religiöser Fragen verbietet.¹⁷ In einer späteren Schriftleiterprüfung im Mai 1941 ist gefragt worden: Welche Orden und Ehrenabzeichen besitzt Hermann Göring? Da eine Antwort ausblieb, belehrte der Prüfer: Jeder deutsche Journalist müsse „über diese ernste Frage Bescheid wissen“.¹⁸

4.1.2 Anordnung der RSK und RPK zur Neuordnung des Buchbesprechungswesens vom 5.6.1935

Schriftleitern und Rezensenten waren die Kontroversen zwischen den drei Überwachungsämtern über das erwünschte und unerwünschte Schrifttum, über das „nationalsozialistische Kulturwollen“¹⁹ nicht verborgen geblieben. Sie versuchten kritischen Auseinandersetzungen zu entgehen, indem sie schwiegen oder auswichen und ihnen selbst unerwünschte Bücher unbesprochen ließen. Goebbels versuchte hier gegenzusteuern mit einer gemeinsamen Anordnung der ihm unterstellten RSK und RPK. Die „Gemeinsame Anordnung zur Neugestaltung des Buchbesprechungs-

17 Boveri, M.: Hauptstadtzeitung unter Hitler, 1965, S. 564–571, zu den Sprachregelungen, S. 38–44; Korn, K.: Lange Lehrzeit, 1975, S. 229–232. Müsse, W.: Die RPS, 1995, S. 109.

18 Nach Wulf, J.: Presse-Dokumente, 1964, S. 191.

19 Bbl. Nr. 99 vom 30.4.1935, S. 338.

wesens im Bereich der deutschen Presse“ trägt das Datum 5.6.1935 und ist als Amtliche Bekanntmachung Nr. 71 im *VB* und im *Börsenblatt* verkündet worden.²⁰ Am 12.7.1935 trat sie in Kraft (Anlage 5).

Diese Anordnung reglementiert den Einsatz von Besprechungsstücken, sie kanalisiert die Verpflichtungen der Rezensenten und Verleger insbesondere bei Annahme oder Ablehnung eines Besprechungsauftrages. Sie ordnet und regelt die bei der Versendung und Behandlung von Besprechungsstücken einheitlich streng zu beachtenden Formalien. Die Einhaltung der Bedingungen und Fristen sollte ab sofort kontrolliert, Form- und Fristverletzungen sollten mit Sanktionen belegt werden. In den vergangenen Jahrzehnten sei dies nicht möglich gewesen, war im *Börsenblatt* wiederholt beklagt worden.

Der Zweck der Anordnung, ihr ideologischer Hintersinn und die Verknüpfung mit dem Schriftleitergesetz vom 4.10.1933 waren ihr nicht direkt anzusehen. Erkennbar waren die staatlichen Durchgriffsmöglichkeiten, die es Rezensenten nicht mehr so leicht machten, einer von ihnen verlangten Besprechung weltanschaulicher Sachverhalte auszuweichen durch Schweigen, durch Ausreden oder durch Nichtunterzeichnung mit vollem Namen. Als ergänzendes amtliches Kontrollmittel zu der beim RSK geführten Liste aller angestellten Rezensenten diente eine Spezialkartei der freien Mitarbeiter, die beim Reichsverband der deutschen Presse in Berlin angelegt wurde.²¹ Von allen Verpflichtungen ausgenommen blieben die amtlichen Presseorgane. Dieses Vorrecht aus dem Schriftleitergesetz haben sie als Kampfpresse gegen andere Kulturblätter einzusetzen gewusst.

Die mit dieser Anordnung verfolgten Ziele wurden von Schrifttumsfunktionären euphorisch begrüßt. Kurt O. Friedrich Metzner, der Beauftragte des Reichsverbands deutscher Schriftsteller, ab 20.10.1935 Beauftragter der RSK für das Buchbesprechungswesen²², glaubte aus der Anordnung herauslesen zu können, dass eine Rezension als ein „wertungsfreier Buchbericht“ auszulegen sei. Auch schwärmte er bereits vom dadurch geleisteten Beitrag „zur Vielgestaltigkeit der deutschen Presse“

20 ‚VB‘ vom 11.6.1935, S. 7 und Bbl. Nr. 134 vom 13.6.1935, S. 473f.

21 Bbl. vom 11.6.1935, S. 471.

22 Bbl. vom 3.12.1935, S. 1029 (Nr. 280).

und von einem „Meilenstein auf dem Wege unseres kulturellen Aufbaus“²³, obwohl er wissen musste, wie unrealistisch das war angesichts der geknebelten Presse. Selbst die Appelle Goebbels’ an die Schriftleiter, „ruhig einmal mehr Kritik zu üben, um die Eintönigkeit“, um die „Verflachung und Uniformierung“ der Presseorgane zu überwinden, hatten als reine Vernebelungstaktik und Ablenkungsmethode an der eingeschränkten redaktionellen Initiative und Kreativität, an der allgemeinen Bevormundung nichts ändern können.²⁴ Der Hauptschriftleiter des *Börsenblatts*, Hellmuth Langenbacher – er zeichnete mit dem Kürzel „Dr.H.L.“ – sprach von Büchern als Waffe im Kampf um die deutsche Erneuerung.²⁵ Wie eng das Netz des Lenkungs- und Überwachungssystems für die Arbeit auf dem Gebiet des Schrifttums geknüpft war, kann aus der Amtlichen Bekanntmachung Nr. 78 der RSK vom 12.7.1935, dem Tag des Inkrafttretens der Anordnung Nr. 71 über die Neuordnung, und den dort aufgezählten zuständigen Dienststellen entnommen werden (Anlage 6).

Über diese Anordnung entspann sich im September 1935 an einem Beitrag von E. Hasper im Buchbesprechungsteil „geistiges Leben und Literatur der Zeit“ des *Berliner Tageblatts* mit dem Titel *Buchkritik als Meckerei und Leistung* ein offener Dialog.²⁶ Darauf antwortete am 17.9.1935 Kurt O.F. Metzner unter der Überschrift „Ordnung der Kritik“, dem am folgenden Sonntag der Hauptschriftleiter Paul Scheffer eine kritische Erwiderung entgegenstellte. Zusammengefasst ergab sich: Metzner, der von „Leistungskritik“ sprach, hob die Bedeutung der literarischen Buchkritik hervor, bemängelte aber die bisherige Praxis. Viele Bücher würden gar nicht besprochen und von den abgelieferten Besprechungen seien etliche (politisch) unbrauchbar. Er gab zu bedenken: Die Buchbesprechung sei eine Beurteilungskunst, die die Ver-

23 Bbl. Nr. 140 vom 20.6.1935, S. 497f. Im Bbl. Nr. 156 vom 9.7.1935 warb Metzner mit seiner Novität: „Geordnete Buchbesprechung. Ein Handbuch für Presse und Verlag“ für die Zurückerobung der „Schriften der Nation“ mit Hilfe dieser Anordnung.

24 vgl. Rede von Goebbels vor dem Reichsverband der deutschen Presse am 19.4.1934 und sein Erlass vom 25.4.1935 nach Bohrmann, H.: *Presseanweisungen* Bd. 2, 1985, S. 21^x und Bd. 3, 1987, S. 20^f.

25 Bbl. Nr. 148 vom 29.6.1935, S. 530–532.

26 Boveri, M.: *Hauptstadtzeitung unter Hitler*, 1965, S. 511–515. Die über Deutschland hinaus angesehene liberale Zeitung ‚Berliner Tageblatt‘ wurde nach 1933 gleichgeschaltet und durfte erst nach dem verdeckten Ankauf des Mosse-Verlags durch die Partei Ende 1934 unter Paul Scheffer weiterarbeiten, bis auch ihm die Arbeitsgrundlage vom RMVP endgültig entzogen wurde, S. 17 und 234.

bindung von Literaturgeber zum Literaturnehmer herstelle. Scheffer bemerkte dazu: Notwendig sei nicht nur eine literarische Kritik durch einen Berichterstatter, sondern die Beibehaltung der kritischen Buchbesprechung. Denn Kritik lasse sich nicht ordnen im Sinne von Normierung. Literatur könne man nicht kommandieren, auch nicht die „Wege des Geistes“. Nietzsches Werke hätten erst 20 Jahre nach ihrem Erscheinen besprochen werden können. Schlendrian, so fügte er an, muss aber nicht sein. Rezensionsexemplare sollten die Verleger nur noch auf redaktionelle Anforderung versenden und diese müssten dann besprochen oder bezahlt werden. Scheffer hatte sich damit zugleich gegen Bestrebungen der Partei gewandt, die Buchkritik generell abzuschaffen.

Ein halbes Jahr später, am 9.2.1936, bespricht Karl Korn im *Berliner Tageblatt* die Neuerscheinung von Hans Alfred Grumsky: *Die Freiheit des Geistes*, herausgegeben in der Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg von dem am 19.10.1935 gegründeten nationalsozialistischen „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland“. Sein Leiter, Professor Walter Frank, bezeichnete die 30-seitige Schrift von dessen Antrittsvorlesung im Vorwort als „programmatische Einleitung zu den Arbeiten seines Forschungsinstituts“. Korn fragt, ob nach Grumskys Theorie zwischen rassefremden und Gegenkräften ein Verständnis möglich ist bei dem von ihm behandelten Problem des historischen Sinnverstehens und kommt zu dem Schluss: „Wir sehen nicht den Zusammenhang zwischen diesem Titel und dem Buch. Er scheint uns von unübersteiglichen naturgegebenen Bindungen des Geistes zu sprechen; und dies ist sehr radikal“.²⁷ Korn hat sich mit seiner kritischen Frage in den Grenzbereich des rezensorisch Erlaubten vorgewagt. Gegen die Anordnung Nr. 71 vom 5.6.1935 (vgl. Anlage 5) hat er nicht verstoßen. Ob er sich aber noch im Bereich des „nationalsozialistischen Kulturwollens“ (vgl. Schriftleitergesetz vom 4.10.1933, § 5,7) bewegt hat, blieb nach außen offen, da ein sofortiges Berufsverbot nicht ausgesprochen worden ist.

Das folgende Beispiel behandelt den von Rosenberg aus seiner gestärkten Machtposition unternommenen neuen Versuch, seine umstrittenen Weltanschauungs-

27 Boveri, M.: Hauptstadtzeitung unter Hitler, 1965, S. 526.

ziele mit mehr Erfolg öffentlich unter das Volk zu bringen und durchzusetzen. Umfang und Bedeutung der von ihm ausgelösten Auseinandersetzungen rechtfertigen einen eigenen Unterabschnitt.

4.1.3 Buchbesprechungen und Stellungnahmen zu Rosenbergs erster Ergänzungsedition zum *Mythus*-Buch

Im März 1935, d.h. kurz vor der ihm bereits bekannten Herausgabe der Anordnung vom 5.6.1935 über die Verschärfung des Buchbesprechungswesens, erwiderte Rosenberg die theologisch argumentierenden „Studien“ der katholischen Kirche mit einer wiederum als privat bezeichneten politischen Ergänzungs-Edition unter dem Titel *An die Dunkelmänner unserer Zeit. Eine Antwort auf die Angriffe gegen den Mythus des 20. Jahrhunderts*. Unbedachterweise knüpfte er im Titel an die Schrift der Reuchlinfreunde an, der *vir* obscuro die sich aber nicht gegen, sondern gerade für Juden ihrer Zeit aufklärerisch eingesetzt hatten.²⁸ Kurz darauf veröffentlichte er in seiner Buchberatungszeitschrift *Die Bücherkunde* zwei kritische Stellungnahmen zur Bekräftigung seiner *Dunkelmänner*-Schrift, und zwar von Alfred Miller „Wissenschaft im Dienste der Dunkelmänner. Eine Abrechnung mit den Verfassern und Hintermännern der ‚Studien‘“ und von Hugo Koch „Rosenberg und die Bibel. Zum Streit um den *Mythus*“, beide im antijüdischen Verlag Theodor Fritsch, Leipzig 1935²⁹. Rosenberg lässt sich auch von seinem Abteilungsleiter, dem Theologen und Volkskundler Dr. Matthes Ziegler, unterstützen. Bemerkenswert ist, dass theologische und politische Kritik gleichgesetzt werden³⁰. So konnte die Kirche über den Konkordats-Artikel 32 angegriffen werden. Eingedenk der Warnung Hitlers vor einem offenen

28 Der Reuchlin-Pfefferkornstreit kulminierte in den öffentlich bekanntgewordenen *Dunkelmänner*-briefen 1516/17, mit denen die Judenschelte widerlegt und Kölner Theologen ironisch zurechtgewiesen wurden. Vgl. Lotter F.: *Reuchlin und die Juden*, 1993, S. 65–88, insbes. S. 68. Beachtenswert ist, dass Reuchlin sich nicht nur für die rechtliche (und kanonische) Gleichberechtigung von Juden einsetzt, sondern auch auf die Nutzlosigkeit von Bücherverbrennungen aufmerksam gemacht hatte, S. 77.

29 ‚Die Bücherkunde‘, Dez.-Heft 1935, S. 381–385.

30 Ziegler, M.: *Rosenberg antwortet*. In: ‚NSMH‘ 6, 1935, S. 290–297 und Rosenberg A.: *Dunkelmänner*, 1935, S. 98.

Kirchenkampf, lenkte Rosenberg zum Schein ein. Den *Mythus* habe er, wie er schrieb, gar nicht für die „wirklich gläubigen Katholiken“ und den „gläubigen Klerus“ geschrieben und bei ihnen „jede Werbung für sein Buch“ unterlassen. Er hätte sich mit seinem Buch an die „vielen Millionen in Deutschland“ gewendet, die sich schon längst vom Katholizismus losgesagt haben. Doch das konnte ihm wohl keiner abnehmen³¹, denn im *Mythus* auf Seite 636 hatte er sich offen für die Verdrängung der Kirchen aus dem öffentlichen Leben ausgesprochen.

Die Distribution von Rosenbergs Erwiderungsschrift ist nach Aktenlage des Evangelischen Zentralarchivs Berlin ausschließlich durch den Bund Reichsdeutscher Buchhändler in Verbindung mit den Parteiorganisationen übernommen und sofort in Schulungsveranstaltungen verbreitet worden.³² Nach dem Vorwort³³ soll der *Mythus* mit einer 300 000er Auflage „schon geistiges Gut für viele Millionen geworden sein“. Auch wenn diese Zahlenrelation übertrieben ist, lässt sich aus der Millionenanzahl auf seine große Beeinflussungsanstrengung in rund vier Jahren schließen. Zweifellos hatte Rosenberg auf die Wirkung der bevorstehenden, intern aber noch erörterten RMVP-Anordnung und die Machtmittel zur Unterdrückung neuer Rezensionen gesetzt.

Die katholische Kirche konnte mit einer Stimme auf die Dunkelmännerschrift reagieren. Sie tat es mit einem Zusatz zur 5. Auflage der *Studien* noch im gleichen Jahr 1935.³⁴ Die ergänzten *Studien* erschienen auch als Beilagen in anderen Bistumsblättern und wurden in der Seelsorge, in Leitfäden, Kleinschriften und Handreichungen weiterverwendet.

Mit dieser Ergänzungsedition hatte Rosenberg auch unter evangelischen Christen für die Fortsetzung des geistlichen Ringens gesorgt, fast in ökumenischer Weise. Walter Künneth z.B. bezog Rosenbergs Schrift, die eigentlich nur an Katholiken gerichtet war, in seine *Evangelischen Antworten* mit ein, wie auch Rudolf Homann in seine weiterführende Rezension/Stellungnahme im Juli/August 1935: *Der Mythus*

31 Rosenberg, A.: *Dunkelmänner*, 1935, S. 6 und ders.: *Mythus*, 1930, S. 636.

32 Iber, H.: *Rassischer Glaube?*, 1987, S. 172–176.

33 Rosenberg, A.: *Dunkelmänner*, 1935, S. 4.

34 Neuss, W.: *Kampf gegen Mythus*, 1947, S. 31.

und das Evangelium mit einem Vorwort vom westfälischen Präses Koch. Das Informations- und Klärungsbedürfnis der Gemeinden war gewachsen (Anlage 4a).

Die Politische Polizei sah in den Erwidern der kirchlichen Rezensenten und Kritiker auf die von Rosenberg provozierten Auseinandersetzungen eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nach der Notverordnung vom 28.2.1933. Sie schränkte kirchlich-konfessionelle Veranstaltungen zunächst ein und ging gegen Kritiker vor. Schließlich verbot sie diese Veranstaltungen, nachdem es ihr nicht gelungen war, die für gefährlich gehaltenen Rezensionen und Kritiken zu verhindern.

Rosenberg hoffte mit seiner Doppelstrategie (privat/amtlich) im Zusammenwirken mit Himmler die beiden Kirchen doch noch mürbe machen und gegenseitig ausspielen zu können³⁵, ohne auf mögliche Folgen im In- und Ausland Rücksicht nehmen zu müssen (insbesondere in Italien und Spanien). Er wusste, dass Hitler zu keiner Aufkündigung des Reichskonkordats bereit sein würde, schon wegen des zu vertiefenden charismatischen Führer-Mythos' im Volk. Auch das Episkopat hatte Gründe, trotz zahlreicher nationalsozialistischer Rechtsbrüche am Konkordat festzuhalten. Deshalb weitete Rosenberg nun seine Angriffe auch auf die evangelischen Landeskirchen aus. Er übersah jedoch, dass die antikirchliche Auslegung des Reichskonkordats gerade in Bezug auf die Einführung des Arierparagraphen einer Einigung mit ihnen im Wege stehen musste, denn die Versuche des Reichsbischofs, des Reichsinnenministers und des am 16.7.1935 eingesetzten Reichsministers für kirchliche Angelegenheiten (RMK) Hanns Kerrl waren letztlich daran gescheitert. Dennoch glaubte Rosenberg auch seine „evangelischen Gegner“ mit einer Erwidernsschrift auf seine ideologische Linie zwingen, zumindest zum öffentlichen

35 Nach Boberach, H.: SD-Berichte über Kirchen, 1971, S. 79–104, ist im August 1935 ein 25-seitiger Sonderbericht des Chefs des SD des RF SS Himmler mit dem Titel „Der Weg des Protestantismus nach Rom“ erstellt worden, den auch Rosenberg erhielt. Das Amt Rosenberg hatte eine Hauptstelle Weltanschauung, in der im Februar 1935 eine Verbindungsstelle zum SD in kirchenpolitischen Fragen gebildet worden ist, unter dem Hauptstellenleiter Matthes Ziegler, einem SS-Offizier, studierter Theologe und Volkskundler (Näheres bei Lixfeld, H.: Herrschaftskampf, 1944, S. 190–199 und Kreutzer, H.: Kirchenministerium, 2000, S. 131). Diesem Bericht zufolge hätten Protestanten sich dem vom politischen Katholizismus eröffneten Kampf gegen die von Rosenberg im „Mythus“ definierte Weltanschauung angeschlossen, um in gemeinsamer Abwehr einen „wirkungsvolleren“ Kampf gegen den „artgemäßen“ Glauben führen zu können. Der Bericht verzeichnet 57 Rezensionen und kritische Stellungnahmen zum „Mythus“, d.h. die nicht regimetreue.

Schweigen bringen zu können. Schon im November 1935 hatte er sie unter dem an den SD-Sonderbericht angelehnten Arbeitstitel *Protestantische Rompilger* druckreif fertig gestellt³⁶, musste sie aber auf Anweisung Hitlers unveröffentlicht liegen lassen. Hitler missfiel das von ihm auf breiter Front ausgelöste kritische Echo, das auch mit dieser Edition kein Ende versprach. Zudem sollte dem Ausland im Olympischen Jahr 1936 eine ungetrübte Einheit von Führer und Reich ohne spektakuläre Diskussionen präsentiert werden.

Goebbels beklagte nun, dass die deutsche Kunstkritik „ihre Aufgabe noch nicht hinreichend erkannt“ habe und sie einer gesetzlichen Regelung bedürfe. Er bereite einen weiteren Eingriff in das Buchbesprechungswesen vor. Eine „gesunde Kritik müsse so angelegt sein, dass sie das Positive findet und das Negative weglässt“.³⁷

4.2 Goebbels’ „Verbot der Kunstkritik“ vom 27.11.1936 (2. Stufe)

Nach seiner Tagebucheintragung vom 8.5.1936 wollte Goebbels eine polizeiliche Zeitungs- und Buchverbotsanweisung bei unerwünschten kritischen Besprechungen. Doch verschiebt er sie nach Differenzen mit dem RPK-Präsidenten und dem Leiter des Parteizentralverlags, Reichsleiter Amann, auf Einspruch Hitlers wegen der bevorstehenden Olympiade in Berlin und weil, wie er anmerkte, die Frage der richtigen Buch- und Pressekritik mit Verboten allein nicht zu lösen sei („Es wird zuviel verboten“).³⁸ Nach Bücherverbrennung und jahrelanger Säuberung deutscher Literatur mit Verfolgung rassistisch und politisch unerwünschter Schriftsteller, Verleger und Publizisten (die vermeintlichen Gegner waren in sog. KZ-Schutzhaft genommen), ließ Hitler die im Inland entstandene geistige Leere mit Hilfe spektakulärer Inszenierungen im Rahmen der Olympischen Spiele übertünchen und sein totalitäres Gewaltre-

36 Rosenberg, A.: *Protestantische Rompilger*, 1937, Vorwort S. 6.

37 Bbl. Nr. 280 vom 3.12.1935, S. 1083. Bericht über die Ansprache von Goebbels auf der Reichspressetagung in Köln am 30.11.1935. Das Ausmaß, das die von Rosenberg mit Unterstützung der Gestapo inszenierten Glaubensauseinandersetzungen angenommen hatte, wurde mitunter als Kirchenkampf bezeichnet (vgl. Zipfel, F.: *Kirchenkampf*, 1965). In der Forschungsliteratur wird die Bezeichnung ‚Widerstand der Kirchen‘ bevorzugt. Kießener, M.: *Das Dritte Reich, Bilanz*, 2005, S. 67–73.

38 Goebbels’ *Tagebücher*, 1987, Bd. 2, S. 726.

gime durch irreführenden schönen Schein dem Ausland gegenüber aufwerten.³⁹ Im Juli 1936 verschärfte Hitler die politische Lage durch militärische Intervention im spanischen Bürgerkrieg und drängte die katholische Kirche zu einem gemeinsamen Bündnis gegen den in Spanien zur Eroberung Europas angetretenen gottlosen jüdisch-kommunistischen Bolschewismus.⁴⁰ Am 9.9.1936 verkündete Hitler den Vierjahresplan zur Sicherung der nationalen Versorgungslage, in Wirklichkeit zur Intensivierung der 1934 bzw. in der Weimarer Republik begonnenen Wiederaufrüstung für seine Kriegsplanungen mit dem Ziel der weitgehend autarken Selbstversorgung.⁴¹ Für dieses gewaltige Programm brauchte Hitler Mitkämpfer und keine Kritiker.

Die gedankliche Verbindung von Wehrrüstung und Gleichschaltung (Unterwerfung) der Menschen, zu der die Lösung der Kritikfrage gehörte, kommt in den Tagebucheinträgen von Goebbels zum Ausdruck.⁴² Am 21.10.1936 notierte er, „Hitler will mit Faulhaber über den Kampf gegen den Bolschewismus sprechen“. Am 22.10. folgte Hitlers Forderung: „Die Kritik muss auf Dauer ganz abgeschafft werden. Es darf nur noch einen Bericht geben. Die Frankfurter Zeitung muss weg“. (Die Richtigkeit dieser Aufzeichnung wurde 1945 von Rosenberg bestätigt⁴³). Dann beriet sich Goebbels (Eintragung vom 26.10.) auf der Buchmesse über das geplante Verbot der „Kunstkritik“, die er jetzt als einen zu beseitigenden „Krebsschaden des öffentlichen Lebens“⁴⁴ bewertete. Nach letzter Abstimmung mit dem Führer (24./27.11.) gab er das Verbot nur als internen Verwaltungserlass heraus.

Dass das kulturelle Leben im nationalsozialistischen Staat auch ohne Kritik funktions- und entwicklungsfähig sein muss, glaubte Hitler erfahren zu haben bei der Distribution seines eigenen Werks und das von Chamberlain,⁴⁵ nicht zuletzt dank seiner von (verführerischen) Erfolgen gekrönten Omnipotenz. Nachdem die Nation

39 Reichel, P.: Schein und Wirklichkeit, 1992, S. 262–272. Vor 1933 ist die Veranstaltung dieses internationalen Sportfestes mit „jüdischen Weltvernichtern“ und „Negersklaven“ von der NSDAP abgelehnt worden.

40 Besier, G.: Die Kirchen und das Dritte Reich, 2001, Kap. 8, S. 734–805.

41 Petzina, H. D.: Der Vierjahresplan, 1965, S. 9, 11, 16–19, 46–49. 1935 ist die Wehrpflicht gesetzlich eingeführt worden, die Aufrüstung hatte schon begonnen.

42 Goebbels' Tagebücher, 1987, Bd. 2, S. 726.

43 Rosenberg, A.: Letzte Aufzeichnungen, 1996, S. 115.

44 Bohrmann, H.: Presseanweisungen, 1984–2001, Bd. 4, S. 1450. Vgl. geheime Presseanweisung vom 28.11.1936.

45 vgl. Anm. 206 auf S. 79.

auf „einen Geist und eine hierarchische Führerordnung“⁴⁶ festgelegt war, sollte es keinen Platz mehr für kritische bürgerliche Einwände geben.

Der Goebbels-Erlass über das Verbot der Kunstkritik trägt das Datum 27.11.1936 und ist in Anlage 7 abgedruckt. Rang und Inhalt dieses Erlasses, aber auch die Art der Bekanntgabe sind in mehrfacher Hinsicht beachtlich. Nach Absatz 2 des Erlasses soll sich der Leser selbst eine Meinung und ein Urteil über das vorzustellende Buch bilden, d.h. ohne vorangegangene sachverständige, literaturkritische Hilfe. Goebbels stützte sich hierbei fast wörtlich auf den von Hitler und Rosenberg zum Vorbild erhobenen H.St. Chamberlain, der kritische Rezensionen verächtlich beiseite schob mit dem Argument, der Laie solle sich selbst ein Urteil bilden.⁴⁷ Damit verlor der Rezensent eine wesentliche Vermittlerfunktion. Sie sollte ersetzt werden durch die Propagandafunktion, die einen gesinnungstreuen Nationalsozialisten erforderte (Absatz 4). Die Sachkunde des Rezensenten, der von Goebbels verbal vom Kritiker zum Kunstkritiker erhöht wurde für das neue Kulturschaffen, rückte an die zweite Stelle. Diese und weitere Bedingungen bestimmten Berufszulassung und –dauer des Rezensenten. Der Hinweis in Absatz 1 deutet auf einen schwierigen „Abstimmungs“-Prozess mit den Beteiligten. Der schwerwiegende Eingriff wurde zu einem rein internen Verwaltungsvorgang verharmlost.

Die „einschneidenden Maßnahmen“, die Goebbels als letzte ihm verbleibende Lösungsmöglichkeit „im Rahmen der Neuformung des deutschen Kulturlebens“ hinstellt, versucht er im 3. Absatz mit angeblich nach der Ausschaltung der Juden noch immer wirksamen zersetzenden jüdischen Einflüssen zu begründen, durch die er vor allem das Vorbild Lessings verfremdet sieht. Diese Rechtfertigung war für Kenner nichts anderes als eine totale Manipulation eines propagandistisch ins Gegenteil verdrehten Faktums, das er mit dem sachfremden Hinweis auf das mit einer Buchbesprechung in keinem Zusammenhang stehende Verbot der sogenannten Nachtkritik vom 12.5.1936⁴⁸ zusätzlich vernebelte. Mit ihr wurde eine gelegentlich voreilige Besprechung einer abendlichen Theateraufführung o.ä. in der folgenden Morgenaus-

46 Sontheimer, K.: Antidemokratisches Denken, 1968, S. 55.

47 Chamberlain, H. St.: Grundlagen des 19. Jahrhunderts, 1903⁴, S. 27–32, 40.

48 Bbl. Nr. 125 vom 2.6.1936, S. 497 als kleine Randnotiz.

gabe einer Zeitung untersagt. Die Nachtkritik konnte mit dem Verbot der „Weiterführung der Kunstkritik in der bisherigen Form“ nichts zu tun haben.

Der an die „Stelle“ der Buchbesprechung gesetzte „Kunstbericht“ mit weniger wertender „Würdigung“ nach den politischen „nationalsozialistischen Grundsätzen“ konnte kein Ersatz sein und war es nicht, weil alle anderen Betrachtungs- und Wertungsgrundsätze pauschal ausgeschlossen wurden. Außerdem hatte der neu eingeführte „Kunstschriftleiter“ für seine Rezensionstätigkeit politisches Wohlverhalten nachzuweisen und war nach dem Schriftleitergesetz zu einer öffentlich-rechtlichen Amtsführung verpflichtet. Sein Mindestalter sollte 30 Jahre sein. Mit dieser fürsorglich erscheinenden Entscheidung, menschliche Reife und Erfahrung zur Einsatzbedingung zu machen, suchte Goebbels für seine „einschneidenden Maßnahmen“ Akzeptanz und Vertrauen.

Die Bekanntgabe des Verbots-Erlasses erfolgte ganz beiläufig, und zwar auf der 3. Jahrestagung von RKK, DAF und KdF in Anwesenheit von Hitler durch Reichsminister Goebbels und seinen Abteilungsleiter Alfred Ingemar Berndt. Die Bekanntgabe kulturpolitischer Erfolge stand im Mittelpunkt. Der Tagungsbericht enthielt dennoch aufschlussreiche Begleitkommentare im *Börsenblatt*⁴⁹, vorgetragen vom Hauptschriftleiter Hellmuth Langenbucher: Berndt habe über die „jüdische Kunstkritik“ gesprochen, die mit Heine, Börne, Alfred Kerr, Tucholsky, Maximilian Harden, Siegfried Jakobsohn, Felix Holländer, der „Vorherrschaft der ‚Literarischen Welt‘ des berüchtigten Juden Willy Haas“ (bereits 1934 verboten), die judenfreundliche Kritik der *Frankfurter Zeitung* und der meisten Beilagen der führenden bürgerlichen Tageszeitungen die arteigene Kultur verfälscht hätten. Nach den Säuberungen seien nur noch vereinzelt Widerstandsnester von arischen Leuten übriggeblieben, die aber von jüdischem Geist waren und die „einfach kein Verständnis für das nationalsozialistische Kulturschaffen“ aufbrächten. Den Kunstrichter und damit auch den Literaturkritiker, der sich als Kunstrichter aufspielte, gäbe es seiner Meinung nach nicht mehr.

49 ebd. Vom 1.12.1936, S. 1045–1055.

Allein mit negativen (Schein-)Begründungen war die Einführung des Kritikverbots vor der Öffentlichkeit doch nicht zu rechtfertigen, auch nicht mit Langenbuchers zwei Tage später nachgeschobenem Zusatzkommentar *Vom Kunstrichter zum Kunstschriftsteller*.⁵⁰ Schließlich sah er sich zu einer Art Notbegründung gedrängt, die im Einklang mit Rosenbergs weltanschaulicher Vorstellung stand und die er als Hauptschriftleiter von *Volk und Buch* der Reichsstelle sowie Hauptlektor der Reichsstelle (Amt Rosenberg genannt) im wesentlichen schon 1934 erklärt hatte. Er bezeichnete es als „Das Recht des Instinkts“⁵¹: „[...] dass Literaturkritik vor allen Dingen eine Instinktfrage ist. [...] Instinkt ist Stimme des Blutes, ist Stimme der Ehre, ist Stimme der völkischen Vergangenheit, ist Stimme des rassischen Schicksals; er ist einem gegeben oder nicht, er kann nicht angelernt oder anerzogen werden; [...] es bedarf für ihn aber keiner verstandesmäßigen Regeln oder Gesetze, [...] da die Literaturkritik im nationalsozialistischen Deutschland eben selbstverständlich nationalsozialistisch sein wird [...]“.

Diese Begründung für das im Grunde kontraproduktive Verbot jeglicher unerwünschter rationaler Kritik konnte niemand überzeugen. Der Erlass war praktisch erst durchsetzbar mit Unterstützung totaler Diktaturgewalt, wie sie am 30.6.1934 mit der spektakulären und einschüchternden (straflosen) Ermordung von Kritikern in der sogenannten Röhm-Affäre für jedermann sichtbar begonnen hatte. Doch in welcher Weise sich dieses das kritische Unterscheidungsvermögen von Menschen, bzw. von Rezensenten erheblich einschränkende Verbot nach den unzulänglichen Erklärungs- und Rechtfertigungsversuchen im gesellschaftlichen Alltag auswirken würde, blieb erst einmal offen.

Der zudem unsorgfältig vorbereitete Erlass musste aufgrund parteiinterner Kritik sogleich korrigiert werden. Mit geheimer Presseanweisung vom 15.12.1936⁵² kündigte Goebbels eine Dienstvorschrift an, die das gerade verfügte Mindestalter für Rezensenten von 30 Jahren herabsetzt, wenn der Betroffene genügend Fach-

50 Bbl. Nr. 281 vom 3.12.1936, S. 1055–1062. Barbian, J.-P.: *Verordneter Kanon*, 2002, S. 218–223.

51 Bbl. Nr. 283 vom 5.12.1936, S. 1062f und 2 Jahre zuvor Bbl. 252 vom 27.10.1934, S. 945 und im ‚VB‘ vom 28.11.1934.

52 Bohrmann, H.: *Presseanweisungen*, 1984–2001, Bd. 4, S. 1563f.

kenntnisse vorweisen kann und schon vor dem 30.1.1933 für die NSDAP tätig war – offensichtlich nach dem Vorbild der SS.⁵³

Hitler hatte mit seinem Diktum vom 22.10.1933: „Die Kritik muss auf Dauer abgeschafft werden“, um widerspruchsfrei herrschen zu können⁵⁴, eine politische Wende verursacht, die von Goebbels kaum verschleiert werden konnte. Bis zum Kritikverbot war journalistische Kritik, die Buchkritik einschließt, selbst unter Nationalsozialisten unbestritten. An Aussagen dreier Autoren lässt sich das beispielhaft ermessen:

Wilhelm Waldkirch konnte in seinem dreibändigen Werk über die zeitungspolitische Aufgabe im Jahr 1935 noch sagen: „Dass die nationale Regierung jedoch der deutschen Zeitung keineswegs das Recht zur Kritik nehmen will, dass sie eine uniforme Presse durchaus nicht für wünschenswert hält, ist schon häufig zum Ausdruck gekommen...“⁵⁵ „Unterbindung der Kritik bedeutet immer Minderung und Aufhebung der publizistischen Aktivität. Das Recht der Kritik resultiert aus dem Wesen der Zeitung und aus der Verpflichtung ihres Wirkens in die breite Öffentlichkeit. Kritik ist aktiver Dienst am Volk, Kritik ist Ausfluss des dynamischen Lebens- und Wirkensprinzips der Zeitung“.⁵⁶

Georg Fritzsche sagte in Kenntnis des Kritikverbots retrospektiv über die Zeit vor 1933: „Kritik erscheint uns... als Rückgrat jeden Feuilletons“.⁵⁷ Und Walter Jahn hatte schon am 9.1.1931 in Goebbels' *Berliner Abendblatt Der Angriff* in einer Betrachtung über „Autorität und Kitsch. Ein Beitrag zur Führerschule“ gesagt: „Wo Autorität ist, da ist natur- und denknotwendig auch Kritik. Wo die Kritik unterdrückt wird, treten erst Stockungen, dann Stauungen auf, die zur Selbstvernichtung führen. ... Jede Kritik bedeutet zunächst ein Rütteln an der Autorität. ... Wer nichts als Autorität sucht, ist kein Führer, sondern nur Verwalter ... Eine richtig geartete sachliche Kritik ... wird indirekt zur Quelle der Autorität“.

53 Zipfel, F.: *Kirchenkampf*, 1965, S. 165–172.

54 Hitler hatte 1928 nach dem Ausschluss des Gauleiters A. Dinter die in „Mein Kampf“ bestimmte Führerautorität, S. 378, unangreifbar verschärft, vgl. Hammer, H.: *Die Buchausgaben*, 1956, S. 171f.

55 Waldkirch, W.: *Zeitungspolitische Aufgabe*, 1935, Bd. 1, S. 332.

56 ebd., S. 129.

57 Fritzsche, G.: *Feuilleton und Kulturpolitik*, 1938, S. 39.

Diese klaren Aussagen müssen gesehen werden vor der kritik- und diskussionsfeindlichen Haltung Hitlers, postuliert im *Mein Kampf*-Buch. Gerade für Schriftleiter in der 1935 gegründeten Reichspreseschule musste die Institution Kritik einen entscheidenden beruflichen Stellenwert haben, weil sie auf einen funktionierenden Literaturmarkt und die öffentliche Kommunikation angewiesen waren. Erschwerend kam hinzu, dass der Begriff Kritik nicht definiert worden ist. Für ein amtliches Eingreifen, d.h. ein totales oder partielles Verdikt, genügte schon eine Sachdarstellung des Autors, die für ihn nicht erkennbar plötzlich zu politischem Misstrauen Anlass gab. Eine einsatzlenkende kritische „Würdigung“ durch die Zensurstellen von Bouhler oder Rosenberg brauchte nicht vorzuliegen. In der Presseanweisung vom 5.2.1937⁵⁸ wurde beispielsweise ein Buch von Hellmut Unger genannt, *Sendung und Gewissen*, das nur unter der Bedingung rezensiert werden durfte, dass die behandelten „Euthanasiefragen“ nicht erwähnt werden.

Viele Menschen werden sich verunsichert gefühlt haben, insbesondere durch Rosenberg, der sich für den vergleichsweise kompetenteren weltanschaulichen Sachwalter hielt. Kurz vor dem offiziellen Kritikverbot hatte er seinen Mitarbeitern in den von ihm herausgegebenen *NSMH* nämlich verkünden lassen, dass Kunstkritik, wie sie bisher praktiziert worden ist, zu verbinden sei mit der „Vorstellung von Angekränkeltem, Unmännlichem, Verweltlichtem“ als Gegensatz zu der kämpferischen Literaturauffassung.⁵⁹

Verunsicherung breitete sich auch in der Partei aus und forderte Goebbels heraus. Mit einem unveröffentlichten Rundschreiben vom 12.11.1936 wandte er sich über das Propagandaamt der Reichsparteileitung an alle Parteistellen.⁶⁰ Er sorgte sich um das Ansehen der Partei und um seine Kulturpolitik. „Wenn ich“, so schloss er sein Schreiben, „einerseits jegliche Kritik in der Presse untersagt habe, muss ich andererseits erwarten, dass auch jegliche Kritik an der Presse unterbleibt. ... Eine öffentliche Kritik an der Presse ist vom heutigen Tage an keinesfalls mehr zulässig“.

58 Bohrmann, H.: *Presseanweisungen, 1984–2001*, Bd. 5/I, S. 111. Zuvor am 5.12.1936 ist das Buch verboten worden, Bd. 4/I, S. 1504.

59 Arnold, H.: *Kunstkritik in: NSMH* 78, Sept. 1936, S. 836–839.

60 Rundschreiben vom 12.11.1936-AO Nr. 143/36; vgl. Hale, O.: *Presse in der Zwangsjacke*, 1965, S. 235f.

Im Ausland ist das Ausmaß des Kritikverbots zunächst nicht wahrgenommen worden. In der *Neue Zürcher Zeitung* berichtet M.R. am 8.12.1936 in der Morgenausgabe, Blatt 1 und 2. Er sieht die Bedeutung dieser Neuerung in einer verbesserten Unterordnung des Rezensenten unter den schaffenden Künstler und den die Volksgemeinschaft vertretenden Staat. Doch, so fragt er, war damit das Problem des richtigen Erkennens und Urteilens über den Tag hinaus zu lösen, um Irrtümer und Willkür vor dem zu besprechenden Werk auszuschalten? Als zweites Beispiel ist der Bericht von Willi Bischoff⁶¹ zu nennen, den dieser beim Internationalen Verlegerkongress in London vom 7.–12.6.1936 vorgetragen hat und der dann im britischen *Publisher Circular* vom 9.1.1937 abgedruckt und kommentiert wurde.⁶² Der redaktionelle Kommentator kannte inzwischen das Verbot und schrieb diplomatisch: „It is to be assumed that this is intended to restrict free criticism, or possibly adverse criticism of any kind“. Er erklärte dem englischen Publikum, dem Derartiges völlig fremd war, die ausweglose Lage eines durch Kritik unerwünscht gewordenen Rezensenten, obwohl Bischoff gesagt hatte, „his scheme ... has been applied with tact and prudence, and is producing excellent results“.

4.3 Der staatlich gelenkte Buchbericht als Rezensionersatz 1937–1940 (3. Stufe)

Der „einschneidende“ Kritikverbotserlass hatte bei den Beteiligten im Buchbesprechungswesen Unsicherheiten und Ängste hervorgerufen, zumal das Heimtückegesetz von 1934 nicht offen praktiziert wurde. Goebbels musste etwas tun, um die in ihrem Selbstbewusstsein verletzten Schriftleiter und Rezensenten zumindest zu beruhigen, den Überdruß in der Partei, den Unwillen in der Bevölkerung und die atmosphärischen Störungen zu überwinden. Er wählte dazu nicht erneut den Weg einer für jedermann sichtbaren amtlichen Anweisung mit Verbots- und Drohcharakter, sondern

61 Bischoff war Verleger der Brunnen-Verlag GmbH, Widder-Verlag GmbH, ‚Der Rundfunkhörer GmbH‘, war u.a. Leiter des Reichsverbands deutscher Zeitschriftenverleger und saß im Präsidialrat der RKK; vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse, 5. Aufl., hrsg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte Berlin, 1934, S. 323.

62 The Publishers Circular and Publisher and Bookseller, vgl. 146; no. 475 vom 9.1.1937, S. 31f.

eine neu herauszugebende Zeitschrift mit musterhaften Buchbesprechungen als Anleitung für Schriftleiter. Herausgegeben wurde diese Zeitschrift ab 1937 unter dem Titel *Die Buchbesprechung* von der RSK, inhaltlich gestaltet von linientreuen Schrift- und Hauptschriftleitern.

Zusätzlich zu dieser Vorlage von verbindlichen Buchbesprechungs-Mustern durch das Propagandaministeriums gab es ab 1938 eine weitere Direktive auf dem Gebiet der für die Machthaber ideologisch wichtigen Volkskundebücher mit wissenschaftlichem Anspruch. Sie erschien auf Veranlassung von Reichsleiter Rosenberg, der sich als Chefideologe des Reiches fühlte und Goebbels die Führung erneut streitig machen wollte, unter dem Titel *Deutsche Volkskunde in Schriftform*. Herausgegeben wurde sie von der am 5.1.1937 von Rosenberg mit Unterstützung der Reichsleiter Richard Walter Darré, Konstantin Hierl, Heinrich Himmler und Baldur v. Schirach gegründeten parteiamtlichen „Arbeitsgemeinschaft für deutsche Volkskunde“ in Verbindung mit Rosenbergs Amt Schrifttumspflege. Beide voneinander unabhängige Lenkungsinstrumente werden in ihren Funktionen kurz vorgestellt.

4.3.1 *Die Buchbesprechung* – eine nationalsozialistische Besprechungsanweisung

Ab 1937 erschien im Auftrag und unter der Aufsicht und Mitarbeit des RMVP die neue Zeitschrift *Die Buchbesprechung. Eine monatliche Umschau* mit jeweils rund 30 Seiten Heftumfang im Verlag Poeschel & Trepte in Leipzig, herausgegeben vom Buchdienst Leipzig-Berlin.

Die für Schriftleiter konzipierte Zeitschrift war in ideologische Grundsatzbeiträge und zahlreiche Musterbesprechungen gegliedert. Sie hatte Richtliniencharakter. Die Grundsatzbeiträge kamen in der Regel von Hauptschriftleitern, wie Hans Schwarz (*Der Angriff*), Wilhelm Westecker (*Berliner Börsenzeitung*), Hellmuth Langenbucher (u.a. im Amt Rosenberg).⁶³

63 Langenbuchers Funktionen sind zusammengestellt von Barbian, J.-P.: Verordneter Kanon, 2002, S. 218f.

Schon im ersten Heft 1937 wurde erklärt, dass nach dem Kritikverbot der Begriff Buchkritik weiter verwendet werden sollte, aber abgeschwächt zur Buchwürdigung. Kritik als Aufgabe war ausschließlich den Trägern der Staatsmacht vorbehalten. Maßgebend sollte der Geist sein, in dem die Besprechung zu halten sei, nämlich als „weltanschaulich-politische Haltung, mit der der nationalsozialistische Herzschlag des Werkes und seines Schöpfers“ zu würdigen und sichtbar zu machen ist (Wilhelm Westecker, S. 3–5); „weisende Übersicht“ und „unterscheidende Betrachtung“, um die früher angeblich üblichen harten Buchkritiken einzugrenzen (Adolf v. Grolmann, H. 3/1937, S. 65–68). Im Heft 7/8 beschreibt Heinz Rieke als eine andere wichtige Aufgabe der Buchbesprechung, dass mit ihr „die letzten Reste der bloß literarischen und ästhetischen Betrachtungsweise überwunden“ werden. Sie „dient nicht mehr wie bisher der persönlichen Neigung“ des Rezensenten „und den literarischen Interessen, hinter denen letztlich die Parteien standen“. Von ihm wurde die NSDAP als die einzige geschichtliche Bewegung über den bisherigen etablierten Parteien verstanden. Das nationalsozialistische Schrifttum, so fährt er in Heft 1/1938 fort, ist über die Buchbesprechung in „neu zu findenden interessanten Formen als nationalpolitische Aufgabe von weittragender Bedeutung“ dem Volke zugänglich zu machen.

Auf kritische Zuschriften, die ein nicht zu übersehendes Ausmaß angenommen haben müssen und von dem Goebbels'schen Rundschreiben vom 12.11.1936 im Grunde nicht verhindert werden konnten, aber nicht veröffentlicht wurden, antwortet in Heft 2/1938 Adolf Kriemer. Es gäbe zwar kein eigenständiges Berufsethos für „Buchbesprecher“, aber eine politische Verantwortung gegenüber Volk und Staat als einer „Bluts- und Volksgemeinschaft“. Da eine klare Definition des durch Rezensenten zu fördernden nationalsozialistischen Schrifttums offensichtlich nicht gelang, auch nicht dem langjährigen Hauptschriftleiter Westecker in Heft 7/8, versuchten zwei Autoren ohne Namensnennung sie gegen die „bolschewistische Literaturkritik“ und die sogenannte „Pressefreiheit“ der 48er Jahre des 19. Jahrhunderts in Deutschland abzugrenzen. Das war ihre Antwort auf den Versuch im vorangegangenen Heft 6/1938 (S. 161), die verstärkte ausländische Kritik am Verbotserlass und seiner Anwendung als bloß gehässig zurückzuweisen und die staatliche Schrifttumspolitik zu rechtfertigen, und zwar pauschal, ohne auf sie im einzelnen einzugehen.

Der mit der Buchbesprechungsanweisung geforderte Buchbericht als Rezensionersatz kann den Vorstellungen des RMVP nicht genügt haben. Ab 1939 hat Goebbels nämlich zusätzliche tägliche Presseanweisungen in Gestalt des streng vertraulichen Zeitschriften-Dienstes (ZD) bis 1942 als Richtlinie herausgegeben.⁶⁴ Diese zusätzliche Direktive unterstreicht die hohe Bedeutung der vor der Öffentlichkeit geheim zu haltenden Kritikabwehr, und zwar vom Ansatz her, d.h. bevor es zu einer Buchbesprechung kommen konnte.

Die Besprechungsanweisung, die im Krieg ihr Erscheinen einstellte, sollte befolgt, nicht unbedingt verstanden werden. Ein Erfolg dieser Methode war auch mit Blick auf die Rezipienten kurzfristig nicht absehbar und realistisch. Wie eine aufbauende mehr „würdigende“ als kritische Besprechung zu formulieren ist, hat der führende Funktionär Hellmuth Langenbucher vorgemacht. Auf sie wird im Abschnitt 4.4.1 eingegangen.

4.3.2 *Deutsche Volkskunde in Schriftform* – ein nationalsozialistischer Leitfaden

Um sich als Chefideologe nicht nur für die Erziehung der Partei, sondern des ganzen Volkes profilieren zu können, versuchte sich Rosenberg mit Hilfe seines Mitarbeiters Matthes Ziegler auf dem großen, noch jungen Forschungsgebiet der Volkskunde. Durch ideologische Einflussnahme glaubten sie, eine Volkskunde auf rassistischer Grundlage einführen, beweisen und durchsetzen zu können. Im Frühjahr 1938 veröffentlichte er eine als Leitfaden bezeichnete Sammlung von Buchbesprechungen über wissenschaftliche Themen der Volkskunde als Broschüre mit dem Titel *Deutsche Volkskunde in Schriftform*.⁶⁵ Bemerkenswert ist die Methode der rein machtpoliti-

64 Im Kapitel 3.2.1 ist der ZD beim reglementierten Umgang mit dem „Führerbuch“ bereits kurz erwähnt worden.

65 Die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft für deutsche Volkskunde“ wurde mit Presseanweisung vom 6.1.1937 bekanntgegeben; vgl. Bohrmann, H.: *Presseanweisungen, 1984–2001*, Bd. 5, S. 12. Sie war kein Institut, sondern Kern der Zusammenarbeit in der Reichsleitung der Partei.

schen Beurteilung und Manipulation von Wissenschaft und Literatur auf dem Weg über Buchbesprechungen, die Rosenberg effektiv erschien.⁶⁶

Im DIN A5-Format mit 152 Seiten Umfang enthält der Leitfaden 484 Buchbesprechungen und eine vierseitige Einführung seines Reichshauptstellenleiters und SS-Obersturmführers Dr. Matthes Ziegler. Ziegler stellte sich im Vorwort nur als Geschäftsführer der vom Amt Rosenberg neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft für deutsche Volkskunde vor.⁶⁷

Die Buchbesprechungen behandeln grundsätzliche Werke zur Volkskunde von der Mitte des 19. Jahrhunderts (z.B. Nr. I/25) bis 1937 (I/9). Sie sind in 12 Gruppen unterteilt von „Grundsätzliches zu Volkskunde und Volkstum“ über „Runen und Sinnbilder“ bis zu „Feiargestaltung“. Die Sammlung hat das erklärte Ziel, entsprechend dem „nichtaufgebbaren Hoheitsanspruch der NSDAP über das Gebiet der deutschen Volkskunde“ und die Volkskundeforschung diese auf rassistischer und mythischer Glaubens- und Wertegrundlage gegen die bisherige volks- und rassefremde Kulturgeschichte und gegen die katholische Volkskundearbeit durch eine „inhaltliche und weltanschauliche Beurteilung“ für eine zuverlässige Volkserziehung abzugrenzen.

Der Umfang der einzelnen „Buchbesprechungen“ schwankt zwischen 2 (z.B. V/15) und 27 (XI/39) Zeilen. Die Beurteilungen, die in nicht wenigen Fällen sogar zu Verurteilungen führen, gründen sich selten auf Sachkriterien als vielmehr auf weltanschauliche Gesichtspunkte (I/26, I/27, I/33, I/14) und gleiten mitunter ins Polemische, in Beleidigungen ab. Beispielsweise wird der Autor Professor Georg Schreiber als „berühmter Prälat“ vorgestellt (I/32) und seine Werke (IV/52, IV/54) als „konfessionelle Verfälschungsarbeit“ hingestellt.

Aus der großen Gruppe der angeblich nicht systemkonformen Autoren sei genannt: Adolf Bach: *Deutsche Volkskunde. Ihre Wege, Ergebnisse und Aufgaben. Eine*

66 Georg Ruppelt hat eine andere Methode, historische Schriftsteller gleichzuschalten, am Beispiel Friedrich Schiller nachgezeichnet: Schiller in Deutschland, 1979. Sie hatte schon vor 1933 begonnen, vgl. Fabricius, H.: Schiller als Kampfgenosse Hitlers. Bayreuth: nationalsozialistischer Kultur-V. 1932 mit lobender Rezension von Walter Linden in: ZfdK 48, 1934, S. 348. Fabricius war Ministerialrat und Geschäftsführer der NSDAP-Reichstagsfraktion. Vgl. auch ‚VB‘ vom 13.11.1934. Dort hatte Goebbels gesagt: Hätte Schiller in dieser Zeit gelebt, er wäre zweifellos der große dichterische Vorkämpfer unserer Revolution geworden.

67 ‚NSMH‘ 83, 1937, S. 164.

Einführung (Leipzig: S. Hirzel 1937, 530 S.). In der Rezension (I/1) heißt es u.a.: „Bach bleibt jedoch in seiner Darstellung durchaus der liberalen Volkskundeepoche verhaftet und lässt keine Gelegenheit außer acht, um der römischen Kirche, natürlich stets auf Kosten der germanischen Überlieferungswelt, eine betonte Bedeutung beizumessen“. Er verfolge seine überholte volksfeindliche Denkungsart irreführend weiter und garniere sie oberflächlich mit zahlreichen nationalsozialistischen Literaturhinweisen. In § 44 der 1. Auflage von 1937 schrieb Bach, dass die Forderung einer „Volkskunde auf rassischer Grundlage“ von Matthes Ziegler und Lutz Mackensen „gründlichste Berücksichtigung“ verdient im „Zeitalter einer erfolgreichen Rasseforschung...“.⁶⁸

Ein anderes Beispiel betrifft Will-Erich Peuckert: *Schlesiens deutsche Märchen*, Breslau 1932, 660 S.⁶⁹ Die Rezension stuft das Werk als „beachtenswert“ ein in fünf Zeilen.

Schon ein erster Blick verrät, wie unangemessen einseitig mit Forschungsergebnissen, begründbaren Einsichten und Erkenntnissen wissenschaftlich ausgewiesener Fachautoren umgegangen wurde. Selbst die Fairnesspflichten des Verbots-erlasses von Goebbels (Anlage 6) sind von den in die Anonymität gerückten, von Matthes Ziegler redigierten Rezensenten mehrfach missachtet worden. Die Vielzahl der diskriminierenden Rezensionen und die Art des Vorgehens wurde von Hannjost Lixfeld⁷⁰ als überrumpelnde Verletzung der Interessensphären aufgedeckt. Irrationale nationalsozialistische Methoden und Ziele der Bewertung von Autoren und ihrer Forschungsergebnisse wurden über die zu respektierenden persönlichen Positionen der angegriffenen Wissenschaftler gestellt. Wissenschaftliche Forschung lässt sich nicht in einem derart verunsicherten, durch ideologische Vorgaben eingeschränkten Klima betreiben. Jede Form von Gedanken- und Wissensaustausch wird dadurch verhindert, auch jeder Erkenntnisgewinn. Waren es Einsichten dieser Art oder die

68 Eine nicht restlos von nationalsozialistischem Gedankengut bereinigte Neuauflage von Bachs Werk erschien 1960 bei Quelle & Meyer in Wiebelsheim. Der 1945 emeritierte Prof. A. Bach erhielt 1960 das große Bundesverdienstkreuz, vgl. Kürschners Gelehrtenkalender, 1970.

69 Ein Nachdruck von Peuckerts Werk erschien 1972 in Darmstadt.

70 vgl. Lixfeld, H.: Nationalsozialistische Volkskunde, 1994, in: ebd., S. 235–269. Weiterführende Literatur: Deißner, V.: Die Volkskunde bis 1945, 1997, S. 242–247. Entwissenschaftlichung, S. 254–266 Matthes Ziegler betreffend.

Furcht vor einem unerwünschten Ansehensverlust als Folge des rücksichtslosen Umgangs mit wissenschaftlichen Erkenntnissen – wir kennen die konkreten Gründe nicht, die Rosenberg schließlich veranlasst haben, auf eine Veröffentlichung weiterer Rezensionen-Mustersammlungen zu verzichten.⁷¹ Die offenbar gewordene Machtwillkür auf dem Gebiet von Buchbesprechungen ist an deutliche Grenzen gestoßen.

Auf die betroffenen Forscher wirkte sich diese Zensurpolitik – soweit bekannt – in der Öffentlichkeit nicht aus. An Peuckert lassen sich jedoch weitergehende Folgen ausmachen: Will-Erich Peuckert (1895–1969) hatte sich 1932 im Fach Volkskunde in Breslau habilitiert und konnte sogleich als Privatdozent tätig werden.⁷² In seiner Arbeit war er fach-, nicht politikorientiert. Von einem minderbefähigten Kollegen, der aus Karrieregründen 1933 Mitglied der NSDAP geworden ist, wurde er diffamiert und verlor am 13.5.1933 die Lehrbefugnis. Trotz Schikanen und Gestapo-Überwachung arbeitete er wissenschaftlich weiter, auch publizierend.⁷³ Am 24.7.1942 erteilte ihn als (Zwangs-)Mitglied der RSK ein Rezensionsverbot nach einer politisch unerwünschten Rezension in *Das Reich*⁷⁴. Erst nach einem langwierigen Zuständigkeitsstreit zwischen RSK und RKK um die Frage, ob die wissenschaftliche oder politische Sicht entscheidungswichtiger ist, wurde es am 24.3.1944 aufgehoben. Die Wiedereinstellung blieb ihm dennoch verwehrt. Die Tatsache, dass Peuckert sich nicht gleichschalten ließ – auch politische Neutralität galt als nichtkonform –, rechtfertigte in den Augen der Machthaber, ihm als anerkannte wissenschaftliche Kapazität die Berufszulassung auf Dauer zu entziehen, ihn vom SD ständig überwachen zu lassen, sein außerberufliches Wirken zu behindern, den Druck seiner Habilitationsschrift zu verhindern und seinen Lebensunterhalt vor seinen Mitmenschen auf das Existenzminimum zu drücken.⁷⁵ Seine wissenschaftliche Kompetenz wurde durch

71 In NSMH H. 6, 1939, wurde über die Herausgabe der Vierteljahrszeitschrift der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Volkskunde berichtet mit einem 1. Beitrag: Deutsche Volkskunde als politische Wissenschaft, begleitet von einzelnen Buchbesprechungen.

72 vgl. Bönisch-Brednich, H.: *Volkskundliche Forschung*, 1994, S. 193–216.

73 Die fachliche Qualifikation von Peuckert war unbestritten. Vgl. dazu die Buchbesprechung in der *Niederdeutschen Zeitschrift für Volkskunde*, 1939, S. 114–116 von Lilly Weiser-Aall aus Oslo zu seinem Werk: *Deutsches Volkstum in Märchen und Sage*, Schwank und Rätsel, 1938.

74 ‚Das Reich‘ Nr. 21 vom 24.5.1942. Auf die am 26.5.1940 gegründete Zeitung wird noch eingegangen.

75 Bönisch-Brednich, H.: *Volkskundliche Forschung*, 1994, S. 207–217, insbes. 216.

Unterstellung einer vermuteten, nicht einer erwiesenen feindlichen Gesinnung (Heimtücke-gesetz vom 20.12.1934) zum persönlichen Nachteil Peuckerts verdreht, ohne ihm rechtliches Gehör eingeräumt zu haben. Nach dem Zusammenbruch der Diktatur 1945 erhielt er die o. Professur für Volkskunde und konnte frei forschen und lehren. In Anlage 8 sind seine Rezensionen vor und nach 1933 zusammengestellt.

4.4 Besprechungspraxis unter Konformitätszwang

Das unter erhöhten Sanktionsdruck gestellte diktatorische Kritik-Verbot bedeutete einen weiteren Eingriff in das pflichtgemäße Selbstverständnis eines jeden Rezensenten gegenüber seinen Lesern. Musste er sich nun vollständig unterwerfen oder, wenn er nicht schweigen wollte, konnte er mit partieller Anpassung noch bestehen? Diese Situation soll exemplarisch betrachtet werden, und zwar zunächst am Vorbild des Chefrezensenten und Hauptbefürworter des Kritikverbots in der Öffentlichkeit, Hellmuth Langenbucher⁷⁶, zweitens am Verhalten von weiterhin relativ frei argumentierenden Rezensenten gegenüber dem Chefideologen Rosenberg und drittens an der ambivalenten Rezensionspolitik zweier ganz unterschiedlich agierender Zeitschriften für gebildetes Publikum. Auch wenn diese drei Untersuchungsobjekte nicht als repräsentativ für die Zeit ab 1936 bezeichnet werden können, so lassen sich Erkenntnisse über die Bedeutung des Buchbesprechungswesens im polykratischen Machtgefüge gewinnen.

4.4.1 Buchbesprechungen und Stellungnahmen Hellmuth Langenbuchers

Hellmuth Langenbucher war Verfasser zahlreicher Rezensionen vor und nach dem Verbot. Er hat dabei den Aspekt der Literaturförderung im nationalsozialistischen

76 Graeb-Könneker, S.: *Autochthone Modernität*, 1996, S. 84–87; Barbian, J.-P.: *Verordneter Kanon*, 2002, S. 218, 223; ders.: *Literaturpolitik*, 1993, S. 117.

Sinn von Anfang an konsequent vertreten. Für einen Vergleich seiner Besprechungen/Stellungnahmen vor und nach 1936 bis 1939 (Kriegsbeginn) werden Erhebungen von Graeb-Könneker herangezogen.⁷⁷ Zunächst interessiert die Art und mögliche Änderung der Beurteilungsmethode, d.h. die Unterschiede zwischen Buchkritik und Buchwürdigung. Anschließend werden die den Rezensionen im Einklang mit der politischen Entwicklung zugrundegelegten Buchthemen vergleichend erörtert.

Langenbacher, der offensichtlich nur förderungswürdige Werke im Sinne der Besprechungsanweisung rezensierte, wertete weder literarisch, noch ästhetisch und formal, er hinterfragt die zu besprechende Literatur in erster Linie auf die ideologischen Einsatzmöglichkeiten und veröffentlicht die Rezensionen ausschließlich in den amtlichen Presseorganen der RSK, PPK, Amt Rosenberg, Schriftumabteilung des Reichserziehungsministers. Seine veröffentlichten Wertungen waren seit 1933 milde und ausgleichend um Konsens bemüht. Sie konnten als Mittel der Förderung eingesetzt werden, deren Vorgaben durch Hitlers *Mein Kampf* und die Regierungserklärung vom 23.3.1933 abgesteckt waren. Sie wurden von allen nationalsozialistischen Institutionen respektiert.⁷⁸ Für alle anderen Rezensenten hatte Langenbacher im Herbst 1934 im *VB* in scharfer Form die Relevanz nationalsozialistischer Buchbesprechungen betont.⁷⁹ Seine vielfach zum Vorbild genommene methodische Vorgehensweise vor 1936 erscheint als Vorarbeit für das amtliche Kritikverbot.

Ein wesentliches Element der nationalsozialistischen Politik ist die Zweckhaftigkeit des Handelns. Sie hat für den Umgang mit der nie definierten sog. nationalsozialistischen Literatur Bedeutung erlangt. Das Kritikverbot ist deshalb im Kontext zu sehen mit der Veröffentlichung des Vierjahresplans durch Hitler auf dem Parteitag am 9.9.1936.⁸⁰ Der Themenbereich der erwünschten Literatur für die rezenso-

77 Graeb-Könneker, S.: *Autochthone Modernität*, 1996, S. 29f.

78 Graeb-Könneker, S.: *Autochthone Modernität*, 1996, S. 87–145.

79 ‚VB‘ Nr. 244 vom 1.9.1934 betr. Die schon erwähnte Besprechung von ‚Kn‘ über das nationalsozialistische Propagandabuch: *Parteigenosse Schmiededecke* von A. Karrasch.

80 Der 1935/36 von Hitler und der Partei entwickelte Vierjahresplan wurde veranlasst durch die Weltwirtschaftskrise 1929/30, die Außenhandelskrise 1935/36 und die stockende Wiederaufrüstung (Rohstoff- und Devisenmangel). Begünstigt durch seit der Weimarer Zeit populäre Autarkievorstellungen, gemeint war eine wehrwirtschaftliche, S. 243f, zielte der Plan unter strikter Geheimhaltung auf eine kriegerische territoriale Expansion zur ‚Lösung unserer Lebensnot‘ und

rische Einsatzlenkung wurde daraufhin erweitert.⁸¹ Gelobt wurden Bücher, die „eine starke Waffe in unserem Kampf gegen Rohstoffmangel“ seien. Zu den in der NSB genannten Beispielen gehörte Hans Dominiks Roman-Buch über die deutsche Textilforschung *Vistra* von 1936, das gelobt wurde im Gegensatz zu seinem Buch von 1934 *Ein Stern fiel vom Himmel*. Es wurde von Moritz Christian Elsner 1935 negativ⁸², wenig später im gleichen Blatt (!) positiv beurteilt. Dazu muss man wissen, dass das Parteiprogramm der NSDAP damals noch immer gegen die kapitalistische „Zinsknechtschaft“ (Gottfried Feder) eingestellt war, um die marxistischen Arbeiter anzulocken. Autoren, die sich in den Dienst des Vierjahresplans stellten, konnten auch im populären Literatursektor am Förderprogramm teilhaben.⁸³ Besonders erfolgreich wurde der nationalsozialistische Schriftsteller Karl Aloys Schenzinger, der vor 1933 mit einem Romanbuch *Hitlerjunge Quex* 1932 Aufmerksamkeit erregt hatte. Er folgte dem Aufruf Goebbels' nach 1936 mit dem Roman der deutschen Farbenindustrie *Anilin* und 1939 mit *Metall*, einem Roman „einer neuen Zeit“, der die Fortschritte der Metall- und Elektrotechnologie packend darstellte. Beide Werke erhielten positive Rezensionen, *Anilin* u.a. von Langenbucher mit dem Zusatz: „politisch gesehen“.⁸⁴ Ob mit diesen bestimmte politische Zwecke fördernden Rezensionen überhaupt eine allgemeine Modernisierung, wie Graeb-Könneker sie versteht, angeregt worden sein soll, muss dahingestellt bleiben. Der Begriff Modernisierung stand unter dem Diktum des zweckgerichteten Handelns und bezog sich auf die Entwicklung zu einer modernen Technik, Wirtschaft etc. für die erfolgreiche Kriegführung, nicht aber für eine individuelle Lebensgestaltung. Der Bestsellerautor Schen-

zur „Brechung von Widerstand“. Vgl. ‚VB‘ vom 29.10.1936 und Petzina, H.D.: Der Vierjahresplan, 1965, S. 16–21, 46–54.

81 Langenbucher, H.: Deutsches Schrifttum, 1937 in: NSB, 1938, 3. Beilage, S. 1; dazu Erckmann, R. (RSK) in: ‚Der Buchhändler im neuen Reich‘, 1939, S. 87f.

82 ‚Bücherkunde‘ H. 3, 1935, S. 108 und H. 9/10, S. 424f.

83 Es gab eine offizielle publizistisch-werbende Aufwertung von Bereichen, wie Technik, Industrie und Ingenieurwesen u.a. im Bbl., 1937, 1, S. 1, in der ‚Bücherei‘, 1937 9/10, S. 417f, in den ‚NSMH‘, 1938, 105, S. 1130–1133.

84 Die Rezensionen zu beiden Werken sind bei Graeb-Könneker: Autochthone Modernität, 1996, S. 223 zusammengestellt, die, wie er betont „politisch gesehen“ werden müssen. Sein weiteres Beispiel der amtlich negativen Rezensionskritik an Eugen Diesel: „Das Phänomen der Technik. Leipzig/Berlin 1939“ betont, dass Diesel Zweifel an der technischen Entwicklung geäußert habe, die „gleich gut dem Aufbau wie der Zerstörung dienen“ kann. Die ‚NSMH‘, 1940, 124, S. 404–410 warfen ihm darauf „schlimmsten Kulturpessimismus“ vor, der mit dem Machtantritt Hitlers überwunden worden sei, S. 165–169.

zinger hatte diese Entwicklung genutzt und für seine Leser eine spannende zeitgenössische Lektüre geschrieben. Weder die politische Position noch der ideologische Anspruch des Rezensenten reichen aus, um einem Werk Modernität überzeugend zuschreiben zu können.⁸⁵ Die von Goebbels institutionalisierten Propagandamethoden haben nicht zu einer Massensuggestion geführt, da nicht alle Menschen in der Masse gleich und irrational reagieren.⁸⁶ Die Masse ist nicht amorph, wie Hitler in unkritischer Übernahme der LeBonschen Massentheorie zynisch meinte. Immer mehr Menschen wurden wachsamer gegen durchschaubare Manipulationsmethoden der Herrscher, zu denen wohl auch der Vierjahresplan mit dem Zweck der mentalen Aufrüstung gehörte.

Gleichermaßen haben sich auch kritisch gebliebene Rezensenten nicht einseitig politisch reglementieren und manipulieren lassen wollen, sie kannten ihre Leserkreise und versuchten – wie sich zeigen lässt – die letzten verbliebenen Nischen freien kritischen Schreibens zusammen mit gleichgesinnten Verlegern zu nutzen, um argumentativ behutsam zu überzeugen, nicht aber einhämmernd überreden zu müssen.

4.4.2 Buchbesprechungen und Stellungnahmen zu Rosenbergs zweiter Ergänzungsedition zum *Mythus*-Buch

Die Auseinandersetzungen um das umstritten gebliebene *Mythus*-Buch, d.h. um die noch nicht gelungene Unterwerfung des christlichen Volksteils unter die rassistische Staatsideologie, wurden von Alfred Rosenberg weitergeschürt.

Obwohl der Staat auf die Denkschrift der evangelischen Kirche 1936 und die päpstliche Enzyklika vom 21.3.1937⁸⁷ mit Polizei- und Strafmaßnahmen, u.a. gegen Pfarrer Martin Niemöller,⁸⁸ hart reagiert hatte, veröffentlichte Rosenberg im August

85 Bussemer, Th.: Propaganda, 2005, S. 163–165, 171–192, 232–248.

86 Nach Schneider, T.: Bestseller im Dritten Reich, 2004, S. 80, 82 betrug die Auflage für „Anilin“ >920 Ts und für „Metall“ >540 Ts.

87 Die Enzyklika behandelt die Verfolgung von Gläubigen, sowie religiöse Unfreiheit, unwahrhaftige Informationen, Vertragsverletzungen, Glaubensunterdrückung.

88 Niemöller wurde dann am 2.8.1938 freigesprochen, aber von der Gestapo sogleich in KZ-Haft genommen.

1937 die 1935 konzipierte, auf Hitlers Geheiß zurückgestellte zweite Ergänzungsschrift zum *Mythus*, diesmal gegen die evangelischen Kirchen gewendet. Goebbels notierte am 4.9.1937 erbot in sein Tagebuch: „Er hat großes Talent Porzellan zu zerschlagen“.⁸⁹ Die Schrift trug den Titel *Protestantische Rompilger. Der Verrat an Luther und der ‚Mythus des 20. Jahrhunderts‘*. Sein wenig qualifizierter Inhalt und sein ausdrücklicher Vorbehalt, in amtlicher Eigenschaft evtl. noch Stellung zu beziehen, sowie sein pauschaler Vorwurf an die Rezensenten, sie hätten die „Toleranz des Staates“ missbraucht⁹⁰, artete aus in eine anmaßende Überheblichkeit. Er urteilte in der Ergänzungsedition über Walter Künneth: „wagt man heute [...] die Dinge zu verdrehen“ (S. 26), über Rudolf Homann: der „um diesen Kampf sich besonders bemüht“ (S. 26), über Sasse: sein „einheitlich angelegter Zersetzungsversuch [...] der nationalsozialistischen Gedankenwelt“ (S. 41), über Christian Stoll: mit seinen Worten „wird die Stupidität zum Grundsatz erhoben“ (S. 41), über Karl Barth: „der amtliche Apologet dieser Leichenbitterkonfession“ (S. 50), über Otto Dibelius: der „tut, als begriffe er nicht“ (S. 81).

Goebbels hatte zusätzlich zu dem Kritik- ein Informationsverbot über die Kirchenfrage am 8.3.1937 mit geheimer Presseanweisung erlassen.⁹¹ Doch trotz Strafandrohung griffen zahlreiche Rezensenten und Kritiker, einige von ihnen erneut, zur Feder, weil sie in Rosenbergs Schrift mehr als nur dessen persönliche Meinung sahen. Sie glaubten nicht schweigen zu dürfen. Sie suchten und fanden risikobereite Redakteure für eine Veröffentlichung oder wählten den Selbstverlag. Zu den neuen Rezensionen und Kritikschriften (vgl. Anlage 4 und 4a), die rasch bekannt wurden, gehörten u.a. die zwei von Walter Künneth: *Evangelische Wahrheit! Ein Wort zu Rosenbergs Protestantische Rompilger* und *Sterbender Protestantismus? Die evangelische Wahrheit*. Sie konnte in 112 000 Exemplaren verbreitet werden.⁹² Seine weitere Entgegnung *Wider die Verfälschung des Protestantismus* ist vor der Druck-

89 Goebbels' Tagebücher, 1987, Bd. 3, S. 253.

90 Rosenberg, A.: *Rompilger*, 1937, S. 5, 31f und Vorwort.

91 Bohrmann, H.: *Presseanweisungen*, 1984–2001, Bd. 5, S. 203. Am 29.11.1938 wurde die Anweisung erneuert, vgl. Bd. 6, S. 1134.

92 Iber, H.: *Rassischer Glaube?*, 1987, S. 90.

legung Anfang Oktober 1937 beschlagnahmt worden.⁹³ Ferner ist Otto Dibelius zu nennen mit seinen *Drei Randbemerkungen zu einem Kapitel Rosenberg* und Hans Preuß mit *Rosenberg und Luther*.

Beachtung verdient die Schrift von Otto Dibelius, sie ist seine Stellungnahme/Rezension auf den Vorabdruck von Rosenbergs Schlusskapitel des Buches *Protestantische Rompilger* (S. 78–86), aus dem das o.g. polemische Zitat von Rosenberg stammt. Dibelius' Publikation erschien als kleine handliche Schrift ohne Jahresangabe. Er stützte sich darin auf Rosenbergs Disputationserlaubnis in der Erwartung, sich noch sanktionslos äußern zu dürfen. Bevor das Rompilgerbuch im August 1937 erschien, war nämlich das Buchkritikverbot am 1.7.1937 in Kraft getreten. Aus dieser zeitlichen Konstellation kann geschlossen werden, dass Dibelius seine couragierte kritische Entgegnung ohne Jahresangabe zwischen dem Verbotserlaß am 26.11.1936 und August 1937 veröffentlicht haben müsste, sie wäre wohl eher in das Ende dieses Zeitraums einzuordnen. Dibelius hat also in dieser gefährlich verhärteten Situation einen letzten Ausweg für seine berechtigte Kritik zur Befriedigung der Leserbedürfnisse gesucht und gefunden. Die Auflagenhöhe hat sich nicht eruieren lassen, der Gemeindeverlag existierte vielleicht nur vorübergehend.

Die Meinungen der Autoren emanzipierten sich, beflügelt durch Rosenbergs Attacken, im fortschreitenden öffentlichen, im halböffentlichen (in Kirchengemeindeversammlungen) und im privaten (seelsorgerlichen) Diskurs. Das Meinungsspektrum reichte von der strikten, auf den Erkenntnissen von Karl Barth fußenden Ablehnung des *Mythus* über abwägend differenzierende bis zu begrenzt kompromissbereiten Bewertungen einiger Vorstellungen Rosenbergs. Darauf ist Rosenberg nicht eingegangen. Selbst die Gesprächsanfrage von Künneth hat er brüsk abgelehnt.⁹⁴ Es ging ihm nicht um Klärungen, denn er wusste wie Hitler, dass die Kirchenleitungen nach deren Amtsverständnis keinen politischen Widerstand leisten konnten und wollten.⁹⁵ Es ging Rosenberg und Hitler bei ihrer kirchenpolitischen Gratwanderung um die Gleichschaltung aller Deutschen und um die systemstabilisierende Erhaltung des

93 ebd. S. 364, Anm. 233.

94 Künneth, W.: *Lebensführungen*, 1979, S. 155f.

95 Neues Testament, Römer 13, 1–2.

vordemokratischen Untertanengeistes, in der die Zweckbindung von „Thron und Altar“ aus dem 19. Jahrhundert verankert bleiben sollte. Sie erkannten die akute Gefahr einer sich verselbständigenden Bewusstseinsbildung über ein heftig rezensiertes/diskutiertes Thema. LeBon hatte in Erinnerung gerufen, dass die französische Revolution gegen den Katholizismus Ende des 18. Jahrhunderts erfolglos geblieben war, weil sie gegen einen „wohlgefestigten Glauben“ geführt worden ist.⁹⁶

Unter dem starken amtlichen Verbotsdruck versiegten die Rezensionen zum Jahresende 1937 bis auf diejenigen, die sich Rosenbergs Ideologie unterwarfen⁹⁷ oder sich sehr kompromissbereit äußerten. Zu den letzteren gehörte die Minderheitengruppe der DC. Aus ihren Reihen traten zwischen 1934 und 1938 die Kritiker Grünagel, Stock, Scharfe hervor (vgl. Anlage 4a). Sie lassen sich en bloc betrachten. Friedrich Grünagel bezog sich auf den Absolutheitsanspruch von Hitlers Weltanschauung.⁹⁸ Ihm widersprach er mit den Worten: „Man kann nicht vom Evangelium her in den Raum des Politischen unmittelbar eingreifen“, insbesondere, wenn Kirchen- und Staatsbereiche sich überschneiden. Später, d.h. 1938, wirft Grünagel Rosenberg vor, „Mythus und Christentum im Grundsätzlichen vereinbar erscheinen zu lassen“.⁹⁹ Hans Stock geht einen Schritt weiter und fordert von der Kirche, dass sie „dem Kaiser rückhaltlos das Seine zu geben“ habe, dass andererseits der Glaube nicht mit dem „Maßstab des völkischen Nutzens“ gemessen werden darf. Aus der „geschichtlich gegebenen Nötigung“ hält er einen Neuanfang des christlichen Glaubens für diskussionsreif. Weder Kirche noch Staat sollten sich gegenseitig in eine Verabsolutierung und „Dämonisierung“ treiben.¹⁰⁰ Siegfried Scharfe, der dem *Mythus* noch verständnisvoll gegenüberstand, kann Rosenbergs *Rompilgern* nicht mehr folgen und befürchtet negative Auswirkungen. Er habe beobachtet, dass das evangelische Kirchenvolk sich in den „Irrgärten von Theologie und Weltanschauung“ nicht

96 LeBon, G.: *Psychologie der Massen*, 1922, II, 4 §1.

97 ein Beispiel: Friedrich Andersen (Hauptpastor i.R.), der als Anhänger Chamberlains Rosenbergs „geniale Lichtgedanken“ im Volksmythus begrüßte, vgl. Baumgärtner, R.: *Weltanschauungskampf*, 1977, S. 239f; aber auch Iber, H.: *Rassischer Glaube?*, 1987, S. 281.

98 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 508: „politische Parteien sind zu Kompromissen bereit, Weltanschauungen niemals“.

99 Grünagel, F.: *Rosenberg und Luther*, 1934, S. 25–31; sowie: *Wagnis oder Dogmatismus?*, 1938, S. 16.

100 Stock, H.: *Erstarrung?* 1938, S. 13, 18f.

auskenne, aber „ein gesundes Gefühl“ habe, was seinem Leben Inhalt, Wert und Ziel gibt. Die Evangelischen der DC seien Volkskirche und deshalb bereit, „sich in die große Front der völkischen Marschierer einzuordnen“, wollen aber ihrer „geistlichen Bestimmung ganz treu bleiben“.¹⁰¹

Baumgärtner stellt dazu fest, dass die DC nicht wie die BK Rosenberg theologisch zu interpretieren versuchten und nicht das bekennende Entweder-Oder, sondern das verleugnende Sowohl-als-auch zum bestimmenden Prinzip gemacht hätten und deshalb „zu seinen politischen Propagandisten geworden“ seien.¹⁰²

Das Regime reagierte repressiv. Zum einen bot es nationalsozialistische Rezensionen auf in den staatlichen Presseorganen, wie *VB*, *NSMH*, zur Abschwächung des kritischen öffentlichen Echos, zum anderen wurde ab 1936 die konfessionelle Buchproduktion über eine Papierrationierung, beispielsweise beim Bertelsmann-Verlag, eingeschränkt.¹⁰³ Künneth erhielt am 31.12.1937 vom Reichssicherheits-Hauptamt ein Rede- und Schreibverbot „aus staatspolitischen Gründen“ (die Notverordnung vom 28.2.1933 wurde hier nicht herangezogen). Die nationalsozialistisch geleitete Universität Berlin entzog ihm Ende 1937 die *venia legendi*. Die AC, die zur Inneren Mission gehörende, 1922 gegründete kirchliche Ausbildungsstätte, wurde von der Gestapo geschlossen.¹⁰⁴

Wilhelm Brachmann, ein Mitarbeiter Rosenbergs, behauptete in den *NSMH* 1938, nachdem kritische Rezensionen nicht mehr erscheinen konnten: Wer die nationalsozialistische Rangordnung der Werte als Vergötzung bezeichne, kapituliere vor dem Bolschewismus. Der „geistliche Vorbehalt“ der Kirche bedeute, dass es „keinen totalen Einsatz gegen den Bolschewismus“ gebe.¹⁰⁵ Ein öffentlicher Widerspruch war nicht mehr erlaubt. Gleichwohl darf davon ausgegangen werden, dass dieses bewegende Kommunikationsthema wegen seiner beängstigenden Folgen für jeden Einzelnen und für die Glaubensgemeinschaften in abgegrenzten umfriedeten kirchli-

101 Scharfe, S.: Verrat an Luther?, 1938, S. 28–31.

102 Baumgärtner, R.: Weltanschauungskampf, 1977, S. 231.

103 Bertelsmann im Dritten Reich, hrsg. v. Friedländer/Frei 2002, S. 90f, 193f. Dazu Öffentliche Bekanntmachung Nr. 153 im Handbuch der RSK, hrsg. von Wilhelm Ihde, 1942. Bbl. 1939 Nr. 103, S. 367–371.

104 Iber, H.: Rassischer Glaube?, 1987, S. 280; Künneth, W.: Lebensführungen, 1979, S. 143–148.

105 ‚NSMH‘ 8, 1938, S. 12.

chen und privaten Räumen trotz Bespitzelungsgefahr, sozusagen in den geistigen Kasematten, unter Gläubigen weiter diskutiert wurde. Aber auch innerhalb der Machthierarchie gingen die Auseinandersetzungen um eine Lösung der ideologisierten kirchenkampfartigen Auseinandersetzungen unversöhnlich weiter,¹⁰⁶ bis Hitler angesichts seiner sich ausweitenden kriegerischen Unternehmungen die Lösung der nur scheinbar „privaten“ Obsession Rosenbergs um das Lebensrecht der Kirchen im nationalsozialistischen Staat auf die Zeit nach dem Endsieg vertagte. Widerwillig lenkte Hitler ein aus Furcht vor einem insgesamt sich abzeichnenden innenpolitischen Stimmungsumschwung.¹⁰⁷

4.4.3 Buchbesprechungen in den Zeitschriften *Inneres Reich* und *Neue Rundschau*

Als Beispiel für die Besprechungspraxis in dieser von politischen Reglementierungen und Maßregelungen beherrschten Umbruchszeit werden zwei literarische Zeitschriften vorgestellt. Beide waren bestrebt, in Folge der nicht vollendeten Gleichschaltung, der unberechenbaren und instabilen Zensurpolitik und der stets latenten Furcht der amtlichen Institutionen vor einem Ansehensverlust voreinander und vor dem kritischen Ausland die gewährten publizistischen Spielräume und verbliebenen

106 Die Ablehnung seiner drei „Mythus“-Schriften hat Rosenberg nicht ruhen lassen. 1939 verfasste er eine vierte Schrift zur Klärung der nationalsozialistischen Begriffe „Weltanschauung und Religion“ als katechismusartige Thesen. Der Stellvertreter des Führers, Martin Bormann, schlug Rosenberg vor – selbst er hatte keinen Zugang zu Hitler mehr – sie als Broschüre innerhalb der Partei zu verbreiten, damit RMK Kerrl durch seine „törichten Behauptungen“, Religion dürfe nicht als Politik und Politik nicht als Religion „missbraucht“ werden, die Öffentlichkeit nicht beunruhigen könne. Rosenberg ließ sich von seinen Visionen nicht abbringen, auch wenn man, wie er einräumte, die beiden Kirchen jetzt noch nicht als staatsfeindlich verbieten könne. Die von Rosenberg und Kerrl geplanten Veröffentlichungen wurden vom Führer 1940 als unzeitgemäß zurückgestellt, vgl. Baumgärtner, R.: *Weltanschauungskampf*, 1977, S. 75–81. Vgl. dazu auch Broszat, M.: *Der Staat Hitlers*, 1969, S. 298–300.

107 Kershaw, J.: *Hitler vor 1936*, 2002, S. 723f. Hitler habe seinen Popularitätsverlust in der katholischen Kirche 1935/36 nicht verwunden. In der zweiten Jahreshälfte 1937 habe er das Christentum reif für den Untergang gehalten, vgl. Ders.: *Hitler nach 1936*, 2002, S. 79f, sowie S. 572 und 577: Hitler schob die Schuld für die sich 1941 ausbreitende Unruhe in der Bevölkerung infolge seines kirchenfeindlichen Kurses und seines bekanntgewordenen Euthanasieprogramms den Hitzköpfen der Partei zu. Er sah seinen charismatischen Herrschaftsanspruch in Gefahr, vgl. auch Broszat, M.: *Der Staat Hitlers*, 1969, S. 299f und Anm. 47.

Nischen sachlich auszuloten. Beide waren Töchter vermöglicher Verlage, konnten also ökonomisch frei disponieren, ein ansprechendes zeitgemäßes Literaturprogramm auf den Markt bringen und geeignete Rezensenten engagieren. Beide versuchten bürgerliche Stammleser an sich zu binden und neue zu gewinnen, wenngleich von einer unterschiedlichen ideologischen Ausgangsposition. Es sind die Zeitschriften *Das innere Reich* und *Die neue Rundschau*. Beginnen wir mit der Literaturzeitschrift *Das innere Reich*.

Die von Marion Mallmann¹⁰⁸ untersuchte, als konservative Kulturzeitschrift bezeichnete literarische Monatszeitschrift ist ein Produkt des Langen-Müller Verlag München (vgl. Kapitel 2.4).

Der Verlag ist nach 1933 von der DAF unter Reichsführer Robert Ley übernommen worden. Das Blatt mit dem programmatischen Untertitel *Zeitschrift für Dichtung, Kunst und deutsches Leben* mit zunächst 140 Seiten Umfang erschien von 1934 an, trotz eines vorübergehenden Verbots im Jahre 1936, bis Ende 1944 unter der Herausgeberschaft von Paul Alverdes und Karl Benno von Mechow (dieser nur bis 1937/38), die beide schon lange zum Verlag gehörten. Der hinter dieser neuen Zeitschrift stehende finanz- und gesinnungsstarke DHV war vor 1933 mit dem nationalsozialistischen KfdK liiert. Initiiert wurde die Zeitschrift nach den 1932 entstandenen Wünschen des DHV-Verlagsleiters Gustav Pezold. Wilhelm Stapel blieb am Rande. Das Blatt sollte das konservativ gebildete Bürgerpublikum für die nationalsozialistische Idee gewinnen. Es war der Versuch, ein anderes Lesepublikum anzusprechen als die im gleichen Verlag schon länger erscheinende *Neue Literatur* unter Will Vesper.

Der Begriff „inneres Reich“ suggeriert eine gewisse Introvertiertheit, die die Intention der gemeinten literarischen Richtung indirekt wiedergibt. Wichtiger für die Partei dürfte der zweite Begriffsteil gewesen sein, der einen historisch affinen, traditionsbegründenden Wert zum Ausdruck bringt – man denke an die noch zu besprechende spätere Gründung der Zeitschrift *Das Reich*. Sie war als eine nicht ganz offen agierende nationalsozialistische Zeitschrift stark dem völkischen und romantischen

108 Mallmann, M.: ‚Das innere Reich‘, 1978, S. 41–284, zugleich für die folgenden Ausführungen.

Gedankengut der Nationalkonservativen zugewandt, die sich gern als Volkstumsideologen artikulierten. Alverdes als allein handelnder Schriftleiter unterstützte den Nationalsozialismus, aber nicht lautstark, und ließ gelegentlich leise kritische Töne abseits der aktuellen Politik in Buchbesprechungen nach dem Kritikverbot zu. Besprechungen, die auch in Essayform vorgebracht wurden, wie z.B. von Otto Taube, Harald von Koenigswald und Reinhold Schneider¹⁰⁹, aber auch direkte Buchbesprechungen – zu nennen sind Walter Bauer und Hellmut von Cube, der u.a. über den „unerwünschten“ bekennenden Protestanten Albrecht Goes schrieb¹¹⁰ – waren beachtlich, hatten gleichwohl keinen bestimmenden Einfluss auf das *Innere Reich*. Es gab keine durchgehend klare und für den Leser über das übliche Maß hinausgehende hilfreiche Beratung durch Buchbesprechungen ohne Polemik und ideologische Verbiegungen.¹¹¹

Die Gründungsabsicht, gegen die literarisch tonangebende *Neue Rundschau* des Fischer-Verlags antreten zu wollen¹¹², war so nicht umzusetzen. Das Absinken der monatlichen Auflageziffern von 10 000 (Mai 1934) mit Schwankungen auf 5 000 (April 1938) belegt dies, wobei zu berücksichtigen ist, dass die verkaufte Auflage tatsächlich erheblich niedriger gelegen haben soll und amtliche Dienststellen und (Leih-)Bibliotheken mit Leseexemplaren auszustatten waren. Die mangelnde Resonanz der Zeitschrift in der Öffentlichkeit war außerökonomisch begründet. Zu dem wenig Ausstrahlung entwickelnden Mitarbeiterstamm hat die irrationale und kaum überzeugende Weltanschauung beigetragen, wie sich in der Gegenüberstellung mit dem persönlich und literarisch engagierten Mitarbeiterkreis der noch zu erörternden *Neuen Rundschau* zeigen lässt.

Die Bedeutung der Zeitschrift im „Dritten Reich“ war begrenzt. Nach Alfred Andersch hat sie als Feigenblatt für die „geistige Hüllenlosigkeit“ der Nationalsozialisten gedient.¹¹³ Horst Denkler hat diese Zeitschrift als eine in ihrer Physiog-

109 ebd., S. 112f.

110 ebd., S. 271.

111 ebd., S. 270–284.

112 ebd., S. 55.

113 ebd., S. 305.

nomie der Täuschung und Selbsttäuschung janusköpfig konstruierte bezeichnet.¹¹⁴ Das Schrumpfen der monatlichen Auflagenhöhe zwischen 1934 und 1938, d.h. in wirtschaftlich günstiger Zeit, um 50% lässt auf eine kritische Rezipientenschar schließen, die offensichtlich mit der rigiden Reglementierung hinsichtlich Buchauswahl und -besprechung nicht einverstanden war, zumal die Probleme aus Rezipientensicht zusammen mit dem übrigen ideologisch ausgerichteten Zeitschriftenteil gesehen werden mussten. Verlegerische Versuche, aus diesem Dilemma herauszukommen, sind nicht auszumachen.

Der Versuch dieser in völkisch-nationalistischem Kulturbereich angesiedelten Literaturzeitschrift, sich mit der *Neuen Rundschau* geistig messen zu wollen, war gewagt und nur langfristig unter einer gelingenden Gleichschaltungspolitik und mit Hilfe eines erst noch zu gewinnenden gleichgesonnenen Rezipientenstammes überhaupt vorstellbar.

Die *Neue Rundschau* der S. Fischer-Verlag AG¹¹⁵ war eine literarische Monatszeitschrift für das gebildete liberale Bürgertum und behielt ihre alte bewährte Tradition und ihr hohes literarisches Niveau im Grunde bei. Die Wirren der Weimarer Republik mit dem Aufkommen der Nationalsozialisten hatten den Verlag, mehr jedoch die *Neue Rundschau* nicht unbeeinflusst gelassen. Die extreme Ideologie der antijüdischen Diktatur wurde zur existentiellen Herausforderung für die Mitarbeiter, das Verlagsprogramm und das Lesepublikum. Die zwangsweise gleichschaltende Unterwerfung konnte durch das geschickte und mutige Handeln des neuen Verlags- und Hauptschriftleiters Peter Suhrkamp bis Ende 1936 weitgehend abgefedert werden. Es war ein dornen- und opferreicher Weg der *Neuen Rundschau* von 1933 bis zu ihrem vordergründigen Verbot als nicht kriegswichtig 1944. Er ist von Falk Schwarz¹¹⁶ nachgezeichnet worden. Die folgenden das Besprechungswesen betreffenden Betrachtungen bauen auf seinen Ermittlungen auf, soweit nicht andere Quellen genannt werden.

114 Denkler, H.: Zur Physiognomie der Zeitschrift, 1976, S. 382–405.

115 Die von der nationalsozialistischen Diktatur erzwungene Arisierung erfolgte stufenweise: bis 1936 firmierte der Verlag als S. Fischer-Verlag AG, ab 1936 als Fischer Verlag, ab 1942 als Suhrkamp Verlag, vormals S. Fischer und ab 1943 als Suhrkamp Verlag. Vgl. Barbian, J.-P.: Arisierung des Fischer-Verlags, 1996, S. 79.

116 Schwarz, F.: Literarisches Zeitgespräch, 1972, Sp. 1281–1484.

Die nicht vertriebenen und verfolgten Rezensenten und Mitarbeiter standen von Anfang an mehrheitlich dem nationalsozialistischen Regime kritisch gegenüber; die wenigen Parteigenossen unter ihnen, die kaum aus Überzeugung als aus Sorge um ihre Lebensgrundlage Mitglied geworden waren, verhielten sich loyal. Etliche Rezensenten publizierten auch für andere Blätter, z.B. für das *Berliner Tageblatt* und *Das innere Reich*. Das waren u.a. Walter Bauer, Hellmut von Cube, Albrecht Goes und Hermann Hesse.

Seit 1934 gehörte der langjährige Verlagsautor Hermann Hesse dazu. Als schweizer Staatsbürger (ab 1921) und Gegner des Nationalsozialismus bediente er sich gern einer verschlüsselten Sprache.¹¹⁷ In seinen „Anmerkungen zu neuen Büchern“ hat er viele Novitäten besonders im Frühjahr und im Herbst rezensiert. Falk Schwarz hat für das Jahr 1936 101 Rezensionen von Hermann Hesse und Otto Flake gezählt.¹¹⁸ Die oft umschreibenden, nicht im Einklang mit der „volkhaften“ Literaturauffassung der RSK stehenden Rezensionen endeten abrupt mit dem September-Beitrag 1936¹¹⁹, wenige Wochen vor dem Kritikverbot. Hinzu kam, dass der Verlag keine Druckpapierbewilligung für Hesses Werk bekam und seine Autorenhonorare seit 1938 zeitweilig, seit 1940 eingefroren wurden und nicht mehr in die Schweiz überwiesen werden konnten. Ab 1943 durften seine Werke im Dritten Reich nicht mehr verbreitet werden.¹²⁰

Am Verbot bzw. der Verhinderung von Hesses Rezensionen lässt sich die das literarische Leben abdrosselnde Politik der Nationalsozialisten verdeutlichen. Helga Abret¹²¹ hat die umfangreiche Rezensionstätigkeit Hesses seit 1900 untersucht und seine Motive und Absichten eruiert. Danach habe Hesse die von ihm für wertvoll erachteten literarischen Werke der europäischen Literatur über die Moden der Zeiten

117 ebd., Sp. 1 390f.

118 Schwarz, F.: Die gelenkte Literatur, 1976, S. 73.

119 ‚Neue Rundschau‘ 1936, S. 1004–1008. Hermann Hesse hat insgesamt 3 000 Rezensionen geschrieben, vgl. Unseld, S.: Der Autor und Verleger, 1978, S. 86.

120 Unseld, S.: Briefwechsel Hesse-Suhrkamp, 1969, S. 429f. Barbian, J.-P.: Arisierung des Fischer Verlags, 1996, S. 79.

121 Abret, H.: Hesse als Rezensent europäischer Literatur, 1991, S. 163–178. Hesse habe zunächst in Albert Langen einen gleichgesinnten europäischen Verleger gefunden. In dessen Halbmonatsschrift ‚März‘ hatte er bis 1917 eine weitausstrahlende Plattform. Vgl. auch Falk Schwarz: Literarisches Zeitgespräch, 1972.

und die Politik der Nationalstaaten hinweg mit großem persönlichem Engagement den Lesern nahegebracht. Ihm sei es wichtig gewesen, Wesen und Denkart der besprochenen Autoren möglichst aus der Originalsprache verständlich zu machen. Durch Werkvergleiche aus verschiedenen europäischen Ländern und Epochen stellte er sie in Einzel- und Sammelrezensionen vor und warb damit zugleich für die Fortsetzung der großen europäischen Kulturtradition und ein besseres gegenseitiges Verständnis. Wesentlich waren ihm literarisch-ästhetische Aspekte. Auf Inhaltsangaben der Werke und Begründungen seiner Werturteile glaubte er i.a. verzichten zu können. Er habe sich zwar dem irrationalen Zeitgeschmack genähert, doch gleichwohl die ins „Dritte Reich“ führende Entwicklung abgelehnt. Dass er auch nach 1933 jüdische Autoren rezensierte, wurde u.a. von Will Vesper scharf kritisiert. 1935 und 1936 habe Hesse seine Rezensionen dann in der schwedischen Literaturzeitschrift *Bonniers Litterara Magazin* veröffentlicht, die nur wenigen seiner deutschen Leser auf Umwegen noch zugänglich blieben.

Nach dem Kritikverbot 1936 erschien in der *Neuen Rundschau* vorerst keine Buchbesprechung mehr. Sie wurden mitunter ersetzt durch beiläufige Reflexionen, Zitate, Umschreibungen. Als Beispiel sei ein Essayabdruck von Johann Gottfried Herder: *Über Genie, Geschmack und Kritik* genannt, den Suhrkamp in Heft 1/1937 gesetzt hat. Er steht in Verbindung mit dem Herderzitat „Kunstrichter“ in Heft 12/1935 und dem Verbotserlass, in dem Goebbels sich provokativ auf die großen Vorbilder glaubte auch noch berufen zu können, neben Lessing auch Herder.¹²² Erst ab 1938 konnten wieder Rezensionen, aber behutsam in der Aussage, gebracht werden. Sie erschienen unter dem vom *Berliner Tageblatt* (nach dessen Gleichschaltung) übergewechselten Schriftleiter Karl Korn ab April unter dem Stichwort „Erstlinge“, dann fortgesetzt von Martin Dibelius im Juli mit der Überschrift „Das Rätsel Mensch“, bezugnehmend auf Rosenbergs *Mythus*-Buch.¹²³

Der Umfang der monatlichen Auflage der *Neuen Rundschau* schrumpfte vor allem infolge der stufenweise verschärften staatlichen Rassepolitik, die sich auf den

122 ‚Neue Rundschau‘ Jan. Heft 1937, S. 1–10; Dez. Heft 1938, S. 672.

123 ebd. April-Heft 1938, S. 403–415; Juli-Heft 1938. S. 1–11.

hohen Anteil jüdischer Leser auswirkte.¹²⁴ 1935 = 4 200; 1937 = 4 800; 1938 = 2 066; 1939 = 1 700. Im Vergleich zum *Inneren Reich* begann der Auflagenrückgang bei der *Neuen Rundschau* erst 1938. Nur bei ihr haben sich die antijüdischen Zwangsmaßnahmen des Regimes direkt auswirken können, die ihren Höhepunkt in der „Kristallnacht“ erreichten, dem am 9./10.11.1938 von der SA organisierten Pogrom. Diese Eingriffe betrafen nach der Arisierung von Redaktion, Schriftleitung und Verlag¹²⁵ nun das Stammlesepublikum. Ein ausgleichender Ersatz war nicht zu schaffen, der bald beginnende Krieg durchkreuzte alle verlegerischen Pläne. Der kreativ rezensierende, in den Augen der Diktatoren missliebige Verlags- und Hauptschriftleiter Peter Suhrkamp konnte seine amtlich betriebene Ablösung durch einen linientreuen Beauftragten des RMPV verhindern; doch wurde er noch vor der Einstellungsverfügung der *Neuen Rundschau* am 13.4.1944 nach einem Spitzelkomplott des SD von der Gestapo wegen eines nie bewiesenen Verdachts auf Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet, ins KZ gebracht¹²⁶ und mit einem schweren bleibenden Gesundheitsschaden kurz vor dem Zusammenbruch der Diktatur entlassen.

124 Detaillierte Angaben liegen nicht vor. Im Visier der nationalsozialistischen Politik stand nicht der literarische Stoff des indizierten Schrifttums, sondern die jüdische Herkunft des Verfassers und seine Ausschaltung (Vertreibung, Verhaftung, Vernichtung) und die vordergründige Arisierung des Handels, d.h. der Verbreitung von Schrifttum, die erst Ende 1938 zu einem gewissen Abschluß gebracht wurde. Außenpolitische Rücksichten vor einem Ansehensverlust und ökonomische Interessen der Machthaber (In- und Export insbesondere auch historisch-politischer Bücher jüdischer Kultur) bestimmten die Aktivitäten der staatlichen Schrifttumsbehörden, „um Störungen der internationalen buchwirtschaftlichen Wechselgeschäfte zu vermeiden“. Vgl. dazu Aigner, D.: Indizierungspolitik, 1971, S. 1006, 1016 sowie Dahm, V.: Das jüdische Buch, 1993, S. 22, 110–128, 134–141, 155f. Die zwischen den führenden Funktionären nicht abgestimmte widersprüchliche Politik ließ in der Praxis den verunsichernden, aber irrigen Eindruck eines vorsichtig abgestuften Vorgehens entstehen.

125 Schwarz, F.: Literarisches Zeitgespräch, 1972, Sp. 1302. Barbian, J.-P.: Arisierung des Fischer-Verlags, 1996, S. 72, 79.

126 Schwarz, F.: Literarisches Zeitgespräch, 1972, Sp. 1335–1338.

5. Grenzen der Buchbesprechungspolitik

5.1 Die kulturelle Lage

Nach dem Regierungsantritt Hitlers hatte das Regime alle Kraft darauf konzentriert, die Macht unumkehrbar zu festigen. Über die inhaltliche Gestaltung der Kulturpolitik ist kein institutionenübergreifender Konsens zustande gekommen. Die von Goebbels forcierte Ausschaltung der Juden aus der Kultur und die Ideologisierung des gesamten Lebens hatten zu einer Verarmung der literarischen Szene geführt. In sein Tagebuch notierte Goebbels, er habe „keine Lust, den ganzen deutschen Kulturbesitz so nach und nach unterbuttern zu lassen. Am Ende bleiben aus unserer Geschichte nur noch Widukind, Heinrich der Löwe und Rosenberg. Das ist ein bisschen wenig“.¹ Goebbels lenkte aber nicht ein, auch nicht, als sich mit dem Judenpogrom am 9. und 10.11.1938 und Rosenbergs Streben nach einer umfassenden Beauftragung zur „Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung“ die Probleme im Reich weiter verschärften, auch innerhalb der Regierung. RMK Kerrl erklärte schließlich in einer Ressortbesprechung am 10.2.1940², dass der Auftrag Rosenbergs auch im Volk als eine kirchen- und christentumsfeindliche, stark beunruhigende Maßnahme gesehen wird. Die Folgen, zu denen das anhaltend negative Auslandsecho hinzukommt, müssten „während des Krieges unter allen Umständen vermieden werden“. Das „Dritte Reich“ brauche jedoch das Christentum und die Kirchen, da „es nichts an die Stelle der christlichen Religion und der christlichen Moral“ zu setzen habe.

Zu der eingeschränkten Buch- und Presseproduktion gehörte auch das Verbot der Gründung neuer Zeitungen/Zeitschriften nach 1933. Die Literaturvermittlung unterlag einer immer perfektionistischer gewordenen einseitigen Lenkung und Kontrolle. Das vom Regime betriebene Zeitungssterben machte vor den noch geduldeten alten traditionellen Blättern nicht halt. Das 1934 zwangsweise in den Zentralverlag der NSDAP eingegliederte und auf ein provinzielles Niveau gleichgeschaltete *Berliner*

1 Goebbels' Tagebücher, 1987, Bd. 3, S. 449 vom 5.6.1938, aber auch vom 25.7.1938, S. 490.

2 Broszat, M: Der Staat Hitlers, 1969, S. 299f und Anm. 47.

Tageblatt musste 1939 aufgeben.³ Das stumme Verhalten der zurückweichenden Schriftleiter, Rezensenten und Mitarbeiter war vielen Abonnenten nicht verborgen geblieben.⁴ Aus anderen, nicht nur kriegsbedingten Gründen schränkte zu Beginn der nationalsozialistischen Eroberungspolitik der *VB* seine Rezensionen ein; erst nach der Stalingrad-Niederlage 1943 wurden sie neu eingesetzt, jedoch zum Zwecke der Betreuung und Ablenkung für Front und Heimat.⁵

Mit der Ausweitung des Angriffskrieges und dem Wirksamwerden der intensiver betriebenen Indoktrination wuchsen die Mängel in der Versorgung der Menschen mit Büchern, die sie sich wünschten und die sie auch brauchten, um ihre Kritikfähigkeit zu erhalten, zu fördern, herauszufordern. Durch die von Goebbels verordnete Hinwendung zur unkritisch faszinierenden Unterhaltungsliteratur, die nicht minder zensiert war auf arisch-völkische Systemkonformität, waren die unterschiedlichen Leserbedürfnisse keineswegs gelöst. Hatten die Käufer und Leser in den Jahren zwischen dem Verbot kritischer Rezensionen und dem Kriegsausbruch noch aus einem reichhaltigen friedensmäßigen Buch- und Beratungsangebot frei wählend schöpfen können, nahmen nach 1939 die ideologischen Zwänge und ökonomischen Engpässe für geistig regsame Menschen spürbarer zu als für andere. Die fehlenden, zur Orientierung unerlässlichen Informationen und Anregungen aus Rezensionen mussten sie sich, soweit sie in ihrer Jugend zur Kritikfähigkeit noch ausgebildet waren, anderswo besorgen, z.B. über bekannte und vertrauenswürdige Buchhändler, sowie aus noch nicht überwachten Antiquariaten, konfessionellen und wissenschaftlichen Bibliotheken und nicht zuletzt aus den noch nicht kontrollierten privaten Bücherschränken bei sich und bei Freunden.⁶

3 Koszyk, K.: *Deutsche Presse*, 1972, S. 347–408. Gotto, H. u.a.: *Nationalsozialistische Herausforderung*, 1986, S. 655–668.

4 Boveri, M.: *Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler*, 1965 und Korn, K.: *Lange Lehrzeit*, 1976, passim.

5 Geißler, R.: *Literaturkritik*, 1967, S. 271. Geißler hat auf die nicht zu übersehende abstoßende Rezensionspraxis des ‚VB‘ aufmerksam gemacht. Sie war ein nicht seriöses Kampfmittel Rosenbergs auf niedrigstem Niveau, S. 272f. Vgl. dazu die Ausführungen in Kap. 2.5.1.

6 Schneider, T.: *Bestseller im Dritten Reich*, 2004, S. 78, 97. Er betont, dass es nicht nur nationalsozialistische Literatur gab und viele Menschen ein eigenes Urteil sich bewahrt haben und ihre Lektüre selbst gewählt haben müssen. Er verweist auf Heinrich Spoerls Feststellung in dessen Buch von 1938: „Man kann ruhig darüber sprechen“, es gäbe bereits mehr Leihleser als Kaufleser, S. 131. Die Gesamtauflage von Spoerls Buch bis 1944 betrug 922 Ts.

Das Buchangebot für die Bevölkerung wurde aus ideologischen Gründen weiter eingengt. Besonders auffällig wurde dies auf dem Gebiet der konfessionellen Schriftumsproduktion. Schon vor dem Führerentscheid über die Vertagung der Gleichschaltung der Kirchen, gleichsam ihn vorbereitend, wurde mit der öffentlichen Bekanntmachung Nr. 133 vom 31.3.1939 die konfessionelle von der nichtkonfessionellen verlagsinternen Schriftumsproduktion getrennt und eine verlagsinterne Quersubventionierung (finanziell und materiell) verboten.⁷ Mit der Druckpapierzuteilung konnte die Herstellung unerwünschten Schrifttums sukzessiv beliebig eingeschränkt und leichter überwacht werden. Damit war neben dem Kritikverbot auch von der Produktionsseite her die Versorgung der Bevölkerung mit sogenannter systemfeindlicher, zum Widerstehen anregender Lektüre total unterbunden. Zudem durften kirchliche Büchereien ab 1941 zur besseren Überwachung nur noch reine Glaubensunterweisungsschriften ausleihen.⁸ Der Behördenentscheid bezweckte eine Verlagerung von der Rezeptionsebene in die amtlich leichter beherrschbare Produktionsebene.

Weitere über diese nur einen kleinen, aber empfindlichen Teil der literarischen Buchkultur betreffende Eingriffe waren zur innen- und außenpolitischen Absicherung der militärischen Großoffensive vorgesehen, ließen sich jedoch mit der unzulänglichen Handhabung des Vierjahresplans und den dem Volk noch aufzubürdenden Entbehrungen kaum vermitteln.⁹ Die totalitären Machthaber standen vor der aktuellen Gefahr des Ansehensverlustes mit allen seinen Folgen, die sie nicht aufkommen lassen bzw. nicht verschärfen wollten.

7 Friedländer, S. (Hrsg.): Bertelsmann im dritten Reich, 2002, S. 192–194, 226f. Bbl. Nr. 103, 1939, S. 367–371.

8 Barbian, J.-P.: Literaturpolitik, 1993, S. 337f.

9 Petzina, H. D.: Vierjahresplan, 1965, S. 138, 192f. Er weist hin auf die mangelnde, planlose Abstimmung und das Gegeneinander unter den vielen konkurrierenden Programmen und Institutionen, die immer wieder Korrekturen erforderten.

5.2 Eingriffe zur Korrektur der Buch- und Pressepolitik 1939/40 (4. Stufe)

Ein bisher strikt abgelehnter Vorschlag von Rolf Rienhardt im Verwaltungsamt des Reichsleiters Amann, mit dem er schon 1937 den politischen Abwärtstrend in der Pressepolitik zu wenden gedachte, wurde Ende 1939 unter dem Zwang der unbefriedigenden Entwicklung neu aufgegriffen. Nach langem Taktieren gab ihm schließlich Goebbels aus nicht ganz uneigennütigen Gründen die Zustimmung.¹⁰ Sie führte zur amtlichen Gründung der neuartigen nationalsozialistischen Wochenzeitung *Das Reich*. Das Blatt erschien 1940 im Deutschen Verlag, der in der Öffentlichkeit als Privatverlag auftrat, obwohl er, der vormalige private Ullstein-Verlag, von Amann 1934 in seinen Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf. unter Geheimhaltung einverleibt worden ist. Dem Typ nach war *Das Reich* eine Zeitung. Sie ist die einzige Neugründung der Nationalsozialisten geblieben. Ihr Titel knüpfte bewusst romantisierend an die verlorene alte Reichsidee an. Der Gründungszeitpunkt nach den ersten militärischen „Erfolgen“ (Polenfeldzug) war günstig.

Das neue Wochenblatt sollte, um das Wohlwollen des Auslands für das „Dritte Reich“ zu gewinnen, liberal-abwägend, vielseitig und informativ auf „hohem Niveau“ – wie sich Karl Korn erinnerte¹¹ – im Großformat 38 x 55 cm gestaltet werden, ähnlich dem englischen *Observer*. Dazu holte sich der als Leitartikler und Präsident der RKK selbst mitwirkende, dem Ausland gegenüber als Reichsminister zeichnende Propagandaminister Goebbels von ihm zuvor ausgeschaltete bürgerlich-liberale fachkundige Schriftleiter und Rezensenten als festangestellte und freie Mitarbeiter.¹² Ausdrücklich waren es solche, die Erfahrungen aus der Zeit vor 1933 mitbrachten. Systemkonform herangezogene Nationalsozialisten waren (noch) nicht verfügbar. Als Hauptschriftleiter wurde Eugen Mündler verpflichtet, der zuvor beim Ende Januar 1939 unter staatlichem Druck eingestellten *Berliner Tageblatt* war. Diese qualifizierten Fachleute brachten die für diese „neue“ Aufgabe unerlässliche geistige Welt-

10 Abel, K.-D.: Presselenkung, 1968, S. 74–83.

11 Korn, K.: Lange Lehrzeit, 1976, S. 296f, ferner Koszyk, K.: Deutsche Presse, 1972, S. 405.

12 u.a. Carl Linfert von der ‚Frankfurter Zeitung‘, Oskar Loerke und Karl Korn von der ‚Neuen Rundschau‘, Jürgen Petersen vom ‚Berliner Tageblatt‘.

läufigkeit in Haltung, Sprache und Diktion mit. Um ein attraktives Blatt für das Ausland überhaupt produzieren zu können, wurden ihnen Arbeiterleichterungen als Ausnahmeregelung vom RMVP zugesagt. Zu den wichtigsten gehörten neben dem freien Zugang zu überparteilichen Informationsquellen die Einschränkung der reglementierenden Anweisungen der Presselenkungsstellen¹³ und des Kritikverbotserlasses von 1936. Auch sollten die Schriftleiter ihre Gesinnung nicht laufend rechtfertigen müssen. Diese Sonderregelung blieb jedoch für sie höchst riskant.

Mit der Einführung der mustergültigen Besprechungszeitschrift *Die Buchbesprechung* war die Politik flexibler geworden, denn die ‚Muster‘-Rezensenten sollten die amtlichen Weisungen ergänzen oder ersetzen, ohne daß der amtliche Charakter voll in Erscheinung trat und gezielt kritisiert werden konnte.¹⁴ Der Notwendigkeit einer unauffällig gelockerten oder verschärften Anpassung an veränderte Bedürfnisse, z.B. während der Berliner Olympiade 1936, der Pariser Weltausstellung 1937 sowie unter den unabsehbaren Kriegsimponderabilien, aber auch nach den negativen rezensionspolitischen Erfahrungen Rosenbergers, war Genüge getan. Diese Anpassungsregelung ergänzte die erwähnten zensurartigen Sprachregelungen bei Buchbesprechungen in dem vom RMVP herausgegebenen *Zeitschriftendienst*, abgestuft nach Empfängerkreis, Bedeutungsgehalt und dem Grad der Vertraulichkeit.¹⁵ In ihm wurde u.a. auch geregelt, ob und wie bei einem zu besprechenden Werk von den Rezensenten vorzugehen ist. Bei den nicht ausbleibenden Auslegungsschwierigkeiten hielten sich die Rezensenten sicherheitshalber an die strengeren Vorgaben, die sie in eigener Zensurverantwortung vertreten mussten, selbst angesichts des vage zugesagten größeren Handlungsspielraums beim *Reich* und der sie kritisierenden anderen „nicht begünstigten“ Presseleute.

13 Abel, K.-D.: Presselenkung, 1968, S. 50–58; ferner Pieper, I.: ‚Das Reich‘, 1973, S. 425.

14 Das Schriftleitergesetz hatte alle Rezensenten zu Eigenverantwortlichkeit und gleichzeitig zu Willensvollstreckern der Staates verpflichtet.

15 Abel, K.-D.: Presselenkung, 1968, S. 50f; ferner Hagemann, J.: Presselenkung, 1970, S. 36–49; Zeitschriften-Dienst (ZD) vom 22.9.1939, Nr. 806: Die Zeitschriften haben sich „ausschließlich nach den staatlichen Anweisungen zu richten, alle deren individuelle Auffassungen werden abgelehnt“. Nr. 849 vom 30.9.1939: Nach Ende des Polenfeldzuges ist die Kriegsbereitschaft der Zeitschriften nicht fallen zu lassen und die „nötige Beeinflussung des Lesers durchzuführen“. Nach dem 1.12.1939 werden zahlreiche konkrete Einschränkungen von Buchbesprechungen aus Kriegs- und Erziehungsgründen angeordnet, Nr. 1244, 1345, 1428, 1439, für das Jahr 1939.

Die erste Ausgabe des *Reichs* vom 26. Mai 1940 (Nr. 1) erschien mit einer Startauflage von 100 000 Exemplaren¹⁶, von der nur ein geringer Anteil für die geistige Elite im Inland vorgesehen war. Im Tagebuch von Goebbels steht am 24. Mai 1940: „Rienhardt zeigte mir die 1. Nr. von *Das Reich* [...] Ein ansprechendes Propagandamittel im Ausland“.¹⁷

Das Faktum ihres Erscheinens verbreitete sich wie ein Lauffeuer von Mund zu Mund unter den Gebildeten. Die einer besseren literarischen Kost Entwöhnten standen regelmäßig in Schlangen nach ihr an, auch nach Auflagenerhöhung der Nr. 2 auf 300 000 und in der Folgezeit auf 800 000 Exemplare. Im Jahre 1943 erreicht die Auflage 1,42 Millionen mit Hilfe auswärtiger Druckereien in Köln und Oslo¹⁸ und rückte auflagenmäßig in die Nähe des *Völkischen Beobachters*.

Am 26. April 1942 erschien im *Reich* ein ungewöhnlicher Beitrag von „Fg“ mit dem Titel *Buchbesprechung heute?*.¹⁹ Sein Beitrag beginnt wie folgt: „Jedermann wäre verblüfft, wenn die Werbung plötzlich begänne, den Wert der Ware kritisch zu betrachten, wenn sie Objekte gegeneinander abwägen wollte und sich um Objektivität bemühte“ und er geht sogleich zur Buchbesprechung über, die in den letzten Jahren zurückhaltend eingesetzt worden sei, dann zu ihrer geschichtlichen Entstehung und Aufgabe. Die Buchbesprechung – so bestätigt „Fg“ – sei ein Kind des aufklärerischen Zeitalters. Mit der von Friedrich Nicolai und Gotthold Ephraim Lessing herausgegebenen *Briefen, die neueste Literatur betreffend* sollten die „literarisch Interessierten“ über die Neuerscheinungen und den „objektiv geistigen Wert“ des Buches unterrichtet werden, d.h. durch „Anzeige und Kritik, unbekümmert um den Verkauf“. „Fg“ nimmt dann Bezug auf die aktuelle Lage: „Weil die Buchbesprechung aber keine Werbung ist, wird sie auch im Kriege weitergeschrieben. Sie ist gerade jetzt vollends unentbehrlich geworden. Ein großer Teil der Bücherleser hat seinen Lebenskreis verlassen müssen und ist ohne die gewohnte Föhlung zum geistigen Leben.

16 ebd., S. 88; Martens, E.: *Das Reich*, 1972, S. 229 Anm. 191. Sie verwechselte die Startauflage mit der von Abel in Anm. 35 genannten folgenden Auflage von 300 000 für Nr. 2; Korn, K.: *Lange Lehrzeit*, 1976, S. 302 nennt 550 000 nach einem halben Jahr.

17 Goebbels' Tagebücher, 1987.

18 Martens, E.: *Das Reich*, 1972, S. 228, Anm. 176.

19 In die Anonymität zielende Namenskürzel durften sich nur amtliche Presseorgane nach § 3 Schriftleitergesetz vom 4.10.1933 erlauben.

Hier kann die Buchbesprechung helfen: sie unterrichtet über neue Bücher, setzt das durch den Krieg unterbrochene literarische Gespräch fort und schafft die Verbindung zwischen dem Werk und denen, an die sie sich wendet. Sie muss allerdings mehr denn je kritisch sein, denn sie darf nicht ohne weiteres damit rechnen, dass der Leser ihr Urteil durch eigene Erfahrung erhärten kann...“.

Sollte dieser Beitrag vom 26.4.1942 im *Reich* das Ende 1936 erlassene Kritikverbot im Ausland als nicht gravierend erscheinen lassen? Hatte die so sehr betonte Begründung des Kritikverbots durch den hochrangigen Funktionär Hellmuth Langenbucher, der Instinkt müsse höher bewertet werden als der Verstand, um die Buchbesprechung vor einer „kunstrichterlichen“ Aburteilung zu bewahren, gerade den gegenteiligen Effekt hervorgerufen?²⁰ Ist der Appell an die Urteilsfähigkeit des Lesers ein rhetorischer? Sollten die vor dem Kritikverbot gegebenen Zusicherungen, zitiert nach Wilhelm Waldkirch und Georg Fritzsche, dass das „Recht auf Kritik“ und die Kritik als „Rückgrat des Feuilletons“ nicht angetastet werden, wieder Geltung erlangt haben?²¹

Die einzige Antwort auf diese Fragen ist im unerwarteten hohen Nachfrageanstieg zu finden. Und auf ihn reagierte die RKK. Der Aktionsrahmen der Mitarbeiter wurde seit Ende 1940²² fortlaufend enger, der Seitenumfang reduziert: 1940 von 32 auf 24 Seiten in 1941, 1942 auf 12 und 1944 auf 8 Seiten.²³ Eine Begründung war leicht zu finden: Kriegswirtschaftliche Materialengpässe. Die RKK wagte allerdings nicht, das *Reich* einzustellen, auch nicht im Zuge der am 29.1.1943 vom RMVP verordneten Stilllegungen von Verlagen, von Zeitschriften/Zeitungen²⁴, wozu u.a. die über Deutschland hinaus renommierte und trotz Hitlers Verdikt bis dahin verschont gebliebene *Frankfurter Zeitung* gehörte. Die letzte stark reduzierte Ausgabe von *Das Reich* erschien am 22. April 1945.

20 vgl. Kommentar von „Dr.H.L.“ im Bbl. Nr. 281 vom 3.12.1936, S. 1055–1063.

21 Waldkirch, W.: Die zeitungspolitische Aufgabe, 1935, Bd. 1, S. 332 und Bd. 3, S. 129. Fritzsche, G.: Feuilleton und Kulturpolitik, 1938, S. 39.

22 Linsen, A.: Der Kulturteil vom ‚Reich‘, 1954, S. 45; Abel, K.-D.: Presselenkung, 1968, S. 100–103.

23 Martens, E.: Das Reich, 1972, S. 228 Anm. 176.

24 RGBI I, 1943, S. 75.

Die Reaktion der RKK in der Reduzierung von Umfang und Inhalt des *Reichs* als Antwort auf die offensichtlich unerwünschte Nachfragesteigerung war demaskierend für sie, weil das OKW mit seiner für das Ausland produzierten und nur dort verbreiteten Propagandazeitung *Signal*²⁵ das psychologische Risiko (nach seinem Verständnis von LeBon) erkannt hatte. Die eklatante Diskrepanz zwischen der in- und ausländischen Wirklichkeit war mit den Propagandamethoden von Goebbels nicht zu überspielen. Hinzu kam der Druck der in *Mein Kampf* postulierten und mit unveränderter Intensität auch nach dem Kritikverbot aufrechterhaltenen irrationalen ideologisch-weltanschaulichen und geistfeindlichen Indoktrinierungspolitik der Machthaber. Damit ist unter Gebildeten, die das Regime glaubte missachten zu können²⁶, ein bedrohlich wachsendes Widerstandspotential herangezogen worden, weil das menschlich notwendige individuelle Bedürfnis nach Orientierung durch Kritik (in aktiver und passiver Form), Information und Kommunikation in der Gemeinschaft weitgehend unmöglich gemacht worden ist. Das ist hier sichtbar geworden und hat das Regime zurückschrecken, innehalten lassen. Eine Wende in der sich gegen diese legitimen Bedürfnisse richtenden nationalsozialistischen Politik (zur Aufrechterhaltung der Gewaltherrschaft) war aber überhaupt nicht, auch nicht ansatzweise erkennbar und sollte, wie Goebbels in Tagebuchaufzeichnungen zum Ausdruck brachte, mit dem *Reich* nach den bösen Erfahrungen mit dem *Mythus* von Rosenberg gar nicht versucht werden. Andernfalls wäre das sich beispielsweise gegen die arisierte *Neue Rundschau* richtende verstärkt feindliche Verhalten der RSK kontraproduktiv geworden. Das heroische Führer- oder Autonomieprinzip, das ohne entsprechende Kontrolle (z.B. Kritik) nicht funktionieren kann, sollte und durfte auf keinen Fall infrage gestellt werden. Der nationalsozialistische Glaube an den Endsieg war auch bei der sich verschlechternden Kriegslage nicht aufgegeben. Zu bedenken ist, – wie Walter Jens feststellte – dass *Das Reich* zur Verklärung der Gewalt diente.²⁷

25 Goebbels' Tagebücher, 1987 mit der Eintragung am 23.4.1940: „„Signal‘ zu stark unter Wehrmachtseinfluss“. Die Bilderzeitung erschien mehrsprachig, 14-tägig ab April 1940 zur propagandistischen Aufklärung im Ausland.

26 Hitler, A.: *Mein Kampf*, 1933, S. 376f, 503, 509, 579. Die Propaganda habe sich ausschließlich an das „geistig wenig bewegliche Menschenmaterial“ zu wenden.

27 „Die Zeit“ vom 4.12.1964.

Unter diesen Aspekten kann es sich bei der Gründung des Blattes wohl nicht um eine vor allem für das Inland konzipierte „Zweckliberalisierung“²⁸ oder ein unerklärbares „Phänomen“²⁹ gehandelt haben, wie Karl Dietrich Abel und Erika Martens glaubten annehmen zu dürfen. Insoweit sind die von ihnen auf publizistische Ziele des Wochenblattes und seiner Mitarbeiter konzentrierten Untersuchungsergebnisse zu relativieren.³⁰ Die autoritäre presselenkende ideologische Beeinflussung und Erziehung blieb trotz der immens gewachsenen Zahl der inländischen Bezieher von *Das Reich* für das Regime und in der Propaganda im Vordergrund.

Die Durchhalteaufrufe und -appelle von Goebbels' Leitartikel, die mit der Proklamierung des „totalen Kriegs“ für den „Endsieg“ Anfang 1943 ihren Höhepunkt erreichten³¹, hatten auch Auswirkungen auf den im Folgenden zu behandelnden kulturellen Teil mit den Buchbesprechungen. Nur das unverändert gebliebene Ziel der geänderten Propagandamethode kann die Weiterführung der Zeitung bis 1945, also über das Gros der bereits 1943 eingestellten großen Presseorgane hinaus, erklären.

5.3 Exemplarische Analysen

Nach dem Verbot unerwünschter Buchbesprechungen und der Einschränkung kritischer Buchwürdigungen konnten sich die literaturpolitischen Lenkungsmaßnahmen stärker auf die Beeinflussung und die Erziehung der Menschen im nationalsozialistischen Sinn konzentrieren. Allerdings hatten die Menschen Erfahrungen im Umgang mit den Zensur- und Überwachungsmethoden sammeln und ihr Verhalten darauf einstellen können. Sie hatten gelernt, zwischen den Zeilen zu lesen. Dabei waren sie

28 Abel, K. D.: Presselenkung, 1968, S. 105. Er resümiert: „Die Zeitung bleibt ein ungelöstes Problem zwischen Liberalität und Lenkungszwang“.

29 Martens, E.: „Das Reich“, 1972, S. 218.

30 Abel, K. D.: Presselenkung, 1968, S. 104f. Martens, E.: „Das Reich“, 1972, S. 216–218. Nach Koszyk, K.: „Deutsche Presse“, 1972, S. 407 soll Ende 1942 vom Verwaltungsamt der Partei und vom RMVP ein härterer Kurs beim „Reich“ hinter dem Rücken des Hauptschriftleiters Mündler angeordnet worden sein, worauf Mündler zurücktrat. Vgl. auch Mallmann, M.: „Das innere Reich“, 1978, S. 97. Sie hat festgestellt, daß kritische Artikel nicht häufiger geworden sind, von einer politischen Liberalisierungstendenz könne nicht gesprochen werden.

31 vgl. hierzu die Leitartikel im „Reich“ auf der ersten Seite: Nr. 34 vom 23.8.1942, Nr. 177 vom 17.1.1943 („totaler Krieg“), Nr. 222 vom 30.5.1943, Nr. 9 vom 27.2.1944, Nr. 26 vom 25.6.1944.

auf ihren Spürsinn angewiesen und auch auf nichtamtliche, d.h. nicht veröffentlichte Informationen. Autoren und Rezensenten mussten gleichermaßen findig sein, wenn sie sich gegen die vielfältigen Reglementierungen behaupten wollten.

Mit dem Kriegsausbruch 1939 veränderte sich die Versorgung mit Büchern in unterschiedlichem Ausmaß. Je nach den für die zivile Buch- und Zeitschriftenherstellung vorhandenen Ressourcen (zum Teil kamen sie aus den besetzten Gebieten) und je nach der Kriegswichtigkeit des Lesestoffs schrumpfte das Angebot für den Einzelnen. Der Leser war auf einen gut sortierten Buchhändler angewiesen, gleichfalls auf Antiquariate und Leihbüchereien. Er musste Augen und Ohren ständig offen halten. Nach 1939 wurde es immer schwieriger, geeigneten Lesestoff auszuwählen und zu besorgen. Erleichterung gewährte das Regime auf dem Unterhaltungssektor, damit der düsterer werdende Kriegsalltag besser bestanden werden konnte.

Drei Beispiele sollen einen Einblick in die Entwicklung des Buchbesprechungswesens dieser Jahre geben: die Besprechungspraxis des Propagandablattes *Das Reich* und die rezensorische Behandlung je einer Novität von Hans Grimm und Otto Busch. Anhand dieser Beispiele soll versucht werden, systembedingte Grenzen von Buchwürdigungen zu verdeutlichen.

5.3.1 Buchbesprechungsteil der Wochenzeitung *Das Reich*

Welche Bedeutung konnten Buchbesprechungen in der Wochenzeitung *Das Reich* unter den politischen Bedingungen der Kriegszeit haben und erlangen? Der Kulturteil mit der Rubrik „Literatur, Kunst, Wissenschaft“ beschäftigte sich mit dem in- und ausländischen Kulturleben in jeder Ausgabe auf rund 7,5 Seiten mit den Teilen *Deutsche Bücher – Literatur der Zeit*, *Sport im Spiegel* und *Für die Frau*, und zwar bis 1942. Die Buchbesprechungen unter der Überschrift *Deutsche Bücher – Literatur der Zeit* umfassten 1,5 Seiten mit fünf Spalten. Dieser im Vergleich zu anderen Literaturbeilagen große Besprechungsumfang wurde bis Ende 1944 stark reduziert.

Albrecht Linsen hat diesen Buchbesprechungsteil mituntersucht, sowohl hinsichtlich der literarischen Stoffe, als auch der Systemgebundenheit der Autoren über

die gesamte Erscheinungsdauer der Zeitung.³² Sein Untersuchungsergebnis lässt sich wie folgt zusammenfassen: Das Angebot an Buchbesprechungen für den Leser, d.h. in erster Linie für den ausländischen, war vielfältig. Den Rezensenten stand die Auswahl frei unter den von der RSK und den parteiamtlichen Zensurstellen genehmigten Verlagserzeugnissen. Nationalsozialistische Themen und Autoren wurden zwar behandelt, aber auf zurückhaltende Weise. Im Vordergrund stand die erzählende Prosa, mit Abstand folgten Kunst und Literaturwissenschaft. Zusammen brachten sie es anteilmäßig auf rund 50 % (1940) bis 60 % (1944). Die Flucht der Menschen aus dem zunehmend bedrückenden Kriegsalltag wurde in der Auswahl berücksichtigt, während Besprechungen überwiegend weltanschaulich orientierender Bücher aus Politik, Zeitgeschehen, Philosophie und Erziehung von 19,2 % (1940) auf 5,4 % (1944) zurückgingen.

Das Eingehen auf die kriegsbedingt veränderten Wünsche und Stimmungen der Leser sollte vor allem dem Ausland den ungebrochenen Kampfes- und Siegeswillen des deutschen Volkes zeigen. Für die Rezensenten bedeutete das eine riskante Gratwanderung zwischen sachlich-gelöster Interpretation und weltanschaulichem Pflichtauftrag. Die Sozialisation der Massen zu einheitlichem Denken und Handeln blieb oberstes Ziel der „geistigen Einwirkung auf die Nation“ entsprechend den Forderungen von Schriftleitergesetz und Buchbesprechungsanweisung. Dazu gehörten Goebbels zufolge auch vorübergehend politikfreie Sphären, auch wenn sie von Rosenberg als probolschewistische Abweichungen von Anfang an diffamiert worden sind.³³

Dem ausländischen Leser wurde mit diesen Buchbesprechungen kein wirklichkeitsgetreues Bild des „Dritten Reiches“ vermittelt. Das Niveau lag über dem der nationalsozialistischen Presseorgane des Inlands. Sanktionen von Schriftleitern sind nicht bekannt gemacht worden, es sei denn, sie wurden versetzt. Als Beispiel sei Karl Korn genannt. Wegen einer von Hitler beanstandeten Kunstbetrachtung schied er

32 Linsen, A.: Der Kulturteil vom ‚Reich‘, 1954, S. 84–96.

33 ‚VB‘ vom 7.7.1933.

Ende August 1940 aus der Redaktion fristlos aus und, mit zweijährigem Schreibverbot belegt, musste er 1941 zum Kriegsdienst einrücken.³⁴

Die folgende (Muster-)Rezension eines anonymen Rezensenten (anonymes Schreiben war offiziell nicht zulässig) im *Reich* Nr. 4 von 1941 mag belegen, dass das Blatt nur für das Ausland geschrieben sein konnte, weil sie mit ihren zweideutigen Aussagen über das Regime im Inland eigentlich nicht hingenommen werden durfte: „Was dem Gegner als Heuchelei erscheint, macht gerade das Wesen dieses Staates aus. Er muss sich immer im Recht befinden, um handeln zu können. Er kann dann skrupellos handeln, weil er in der Überzeugung lebt, das einzig mögliche Recht zu vertreten. [...] Erst jetzt bahnt sich ein Verhältnis an, weil nicht mehr der Einzelne seinen Willen durchsetzt, sondern weil der Lebenswille einer Nation sich Repräsentanten und Sprecher verschafft, denen das Recht des Volkes zur Seite steht“.³⁵

Diese Rezension konnte ein Ausländer missverstehen, indem sie ihm eine Besprechungspraxis suggerierte, die faire Möglichkeiten des Auslegens und kritische Vergleiche in der im Ausland üblichen Weise erlaubt.

Für inländische Leser, denen es gelang, an das *Reich* heranzukommen, bedeuteten die Buchbesprechungen dieser Zeitung etwa bis Ende 1942 eine reichhaltigere und differenziertere informative Lektüre als üblich. Sie konnten durchaus einen Anlass zum Kauf einer Neuerscheinung gegeben haben, doch fehlt es dafür an zahlenmäßigen Belegen. Ab 1943 litt das Besprechungsangebot in zunehmendem Maße unter kriegsbedingten Einschränkungen personeller Art. Die Nachfrage nach dem *Reich* konnte bis zur letzten Ausgabe nicht befriedigt werden, wobei nicht zu eruieren ist, welchen Anteil der Buchbesprechungsteil daran gehabt hat.

34 Korn, K.: Lange Lehrzeit, 1976, S. 310f Anm. 27. Er hatte über Kunstkenner berichtet, die die „verbrauchte malerische Technik“ eines Genre-Bildes „als fragwürdig“ empfinden könnten. Vgl. dazu Frei, N.: Journalismus im Dritten Reich, 1989, S. 113.

35 nach Linsen, A.: Der Kulturteil vom ‚Reich‘, 1954, S. 89. Besprochen wurde das Buch von Gerhard Ritter „Machtstaat und Utopie“ ohne weitere Angaben.

5.3.2 Buchbesprechungen unter undurchschaubar gewordenem Zensurdruck

Das polykratisch betriebene Zensursystem erschwerte die nach dem Verbot von Kunstkritik in Buchbesprechungen an ihre Stelle getretene „Buchwürdigung“ so sehr, daß sogar die höchste Zensurinstanz, die Führerentscheidung, nicht zur notwendigen Klarheit führen mußte. Zwei Beispiele mögen das verdeutlichen.

Im ersten Beispiel handelt es sich um die Broschüre *Englische Rede* von Hans Grimm. Der sehr eigenwillige und entschieden profitorientierte nationalsozialistische Schriftsteller ließ sich nicht total vom System vereinnahmen. Er neigte bei der Durchsetzung seiner Ziele dazu, die Machthaber gelegentlich bewußt zu verprellen.³⁶ Eine neue Gelegenheit fand er 1938, als der Bertelsmann-Verlag ein größeres Gewicht in der Verlagslandschaft anstrebte und Grimm vom Langen-Müller-Verlag, der unter Parteieinfluss geraten war, abwerben konnte. Im gleichen Jahr druckte der Verlag eine politische Auslandsrede Grimms, die „Englische Rede. Wie ich den Engländer sehe“, und zwar zweisprachig (19 000 deutsch, 1 000 englisch). Am 9.11.1938 war die Auflage nach 14 Tagen verkauft und sogleich eine neue mit 20 000 Exemplaren nachgedruckt. Grimm warnt in ihr vor der Bedrohung der Eliten, der Vermasung Deutschlands, Englands, der USA und wirbt für mehr Sicherheit, insbesondere für Deutschland „zur Überwindung der Raumlosigkeit“.

Wilhelm Stapel rezensiert im *Deutschen Volkstum*³⁷ zustimmend, findet jedoch das politische Wagnis Grimms bedenklich. Die *Preußische Zeitung* in Königsberg verweigert eine Rezension wegen der „deutlichen Seitenhiebe auf die Nationalsozialisten“ und wollte das Rezensionsexemplar bezahlen. Verlagschef Heinrich Mohn lehnte das ab, erwähnt aber, dass andere Zeitungen ihre Besprechungsstücke zurückgegeben hätten, vermutlich „auf Anweisung von oben“. Das zuständige Außenministerium schwieg, das Amt Rosenberg rezensierte positiv, auch der Reichsender Leipzig am 24.3.1939. Die PPK empfahl die Broschüre als eine Friedensgeste gegenüber England. Von der Gestapo verboten und sichergestellt wurde der noch

36 Friedländer, S. (Hrsg.): Bertelsmann-Verlag, 2002, S. 378.

37 „Deutsches Volkstum“ 15, 1938, H. 2, S. 861.

nicht verkaufte Verlagsbestand erst am 24.7.1943, d.h. nach der 3. Auflage (41–60 Tausend). Verkauft wurden 52 693 Exemplare.³⁸

Grimm hatte sich mit seinem Bestseller *Volk ohne Raum* national und international großes Ansehen verschafft, er war 1933 zum Mitglied der Preußischen Akademie der Künste ernannt worden und nutzte sein Ansehen, kritische Gedanken für und gegen den Nationalsozialismus zu verbreiten. Goebbels hatte ihm 1938 KZ-Haft angedroht, wagte aber nicht, sie zu vollziehen.³⁹ Die Buchwürdigungen hinterließen zusammen mit dem unentschiedenen Verhalten der Machthaber einen zwiespältigen Eindruck, der Gerüchte und Flüsterpropaganda begünstigte.

Das zweite Beispiel führt zu einem ungewöhnlichen Fall zensuraler Buchkritik, die vom Anlass her in der Öffentlichkeit nicht unbemerkt blieb. Der sich in der Kriegsbuchproduktion stark engagierende Bertelsmann-Verlag – er hatte sich zuvor mit nur wenig Erfolg in der nationalistischen Erbauungsliteratur betätigt – brachte das mit einem Geleitwort von Großadmiral Raeder ostentativ geförderte Kriegserlebnisbuch von Fritz Otto Busch heraus: *Narvik. Vom Heldenkampf deutscher Zerstörer* (1–150 Tausend, Gütersloh, Herbst 1940). Es ist eine sehr spannende, populär gehaltene Darstellung des deutschen Kriegsüberfalls auf das neutrale Norwegen am 9.4.1940. Zu einem Stein des Anstoßes wurde die Schilderung eines Gottesdienstes auf der „tollkühnen“ Seekriegsfahrt (lt. Werbetext) zur Eroberung Narviks. Die amtlichen Rezensenten der PPK (Hederich) kritisierten am 30.5.1941, dass es für den Kriegsberichterstatter hätte selbstverständlich sein müssen, die entscheidende Antriebskraft für die Matrosen „in erster Linie“ im „fanatischen Glaube[n] an den Führer“ und in den „Aufgabe[n] des nationalsozialistischen Staates“ zu sehen und nicht in den „Gottesdienste[n] alter und neuer Art“. Das Werk solle umgeschrieben werden, um es würdigen und empfehlen zu können. Darüber entspann sich eine heftige Kontroverse im Rivalitätskampf der obersten Machthaber, und zwar zwischen Bouhler, Raeder, Bormann und OKW-Chef Keitel. Der Führer, so Bormann, habe vertraulich erklärt, er wünsche keine Neuauflage in der vorliegenden ersten Fassung. Goebbels ließ das Werk dennoch nicht verbieten, Rudolf Erckmann vom RMVP empfahl dem Verlag,

38 Friedländer, S. (Hrsg.): Bertelsmann-Verlag, 2002, S. 379–382, 442.

39 Mittenzwei, W.: Untergang einer Akademie, 1992, S. 383.

es stillschweigend nicht mehr aufzulegen, woran sich Heinrich Mohn aber nicht hielt (Ende 1940 war bereits das 405 000. Exemplar gedruckt). Das Endgutachten des NS-Lehrerbundes versuchte, die verschiedenen Positionen der Buch-Würdigungen (der Ersatz für Buchkritik) abzuschwächen, die anstoßerregenden Gottesdienstbezüge zu verschleiern und das Geleitwort Raeders nicht zu erwähnen. Es schloss mit dem Fazit: Für Leser ab dem 14. Lebensjahr könne die erste Auflage eingeschränkt empfohlen werden. Bertelsmann nahm das Buch erst mit dem 650 000. Exemplar und einem Reingewinn für den Autor von 335 000 und für den Verlag von 650 000 RM vom Markt. Das Ansinnen von Keitel, Verlagshonorare von Kriegsbuchautoren ganz oder teilweise an die Wehrmacht abzutreten, lehnte RSK-Präsident Hanns Johst ab. Goebbels griff nicht ein, auch nicht, als Bouhler am 29.9.1941 Keitel den Rat gab, dafür zu sorgen, dass künftig kein Großadmiral sich mit einer Vorrede zum Buchgutachter mache⁴⁰.

*

An diesen beiden Beispielen aus dem Bereich der Unterhaltungsliteratur läßt sich erstens beobachten, daß in der Diktatur Rezensionsentscheidungen der Machthaber selbst mit dem letztendlichen Führerentscheid problematisch werden konnten und unter Umständen nicht folgenlos streitig blieben. Zweitens, je mehr Bedingungen, Normen und Reglementierungen den Rezensenten auferlegt wurden, desto wahrscheinlicher wurde es, daß diese nicht mehr beachtet oder umgangen worden sind. Das Rezensionssystem lebt vom Engagement der Rezensenten, doch nur so lange, wie ihre Arbeitsbedingungen – physisch und psychisch – erträglich bleiben. Das haben freie Rezensenten, aber auch angestellte beim VB in der Weimarer Republik vor 1933 erleben können, als beispielsweise die politischen oder ihre Honorarbedingungen sich derart verschlechterten, daß sie ihre Tätigkeit eingestellt haben.

40 Friedländer, S.: Bertelsmann im Dritten Reich, 2002, S. 435–440.

6. Buchbesprechung als Instrument politischer Indoktrination

Die sich verschärfenden politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik nach 1919 um die Lösung der aufgebrochenen gesellschaftlichen Fragen und Probleme in der Republik haben die Institution ‚Buchbesprechung‘ nicht unberührt gelassen. Der intellektuelle Umgang mit Aufgaben der Literaturvermittlung wurde zunehmend überlagert von ideologisch geprägten Einflußstrategien. Dabei verloren die bisherigen ideellen und konventionell-normierten Beurteilungsmaßstäbe im Wertekanon an Bedeutung. Kollektive Interessen verdrängten die individuellen Interessen von Lesern, um Menschen parteilich mobilisieren zu können. Literarische Wertungen mutierten zu politischen, die Begriffe parteilich und parteipolitisch vermischten sich. Korrekterweise sind Fakten und Meinungen bei interpretierender Nachrichtenvermittlung unvoreingenommen voneinander zu trennen, für den freien Journalisten gehört die Nichtvermischung von Fakten und Meinungen zu den Maximen ethischen Denkens und Handelns. In der politischen Meinungsbildung ist das jedoch nicht selbstverständlich. Beispielsweise hat die *Weltbühne* 1929–1931 auf die von ihr für bedrohlich gehaltene Entwicklung von der wertrationalen zu einer zweckrationalen Haltung in Rezensionen aufmerksam gemacht¹, eine öffentliche Reflexion dieser Tendenz blieb sowohl auf der parteipolitisch rechten als auch auf der bürgerlichen Seite aus. Informationsmängel und -manipulationen, Drohungen und Gewalt breiteten sich aus und wurden zur Hypothek für das ganze Volk. Ralf Dahrendorf hat festgestellt, dass die politische Klasse der Republik bestrebt war, die Bevölkerung in Unmündigkeit zu halten und autoritäre Sehnsüchte zu fördern.² Frank Bösch und Norbert Frei weisen auf Formen gezielter gegenseitiger Einflussnahme zwischen Medien und Politik in nicht nur parteipolitisch geprägten Medien und von staatlicher Seite hin. Dazu zählen sie auch „fachgerechte Inszenierungen politischer Ereignisse“.³

1 u.a. im Jg. 25 vom 22.1.1929, S. 132–137 und im Jg. 27 vom 17.11.1932, S. 749–752.

2 Dahrendorf, R.: *Gesellschaft und Demokratie*, 1997, S. 413.

3 Bösch, F., Frei, N.: *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*, 2006, insbes. S. 7–23 und Rezension von Ernst Elitz in ‚Die Zeit‘ Nr. 19 vom 3.5.2007, S. 61 (Buch im Gespräch).

Vor diesem Hintergrund⁴ nahmen Hitlers Pläne Gestalt an: Der Aufbau seiner Partei, die er aus ihm absolut ergebenen, hörig gemachten Gefolgsleuten bildete, und der machtstrategische Weg zur Verwirklichung seiner extremen politisch-weltanschaulichen Ziele. Im Wettkampf mit den republikanischen Parteien um die parlamentarische Macht im Staat konzentrierte er sich auf die Gewinnung und Unterwerfung der Masse der Bevölkerung unter seiner absolutistischen Führergewalt. Vor allem in seiner Wiener Zeit hatte er erlebt, wie Politiker die Zustimmung leicht beeinflussbarer Menschen erlangen konnten, und zwar weniger auf rationale Weise, als durch Mobilisierung von emotional besetzten Vorurteilen, die, richtig gesteuert, rasche Erfolge versprachen. Dazu gehörten eine geschickte suggestive Vermischung von Schein und Wirklichkeit, die Verhinderung von öffentlichen Diskussionen und von Kritik. Das unter diese Prämissen gestellte politische Programm sollte nach Hitlers Vorstellungen mit Hilfe einer aus der Plakat- und Seifenwerbung abgeleiteten, euphorisch deklarierten „Werbekunst der Propaganda“⁵ verwirklicht werden. Die Methode zur Realisierung des Großteils im zweiten Band des Kampfbuches enthaltenen doktrinären Parteiprogramms erschließt sich aus der fast undurchschaubaren Verschlüsselung und der Vermischung mit zahlreichen den Leser abschreckenden Verbalattacken gegen das Weimarer Regierungs-„System“. Die von LeBon aufgezeigten Wirkungsmittel waren ein Hinweis für die als Multiplikatoren einzusetzenden Parteifunktionäre. Zu den für die Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie vorgesehenen Instrumenten gehörte auch die Buchbesprechung.⁶

Die der Buchbesprechung von der NSDAP zugeordnete Funktion ist bereits bei der Art der Vermarktung von *Mein Kampf* sichtbar geworden. Nachdem mit den teilweisen Vorabdrucken und mit dem ersten Band das Anfangsinteresse am rechten Rand der Gesellschaft befriedigt war und die bürgerlichen Rezensenten sich mehrheitlich zurückgehalten hatten, kam auch über den später folgenden zweiten Band keine öffentliche Diskussion zustande, bzw. verkümmerte sehr rasch. Ob das auf

4 Broszat, M.: Der Staat Hitlers, 1969, S. 13–24; Mommsen, H.: Die verspielte Freiheit, 1989, S. 546; Kießener, M.: Das Dritte Reich, 2005, S. 44f.

5 Hitler, A.: Mein Kampf, 1933, S. 183, 198, 200f, 522.

6 Hitler hatte den folgenlos gebliebenen willkürlichen Umgang mit Rezensionen bei H.St. Chamberlain kennengelernt: Chamberlain, H.St.: Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, 1932, S. 27–32, 40.

allgemeine Fehleinschätzungen oder auf bewusster Irritation beruhte, ist kaum zu rekonstruieren. Es kam zu keiner sachkundigen Besprechung des Hitlerbuches, die durch eine Übernahme in andere Presseorgane sich in nicht unüblicher Weise als kommunikativer Verstärkungsfaktor hätte auswirken können. Von Autor und Verlag war ein öffentlicher Diskurs über *Mein Kampf* offensichtlich nicht vorgesehen. Gründe lassen sich nennen: Prohibitiv wirkten in dieser Hinsicht schon der hohe Preis⁷, dann aber auch die Tatsache, dass das Werk kein unterhaltsames, sondern ein politisches Lehrbuch allein für die gezielte Werbung durch die Anhänger der Bewegung, insbesondere der Parteiredner, sein sollte und schließlich, dass es nicht diskutiert werden durfte. Umgekehrt spricht einiges dafür, dass die potentiellen liberalen Rezensenten sich auf eine nach dem Charakter des Buches und die von der Partei zu erwartende polemischen ‚straßenkampftartigen‘ Auseinandersetzung nicht haben einlassen wollen, auch um die damals noch unbedeutend erscheinende extremistische Randpartei nicht unfreiwillig aufzuwerten. Der NSDAP wird diese Haltung entgegengekommen sein, falls sie von ihr nicht sogar gefördert worden ist, weil sie die optimale Verbreitung ihrer irrationalen Weltanschauung statt über Diskurse besser in nichtöffentlichen Parteiversammlungen⁸ durch geschulte Parteiredner betrieb. Diese waren nämlich speziell ausgebildet, um sich dem Denken und Fühlen des ‚kleinen Mannes‘ flexibel und rasch anzupassen. Goebbels hat das 1932 öffentlich bekundet.⁹

Eine führende Rolle in der Propagandaarbeit hatte Hitler dem von ihm herausgegebenen zentralen Kampfblatt *Völkischer Beobachter (VB)* aufgetragen. Buchbesprechungen wurden hier politisch zweckgerichtet eingesetzt und mündeten in der Regel

7 Plöckinger, O.: Geschichte eines Buches, Adolf Hitlers „Mein Kampf“, 2006, S. 173, 175f.

8 Anfang 1926, d.h. kurz nach dem Erscheinen des zweiten Bandes von „Mein Kampf“ ordnete Hitler Schulungskurse für SA-Mitglieder an, die nach Ermittlungen von J.C. Fest (Hitler-Biographie, 1973, S. 354) in Verbindung mit Hitlers Hinweisen in seinem Kampfbuch (S. 549f, 422–424, 654) zur Ausbildung von Propagandisten dienten. Alfred Rosenberg hat das im ‚VB‘ vom 10.12.1926 bestätigt. Nach G. Paul (Aufstand der Bilder, 1990, S. 125) gab es Ende 1926 bereits 70 Redner, um das Redeverbot Hitlers zu überwinden. 1928 haben 300 Redner reichsweit 20 000 Veranstaltungen bestritten. Bis Ende 1932 seien 6 000 Propagandisten am Ammersee/Obb. ausgebildet worden.

9 Goebbels hat in seinem Propagandabuch „Kampf um Berlin“ 1932 beklagt, dass ab 1927 neben den „Agitatoren des Wortes“ noch zu wenig „Agitatoren der Feder“ zur Verfügung standen, um die „theoretischen Grundsätze [der Partei] in die Praxis umzusetzen“, sie den Menschen aufzuzwingen, S. 192, 194, 198.

in eine Empfehlung für den weiteren Propagandaeinsatz.¹⁰ Als politische Vorbilder und zur Rechtfertigung des eigenen Anspruchs wurden sogar namhafte Autoren aus Zeiten vor dem Nationalsozialismus herausgestellt und im Kontext der kulturellen Berichterstattung mittels Dauerberieselung¹¹ parteipolitisch dienstbar gemacht.

Der rezensorische Erfolg der indoktrinierenden Propagandamethode im *VB* und den bereits erwähnten Parteiblättern Rosenbergs war, soweit dies auch das Propagandamittel ‚Buchbesprechung‘ betraf, nach Eingeständnis der zuständigen Funktionäre trotz verstärkter Anstrengungen bis 1932 unbefriedigend¹², obwohl sie durch den gesinnungsbetonten und verbissenen Zeitungsstil des *VB* noch gestützt worden ist. Nicht übersehen werden darf allerdings die nicht so schnell sichtbar gewordene Wechselwirkung mit den mehr im nichtöffentlichen städtischen und dem ländlichen Raum geschickt agierenden Parteirednern und -propagandisten, die die verbreiteten Ressentiments gegen die bürgerliche Regierung nutzen konnten.¹³

Unbefriedigend für die Partei muss auch die mit hohen Direktinvestitionen und einer verdeckten Werbung von der HaVA betriebene Politisierung der völkisch-nationalen Buchbesprechungen gewesen sein. Dass sie keine Parteiunterstützung erfahren hat, lag in der sich bis Ende 1928 hinziehenden Ausschaltung des dissidenten völkisch-nationalen Parteiflügels und der erst 1929 unanfechtbar gemachten absoluten Führerautorität.¹⁴ Anlass war Hitlers lange Zeit unentschieden gebliebene bzw. taktisch abwartende Meinung über das Wesen des Völkischen im nationalsozialistischen Sinn.¹⁵ Der heftige Parteistreit wurde vor der Öffentlichkeit weitgehend verborgen gehalten.

Die Erfahrungen mit der parteiinternen Indoktrination sollten augenscheinlich zum Muster für die geistige Unterwerfung des ganzen Volks gemacht werden, ungeachtet der unterschiedlichen mentalen Voraussetzungen, auf die LeBon aufmerksam gemacht hatte.

10 Benner, K.: Deutsche Literatur im Urteil des ‚VB‘, 1954, passim.

11 LeBon, G.: Psychologie der Massen, 1922, Kap. II, § 1 und 2. LeBon hatte auf die Wirkung ständiger Wiederholung für die Bewusstseinsbildung der Menschen aufmerksam gemacht.

12 Köhler, G.: Kunstanschauung und Kunstpolitik, 1937, passim.

13 Gimmel, J.: KfdK, 2001, passim.

14 Hammer, H.: Die Buchausgaben, 1956, S. 171f.

15 Hitler, A.: Mein Kampf, 1933, passim. Schon das Attribut des Zeitungstitels ‚Völkischer‘ Beobachter verweist auf die Bedeutung, die Hitler diesem Aspekt von vornherein gab.

Mit den seit 1929 unter Parteipropagandaleiter Joseph Goebbels verfeinerten und intensivierten Propagandamethoden wurde dann versucht, die eklatanten Mängel der nationalsozialistischen Buchbesprechung zu übertünchen. Die Hauptmängel, die sich aus einem Vergleich mit den den Menschen vertrauten Rezensionen der bürgerlichen Blätter ergaben, lagen in der einseitigen dogmatischen Zweckhaftigkeit, den die kritische Vernunft vergewaltigenden, nivellierenden Erziehungsabsichten ohne Rücksicht auf die realen Bedürfnisse und Interessen der potentiellen Leser. Diese Ziele und Mängel waren zwar bekannt und sind vereinzelt von Sozialdemokraten, z.B. in der *Weltbühne*, kritisch registriert worden, doch von Seiten des angegriffenen Bürgertums gab es keine eindeutigen Reaktionen in der Presse. Die gewaltsame Verbreitung des rechtsextremen geistfeindlichen Weltanschauungskonglomerats wurde offenkundig als hinnehmbare, vermutlich nur kurzfristige Übertreibung toleriert. Dass das Schweigen geistiger Eliten, u.a. an den Universitäten, in Verbindung mit den zunehmenden Aktivitäten der NSDAP zu einem kulturpessimistisch-lähmenden oder gar zu einem unterstützenden Faktor werden konnte, ist übersehen, bzw. falsch eingeschätzt worden.¹⁶

Gestützt vom Wunschdenken der geistigen und politischen Elite der Republik glaubte die Regierung das (metaphorisch gesehen) vom Kurs abgekommene Staatsschiff wieder flott machen zu können, und zwar mit Unterstützung der für geeignet gehaltenen NSDAP für die Weiterfahrt im verengt angelegten, nicht untiefenfreien bürgerlichen Fahrwasser. Das Ende 1931 erschienene Buch *Hitlers Weg* von Theodor Heuß und die Äußerungen der wenigen unabhängigen bürgerlichen Rezensenten beleuchten diese Situation. Der der NSDAP gewährte und von ihr ständig ausgedehnte Freiraum für ihre nicht gewaltfreie Meinungsmanipulation nach ihrem darwinschen Rasseprinzip blieb demokratisch unangefochten bestehen, bis die instabile staatliche und soziale Ordnung zerbrach.

Die Erlangung der staatlichen Macht 1933 war das Signal zu ihrer totalen Umgestaltung im ganzen Land. Alle im Buch- und Pressewesen tätigen Menschen wur-

16 Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Demokratie, 1997, S. 414f.

den „zum Schutz des deutschen Volkes“¹⁷ dem absolutistischen Führerwillen unterworfen. Nach der Propagandaparole „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ gab das Regime der freiwilligen Selbstgleichschaltung von Menschen und Institutionen den Vorrang vor der unauffällig abgewickelten Zwangsgleichschaltung; dies ermöglichte eine pseudolegalen Rechtfertigung gegenüber dem Ausland. Um jeden denkbaren Widerstand auch im Besprechungswesen von vornherein ausschalten bzw. abwehren zu können, wurde das Netz normativer Staatsgewalt (z.B. über Art. 48 WRV) rigoros verdichtet, umgepolt und durch eilig neugeschaffenes außernormatives Gewaltrecht ersetzt bzw. erweitert, aber ohne Rechtsschutz für die betroffenen Kulturvermittler. Als die Reichstagswahl am 5.3.1933 trotz Drohungen, Versprechungen und pausenlosen Propagandaeinsatzes keine mehrheitliche Zustimmung zur demokratisch verbrämten Gewaltherrschaft brachte, verlegten sich die Machthaber auf ein schrittweises repressives Vorgehen.

Der vielschichtige Um-„Erziehungs“-Prozess begann mit der Neuschaffung staatlicher *und* parteiamtlicher Administrationen, d.h. doppelt instrumentalisiert, zur Effizienzoptimierung und zur gegenseitigen intensiveren Überwachung nach Hitlers Prinzip, dass der Stärkere in der Hierarchie Recht bekommen soll. Die Neuerrichtung eines RMVP verfolgte den Zweck, einen Verwaltungskörper zu schaffen, der nicht erst in einem langwierigen Anpassungsprozess ideologisch ausgerichtet und gesinnungsmäßig gleichgeschaltet werden musste, um „alle Aufgaben der geistigen Einwirkung auf die Nation“ erfüllen zu können.¹⁸

Doch trotz begleitender psychologischer Propagandaanstrengungen, unterstützt noch durch ein unerwartet florierendes Denunziantentum, gelang es dem Regime nicht, der ganzen Nation kurzfristig die nationalsozialistische Ideologie „aufzuzwingen“ und Rezensenten, Verleger und Autoren zu einer willigen „blinden“ Gefolgschaft auf Dauer zu verpflichten.¹⁹ Zu den wichtigsten Ursachen für das Misslingen

17 Notverordnung vom 4.2.1933, RGBI I S. 35.

18 1. VO zum RMVP-Gesetz vom 30.6.1933 und Schriftleitergesetz vom 4.10.1933.

19 Hitler, A.: Mein Kampf, 1933, S. 187 (Propaganda für das „geistig wenig bewegliche Menschenmaterial“), 271f, 501, 503, 509, 525f, 542, 579 u.a. Die Vielzahl der geheimen Presseanweisungen, vgl. Bohrmann, H.: Presseanweisungen, 1984–2001, mag die unentwegten Anstrengungen der Umsetzung Hitlerscher Maximen belegen, denen der angestrebte Erfolg letztlich versagt blieb.

zählen das Fehlen einer tragenden positiven Staatsidee und die von Hitler institutionalisierten Rivalenkämpfe der Parteiführer um Macht und Einfluss. Hinzu kommen die Folgen des nicht mehr von sachlich-rationalem Denken geprägten unsystematischen staatlichen und parteiamtlichen Handelns. Ständig traten nämlich im streng überwachten Literaturbetrieb Widersprüche, Defizite, unproduktive Entscheidungen, aber auch Übertreibungen, Irreführungen und Halbwahrheiten/Unwahrhaftigkeiten auf, die den Menschen nicht verborgen bleiben konnten. Es wurde befohlen, nicht überzeugt. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Menschen vor 1933 im privaten Lebensbereich in einem überwiegend freien toleranten Meinungsklima aufgewachsen waren und einen eigenen Ermessensspielraum besaßen.

Die nicht nachlassenden kritischen Äußerungen von Rezensenten und die unvollendet gebliebene totale Gleichschaltung veranlasste die Gewaltherrscher ab 1935 zu einer mehrstufigen Neuregelung des Buchbesprechungswesens, die im Verbot der Buchkritik und einer ersatzweisen „Buchwürdigung“ mit Musterbesprechungen endete. Die kritische Buchbesprechung hatte damit ihre ursprüngliche komplexe kommunikative Bedeutung verloren. Nur an der bisherigen Bezeichnung wurde festgehalten zur Verschleierung des Substanzverlustes.

Der Glaubwürdigkeitsverlust der Institution Buchbesprechung zeigte sich an den Reaktionen zahlreicher Betroffener, soweit sie sichtbar wurden. Ein unproduktives Schweigen breitete sich aus. Einige Rezensenten wichen zurück in den Bereich unpolitisch erscheinender Literatur²⁰, andere widersprachen oder replizierten mutig, wie beispielsweise im *Mythus*-Streit, und scheuten Sanktionen nicht. In besonderer Weise beispielgebend handelte der aus einem oldenburgischen Bauerngeschlecht stammende Verleger und Rezensent Peter Suhrkamp, unabhängig, verlässlich, wohlwollend im Umgang mit den Verlagsautoren, unbeugsam im langjährigen Streit mit den Machthabern der RSK im RMVP um die Qualitätserhaltung der überregionalen Zeitschrift *Neue Rundschau* bis zu seiner Verhaftung und KZ-Einweisung.²¹

20 ‚Die Literatur‘ 41. Jg., 1938/39, S. 195f (Zeitlupe o.V.). Beklagt wird der Mangel an Buchkritik.

21 Unseld, S.: Biographie Peter Suhrkamp, 2004 insbes. S. 239–245 (Nachruf Theodor W. Adorno), S. 251–257 (Nachruf Hermann Hesse).

Über die Wirkungen der politisch-propagandistischen Einflussnahme auf das Verhalten von Lesern und Buchkäufern mittels Pseudo-Buchbesprechungen gibt es keine fundierten Quellen. Die Lektüregewohnheiten der Bürger und ihre privaten Bücherschränke sind nicht kontrolliert worden. Eine andere Möglichkeit, Auswirkungen auf Käufer und Leser zu erkennen bzw. abzuschätzen, besteht in der statistischen Auswertung von Auflagen- und Distributionsziffern. Doch bleibt ein derartiges Vorgehen lückenhaft, da Verlage den Umfang der ersten Buchauflage und die Erfahrungen mit den Besprechungen in der Regel nicht veröffentlichen, sie werden als Betriebsgeheimnisse gehütet.

Unzweifelhaft hat es mehrfach öffentliche Klagen über die zunehmende „Eintönigkeit“ der Presse und ihre „Verflachung und Uniformierung“ gegeben, an der Buchbesprechungen Anteil hatten. Diese Klagen waren wiederholt Gegenstand in Reichspressekonferenzen und auch auf der Tagung des RDP am 19.4.1934.²² Goebbels hat dort die Journalisten rhetorisch ermahnt, sich mehr anzustrengen, die sie einengenden Arbeitsbedingungen aber unverändert gelassen.

Heute üblich gewordene Meinungsbefragungen nach sachlich-objektiven Kriterien sind vor 1945 nicht durchgeführt worden. Im „Dritten Reich“ gab es den SD-Nachrichtendienst der NSDAP bzw. der SS, der ab 1930 mit der Ausforschung von Menschen begonnen hat und zu einem reichsweiten Geheimdienst unter Leitung von Reinhard Heydrich ausgebaut worden ist. Aus geheimen periodischen Lageberichten, die im Krieg mehrmals wöchentlich erschienen, wollte sich die Staats- und Parteiführung ein „ungeschminktes Bild“ von der Stimmung im Volk verschaffen, bis Goebbels die Berichterstattung im Sommer 1944 einstellte aus Angst vor Defätismus, aber wohl auch aus kriegsbedingtem Personalmangel.²³ Die Art der Erhebung und Verarbeitung von Antworten aus dem Volk liegt nach Angaben Boberachs im Dunkeln. Eine systematische Befragung und neutrale Auswertung ist nicht erkennbar, ihr Aussagewert ist also sehr eingeschränkt.

22 Bohrmann, H.: NS-Presseanweisungen, 1984–2001, Bd. 2/1985, S. 21; Bd. 3/1987, S. 20^x.

23 Boberach, H.: Meldungen aus dem Reich, 1984, S. 11–15, 26f. Die von ihm gesammelten SD-Berichte erfassen den hier interessierenden Teil unter dem Begriff „Schrifttum“. Die folgenden Texthinweise in den Anm. enthalten die Jahres- und Seitenangabe. Die Bandangabe ist entbehrlich, die Seiten sind durchnummeriert.

In den SD-Berichten finden sich einige Hinweise auf eine wiederkehrende Ablehnung und Kritik an politisch-ideologischen Büchern in allgemeiner Form²⁴ und vereinzelt auch spezifiziert.²⁵ Von einem Berichtsverfasser ist das als Flucht des Lesers aus der Politik bezeichnet worden.²⁶ Bemängelt wird, dass besprochene und empfohlene Bücher oft nicht zu erhalten seien und Käufer sich deshalb abwendeten²⁷ und, dass „Neuerscheinungen auch im Buchbesprechungswesen“ übertrieben herausgestellt werden zum Nachteil vieler wertvoller Bücher.²⁸ Wilhelm Stapel kritisierte zur gleichen Zeit die geringer gewordene Nachfrage nach ideologischen Büchern und die Tatsache, dass sie nicht besprochen werden.²⁹ Auch wenn diese Trendmeldungen nur begrenzt aussagekräftig sind, zeigen sie das Unbehagen lesender Menschen, denen im Grunde nur eine ausweichende Reaktion auf die Indoktrinationspolitik verblieben war.

Die Diktatoren setzten in ihrer Bevormundungsstrategie auf die unüberwindliche Kombination von Propaganda und Machtmonopol. Mit ihrem abgestuften Vorgehen sollte die Zumutbarkeitsgrenze der Unterworfenen so ausgedehnt werden, dass auch das „einschneidende“ Kritikverbot und der inadäquate Rezensionersatz (2. und 3. Stufe) noch widerstandslos hingenommen werde. Doch Menschen, die in eine ausweglose Lage gedrängt werden, pflegen sich zu wehren, um letztendlich dem würgenden Zugriff zu entfliehen. Als der Kampf um die Gleichschaltung im widersprüchlich agierenden polykratischen Gewaltssystem (Kerrl, Rosenberg, Goebbels, Bormann) ins Stocken geriet und unter dem Volk Zweifel an der erstarrenden, ins Maßlose abgleitenden Politik sich gefährlich verstärkten, drohte die ‚charismatische Herrschaftsform‘ Hitlers zu scheitern.³⁰ Nachdem Hitler den durch Rosenbergs Uneinsichtigkeit und Starrsinn ausufernden *Mythus*-Streit durch Vertagung entschärfte,

24 ebd. 1938/155, 1940/1758f, 1941/1928, 1942/3353–3356, 3970.

25 ebd. in Bezug auf das „Mythus“-Buch 1941/1928, 1942/3353 und Rezensionen und Stellungnahmen 1938/155, 1940/1492, 1494, 1941/1929f, 1942/3354, 1943/4653.

26 ebd. 1938/155.

27 ebd. 1940/1811, 1942/1927.

28 ebd., 1943/4662.

29 ‚Neue Literatur‘ H.3, 1943, in der Rubrik ‚Unsere Meinung‘.

30 Kershaw, J.: Hitler vor 1936, 2002, S. 663–744; Frei, N.: Broszat, Der Staat Hitlers und die Historisierung des Nationalsozialismus, 2007, S. 71–116. Kershaw meint mit diesem Begriff einen Deutungsansatz für die Hitler zugeschriebene charismatische Fähigkeit der Massenmobilisierung, kombiniert mit Hitlers den Staat prägenden Eigencharisma.

versuchte Goebbels den sich nach dem Kritikverbot ausweitenden Defätismus in der Bevölkerung durch kleine publizistische Zugeständnisse (4. Stufe der Rezensionspolitik) aufzufangen. Er gründete 1940 die Wochenzeitung *Das Reich* mit einem Rezensionsteil unter vorübergehender Lockerung der knebelnden Arbeitsbedingungen und Zulassung kritisch abwägender Buchbesprechungen, wie sie vor 1933 die Regel waren. Die unerwartet große Nachfrage bestätigte indirekt, dass die kritische Buchbesprechung zwar amtlich verboten, dass sie – bildlich gesprochen – eingekerkert und verfälscht war, aber im Bewusstsein der Menschen nicht endgültig ausgelöscht, wie auch die Diagnose von Wolfgang Albrecht lautet.³¹ Die Machthaber hielten an der alten Institution pro forma fest, denn das für sie unverzichtbar gewordene propagandistische Indoktrinationsmittel sollte als solches verdeckt bleiben. Die letzte überlieferte Anordnung des RMVP hierzu in den Presseanweisungen von 1942 lautet, dass eine „fruchtbare und geordnete Besprechung aufrecht zu erhalten ist, weil die Leser unzufrieden geworden sind“.³²

Auch vorübergehende Zugeständnisse konnten das fehlende Handlungskonzept nicht ersetzen. Rezensenten haben sich weder in der Reichspresseschule noch über Buchbesprechungsanweisungen insgesamt kujonieren oder vergewaltigen lassen. Sie haben sich rationalen Erfordernissen untergeordnet, ohne sich ihre Eigenverantwortung nehmen zu lassen. Die geforderte Zustimmung hätte nachvollziehbarer Überzeugungsarbeit bedurft. Sie ist nicht geleistet worden oder blieb ohne den gewünschten Erfolg. Die unattraktive Uniformierung der Presse mit Rezensionsteil hatten die Machthaber selbst programmiert. In ihrem Machtrausch waren sie geblendet von Ideologemen, die sie ihrer Politik bedenkenlos zugrunde legten, wie beispielsweise die Rassentheorie und die Massenpsychologie von LeBon.³³ Anders kann die vom RMVP (Wilfried Bade) im Juli 1933 von den Rezensenten geforderte propagandisti-

31 Albrecht, W.: Literaturpolitik, 2001, S. 3.

32 Es handelt sich hier um die streng vertraulichen Presseanweisungen, herausgegeben als Zeitschriften-Dienst (ZD) vom RMVP, 165. Ausgabe vom 3.7.1942, Nr. 7125 im Bundesarchiv BA RD 32.

33 Das eng mit LeBons Theorie im Zusammenhang stehende Propaganda- und Kommunikationswesen haben die Machthaber als geheime Herrschaftstechnik betrachtet und mediale Wirkungen nicht einmal für sich selbst untersuchen lassen, vgl. Bussemer, Th.: Propaganda, 2005, S. 164–172, 191.

sche Umformung des Feuilletons zu einem Kampfplatz politischer Missionierung kaum verstanden werden.³⁴ Selbst wohlmeinende Ratschläge hat das Regime nicht aufgegriffen. So haben im *BT* vom 17.11.1935 unter der Überschrift „Die Zukunft der Kritik“ O.Fr. Metzner, der Beauftragte der RSK für das Buchbesprechungswesen und Mitglied des RDS, und der Hauptschriftleiter dieses Blattes Paul Scheffer die Bedeutung kritischer Buchbesprechung öffentlich bewusst gemacht: „Buchbesprechung ist Beurteilungskunst“ und „Kritik muss sein! Und zwar Kritik als Leistung!“³⁵. Einen anderen kritisch zu sehenden Hinweis hat Hans Köster gegeben, wengleich nicht so öffentlichkeitswirksam. Er betonte 1937 neben der politischen auch die ökonomischen Seite der Buchbesprechung, (rund 30 % der Buchkäufe würden durch Rezensionen ausgelöst) und in diesem Zusammenhang auch die Art der Käufer-Werbung. Die umworbenen Käufer könnten sehr wohl unterscheiden, ob die Werbung versucht, den Kaufwünschen entgegenzukommen oder ob sie sich aufdrängt, ob die Werbung beratend-informativ ist oder ob sie sich anbiedern will. Die Mittler zwischen Volk und Buch sollten vorurteilslos (!) und ohne Schematismus ihren öffentlichen Dienst versehen.³⁶

Der von den Machthabern erzeugte ständige faktische Indoktrinierungsdruck, unter dem vor allem die wirklich und vermeintlich Andersdenkenden psychisch und physisch zu leiden hatten, lag nicht allein in den Händen der Polizei des RF SS Himmler mit seinen Konzentrationslagern.³⁷ An den brutalen Abschreckungs- und Terrormethoden und der grausamen Menschenbehandlung, über die im „Dritten Reich“ zu sprechen verboten wurde, war auch der nur scheinbar unabhängig geblie-

34 Fröhlich, E.: Kulturpolitische Pressekonferenzen, 1974, S. 354.

35 ‚Berliner Tageblatt‘ vom 17.11.1935. Paul Scheffer zeichnet mit dem Pseudonym Sigillum, zitiert nach Boveri, M.: Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler, 1965, S. 511–515.

36 Köster, H.: Buchbesprechung, 1937, S. 197–225. Seine Ausführungen zeugen von Verantwortungsbewusstsein im Gegensatz zu denjenigen in ‚Die Literatur‘ 40. Jg. 1937/38, H. 10, S. 577 (Zeitlupe o.V.) und im 41. Jg. 1938/39, H. 4, S. 554 (Echo der Zeitschriften o.V.), die in der bloßen Verbundenheit mit dem nationalsozialistischen Gedankengut befangen waren.

37 Die zuvor genannten Beispiele des Pfarrers Martin Niemöller und des Verlegers und Rezensenten Peter Suhrkamp zeigen, wie Andersdenkende verfolgt worden sind, um sie angreifbar und dann in Gefangenschaft durch Misshandlungen zu Nationalsozialisten zu machen. In den Untersuchungen von Nikolaus Wachsmann über den Unrechtsstaat wird diese Gruppe willkürlich gefangengehaltener Menschen unausgesprochen unter die kriminellen Strafgefangenen subsumiert Vgl. Wachsmann, N: Terror gegen Hitlers Gefangene, 2006.

bene Justizapparat beteiligt.³⁸ Spätestens seit der Anfang 1933 erschienenen Schrift von Eugen Hadamovsky³⁹ über den unbegrenzten Machteinsatz für die Durchsetzung der nationalsozialistischen Politik musste den Verantwortung Tragenden, die Hitlers *Mein Kampf* zuvor nicht ernst genommen hatten, das volle Ausmaß der totalen Diktatur für ihr eigenes Verhalten bewusst geworden sein.⁴⁰ Ihr Handlungsspielraum schloss zwischen Kollaboration und Widerstand alle Formen möglicher Distanzierung ein.

Bei der öffentlichen Institution Buchbesprechung musste der kombinierte Macht- und Propagandaeinsatz, angefangen von der symbolischen Bücherverbrennung über die zensorische Ausmerzung anerkannten deutschen Kulturguts schließlich an die Akzeptanzgrenze der auf sachliche Rezensionen angewiesenen Leser, Käufer und Buchinteressenten stoßen, zumal Rezensionen in besonderem Maße auf gegenseitiges Verständnis und Vertrauen setzen, das schwierig zu erwerben, aber leicht zu verlieren ist.

38 Wachsmann, N.: Terror gegen Hitlers Gefangene, 2006, insbes. S. 419–433; Parels, J.: Vergangenheitsbewältigung, 2006.

39 Hadamovsky, E.: Propaganda und Macht, 1933, passim.

40 Die Wirkungen und Folgen der potenzierten Dauer-Indoktrination haben in den Köpfen der in dieses grenzenlose Unrecht Verstrickten tiefe Spuren hinterlassen, die weit über den Zusammenbruch der Diktatur hinausreichen. Sie sind zu einem eigenen Thema geworden. Ein Beispiel für die andauernden Auseinandersetzungen gibt der Aufsatz von Joachim Parels mit dem Titel „Der Mythos der Vergangenheitsbewältigung“ in „Die Zeit“ vom 26.1.2006.

Literaturverzeichnis

1. Quellen

- Benjamin, Walter: Gesammelte Schriften Bd. VI, hrsg. v. Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1985.
- Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934–1944, bearbeitet von Heinz Boberach (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe A, Bd. 12). Mainz: Grünewald 1971.
- Chamberlain, Houston Stewart: Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts. München: Bruckmann 1898, ¹¹1914 (100 Ts), ²³1932.
- Deutsche Volkskunde im Schrifttum. Hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft für deutsche Volkskunde. Berlin: Eher 1938.
- Dietrich, Otto: Mit Hitler an die Macht. München: Eher 1933.
- Domizlaff, Hans: Die Propagandamittel der Staatsidee. Altona bei Hamburg: Selbstverlag 1932.
- Eckhardt, Fritz: Das Besprechungswesen. Eine Einführung in die Praxis (= Schriften zur Buchwerbung H. 7) Leipzig: Börsenverein der Deutschen Buchhändler 1927.
- Förtsch, Gerda Viktoria: Buchbesprechung und Zeitschrift. (= Leipziger Beiträge zur Erforschung der Publizistik, hrsg. v. A. Münster Universität Leipzig Bd. 3). Dresden: M. Dittert 1940.
- Fritzsche, Peter: German into Nazis, deutsch: Wie aus Deutschen Nazis wurden. Zürich/München: Pendo 1999.
- Fritzsche, Georg: Feuilleton und Kulturpolitik. Politische Führung durch das Feuilleton unter Berücksichtigung der Zeit von 1918 bis 1933. Radebeul: Kuply & Dietze 1938.
- Fröhlich, Elke: Die kulturpolitische Pressekonferenz des RMVP. In: VfZ 22. Jg. 1974, H. 4, 1974, S. 347–381.
- Goebbels, Joseph: Kampf um Berlin. Der Anfang. München: Eher (1932), ²⁰1940.
- [Goebbels, Joseph:] Die Tagebücher und sämtliche Fragmente. Hrsg. v. Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I Aufzeichnungen 1924–1941 in 4 Bänden. München (usw.): K.G. Saur 1987.
- Hadamovsky, Eugen: Propaganda und nationale Macht. Die Organisation der öffentlichen Meinung für die nationale Politik. Oldenburg i.O.: Stalling 1933.
- Haffner, Sebastian: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933. München: Dtv (2002) ⁴2006.

- Hart, F.Th.: Alfred Rosenberg. Der Mann und sein Werk. München/Berlin: J.F. Lehmanns V. 1939.
- Heuß, Theodor: Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus. Stuttgart/Berlin/Leipzig: Union 1932.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf. München: Eher ²⁶1933.
- Hitlers zweites Buch. Eine Dokumentation aus dem Jahre 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg mit einem Geleitwort von Hans Rothfeld. Stuttgart: DVA 1961.
- Ihde, Wilhelm; Gentz, Günther (Hrsgg.): Handbuch der Reichsschrifttumskammer. Leipzig: Börsenverein der deutschen Buchhändler 1942.
- Jaspers, Karl: Die geistige Situation der Zeit. Abdruck der 1932 bearbeiteten 5. Aufl. (= Sammlung Göschen Bd. 1000) Berlin: de Gruyter 1979.
- Kliemann, Horst: Die Werbung für das Buch. 2., vermehrte Auflage. Leipzig: C.E. Poeschel 1925.
- Köhler, Gerhard: Kunstanschauung und Kunstkritik in der nationalsozialistischen Presse. Die Kritik im Feuilleton des ‚VB‘ 1920–1932. München: Eher 1937. (Diss. phil. masch.).
- Köster, Hans: Buchbesprechungen und Arbeit mit der Presse. In: Horst Kliemann: Die Werbung für das Buch. 3. neubearbeitete Auflage Stuttgart: C.E. Poeschel 1937, S. 195–227.
- Langenbacher, Hellmuth: Volkhafte Dichtung der Zeit. Berlin: Junker & Dünnhaupt (1933), ⁶1941.
- LeBon, Gustave: Psychologie der Massen. Übersetzung von Rudolf Eisler. (= Philosophisch-soziologische Bücherei II) Stuttgart: Kröner ⁴1922.
- Lessing, Gotthold Ephraim: Briefe, die neueste Literatur betreffend. In: Literaturkritik und literarische Wertung, hrsg. v. Peter Gebhardt. (= Wege der Forschung Bd. 334) Darmstadt: Wiss. Buchges. 1980, S. 7–14.
- Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des SD der SS von 1938–1943, 17 Bde. Hrsg. v. Heinz Boberach. Herrsching: Pawlak 1984.
- Metzner, Kurt O.Fr.: Geordnete Buchbesprechung. Ein Handbuch für Presse und Verlag zu der gemeinsamen Anordnung der Präsidenten der RSK und RPK vom 5.6.1935. Leipzig: Börsenverein der Buchhändler 1935.
- NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit 1933–1939, hrsg. von Hans Bohrmann. 7 Bände. München (usw.): K.G. Saur 1984–2001.
- Ortega, José y Gasset: Der Aufstand der Massen. Stuttgart: DVA 1930.

- Payr, Bernhard: Das Amt Schrifttumspflege. Seine Entwicklungsgeschichte und seine Aufgaben (= Schriften zum Staatsaufbau, hrsg. von P. Meier-Benneckenstein. Neue Folge der Schriften der Hochschule für Politik. Teil II H. 54). Berlin: Junker & Dünnhaupt 1941.
- Reichsgesetzblätter der Weimarer Republik und des „Dritten Reichs“.
- Rosenberg, Alfred: Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. Stuttgart: E. Boepple 1923.
- Ders.: Der völkische Staatsgedanke. Untergang oder Neugeburt. München: Eher 1924.
- Ders.: Das Parteiprogramm. Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. Neuauflage. München: Eher 1930.
- Ders.: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit. München: Hoheneichen⁴⁴⁻⁴⁵1934.
- Ders.: An die Dunkelmänner unserer Zeit. Eine Antwort auf die Angriffe gegen den „Mythos des 20. Jahrhunderts“. 33. Auflage. München: Hoheneichen³³1935.
- Ders.: Gestaltung der Idee. Blut und Ehre II. Reden und Aufsätze von 1933–1935, hrsg. von Thilo v. Trotha. München: Eher⁴1937.
- Ders.: Protestantische Rompilger. Der Verrat an Luther und „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“. München: Hoheneichen⁸1937.
- Ders.: Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40, hrsg. v. Hans-Günther Seraphim (= Quellensammlung zur Kulturgeschichte, hrsg. v. Prof. Dr. W. Treue Bd. 8) Göttingen (usw.): Musterschmidt 1956.
- Ders.: Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution. Nürnberg 1945/46. Ulzen: Jomsburg²1996.
- Steiger, Alfons: Der Journalist. In Bd. 5: Der Jurist und der Volkswirt (= Die akademischen Berufe, hrsg. v.d. Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker in Berlin, 5 Bände) Berlin: Furche 1920, S. 277–313.
- Waldkirch, Wilhelm: Die zeitungspolitische Aufgabe. Das Zeitungsproblem in kritischer Darstellung. 3 Bände. Ludwigshafen: J. Waldkirch 1935.
- Zeitschriften-Dienst des RMVP vom 9.5.1939–25.8.1942 im Bundesarchiv Berlin. Nr. 1–32
BA RD 32.

2. Forschungsliteratur

- Abel, Karl-Dietrich: Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit. (= Historische Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meineke-Institut der Freien Universität Berlin Bd. 2) Berlin: Colloquium 1968.
- Abret, Helga: Hermann Hesse als Rezensent europäischer Literatur. In: Festschrift für Albert Schneider ..., hrsg. v. Fernand Hoffmann und Joseph Kohnen. Luxembourg: Saint Paul 1991.
- Aigner, Dietrich: Die Indizierung „schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ im Dritten Reich. In: AGB 11, 1971, Sp. 933–1034.
- Albrecht, Wolfgang: Literaturkritik. (= Sammlung Metzler 338) Stuttgart/Weimar: Metzler 2001.
- Aley, Peter: Jugendliteratur im Dritten Reich. Dokumente und Kommentare. (= Schriften zur Buchmarktforschung Bd. 12) Gütersloh: Bertelsmann 1967.
- Altmann, Petra: Der Buchkritiker in deutschen Massenmedien. Selbstverständnis und Selektionskriterien bei Buchbesprechungen. München 1983 (Diss. phil.).
- Bähre, Ralf: Hellmuth Langenbucher (1905–1980). Beschreibung einer literaturpolitischen Karriere. In: AGB 47, 1997, S. 249–308.
- Barbian, Jan-Pieter: Literaturpolitik im „Dritten Reich“. Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder. Überarbeitete und aktualisierte Ausgabe, München: dtv 1995..
- Ders.: Glücksstunde oder nationalsozialistisches Kalkül? Die Arisierung des S. Fischer Verlags 1935–1937. In: Menora, Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte. Bodenheim: Philo 1996, S. 61–94.
- Ders.: Verordneter Kanon. Literarische Kanonbildung während der NS-Diktatur 1933–1945. In: Text + Kritik. Zeitschrift für Literatur. Sonderband. Hrsg. Heinz Ludwig Arnold. München: Boorberg 2002, S. 212–232.
- Baumgärtner, Raimund: Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzungen der Kirchen mit Alfred Rosenberg. (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe B Bd. 22) Mainz: Grünewald 1977.
- Benner, Karl: Deutsche Literatur im Urteil des ‚VB‘ 1920–1933. Ein Beitrag zur publizistischen Vorgeschichte des 10. Mai 1933. München: Selbstverlag 1954 (Diss. phil. masch.).

- Benz, Wolfgang: Emil J. Gumbel: Die Karriere eines Pazifisten. In: Ulrich Walberer (Hrsg.): 10. Mai 1933. Bücherverbrennung in Deutschland und die Folgen. Frankfurt/M.: S. Fischer 1983, S. 160–198.
- Ders.: Partei und Staat im Dritten Reich. In: Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte, hrsg. v. Martin Broszat und Horst Möller. Vorträge aus dem Institut für Zeitgeschichte, 2. Auflage. München: C.H. Beck 1986, S. 64–82.
- Berghahn, Klaus L.: Von der klassizistischen zur klassischen Literaturkritik. In: Hohendahl, Peter Uwe (Hrsg.): Geschichte der deutschen Literaturkritik, 1730–1980. Stuttgart: Metzler 1985, S. 10–75.
- Berman, Russel A.: Literaturkritik zwischen Reichsgründung und 1933. In: Geschichte der deutschen Literaturkritik 1730–1980. Hrsg. v. P.U. Hohendahl. Stuttgart: Metzler 1985, S. 205–274.
- Besier, Gerhard: Die Kirchen und das Dritte Reich. Spaltungs- und Abwehrkämpfe 1934–1937. Berlin/München: Ullstein 2001.
- Böhnisch-Brednich, Brigitte: Volkskundliche Forschung in Schlesien. Eine Wissenschaftsgeschichte. (= Schriftenreihe der Kommission für deutsche und osteuropäische Volkskunde in der deutschen Gesellschaft für Volkskunde e.V. Hrsrg. V. Heike Müns Bd. 68) Marburg: Elwert 1994.
- Bösch, Frank/Frei, Norbert (Hrsg.): Mediatisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts Bd 5) Göttingen: Wallstein 2006.
- Bollmus, Reinhard: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. (Studien zur Zeitgeschichte, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte) Stuttgart: DVA 1970.
- Boveri, Margret: Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler. Olten (usw.): Walter 1965.
- Bracher, Karl Dietrich: Stufen der Machtergreifung. Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Hrsg. v. K.D. Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz. (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, hrsg. v. Otto Stammer) Köln/Opladen: Westdeutscher V. 1960, S. 31–368.
- Ders.: Das deutsche Dilemma. Leidenswege politischer Emanzipation. München: Piper 1971.
- Ders.: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Frankfurt (usw.): Ullstein 1979.

- Ders.: Demokratie und Machtergreifung. Der Weg zum 30. Januar 1933. In: Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz. Hrsg. v. K.D. Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Jakobsen. (= Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte. Bd. 21) Düsseldorf: Droste 1983, S. 17–36.
- Brechtken, Magnus: Die nationalsozialistische Herrschaft. 1933–1939. (= Geschichte kompakt, Hrsg. v. Uwe Puschner, Berater: Walter Demel, Merith Niehuss, Hagen Schulze) Darmstadt: Wiss. Buchges. 2004.
- Brenner, Hildegard: Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt 1963.
- Dies.: Die Republikaner beugen sich dem Wort der Obrigkeit. In: „Das war ein Vorspiel nur...“ Bücherverbrennung Deutschland 1933: Voraussetzungen und Folgen. Ausstellung der Akademie der Künste vom 8. Mai bis 3. Juli 1983. (= Akademie-Katalog 137) Wien: Medusa 1983, S. 65–72.
- Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, hrsg. v. M. Broszat und Helmut Heiber Bd. 9) München: Dtv ⁵1969.
- Ders.: Grundzüge der gesellschaftlichen Verfassung des Dritten Reiches. In: Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte. Vorträge aus dem Institut für Zeitgeschichte. Hrsg. v. Martin Broszat. u. Horst Möller. München: CH. Beck ²1986, S. 38–63.
- Ders.: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik. München: Dtv ⁴1993.
- Bullock, Alan: Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf: Droste 1960.
- Bussemer, Thymian: Propaganda. Konzepte und Theorien. Mit einem Vorwort von Peter Glotz. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2005.
- Carlsson, Anni: Die deutsche Buchkritik von der Reformation bis zur Gegenwart. Bern/München: Francke ²1969.
- Dahm, Volker: Das jüdische Buch im Dritten Reich. Teil I: Die Ausschaltung der jüdischen Autoren, Verleger und Buchhändler. In: AGB20, 1979, Sp. 1–299. 2., überarbeitete Auflage, München: C. H. Beck 1993.
- Ders.: Anfänge und Ideologie der RKK. Die „Berufsgemeinschaft“ als Instrument kulturpolitischer Steuerung mit sozialer Reglementierung. In VfZ 34, 1986, S. 53–84.
- Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München: Dtv ⁵1997.

- Deißner, Vera: Die Volkskunde und ihre Methoden. Perspektiven auf die Geschichte einer „tastend-schreitenden Wissenschaft“ bis 1945. (= Studien zur Volkskunde in Rheinland-Pfalz i.A. der Ges. für Volkskunde Bd. 21) Mainz: Ges. für Volkskunde 1997.
- Denkler, Horst: Janusköpfig. Zur ideologischen Physiognomie der Zeitschrift „Das innere Reich“, 1934–1944. In: Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen-Traditionen-Wirkungen. Hrsg. v. Horst Denkler und Karl Prümm. Stuttgart: Reclam jun. 1976, S. 382–405.
- Engelsing, Rolf: Massenpublikum und Journalistentum im 19. Jahrhundert in Nordwestdeutschland (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. v. W. Fischer Bd. 1) Berlin: Duncker & Humblot 1966.
- Falter, Jürgen (u.a.): Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933. (= Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte, hrsg. v. Jürgen Kocka und Gerhard Ritter) München: C.H. Beck 1986.
- Ders.: War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. v. Michael Prinz und Rainer Zitelmann. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1994, S. 21–47.
- Faust, Anselm: Die Hochschulen und der „undeutsche Geist“. Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 und ihre Vorgeschichte. In: „Das war ein Vorspiel nur...“. Bücherverbrennung in Deutschland 1933. Voraussetzung und Folgen. Berlin, Wien: Medusa 1983, S. 31–50.
- Fest, Joachim C.: Hitler. Eine Biographie. 7. Auflage. Frankfurt (usw.): Ullstein (Propyläen) 1973.
- Fischer, Ernst: Der „Schutzverband deutscher Schriftsteller“ 1919–1933. In: AGB 21, 1980, Sp. 1–666.
- Fischer, Heinz-Dietrich: Deutsche Zeitungen des 17.–20. Jahrhunderts. (= Publizistisch-Historische Beiträge, hrsg. v. H.-D. Fischer Bd. 2) München: Dokumentation Sauer 1972.
- Frei, Norbert/Schmitz, Johannes: Journalismus im Dritten Reich. München: C.H. Beck³1989.
- Frei, Norbert (Hrsg.): Martin Broszat, der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus. Göttingen: Wallstein 2007.
- Friedländer, Saul (Hrsg.)/Norbert Frei/Trutz Rendtorff/Reinhard Wittmann: Bertelsmann im Dritten Reich. München: Bertelsmann 2002.
- Ders.: Bertelsmann Gesamtverzeichnis 1921–1951. München 2002.

- Friesenhahn, Ernst: Zur Legitimation und zum Scheitern der Weimarer Reichsverfassung. In: Karl-Dietrich Erdmann/Hagen Schulze: Weimarer Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Düsseldorf, Droste TB (¹1980) ²1984, S. 81–108.
- Füssel, Stephan: Medienverbund statt Bücherkrise. Zum Verhältnis von Buch und Film in der Weimarer Republik. In: Buchkulturen. Beiträge zur Geschichte der Literaturvermittlung. Festschrift für Reinhard Wittmann, hrsg. v. Monika Estermann, Ernst Fischer und Ute Schneider. Wiesbaden: Harrassowitz 2005, S. 431–443.
- Gebhardt, Peter: Friedrich Schlegel und Ansätze. Aspekte zur Literaturkritik und literarischen Wertung, 1979. In: Literaturkritik und literarische Wertung, hrsg. v. dems. (= Wege der Forschung Bd. 334) Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1980, S. 412–469.
- Geißler, Rolf: Form und Methoden der nationalsozialistischen Literaturkritik. In: Neo-Philologus. Heft 3/Juli. Groningen: Wolters 1967, S. 262–277.
- Gessner, Dieter: Die Weimarer Republik (= Kontroversen um die Geschichte) Darmstadt: Wiss. Buchges. 2002.
- Getschmann, Dirk: Zwischen Mauerbau und Wiedervereinigung: Tendenzen der deutschsprachigen journalistischen Literaturkritik, Metakritik und Praxis (= Epistemata: Reihe Literaturwissenschaft Bd. 89) Würzburg: Königshausen & Neumann 1992.
- Gimmel, Jürgen: Die politische Organisation kulturellen Ressentiments. Der „Kampfbund für deutsche Kultur“ und das bildungsbürgerliche Unbehagen an der Moderne (= Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung Bd. 10) Münster/Hamburg/London: List 2001.
- Glötz, Peter: Buchkritik in deutschen Zeitungen. (= Schriften zur Buchmarktforschung Bd. 14) Hamburg, Verlag Buchmarktforschung 1968.
- Gotto, Hans/Hockerts, Hans Günter/Repgen, Konrad: Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz. In: Karl-Dietrich Bracher u.a. (Hrsgg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz. (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn Bd. 192) Düsseldorf: Droste 1986, S. 655–668.
- Graeb-Könneker, Sebastian: Autochthone Modernität. Eine Untersuchung der vom Nationalsozialismus geförderten Literatur. Opladen: Westdeutscher Verlag 1996.
- Graf, Hans-Dieter: Die Adventspredigten des Kardinals Michael Faulhaber. Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Publizistik und der Schrifttumspolitik im Dritten Reich. In: Gutenberg-Jahrbuch. Mainz: Gutenberggesellschaft 1990, S. 256–283.
- Grothe, Wolfgang: ‚Die neue Rundschau‘ des Verlegers S. Fischer. Ein Beitrag zur Publizistik und Literaturgeschichte der Jahre 1890–1925. In: AGB 4, 1963, Sp. 810–996.

- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. 7. Auflage. Neuwied (usw.), Luchterhand 1975.
- Hagemann, Walter: Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung. Hamburg: Hansischer Gildenverlag 1948.
- Ders.: Die Zeitung als Organismus. Heidelberg: Vowinkel 1950.
- Ders.: Fallen Journalisten vom Himmel? Zur UNESCO-Konferenz über die Berufsausbildung der Journalisten. In: Publizistik 1. Jg. 1956, H. 3, S. 147–157.
- Hagemann, Jürgen: Die Presselenkung im Dritten Reich. Bonn: Bouvier 1970.
- Hale, Oron J.: Presse in der Zwangsjacke. 1933–1945. Düsseldorf: Droste 1965.
- Hamann, Brigitte: Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators. München: Piper⁴1996.
- Hamel, Iris: Völkischer Verbund und nationale Gesellschaft. Der deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1967.
- Hammer, Hermann: Die deutschen Ausgaben von Hitlers „Mein Kampf“. In: VfZ 2, 1956, S. 161–178.
- Heiber, Helmut: Joseph Goebbels. Berlin: Colloquium V. 1962.
- Hentschel, Volker: Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik. Düsseldorf: Droste 1978.
- Heß, Jürgen C.: „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei. (= Kieler Historische Studien Bd. 24) Stuttgart: E. Klett 1978.
- Hohendahl, Peter Uwe: Literaturkritik und Öffentlichkeit. München: Piper 1974.
- Ders.: Geschichte der deutschen Literaturkritik 1730–1980. Stuttgart: Metzler 1985.
- Hömberg, Walter (Hrsg.): Journalistenausbildung, Modelle, Erfahrungen, Analysen. München: Ölschläger 1978.
- Iber, Harald: Christlicher Glaube oder rassischer Mythos. Die Auseinandersetzung der Bekennenden Kirche mit Alfred Rosenbergs „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“. (= Europäische Hochschulschriften Reihe XXIII Theologie Bd. 286) Frankfurt (usw.): Lang 1987.
- Jäckel, Eberhard: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft. Tübingen: Wunderlich 1969.
- Ders.: Einleitung zur Neuauflage von Theodor Heuß: Hitlers Weg von 1932. Tübingen: Wunderlich 1968.
- Jens, Inge: Dichter zwischen rechts und links. Die Geschichte der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste, dargestellt nach Dokumenten. München: Piper 1971.

- Kaes, Anton (Hrsg.): Manifeste und Dokumente zur deutschen Literatur 1918–1933. Stuttgart: Metzler 1983.
- Ders.: Stichwort Weimarer Republik. In: Literatur-Lexikon, hrsg. v. Walter Killy, Bd. 14. Gütersloh: Bertelsmann 1993, S. 477–495.
- Kempner, Robert M.W. (Hrsg.): Der verpasste Nazi-Stopp. Die NSDAP als staats- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung. Preußische Denkschrift von 1930. Frankfurt (usw.): Ullstein 1983.
- Kerlen, Dietrich: Buchwirkungsforschung – Vermessung eines Forschungsfeldes. In: Kerlen, Dietrich/Kirsten, Inka (Hrsgg.), Buchwissenschaft und Buchwirkungsforschung. Leipzig: Verlag des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft 2000, S. 99–111.
- Kershaw, Ian: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich. (= Schriftenreihe der VfZ Bd. 41) Stuttgart: DVA 1980.
- Ders.: Hitler 1889–1936, Bd. 1. Aus dem Englischen von Jürgen Peter Krause und Jörg W. Rademacher. München: dtv 2002.
- Ders.: Hitler 1936–1945, Bd. 2. Aus dem Englischen von Klaus Kochmann. München: dtv 2002.
- Kessler, Heinrich: Wilhelm Stapel als politischer Publizist. Ein Beitrag zur Geschichte des konservativen Nationalismus zwischen den beiden Weltkriegen. Nürnberg: L. Spindler 1967.
- Ketelsen, Uwe-Karsten: Völkisch-nationale und nationalsozialistische Literatur in Deutschland 1890–1945. Stuttgart: Metzler 1976.
- Kißener, Michael: Das Dritte Reich (= Kontroversen um die Geschichte) Darmstadt: Wiss. Buchges. 2005.
- Kolb, Eberhard: Die Maschinerie des Terrors. Zum Funktionieren des Unterdrückungs- und Verfolgungsapparates im nationalsozialistischen System. In: Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz. Hrsg. v. K.D. Bracher u.a. (= Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte Bd. 21) Düsseldorf: Droste 1983, S. 270–284.
- Koppitz, Hans-Joachim: Zur Geschichte des Faches Buchwesen an deutschen Universitäten. In: Gutenberg-Jahrbuch 64. Jg. Mainz: Gutenberggesellschaft 1989, S. 387–394.
- Korn, Karl: Lange Lehrzeit. Ein deutsches Leben. Frankfurt: Sozietäts-Verlag³ 1975.
- Koszyk, Kurt: Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III. (= Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, hrsg. v. Fritz Eberhard, Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 7) Berlin: Colloquium 1972.

- Kreutzer, Heike: Das Reichskirchenministerium im Gefüge der nationalsozialistischen Herrschaft (= Schriften des Bundesarchivs Bd. 56). Düsseldorf: Droste 2000.
- Küneth, Walter: Lebensführungen. Der Wahrheit verpflichtet. Wuppertal: R. Brockhaus 1979.
- Lange, Karl: Hitlers unbeachtete Maximen. „Mein Kampf“ und die Öffentlichkeit. Stuttgart: Kohlhammer 1968.
- Linsen, Albrecht: Der Kulturteil der deutschen Wochenzeitung ‚Das Reich‘. München: Universität Regensburg 1954 (Diss. phil. masch.).
- Lixfeld, Hannjost: Volkskunde und Volkserneuerung. In: Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. Wolfgang Jacobeit, Hannjost Lixfeld und Olaf Bockhorn. Wien (usw.): Böhlau 1994, S. 175–331.
- Ders.: Kulturpolitische Institutionen Rosenbergs. Ein Überblick. In: Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. Wolfgang Jacobeit, Hannjost Lixfeld, Olaf Bockhorn in Zusammenarbeit mit James R. Dow. Wien (usw.): Böhlau 1994, S. 192–205.
- Lokatis, Siegfried: Hanseatische Verlagsanstalt. Politisches Buchmarketing im Dritten Reich. In: AGB 38, 1992, S. 1–189.
- Lotter, Friedrich: Der Rechtsstatus der Juden in den Schriften Reuchlins zum Pfefferkornstreit. In: Reuchlin und die Juden. Hrsg. v. Arno Herzig und Julius H. Schoeps (= Pforzheimer Reuchlinschriften, hrsg. v. Stadt Pforzheim Bd. 3) Sigmaringen: Thorbecke 1993, S. 65–88.
- Mallmann, Marion: „Das innere Reich“. Analyse einer konservativen Kulturzeitschrift im Dritten Reich. (= Abhandlungen zur Kunst-, Musik- und Literaturwissenschaft Bd. 248) Bonn: Bouvier 1978.
- Martens, Erika: ‚Das Reich‘. Ein Beitrag zur Phänomenologie der Presse im totalitären Regime. Köln: V. Wissenschaft & Politik 1972 (Diss. phil.).
- Maser, Werner: Adolf Hitler „Mein Kampf“. Der Fahrplan eines Welteroberers. Geschichte, Auszüge, Kommentare. Esslingen: Bechtle 1974.
- Mendelssohn, Peter de: S. Fischer und sein Verlag. Frankfurt/M.: S. Fischer 1970.
- Meyer, Andreas: Die Verlagsfusion Langen-Müller. Zur Buchmarkt- und Kulturpolitik des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands in der Endphase der Weimarer Republik. In: AGB 32, 1989, Sp. 1–271.

- Michels, Helmut: Ideologie und Propaganda. Die Rolle von Joseph Goebbels in der nationalsozialistischen Außenpolitik bis 1939 (= Europäische Hochschulschriften R III, Serie III Bd. 527). Frankfurt (usw.): Lang 1992.
- Mittenzwei, Werner: Der Untergang einer Akademie oder Die Mentalität des ewigen Deutschen. Der Einfluß nationalkonservativer Dichter an der Preußischen Akademie der Künste. 1918 bis 1947. Berlin: Aufbau Verlag 1992.
- Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik. Stuttgart: DVA 1966.
- Ders.: Die deutschen Eliten und der Mythos des nationalen Aufbruchs von 1933. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, hrsg. v. K.H. Bohrer. 37. Jg. 1984, S. 97–102.
- Ders.: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1932. Berlin, Ullstein 1998, aktualisierte Originalausgabe von 1989.
- Möller, Horst: Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933. München: C.H. Beck 1984.
- Moore, Kaaren M.: Presse und Meinungsklima in der Weimarer Republik. Eine publizistikwissenschaftliche Untersuchung. Mainz: Selbstverlag 1997 (Diss. phil.).
- Müsse, Wolfgang: Die Reichspreseschule – Journalisten für die Diktatur? Ein Beitrag zur Geschichte des Journalismus im Dritten Reich. (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung Bd. 53) München/New Providence/London/Paris: Saur 1995.
- Neliba, Günther: Wilhelm Frick, der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie. Paderborn (usw.): Schöningh 1992.
- Neuss, Wilhelm: Der Kampf gegen den „Mythus des 20. Jahrhunderts“. (= Dokumente zur Zeitgeschichte IV). Köln: Bachem 1947.
- Norden, Günther van: Widerstand im deutschen Protestantismus 1933–1945. In: Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach der historischen Wirklichkeit. Hrsg. v. Christoph Kleßmann und Falk Pingel. Frankfurt (usw.): Campus 1980, S. 103–125.
- Otto, Ulla: Die literarische Zensur als Problem der Soziologie in der Politik. (= Bonner Beiträge zur Soziologie, hrsg. v. Institut für Soziologie der Universität Bonn Nr. 3) Stuttgart: F. Enke 1968.
- Parels, Joachim: Der Mythos von der Vergangenheitsbewältigung. In: ‚Die Zeit‘ vom 26.1.2006.

- Paul, Gerhard: Aufstand der Bilder. Die nationalsozialistische Propaganda vor 1933. Bonn: Dietz 1990.
- Pechel, Rudolf: Zwischen den Zeilen. Der Kampf einer Zeitschrift (Deutsche Rundschau) für Freiheit und Recht 1932–1942. Wiesentheit, 1948.
- Petersen, Klaus: Zensur in der Weimarer Republik. Stuttgart, Weimar: Metzler 1995.
- Petzina, Heinz Dietmar: Der nationalsozialistische Vierjahresplan von 1936. Entstehung, Verlauf, Wirkungen. Mannheim: WiH. 1965 (Diss.).
- Phelps, H. Reginald: Die Autoren des Eher-Verlages. In: ‚Deutsche Rundschau‘ 81. Jg. 1955, S. 30–34.
- Pfohlmann, Oliver: Literaturkritik in der Weimarer Republik. In: Thomas Anz/Rainer Basner (Hrsgg.): Literaturkritik. Geschichte-Theorie-Praxis. München: C.H. Beck 2004, S. 114–129.
- Pieper, Ingrid: ‚Das Reich‘ (1940–1945). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.): Deutsche Zeitschriften des 17.–20. Jahrhunderts. (= Publizistisch-Historische Beiträge Bd. 3) München: Verlag Dokumentation 1973.
- Plöckinger, Othmar: Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers ‚Mein Kampf‘ 1922–1945. Eine Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte. München: Oldenbourg 2006.
- Pürer, Heinz: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch. Konstanz: UVK Verlagsges. 2003.
- Pyta, Wolfram: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzungen der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik. (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 87) Düsseldorf: Droste 1989.
- Ders.: Die Weimarer Republik. (= Beiträge zur Politik und Zeitgeschichte) Opladen: Leske + Budrich 2004.
- Raabe, Paul: Was ist Geschichte des Buchwesens? Überlegungen zu einem Forschungsbereich und einer Bildungsaufgabe. In: Buchhandelsgeschichte 8, 1976, S. B 319–B 330.
- Raithel, Thomas/Strengé, Irene: Die Reichstagsbrand-Verordnung. Grundlegung der Diktatur mit den Instrumenten des Weimarer Ausnahmezustands. In: VfZ 48, 2000, S. 413–460.
- Reichel, Peter: Der schöne Schein des Dritten Reiches, Faszination und Gewalt des Faschismus. 2. Auflage. München: Hansa 1992.
- Reuth, Ralf Georg: Goebbels. Mit 33 Fotos. München, Zürich: Piper²1991.
- Ritschie, James M.: Artur Dinters antisemitische Trilogie. In: Festschrift für Albert Schneider, hrsg. v. Fernand Hoffmann und Joseph Konen. Luxembourg: Saint Paul 1991, S. 179–194.

- Ruppelt, Georg: Schiller im nationalsozialistischen Deutschland. Der Versuch einer Gleichschaltung. Stuttgart: Poeschel 1979.
- Sauder, Gerhard (Hrsg.): Die Bücherverbrennung. Zum 10. Mai 1933. München, Wien: Hanser 1983.
- Schäfer, Hans-Dieter: Die nichtfaschistische Literatur der jungen Generation im nationalsozialistischen Deutschland. In: Horst Denkler und Karl Prümm (Hrsgg.): Deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen-Traditionen-Wirkungen. Stuttgart: Reclam jun. 1976, S. 459–503.
- Ders.: Das gespaltene Bewusstsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933–1945. München: Carl Hanser 1981.
- Ders.: Amerikanismus im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. v. Michael Prinz und Rainer Zitelmann. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1994, S. 199–215.
- Schenda, Rudolf: Volk ohne Buch. Studien zur Sozialgeschichte der populären Lesestoffe 1770–1910. (= Studien zur Philosophie und Literatur des 19. Jahrhunderts Bd. 5) Frankfurt/M.: Klostermann 1970.
- Schlawe, Fritz: Literarische Zeitschriften. Teil II 1910–1933. Stuttgart: Metzler und Poeschel 1962.
- Schneider, Tobias: Bestseller im Dritten Reich. Ermittlung und Analyse der meistverkauften Romane in Deutschland 1933–1944. In: VfZ 52, 2004, S. 77–97.
- Schneider, Ute: Friedrich Nicolais Allgemeine Deutsche Bibliothek als Integrationsmedium der Gelehrtenrepublik. (= Mainzer Studien zur Buchwissenschaft, hrsg. v. Stephan Füssel Bd. 1) Wiesbaden: Harrassowitz 1995.
- Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Band 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934. Frankfurt/M. und Berlin: Propyläen 1977.
- Ders.: Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft. Gesammelte Aufsätze, hrsg. v. Karl Otmar v. Arentin und Gerhard Besier. Berlin: Siedler 1988.
- Scholdt, Günter: Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919–1945 und ihr Bild vom „Führer“. Bonn: Bouvier 1993.
- Schulz, Gerhard: Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates. In: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftsystems in Deutschland 1933/34, hrsg. v. K.-D. Bracher u.a. Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag 1960, S. 371–681.

- Schwarz, Falk: Literarisches Zeitgespräch im Dritten Reich. Dargestellt an der Zeitschrift ‚Neue Rundschau‘. In: AGB 12, 1972, Sp. 1281–1484.
- Ders.: Die gelenkte Literatur. Die ‚Neue Rundschau‘ im Konflikt mit den Kontrollstellen des nationalsozialistischen Staates und der ‚Bewegung‘. In: Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen-Traditionen-Wirkungen, hrsg. v. Horst Denkler und Karl Prümm. Stuttgart: Reclam jun. 1976, S. 66–82.
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München: Nymphenburger Verlagshandlung 1968.
- Stein, Alfred: Adolf Hitler und Gustave LeBon. Der Meister der Massenbewegung und sein Lehrer. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 6, 1955, S. 362–368.
- Steinbach, Peter: Der Widerstand als Thema der politischen Zeitgeschichte. Ordnungsversuche vergangener Wirklichkeit und politischer Reflexionen. In: Ders.: Widerstand und Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. 2. Auflage. Paderborn (usw.): Schöningh 2001, S. 39–102.
- Steinhaus, Hubert: Hitlers pädagogische Maximen. ‚Mein Kampf‘ und die Destruktion der Erziehung im Nationalsozialismus. (= Studien zur Pädagogik der Schule. Hrsg. v. Rudolf Biermann und Wilhelm Wittenbruch Bd. 3) Frankfurt: Lang 1981.
- Steinmetz, Horst: Der Kritiker Lessing. Zu Form und Methode der ‚Hamburgischen Dramaturgie‘. In: Neophilologus Bd. 52. Groningen: Wolters-Noordhoff 1968, S. 30–48.
- Stephan, Werner: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1973.
- Strätz, Hans-Wolfgang: Die geistige SA rückt ein. Die studentische ‚Aktion wider den un-deutschen Geist‘ im Frühjahr 1933. In: 10. Mai 1933. Bücherverbrennung und die Folgen. Hrsg. Ulrich Walberer. Frankfurt/M.: S. Fischer 1983, S. 84–114.
- Strothmann, Dietrich: Die ‚Neuordnung‘ des Buchbesprechungswesens im Dritten Reich und das Verbot der Kunstkritik. In: Publizistik H. 15 1960, S. 140–158.
- Ders.: Nationalsozialistische Literaturpolitik. Ein Beitrag zur Publizistik im Dritten Reich (= Abhandlungen zur Kunst-, Musik- und Literaturwissenschaft Bd. 13). 3. Aufl., Bonn: Bouvier 1968.
- Tavernaro, Thomas: Der Verlag Hitlers und der NSDAP. Die Franz Eher Nachfolger GmbH. Wien: Praesens 2004.
- Tyrell, Albrecht: Führerbefehl... Selbstzeugnisse aus der Kampfzeit der NSDAP. Dokumente und Analysen. Düsseldorf: Droste 1969.

- Umlauff, Ernst: Beiträge zur Statistik des deutschen Buchhandels. Leipzig: Börsenverein der deutschen Buchhändler 1934.
- Unsel, Siegfried: Hermann Hesse – Peter Suhrkamp: Briefwechsel 1945–1959. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1969.
- Ders.: Peter Suhrkamp. Zur Biographie eines Verlegers in Daten, Dokumenten und Bildern. Ergänzte Neuaufl. Frankfurt/M.: Suhrkamp 2004.
- Vondung, Klaus: Der literarische Nationalismus. Ideologische, politische und sozialhistorische Wirkungszusammenhänge. In: Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen-Traditionen-Wirkungen. Hrsg. v. Horst Denkler u. Karl Prümm. Stuttgart: Reclam jun. 1976, S. 44–65.
- Wachsmann, Nikolaus: Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat. Aus dem Englischen von Klaus-Dieter Schmidt. München: Siedler 2006.
- Warnecke, Klaus: Die Provinzpresse am Ende der Weimarer Zeit. Zur politischen Rolle der bürgerlichen Tageszeitungen am Beispiel der Region Osthannover. In: Presse und Geschichte II, neue Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung, hrsg. v. E. Blühm und H. Gebhardt. (= Deutsche Presseforschung, Bd. 26) München (usw.): K.G. Saur 1987, S. 365–404.
- Wesel, Uwe: Geschichte des Rechts. Von den Frühformen bis zum Vertrag von Maastricht. München: C.H. Beck 1997.
- Wulf, Joseph: Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Gütersloh: Mohn 1964.
- Zehnpfennig, Barbara: Hitlers Mein Kampf. Eine Interpretation. München: Fink 2000.
- Zipfel, Friedrich: Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945. Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit. Mit Einleitung von Hans Herzfeld (= Historische Kommission beim Kriedrich Meinecke Institut der Freien Universität Berlin Bd. 11). Berlin: de Gruyter 1965.

3. Bibliographische Hilfsmittel

- Bibliographie der Buch- und Bibliotheksgeschichte (BBB). Bearbeitet v. Horst Meyer, 22 Bde. Bad Iburg: Bibliographischer Verlag. 2004.
- Bibliographie zum Nationalsozialismus. Hrsg. Michael Ruck. Köln: Bund V. 1995.
- Bibliographie deutscher Rezensionen mit Einschluss von Referaten und Selbstanzeigen. Leipzig: F. Dietrich 1900–1943.
- Bibliographie zur Zeitgeschichte. Beilage der VfZ. Zusammengestellt v. Christoph Weis und Ingeborg Brückner. Jg. 54, 2006, Red.-Schluss 5.5.2006. München: Oldenbourg 2006.
- Gesamtverzeichnis des deutschsprachigen Schrifttums (GV) 1911–1965. Hrsg. Reinhard Oberschelp. München/New York/Landau/Paris: Saur 1976–1981.
- Hitler-Interpretationen 1923–1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung. Erg. Neuaufl. f.d. Jahre 1984–1987. Darmstadt: Wiss. Buchges. 1988.
- Wolfenbütteler Bibliographie zur Geschichte des Buchwesens im deutschen Sprachgebiet 1840–1980 (WBB). Bearbeitet von Erdmann Weyrauch, 12 Bde. München: Saur 1998.

Buchbesprechungen über Hitlers „Mein Kampf“ in zwei Bänden zwischen 1925 und 1932*

1925

Trebitsch, A.:	Band 1	In: Der Hammer 24. Jg. S. 374.
Trebitsch, A.	- II -	In: Heimgarten 49. Jg. S. 739f.
Bonhard, O.:	- II -	In: Deutsche Zeitung v. 9.9.
Kämpfer, Ludwig:	- II -	In: Abwehrblätter 35.Jg.Nr. 19/20 v.20.10.
Großmann, Stefan:	- II -	In: Tage-Buch v. 7.11., S.1664–1669.
--	- II -	In: NZZ v. 8.11.
--: Erledigung Hitler		In: FZ v. 11.11.
Dresler, D.	- II -	In: Deutschlands Erneuerung 9.Jg.H.11 v.11.11.

1926

Dinter, Arthur:	- II -	In: Der Nationalsozialist 3.Jg. Folge 27, Juli.
Fetkötter, H.:	- II -	In: Deutscher Volkswart 8./9. Jg., S. 143–146.
Ziegler, Hans Severus:	- II -	In: Der Nationalsozialist 3.Jg Nr.3/4, De
Dr. B(uttman?)	- II -	In: VB 39.Jg. Nr. 298 v. 24.12.
Streicher, Julius:	- II -	In: Der Stürmer 4.Jg. Nr.52, Dezember
Baumgarten, Otto:	- II -	In: Abwehrblätter 36.Jg Nr. 17/18 v. 23.9.

1927

Stolzing-Cerny:	Band 2	In: Deutscher Volkswart 8./9.Jg. S. 369–373
Brockdorf, A.v.:	- II -	In: Deutsches Amtsblatt 45.Jg. S. 650, 668.
Bartels, Adolf:	- II -	In: Deutsches Schrifttum Nr. 5, S. 1.
Ruge, A.:	- II -	In: Der Hammer 26.Jg. S. 336–340.
--	- II -	In: Abwehrblätter 37 Jg. Nr. 3/4 v. 21.2.

1928 --

1929 --

1930

--	Band1+2 ^x	In: Deutschlands Erneuerung 14.Jg. S. 444.
--	- II -	In: Die neue Saat 5.Jg. S. 190.
--	- II -	In: Schlesische Zeitung v. 26.10.
Schulen, -:	- II -	In: Katholiken Korrespondenz 25.Jg.S.23–26.

1931

Muckermann,Friedrich:	- II -	In: Gral 25.Jg.H.5, Februar, S. 412–414.
--	- II -	In: Hefte für Buchereiwesen d.Zentralstelle.
Sacher, Hermann:	- II -	In: Literarischer Handweiser 67Jg. S. 323f.
--: Diktator Hitler?		In: Bayerischer Kurier v. 22.3.

1932

Rade, Martin:	- II -	In: Christliche Welt 46.Jg. S. 649, 670.
Laible, -:	- II -	In: AELK S. 160.
Horn, Heinz: Hitlers Deutsch		In: Die Weltbühne 28.Jg.H.40,S.500–502, v.4.10.

* ab 7. Mai 1930 erschienen beide Bände zusammengefasst als „Volksausgabe“.

Buchbesprechungen über Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“ zwischen 1930 und 1932

1930

- | | | |
|---|---------------------------------|--|
| Rosenberg, A.: | Der Mythus | In: NSMH H.7, S. 342. |
| -- : | - II - | In: VB 30.9. |
| -- : | - II - | In: Dt. Archiv f. klin.Medizin 167.–169. Band, S. 187. |
| Kynast,-: | - II - | In: Die Sonne Jg. 7, S. 521–528. |
| Wieneke, Friedrich: | Nationalsozialismus-Christentum | In: Dt. Pfarrerblatt Jg.34, Nr.45 v. 11.11. |
| Naab, Ingbert: | - II - | In: Der Weg Jg. 8, H. 7. |
| Sinn, Georg: Christenkreuz u.Hakenkreuz | | In: Dt. Pfarrerblatt Jg.34, Nr.50 v. 16.12. |
| -- | - II - | In: Deutschlands Erneuerung Jg.15, S.59. |
| -- | - II - | In: VB v. 30.12. |

1931

- | | | |
|--|--------|--|
| Muckermann,Friedrich: | - II - | In: Gral 25.Jg. H.5/Febr. S. 412–417. |
| Künneht, Walter: Völkische Religiosität | | In: AELKZ,Jg.33,S.410–414, 439f u.458–465. |
| Hentschel, -: Ein verkannter Gott | | In: Der Hammer Jg.30, S. 121. |
| Strathmann, Hermann: Kirche und Politik | | In: Wort und Tat 7, H.3, S. 1–11. |
| Karwehl, Richard: Polit. Messiasstum | | In: Zwischen den Zeiten 9.Jg. S.519–546. |
| Kremers, Hermann: NS und Protestantismus | | In: Volksschriften d. Ev.Bundes H.35. |
| Langendorf, -: Der Mythus | | In: Hefte f. Büchereiwesen Jg.15, S.171 (Leipzig). |
| Ramin, Jürgen | - II - | In: Ringendes Deutschtum Jg.11 S.121–123. |
| -- | - II - | In: Der Ring. Jg. 4 S. 570. |
| Kellner, -: | - II - | In: Theologie der Gegenwart Jg.25 Leipzig S. 287. |
| Ders.: | - II - | In: Ruf und Rüstung. Jg.5 Braunschweig S. 97–109. |
| Krannhals, P.: | - II - | In: Deutsche Zeitung v. 15.2. |
| Friedländer, O.: | - II - | In: Sozialistische Bildung. Jg.1931, H.2 S.50–53. |

1932

- | | | |
|---|--------|---|
| Heiler, Friedrich: Religion des Blutes. | | In: Hochkirche Jg.14, S. 199–210. |
| Gründel, R.: Der Mythus. | | In: Archiv f. Rassen- u.Gesellschaftsbilgie Jg. 25, S. 464–469. |
| Wiest, P.: | - II - | In: Nordische Blätter Jg. 7, S. 90–92. |
| Richter, Julius: | - II - | In: Zft. f.d.ev. Religionsunterricht Jg. 25 S. 325. |
| Hüllweck, K.: | - II - | In: Christliche Welt. Jg.46, S. 731–735. |
| --: | - II - | In: Philosophie u.Leben Jg.8, S. 81–84. |
| Neuscheler, K.: | - II - | In: Zft.f. Menschenkunde Jg.8, S. 144–151. |

Monographien und Stellungnahmen zu Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“ zwischen 1930 und 1932 (eine Auswahl)

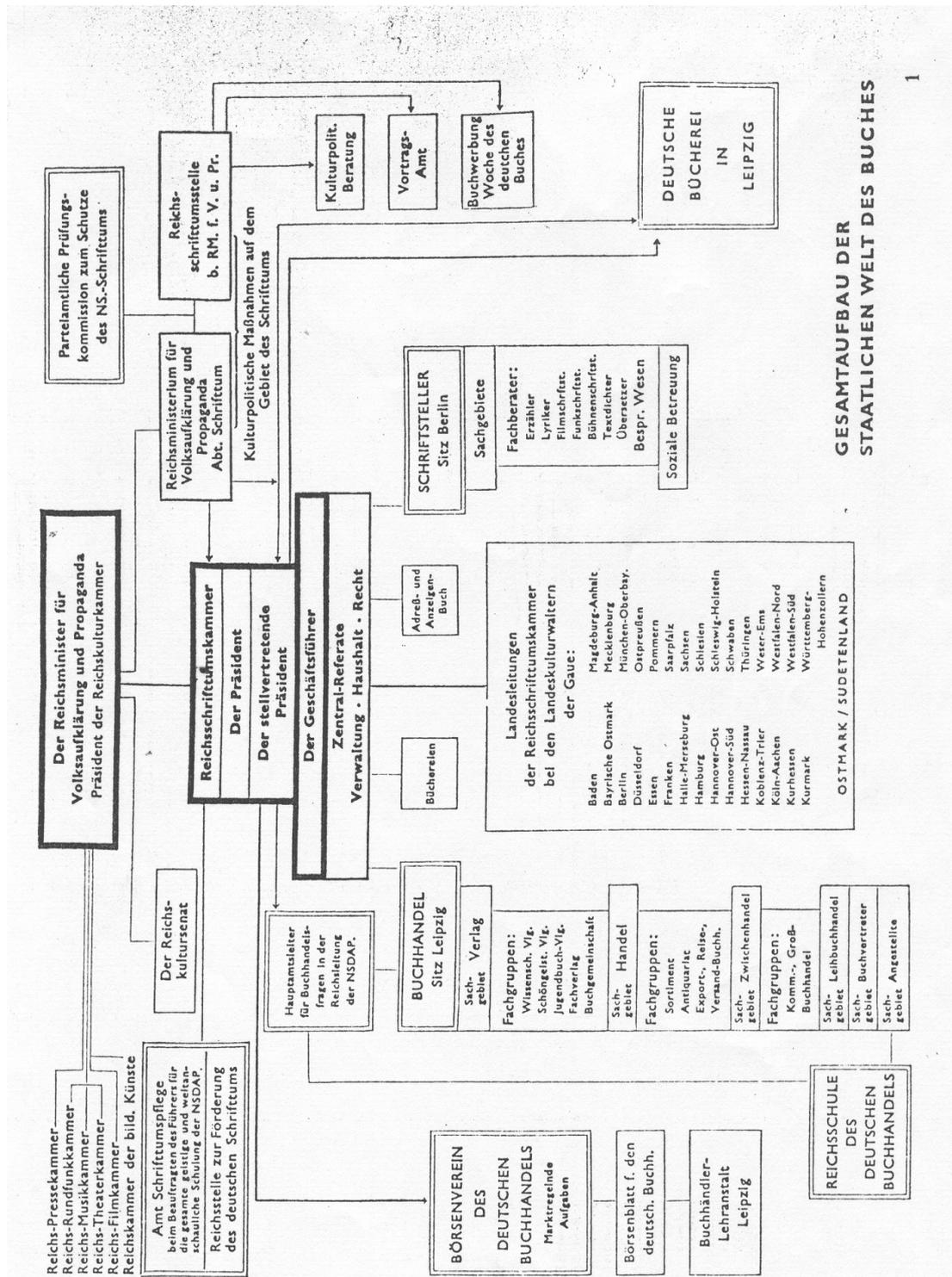
1930 - -

1931

Schlund, Erhard:	Orientierung im Weltanschauungskampf.	Hildesheim: A. Lax.
Stark, Johannes	Nationalsozialismus und katholische Kirche	München: Eher.
Nötges, Jakob:	Nationalsozialismus und Katholizismus.	Köln: Gilde.
Stratmann, Hermann:	NS-Weltanschauung?	Nürnberg: Volksdienst-V.
Schreiner, Helmuth:	Der Nationalsozialismus vor der Gottesfrage.	Berlin: Wichern.
Künneht, Walter:	Völkische Religion der Gegenwart.	In: H. 4 der Apologet. Centrale

1932

Braun, Walter:	Heidentum und Nationalsozialismus.	Berlin:
Klotz, Leopold (Hrsg.):	Die Kirche und das dritte Reich. Zwei Bände.	Gotha: Selbst-V.
Kuptsch, Julius:	Christentum und Nationalsozialismus.	München: Eher.



Aus: „Das war ein Vorspiel nur...“ Bücherverbrennung Deutschland 1933. Voraussetzungen und Folgen. Ausstellung der Akademie der Künste Berlin vom 8.5.–3.7.1983. Hrsg. v. Hermann Haarmann u.a. Berlin/Wien: Medusa 1983. S. 256.

Buchbesprechungen zu Rosenbergs Ergänzungseditionen zum „Mythus des 20. Jahrhunderts“ zwischen 1933 und 1938*

1933

- | | | |
|-------------------------|-------------------------------|---|
| W.H.(Werner Haverbeck): | Zum Mythus | In: NSMH H.35, S. 95. |
| Gmelin,-: | - II - | In: Ärztliche Rundschau. Jg.43,S.264. |
| Buchenau, A.: | - II - | In: Geisteskultur.Berlin Bd.42,S.81. |
| Seeliger, A. | - II - | In: Ärzteblatt f.Sachsen.Bd.104,S.290. |
| Kolb,-: | - II - | In: Deutsche Kunst und Jugend... Stuttgart Jg. 13, S.169–171. |
| Minkner, Konrad | Luther u.d.völk. Christentum. | In: Hochkirche. Jg. 15, H.11/12, S. 335. |
| Balk, Arved: | Zum Mythus | In: NSMH 45, S. 566f. |
| Ders.: | - II - | In: Rheinisch-Westf.Zeitung v. 17.11. |

1934

- | | | |
|------------------|--|--|
| Feuling, Daniel: | Um ein vielgelesenes Buch | In: Hochland 31, S. 457–463. |
| Mulert, H.: | Zum Mythus. Über d. Kampf um d. Weltanschauung | In: Christliche Welt. Jg.48, S. 224–227. |
| Kaufmann, C.: | Zum Mythus | In: Gral. Jg. 28, S. 470. |
| Ders.::: | - II - | In: Der Fels 29, S. 1–15. |
| Ders.: | Fragen und Antworten | In: Der Fels 29, S. 134–136. |
| Erffa, B.v.: | Zum Mythus | In: Wort und Tat. S. 317–319. |
| Lunk, R.: | - II - | In: Volksschulwart. München.Jg.22, S. 145. |
| Klinge, R.: | - II - | In: Der Rechtspfleger. Berlin. S. 391. |
| -- | - II - | In: Die neue deutsche Schule. Frankfurt S. 517 |
| Simoneit,-: | - II - | In: Soldatentum.Zft.f.Wehrpsychologie.Berlin.S. 163. |
| Witzmann,-: | - II - | In: Christliche Welt. Jg.48, S. 20–28. |
| Schmidt,-: | - II - | In: Christliche Welt. Jg. 48, S. 529–534. |

1935

- | | | |
|------------------|---------------------|--|
| Künneht, Walter: | Dunkelmännerschrift | In: Wort und Tat 11, S. 157–164. |
| --: | Dunkelmännerschrift | In: Schulungsbrief Berlin, Jg.2 S. 184. |
| Künneht, Walter: | - II - | In: Der deutsche Erzieher. Stuttgart S. 460. |
| --: | - II - | In: Bücherkunde der Reichsstelle. S. 157f. |
| Peuckert, F.: | - II - | In: Die Erziehung. Monatsschrift d. ns Lehrerverbands Gau Sachsen Dresden, S. 179–181. |
| Kaufmann, C. | - II - | In: Der Fels Jg. 30, S. 261–274. |

* mit gekürzten Titelangaben

Forts. 1935

Seeliger, A.:	Dunkelmännerschrift	In: Ärzteblatt f. Sachsen. S. 149.
Ziegler, Matthes:	- II -	In: Das Dt. Recht. Berlin. Bd. 5, S. 421.
Ders.:	- II -	In: NS-Volksdienst. Berlin. S. 288.
Ders.:	- II -	In: Zentralbl. f. Reichsvers.u. Reichsversorgung. Stuttgart, S. 312.
Beer, W.:	- II -	In: Berliner Tageblatt v. 5.5.
- II -:	- II -	In: Deutsche Allgemeine Zeitung v. 14.5.
Schmitt, W.:	Mythus	In: VB v. 5.5.
Ders.:	- II -	In: Der Angriff v. 4.5.
Bäumler, Alfred:	- II -	In: Die Erziehung. Monatsschrift d. ns Lehrerverbands Gau Sachsen. Dresden, S. 265–273.
Ziegler, Matthes:	- II -	In: - II -, S. 274–276.
Heer, E.G.:	- II -	In: Deutscher Glaube. Jg. 35, S. 216–222.
Friedrich,-:	- II -	In: Die nationale Wirtschaft. Berlin III, S. 64.

1936

Lutz, K.K.:	Dunkelmännerschrift	In: Altkathol. Volksblatt. Jg. 67, S. 147–149.
Studentkowsky,-:	- II -	In: Vergangenheit und Gegenwart. Jg. 26, S. 54.

1937

Grunsky, K.:	Rompilgerschrift	In: Bayreuther Blätter. Jg. 61, S. 49.
Stöve, G.:	- II -	In: Bücherkunde der Reichsstelle. S. 581–583.
Pauli, A.:	- II -	In: Christengemeinschaft. S. 239–242.
Ders.:	- II -	In: Kirche im Angriff. Schliestedt. S. 349–352.
Weiss,-:	- II -	In: Deutschlands Erneuerung. Jg. 21, S. 688.
Dürr, Dagobert:	- II -	In: Unser Wille und Weg. München. H. 7, S. 346.
- -:	- II -	In: Sächsisches Kirchenblatt N.F. Jg. 1, S. 281 u. 302.
- -:	Ein Buch steht zur Anklage	In: VB Nr. 130 v. 10.5.
Preuss,-:	Rosenberg und Luther	In: AELKZ S. 984–989.
Lilje, Johannes:	- II -	In: - II -, S. 1106–1111.
Pribilla, M.:	Rompilgerschrift	In: Stimmen der Zeit. Freiburg. Bd. 133, S. 183–186.
Mulert,-:	- II -	In: Christliche Welt. Jg. 51, S. 756.
Hagemann, W.:	- II -	In: Germania v. 15.9.
Beer, W.:	- II -	In: Berliner Tageblatt v. 9.10.
Künneht, Walter:	Sterbender Protestantismus?	In: Wort und Tat. S. 341–346.

Monographien und Stellungnahmen zu Rosenbergs Ergänzungseditionen zum „Mythus des 20. Jahrhunderts“ zwischen 1933 und 1939 (eine Auswahl)*

1933

- Grundmann, Walter: Gott und Nation... (= Stimmen d. deutschchristlichen Studentenbewegung H. 81) Berlin.
- Hertrich, Volkmar: Völkische Religiosität u. Altes Testament. Gütersloh.

1934

- Duhm, Andreas: Der Kampf um die deutsche Kirche... Gotha.
- Koch, Anton: Der neue Mythus u.d. alte Glaube. In: Stimmen der Zeit. Jg. 65, S. 73–87.
- II -: Völkerchaos. In: Stimmen der Zeit. Jg. 65, S. 217–229.
- Winkelnkemper, P.: Der Mythus und sein Schöpfer. In: VB vom 22.2.
- Breitenstein, Desiderius: Geist und Blut? In: Der Christ i.d.Zeit, H.4
- Simon, Paul: Mythus oder Religion. In: Der Christ i.d.Zeit, H.7
- Wieneke, Friedrich: Ev. Volksmission im Dritten Reich. Soldin.
- Grünagel, Friedrich: Rosenberg und Luther... u.d. theolog. Probleme (=Kirche in Bewegung u. Entscheidung. Eine Schriftenreihe H.11) Bonn.
- Hüffmeier, Heinrich: Eine ev. Antwort auf den Mythus. Berlin.
- Stoll, Christian: Mythus? Offenbarung? (= BK) München.
- Hans, Friedrich: Kirche gib Antwort! Hrsg. Volksmiss.Amt d. VELK Karlsruhe.
- Bruns, Hans: Rosenbergs Mythus. Einführung und Anleitung zur Auseinandersetzung mit ihm. Neumünster.
- Stapel, Wilhelm: Heidentum oder Atheismus? In: Deutsches Volkstum. Juniheft.
- Lutz, H.: Christentum und Deutschreligion. Paderborn.
- Witt, Johannes: Völkisches Neuheidentum (= Protestant. Studien H. 23) Berlin.
- Witte, Karl: Mythus und Offenbarung. Eine Kampfschrift gegen die deutsche Glaubensbewegung. Berlin.
- Künneht, Walter: Heidnischer Geist oder Heiliger Geist? Berlin.
- „N“: Modernismus u. Mythus arteigener Religion. In: Der Fels 29, S. 346–359.
- Künneht, Walter/-Schreiner, Helmut (Hrsg.): Die Nation vor Gott. Zur Botschaft der Kirche im Dritten Reich. Berlin.
- Florin, Wilhelm: Rosenbergs Mythus u.d. ev. Glaube. Ein Vortrag. Gütersloh.
- Lothar, Helmut: Neugermanische Religion u. Christentum Gütersloh: Bertelsmann.
- Homann, Rudolf: Heiliger Geist germanischer Konfession? Gütersloh: Bertelsmann.

* mit gekürzten Titelangaben

Forts. 1934

- : Studien zum Mythus ...Amtliche Beilage zum kirchlichen Anzeiger für die Erzdiözese Köln. Köln, Oktober.
- : Replik zu den Studien. In: Bücherkunde der Reichsstelle, S. 125–132.
- „s“: Aussprache über den Mythus... In: Germania Nr.317 v. 16.11.

1935

- Künneht, Walter: Antwort auf den Mythus. Die Entscheidung zwischen dem nordischen Mythus und dem biblischen Christus. Berlin.
- Laible, Wilhelm: Rezension zu Künnehts Antwort... In: AELKZ 68,S. 732–737.
- Ohlemüller, Gerhard: Mythus ... in kathol. Beleuchtung. In: Wartburg. Jg.34, 13–24. Wuppertal-Barmen.
- Bockemühl, Peter: Mythus oder Evangelium. In: Theolog. Blätter Jg.45 XIV, S. 59.
- : Ev. Stimmen über den Mythus ... In: Pastor bonus. Jg. 45, S. 200–228.
- : Der Katholik und der Mythus ... Gütersloh: Bertelsmann. Düsseldorf.
- Hertrich, Volkmar: Neuheidentum und Christenglaube. Hannover.
- Niehaus, Franz: Mythus und Wirklichkeit. Stuttgart.
- Algermissen, Konrad: Germanentum und Christentum. Leipzig.
- Berghen, Walter v.d.: Mythus und Wahrheit.
- Miller, Alfred: Wissenschaft im Dienste der Dunkel-männer... In: Wort und Tat 11, S. 224–246. Potsdam.
- Schwartz, Karl: Positives Christentum. Wuppertal-Barmen.
- Kehnscherper, Gerhard: Mythus des Blutes? Stuttgart.
- Barth, Hermann: Aufgabe der Kirche gegenüber dem Einbruch des Neuheidentums. Nach Vortrag auf d. Synode v. 26.–28.3. Wuppertal-Barmen.
- Hutten, Kurt: Christus oder Deutschglaube? Kampf um die Seele. Berlin.
- Thielicke, Helmut: Christus oder Antichristus? Der Mythus ... und die Verkündigung der Kirche. Wuppertal-Barmen.
- Schreiner, Helmuth: Der neue Mythus und der alte Glaube (= Flugschriften der Zeitenwende). Berlin.
- : Studien zum Mythus ... II. Amtliche Beilage zum kirchlichen Anzeiger f.d. Erzdiözese Köln mit Stellungnahme z. Dunkel-männerschrift.
- Kaufmann, C.: Die deutsche Richterzeitung u. Rosenberg. In: Der Fels.Jg.30, S.379f.
- Ders.: Politischer Katholizismus. In: Der Fels. Jg.30, S.436.
- Pieper, Karl: Die angebliche Einsetzung des Petrus... In: Beilage zum Amtsblatt Nr. 14/35 der Erzdiözese München/Freising.
- Usadel, G.: Dunkelmännerschrift. In: Völkische Kultur. Dresden. S. 286.
- Kindt, K.: Rosenberg und die Römischen. In: Neue Literatur. Jg.36,S.441. Hannover.
- Bendokat, Bruno: Ärgernis oder Glaube? Eine Antwort auf Rosenbergs Angriff (= Schulungsblätter Ev. Jungmannschaft H. 1/2).

Forts. 1935

- Ders.: Der Angriff der Bibel auf die nordische Religion. Auseinandersetzung mit Rosenbergs Mythos (= Schulungshefte –wie vor-H.6). Hannover.
- Philipps,-: Der Mythos u.d. ev. Christ. In: Dt. Pfarrerblatt 39, S. 17–19, 29, 41.
- Schäfer, Walter: Ein Kap. Mythos. Zur Unterweisung f.d. Christen. Göttingen.
- Ziegler, Matthes: Rosenberg antwortet. In: NSMH Aprilheft, S. 290–297.
- Bruns, Hans: Entgegnung auf Künneiths Kritik. In: Auf der Warte 32, H.20.
- Ders.: Rosenbergs Mythos ... Neumünster.
- Reuss, J.M.: Religion in Rosenbergs Mythos... In: Theologie und Glaube. Paderborn. Jg.27, S. 157–167.
- Hirsch, E.: Wissenschaftliche Tarnung. Zu den ‚Studien...‘. In: Deutsches Volkstum. Hamburg. Jg.17, S. 295–301.
- Stapel, Wilhelm: Mythos oder Ethos. In: Deutsches Volkstum. Jg.17, S. 352–361.
- Homann, Rudolf: Der Mythos und das Evangelium. Die ev. Kirche in Abwehr u. Angriff gegenüber dem Mythos. Witten.
- Koch, Anton: Der neue Mythos und der alte Glaube. Eine Kritik an Rosenbergs Mythos. Freiburg.
- Koch, Hugo: Rosenberg und die Bibel. Zum Streit um den Mythos. Leipzig.
- Stamm,-: Schriften zu Rosenbergs Mythos. In: Sächs. Kirchenblatt Jg. 85, S. 532–536.
- Kübel, J.: Rosenberg und wir. In: Christliche Welt. Jg. 49, S. 56–58.
- Dahl, Johannes: Kirchengeschichtl. Irrtümer im Mythos ... Kevelaer.
- Schuster, H.: Gespräche um den Mythos. In: Christliche Welt. Jg.49, S. 589–594.
- Cordsen,H.: Los vom Alten Testament, vom Juden Paulus und von Jesus Christus? In: Die deutsche Schule, Bielefeld, S. 1.
- Schäfer, Fritz Oskar: Kirche und „Neuheidentum“. Zu Künneiths „Antwort auf den Mythos“. In: Eine Heilige Kirche. München. Jg.17, S. 302–305.
- Schlemmer, Hans: Ev. Gedanken zu Rosenbergs Mythos ... Görlitz.
- Schäfer, Walter: Ein Kapitel Mythos. Zur Unterweisung f. Christen. Göttingen.
- Adolphsen,-: Ein christliches Wort zum Mythos des Blutes. (= Volksmissionsarbeit der ev.-luth. Landeskirche Schleswig-Holstein H.3). Breklum.
- Kube, Horst: Jugend im Kampf gegen konfessionelle Dunkel männer. In: VB v. 3.9.
- Odenwald, D.: Entmannte Christen. Bonn.
- 1936**
- Schreiner, Helmuth: Zu Künneiths Antwort auf d. Mythos. In: Zeitwende 12/1, S.58f.
- Rechtmann, Heinrich: Zum Mythos. In: Germania. Berlin 9.8.1936.
- J.: - II - In: NS-Mädchenerziehung. Leipzig. Jg.2, S. 391.
- Friedrich, Th.: - II -

Forts. 1936

- Ziegler, Matthes: Germanische Religionsforschung im Weltanschauungskampf. Bemerkungen zu neuem Schrifttum. In: NSMH 78, S. 819–824.
- Andersen, Friedrich: Sechs volkstümliche Vorträge zum Mythos. Flensburg.
- Bendokat, Bruno: Ist die ‚nordische Religion‘ unserer Tage deutschen Ursprungs? In: Junge Kirche 4, S. 405–409, 451–458.
- Dibelius, Otto: Drei Randbemerkungen zu einem Kapitel Rosenberg. o.J. Berlin. W 62 (Bayreuther Str. 43)
- Lynkeus,-: Der Mythos und das Evangelium. In: AELKZ 69, Sp. 154f.
- Homann, Rudolf: Zum Mythos. In: Deutsches Pfarrerblatt 39, S. 429, 607.
- Homann, Rudolf: Weltanschauung des Mythos u.d. Christliche Glaube. o.J. (1937) Witten.
- Lokies, H.: Indische Religiosität und der Mythos... In: Deutsch-evang. Kirchenkalender. Berlin, S. 31.
- Hutten, Kurt: Ein neues Evangelium? Stuttgart.

1937

- Schmitt, Paul: Kampf gegen den Mythos. In: AELKZ, S. 984–998.
- Baustaedt, C.: Rosenbergs Mythos und seine Wegbereiter im Geschichtsunterricht. In: Vergangenheit u. Gegenwart. Jg. 27, S. 673–691.
- Ziegler, Matthes: Der Protestantismus zwischen Rom und Moskau. München: Eher.
- Künneht, Walter: Ev. Wahrheit (zur Rompilgerschrift). Berlin.
- Oepke, Albrecht: Der Mythos. Rosenbergbetrachtungen. Leipzig. (4 Aufl. bis 1940).

1938

- Heydt, Fritz v.d.: Die Kirche Luthers zwischen Rom u. Mythos. Berlin.
- Brachmann, Wilhelm: Rosenberg und seine Gegner. Zur Auseinandersetzung mit den ‚Protestantischen Rompilgern‘. In: NSMH 8, S. 2–16.
- Grünagel, Friedrich: Wagnis u. Dogmatismus i.d.relig. Zeitfragen. (= Schriftenreihe für Gegenwartsfragen... H. 41). Bonn.
- Scharfe, Siegfried: Verrat an Luthers Sache? Halle.
- Stock, Hans: Erstarrung oder Erneuerung? ... Witten.

1939

- Schneider, Georg: Rosenberg und Jesus. Ringen um positives Christentum. Stuttgart.
- Ders.: Das Ende der Bibel? Weimar.
- Ziegler, Matthes: Illusion und Wirklichkeit. Offenbarungsdanken und mythischer Glaube. München: Eher.

§ 4.

Die Buchbesprechung soll innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten nach Übersendung eines Buches bei täglich erscheinenden Organen, innerhalb von sechs Monaten bei wöchentlich bis monatlich erscheinenden, innerhalb eines Jahres bei vierteljährlich erscheinenden erfolgen. Für die bei den Zeitungen (Zeitschriften) unverlangt eingehenden Besprechungsstücke erweitern sich diese Fristen um einen Monat bei täglich erscheinenden Druckschriften, bei allen anderen um mindestens einen Monat bis zu höchstens drei Monaten. Für umfangreiche wissenschaftliche Abhandlungen oder andere fachliche Arbeiten, die Sonderkenntnisse höheren Grades voraussetzen, gelten diese Fristen nicht; sie haben sich ihnen aber sinngemäß anzupassen. In solchen Fällen ist auf der unter § 2 vorgesehene Karte anzugeben, daß von dieser Fristverlängerung Gebrauch gemacht werden soll. Es bleibt dem Buchverlag überlassen, ob er die Voraussetzungen dafür als gegeben erachtet. Im Zweifelsfalle entscheidet der Präsident der Reichsschrifttumskammer auf Ersuchen des Präsidenten der Reichspressekammer oder des Buchverlages.

§ 5.

Die Besprechung, für die die Bestimmungen des Schriftleitersgesetzes und seiner Durchführungsverordnung maßgebend sind, hat in irgendeiner Form Verfasser, Titel und Seitenzahl sowie Verlag und Erscheinungsjahr¹⁾ des Buches zu nennen. Diese Aufzählung allein gilt nicht als Besprechung. Dem Buchverlag stehen für jedes besprochene Werk zwei Belegabzüge zur Verfügung, von denen einer dem Verfasser des Buches zu übergeben ist.

§ 6.

Unstimmigkeiten und Verstöße sind nach Möglichkeit unmittelbar zwischen den Beteiligten zu bereinigen. Gelingt dies nicht, so kann die Angelegenheit dem jeweils zuständigen Verband — für Mitglieder des ehemaligen Reichsverbandes deutscher Schriftsteller dem Beauftragten für das Buchbesprechungswesen bei der Reichsschrifttumskammer — gemeldet werden²⁾. Dabei ist der Nachweis des vergeblichen Versuches einer unmittelbaren Erledigung der Streitfrage zu führen.

§ 7.

Diese Anordnung tritt einen Monat nach ihrer Verkündung in Kraft. Für vorher versandte oder angeforderte Besprechungsstücke gilt sie nicht. Verstöße aus dieser Zeit werden nur dann untersucht, wenn der Präsident der Reichsschrifttumskammer oder der Präsident der Reichspressekammer dies anordnen sollten.

Berlin, den 6. Juni 1935.

Der Präsident der Reichsschrifttumskammer. I. V.: *Wismann*.

Der Präsident der Reichspressekammer. *Armann*.

Anmerk. 1) Aufsätze hierzu sind erschienen „Der deutsche Schriftsteller“ 1935, S. 311, „Börsenblatt“ 26. 7. 27. 7. und 6. 8. 1935. Über die Buchbesprechung ist im Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, Leipzig, unter dem Titel „Geordnete Buchbesprechung“ von K. O. Fr. Metzner, Jänner für die „Geordnete Buchbesprechung“ im Buchhandel auf die Anordnung Fritz Besand, „Das Besprechungsrecht“, im gleichen Verlag erschienen.

Anmerk. 2) Vgl. Amtliche Bekanntmachungen Nr. 62 und 78.

Anmerk. 3) Wegen des Buchpreises vgl. Bekanntmachung der Reichspressekammer vom 18. 7. 1935 (D. III. Nr. 27/1935), und in Richtung B. Buchbesprechungen vorgeschrieben, bei Buchbesprechungen die Preise im allgemeinen fortzulassen. Nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage sind der Präsident des Werberates der Deutschen Wirtschaft und ich zu der Überzeugung gekommen, daß es im kulturellen Interesse liegt, wenn diese Vorschriften fallen gelassen werden. Aus diesem Grunde verleihe ich im Einvernehmen mit dem Herrn Präsidenten des Werberates der Deutschen Wirtschaft:

Der Absatz 1 der Ziffer B 10 der „Richtlinien“ ist wie folgt abzuändern: Bei Buchbesprechungen ist außer den üblichen Angaben auch die Nennung des Buchpreises anzugeben.

Anmerk. 4) Der in Parenthese gesetzte Text ist in der Bekanntmachung vom 12. 7. 1935 zu streichen. Bekanntmachung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vom 12. 7. 1935 (abgedruckt in „Der deutsche Schriftsteller“ 1935, S. 13, D. III. Nr. 236/1935).

Amtliche Bekanntmachung Nr. 71.

Gemeinsame Anordnung zur Neugestaltung des Buchbesprechungswesens im Bereich der deutschen Presse¹⁾.

(Abgedruckt im B. Bl. Nr. 134, V. B. 11. Juni 1935, „Schriftsteller“, August, S. 309.)
Auf Grund des § 25 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933 (RGBl. I/33, S. 797ff.) ordnen wir:

§ 1.

Die Übersendung angeforderten²⁾ und nicht angeforderten Besprechungsstücke geschieht entweder durch die Post oder unter Benutzung des buchhändlerischen Verkehrsweges, den der Börsenverein der Deutschen Buchhändler hierzu noch besonders vorbereitet, über den Kommissionär der Zeitung (Zeitschrift) oder, wo ein solcher nicht vorhanden ist, durch eine über Leipzig verkehrende Sortimentsbuchhandlung. Die Übersendung geschieht regelmäßig so, daß der Zeitung (Zeitschrift) keine Portounkosten entstehen.

§ 2.

Jedem Besprechungsstück liegt eine vom absendenden Buchverlag freigezeichnete und nach einheitlichem Muster vorgedruckte Karte bei, die von der Zeitung (Zeitschrift) auszufüllen und innerhalb eines Monats nach Eingang des Buches an den Buchverlag zurückzusenden ist. Diese Karte gilt als Bestätigung des Empfanges und darf Mittelungen propandastischer Art grundsätzlich nicht enthalten.

§ 3.

Jedes angeforderte oder von den Buchverlagen unverlangt übersandte Besprechungsstück muß entweder besprochen oder innerhalb der unten angegebenen Fristen an den betreffenden Buchverlag zurückgegeben werden. Bis dahin bleibt es Eigentum des Buchverlages. Die Rücksendung nicht besprochener Stücke hat *ausnahmslos* unter Benutzung des buchhändlerischen Verkehrsweges zu erfolgen. Zeitungen (Zeitschriften) mit eigenem Kommissionär übergeben diesem die zurückzusendenden Besprechungsstücke, alle anderen einem über Leipzig verkehrenden Sortimentsbuchhändler, der die weitere Bearbeitung nach Weisungen seiner Fachschaft übernimmt. Die unter § 2 angeführte Karte enthält die Angabe, an welchen Kommissionär oder Sortimentsbuchhändler die Exemplare übergeben werden beziehungsweise übergeben werden sind. Bedient sich der Buchverlag für die Übersendung der Besprechungsstücke eines Kommissionärs oder Buchhändlers, so ist für die Rücksendung derselbe Kommissionär beziehungsweise Buchhändler zu wählen, falls nicht andere Abmachungen zwischen den Parteien getroffen worden sind.

Die Rückgabe nicht besprochener Bücher muß bei Werken kleineren Umfanges innerhalb von zwei Monaten, bei Werken größeren Umfanges innerhalb von drei Monaten erfolgen. Die Zeitung (Zeitschrift) hat bei der Rückgabe lediglich auf einen beigegebenen Zettel — keinesfalls durch Stempelaufdruck auf das Buch selbst — ihren Absender und das Datum anzugeben. Weitere Angaben dürfen in den zurückzugebenden Stücken nicht gemacht werden. Als Empfänger gilt grundsätzlich der auf dem Titelblatt des Buches genannte Buchverlag, an den der Kommissionär das ihm direkt oder von einem Sortimentsübergebene Buch nach den Weisungen seiner Fachschaft zurückzuleiten hat. Vereinbarungen zwischen den Buchverlegern und den Sortimentsverlegern über die Art der Rückgabe an den Buchverlag sind zulässig.

Amtliche Bekanntmachung Nr. 78.

Bekanntmachung betr. Eingriffe in die Arbeit des Verlagswesens und Buchhandels.

(Abgedruckt im B.Bl. Nr. 162/1935.)

Ich sehe mich genötigt, darauf hinzuweisen, daß Eingriffe irgendwelcher Art in die Arbeit des deutschen Verlagswesens und Buchhandels, die ohne ausdrückliche und durch Unterschrift bestätigte Genehmigung des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer und seiner zuständigen Beauftragten, insbesondere des Vorstehers des Bundes Reichsdeutscher Buchhändler erfolgen, zurückzuweisen sind.

Insbesondere haben Organisationen, Begutachtungsstellen, Buchämter und ähnliche Einrichtungen nicht das Recht, von Mitgliedern der Reichsschrifttumskammer in verlegerischen und buchhändlerischen Angelegenheiten die Erfüllung von Ersuchen zu verlangen. Wer solchen Ersuchen, auch hinsichtlich von Buch- und Manuskriptprüfungen, nachkommt, tut dies rein persönlich, ohne einen Anspruch auf amtliche Berücksichtigung der Ergebnisse daraus ableiten zu können.

Ersuchen in verlegerischen und buchhändlerischen Angelegenheiten ohne die Einhaltung des Dienstweges über die Reichsschrifttumskammer sind für die Mitglieder der Reichsschrifttumskammer nur dann verbindlich, wenn sie von folgenden Behörden ausgehen:

1. vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, seinen Landesstellen und der ihm angegliederten Reichsschrifttumsstelle,
2. von der Reichskulturkammer,
3. von der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS. Schrifttums¹⁾,
4. von dem Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Schulung und Erziehung der NSDAP. bzw. der Abteilung Schrifttumspflege seiner Dienststelle,
5. von allen mit der Durchführung amtlicher Maßnahmen beauftragten Polizeibehörden.

Die Mitglieder der Reichsschrifttumskammer sind berechtigt, alle anderen Organisationen, Begutachtungsstellen und Buchämter in vorkommenden Fällen auf diese Bekanntmachung aufmerksam zu machen und den Nachweis meines Einverständnisses zu verlangen.

Berlin, den 12. Juli 1935.

Der Präsident der Reichsschrifttumskammer. I. V.: Dr. Wismann.

Anmerk. 1). Vgl. die Bekanntmachung der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS. Schrifttums vom 1. August 1935 (B.Bl. 214/1935).

1. Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Verleger verpflichtet sind, zur Prüfung zwei Exemplare der zu prüfenden Bücher einzureichen. Ich weise darauf hin, daß die Prüfung erst dann begonnen wird, wenn zwei Exemplare vorliegen.
2. Es wird nochmals auf die Ausführungsbestimmungen zur Verfügung des Stellvertreters des Führers, veröffentlicht im B.Bl. vom 21. April 1934, Nr. 92, hingewiesen.
3. Manuskripte sind in Abschrift zur Prüfung einzureichen, da diese als Beleg in dem Besitz der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS. Schrifttums bleiben.

Wortlaut des Erlasses über das Verbot der Kunstkritik vom 27. November 1936

1 1/2 Jahre, nachdem die Reichsschrifttumskammer für ihren Bereich eine Ordnung der Kritik durchgeführt hat, hat am 27. 11. 1936 der Herr Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda folgenden allgemeinen Erlaß über die Kunstkritik herausgegeben:

„Die Kunstkritik ist im Rahmen der Neuformung des deutschen Kulturlebens eine der Fragen, deren Lösung am dringlichsten, aber auch am schwierigsten ist. Ich habe seit der Machtergreifung der deutschen Kunstkritik vier Jahre Zeit gelassen, sich nach nationalsozialistischen Grundsätzen auszurichten. Die wachsende Zahl der Beschwerden über die Kunstkritik sowohl aus den Reihen der Kunstschaffenden selbst als auch aus allen anderen Teilen der Bevölkerung gaben mir vor einem Jahre Veranlassung, eine Kritikertagung einzuberufen. Ich habe auf dieser Kritikertagung den deutschen Kritikern Gelegenheit gegeben, sich mit den namhaftesten Vertretern des deutschen Kunstschaffens ausführlich über das Problem der Kunstkritik auszusprechen, und abschließend selbst meine Auffassungen zur Kunstkritik noch einmal unmißverständlich dargelegt. Ich habe ferner die ‚Nachtkritik‘ verboten.

Da auch das Jahr 1936 keine befriedigende Besserung der Kunstkritik gebracht hat, untersage ich mit dem heutigen Tage endgültig die Weiterführung der Kunstkritik in der bisherigen Form. An die Stelle der bisherigen Kunstkritik, die in völliger Verdrehung des Begriffes ‚Kritik‘ in der Zeit jüdischer Kunstüberfremdung zum Kunsttrichertum gemacht worden war, wird ab heute der Kunstbericht gestellt; an die Stelle des Kritikers tritt der Kunstschriftleiter. Der Kunstbericht soll weniger Wertung, als vielmehr Darstellung und damit Würdigung sein. Er soll dem Publikum die Möglichkeit geben, sich selbst ein Urteil zu bilden, ihm Ansporn sein, aus seiner eigenen Einstellung und Empfindung sich über künstlerische Leistungen eine Meinung zu bilden.

Wenn ich eine derartig einschneidende Maßnahme treffe, dann gehe ich dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß nur der kritisieren darf, der auf dem Gebiet, auf dem er kritisiert, wirkliches Verständnis besitzt. Wer selbst schöpferisch begabt ist, wird sich weniger mit Kritik beschäftigen, als vielmehr den Drang nach eigener schöpferischer Leistung haben. Ich erinnere dabei daran, daß die großen Kritiker des vorigen Jahrhunderts, Lessing, Kleist, Tieck, Brentano, Fontane, Gustav Freytag und viele andere mehr, schon große schöpferische Leistungen vollbracht hatten, ehe sie Kritiken schrieben. Die Form, in der sich diese mit der Kunstkritik beschäftigen, ist auch für unsere Zeit noch vorbildlich. Die großen Kritiker des vorigen Jahrhunderts wollten nur Diener am Kunstwerk sein. Sie gaben Rechenschaft mit der Achtung und der Ehrfurcht vor der Leistung des anderen, aber sie warfen sich nicht zum unfehlbaren Richter über fremde Leistung auf. Dies blieb den jüdischen Literaten von Heinrich Heine bis Kerr überlassen, auf die die bisher noch übliche Form der Kunstkritik zum Teil zurückgeht.

Der künftige Kunstbericht setzt die Achtung vor dem künstlerischen Schaffen und der schöpferischen Leistung voraus. Er verlangt Bildung, Takt, anständige Gesinnung und Respekt vor dem künstlerischen Willen. Nur Schriftleiter werden in Zukunft Kunstleistungen besprechen können, die mit der Lauterkeit des Herzens und der Gesinnung des Nationalsozialisten sich dieser Aufgabe unterziehen. Es ist daher auch mit Recht immer wieder verlangt worden, daß der Kunstbericht nicht anonym erfolgen darf.

Ich ordne daher an: In Zukunft ist jede Kunstbesprechung mit vollem Namen des Verfassers zu zeichnen. Das Amt des Kunstschriftleiters wird in der Berufsliste der Deutschen Presse an eine besondere Genehmigung geknüpft sein, die wiederum abhängig ist von dem Nachweis einer wirklich ausreichenden Vorbildung auf dem Kunstgebiet, auf dem der betreffende Schriftleiter künftig tätig sein will. Da Beschäftigung mit künstlerischen Leistungen eine gewisse Lebenserfahrung und Lebensreife bedingt, müssen Kunstschriftleiter mindestens dreißig Jahre alt sein, ehe sie für diesen Tätigkeitszweig der Deutschen Presse zugelassen werden können.“

(Abgedruckt in „Der deutsche Schriftsteller“ 1936, Seite 280.)

Im Anschluß an diesen Erlaß wurde im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ Nr. 298/99 — 1936 ein Hinweis veröffentlicht, wonach die Anordnung der Reichsschrifttumskammer vollinhaltlich wirksam bleibt. Der Erlaß des Ministers ist aber für das Besprechungswesen insofern von Bedeutung, als jede Buchbesprechung mit dem vollen Namen des Besprechers gezeichnet sein muß und daß der Besprecher mindestens 30 Jahre alt sein muß, sofern der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ihm keine Ausnahme zugestimmt hat.

Aus: Handbuch der Reichsschrifttumskammer. Hrsg. von Wilhelm Ihde und Günther Gentz. Leipzig: Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig 1942.

Buchbesprechungen von Will-Erich Peuckert von 1930 bis 1945 (geordnet nach Jahren¹)

1930

- Lang, G.: Aus dem Ordensleben des 18. Jahrhunderts... Heilbronn 1929. In: Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens 64. Jg., S. 342f.
- Schneider, H.: Joachim Morsius und sein Kreis... Lübeck. In: Zeitschrift des Vereins für Geschichte 64. Jg., S. 342.

1931

- Sachwörterbuch der Deutschkunde... hrsg. v. W. Hofstaetter u. U. Peters 1–2 Leipzig 1930. In: Zeitschrift für deutsche Philologie 56, S. 310–313.

1932

- Höttges, V.: Die Sage vom Riesenspielzeug. Jena 1931. In: Deutsche Literaturzeitung 53, Sp. 1657–1660.

1933

- Nevermann, H.: Masken und Geheimbünde in Melanesien. Berlin 1933. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F. 5, S. 302–303.
- Ethnologischer Anzeiger. Hrsg. v. M. Heydrich. Stuttgart. Bd. 3. H. 1 u. 2 1932/33. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.5, S. 104f.
- Frobenius, Leo: Ein Lebenswerk aus der Zeit der Kulturwende, dargestellt von seinen Freunden und Schülern. Leipzig 1933. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.5, S. 109.
- Ders.: Schicksalskunde im Sinne des Kulturwerdens. Leipzig 1932. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.5, S. 109.
- Haslund-Christensen, Henning: Jabonah. Leipzig 1933. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.5, S. 110.
- Lehmann, Walter: Aus den Pyramidenstädten in Alt-Mexiko (...) Berlin 1933. In: Zeitschrift f. Volkskunde N.F.5, S. 300f.
- Trilles, R.P.: Les Pygmées de la Forêt équatoriale. Paris 1933. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.5, S. 305.

1934

- Anthropos 27 (1932). St. Gabriel-Mödling bei Wien 1932. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.6, S. 291f.
- Claassen, O.: Die Ahnen des Mondes. Eine indische Edda. Krefeld 1933. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.6, S. 72.
- Nieuwenhuis, A.W.: Die dualistische Kultur in Amerika ... Leiden 1933. Zeitschrift für Volkskunde N.F.6, S. 76f.
- Skih, Nai-an: Die Räuber vom Liang-Schan-Moor. Aus dem Chinesischen übertr. v. F. Kuhn. Leipzig 1934. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.6, S. 75.
- Tessmann, G.: Die Baja. Ein Negerstamm im mittleren Sudan. Stuttgart 1934. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.6, S. 292f.

1 insbes. nach Angaben von Frau Bönisch-Brednich

1935

- Anthropos 28 (1933). St. Gabriel-Mödling bei Wien 1933. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.7, S. 184–195.
- (Bardo Thödol.) Das tibetanische Totenbuch... hrsg. v. W.Y. Evans-Wentz... Zürich-Leipzig 1935. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.7, S. 209.
- David-Neel, A.: Heilige und Hexer in Tibet... 2. Aufl. Leipzig 1932. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.7, S. 189.
- Körner, T.: Totenkult und Lebensglaube bei den Völkern Ost-Indonesiens. Leipzig 1936. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.7, S. 196f.
- Kühn, Alfred: Berichte über den Weltanfang bei den Indochinesen... Leipzig 1935. In: Zeitschrift für Volkskunde N.F.7, S. 197f.

1936 -**1937**

- Castiglioni, A.: Incantesimo e magia. Milano 1934. In: Lychnos S. 513–514.
- Sudhoff, K.: Paracelsus... Leipzig 1936. In: Lychnos S. 578f.

1938

- Otto, G.: Bäuerliche Ethik in der schlesischen Volkssage. Breslau 1937. In: Geistige Arbeit 5 Nr. 1, 8–9.

Bibliography of the survival of the classics. Ed. by The Warburg institute 2 (1932–1933). (London 1938) Nr. 2, 4–42, 44–80, 84–93, 95–104, 106–108, 111, 114, 117, 125, 152–154, 156–159, 217, 219–220, 268, 301–303, 305, 312–313, 336–337, 423–442, 486–487, 580, 654–655, 658–663, 735, 737–739, 751, 1014, 1066, 1122.

1939 -**1940 -****1941**

- Fehrle, H.: Eligius-Sage. Frankf. a.M. 1940. In: Geistige Arbeit 8, Nr. 24, S. 1.
- Der Bauer im Buch. – Stanietz, W.: Das tägliche Brot. Berlin 1940. In: Die neue Rundschau 52, S. 361f.

1942

- Anacker, T.: Verzauberung und Erlösung im deutschen Volksmärchen. Königsberg i.O. 1941. In: Geistige Arbeit 9, Nr. 14 S. 2f.
- Englert, L.: Paracelsus. Mensch u. Arzt. Berlin 1941 und andere Werke als Sammelbespr. In: Das Reich 21, S. 14.

1943

- Bozner Bürgerspiele. Alpendeutsche Prang- und Kranzfeste. Hrsg. v.A. Dörrer 1. Leipzig 1941. In: Geistige Arbeit 10, Nr. 6 S. 7.

1944 -**1945 -**

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

ADBV	Allgemeiner Deutscher Buchhandelsgehilfenverband
AELKZ	„Allgemeine Evangelisch Lutherische Kirchenzeitung“
Bbl	Börsenblatt für den deutschen Buchhandel
BT	„Berliner Tageblatt“ (Zft)
BV	Börsenverein der deutschen Buchhändler
C.V.	Central-Verein deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens e.V.
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAZ	„Deutsche Allgemeine Zeitung“
DC	Deutsche Christen – nationalsozialistische Glaubensgemeinschaft
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
DR	„Deutsche Rundschau“
FZ	„Frankfurter Zeitung“
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt in Berlin
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GV	Gesamtverzeichnis des deutschsprachigen Schrifttums 1911–1965
HaVA	Hanseatische Verlagsanstalt
HJ	Hitlerjugend
IFZ	Institut für Zeitgeschichte München
KfdK	Kampfbund für deutsche Kultur
KZ	Konzentrationslager
LGB	Lexikon für das gesamte Buchwesen
NL	„Neue Literatur“
NR	„Neue Rundschau“
ns, NS	nationalsozialistisch
NSB	ns Bibliographie, Monatshefte der PPK Jg.1/1930–Jg.15/1944
NSDAP	Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei
NSDSt	Nationalsozialistischer deutscher Studentenbund
NSMH	„Nationalsozialistische Monatshefte“
NZZ	„Neue Zürcher Zeitung“
PPK	Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des ns Schrifttums
RDP	Reichsverband der deutschen Presse
RME	Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RMK	Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten
RMI	Reichsminister des Innern
RMVP	Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda
RKK	Reichskulturkammer
RPK	Reichspressekammer
RPS	Reichspresseschule
RSK	Reichsschrifttumskammer
RGBI	Reichsgesetzblatt
SA	Sturmabteilung, zuvor Saalschutz der NSDAP
SD	Sicherheitsdienst der SS
SDS	Schutzverband deutscher Schriftsteller
SS	Schutzstaffel der NSDAP
VB	„Völkischer Beobachter“
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZfDk	„Zeitschrift für Deutschkunde“

Sonstiges

Abt.	Abteilung
Anm.	Anmerkung, Fußnote
Aufl.	Auflage
Bd(e).	Band, Bände
Diss.	Dissertation
ev, Ev	evangelisch
Ex	Exemplar, Druckstück
H.	Heft
i.d.R.	in der Regel
Jb.	Jahrbuch
Jg.	Jahrgang
Kap.	Kapitel
kath., Kath.	Katholisch
masch./Masch.	maschinenschriftlich
Mill.	Million(en)
Pg.	Parteigenosse
Rez.	Rezension
RF SS	Reichsführer SS
Stck.	Stück
S.	Seite
Sp.	Spalte, Durchspalte
Ts.	Tausend

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit analysiert das Buchbesprechungswesen in seiner Entwicklung unter nationalsozialistischem Einfluss, beginnend mit der ‚Kampfzeit‘ der ‚Bewegung‘, nach Veröffentlichung der programmatischen weltanschaulichen Ziele, und fortgesetzt nach der Machtübernahme 1933, nunmehr unter den Bedingungen totalitärer Herrschaft.

Im ersten der beiden Hauptteile der Arbeit wird an charakteristischen Beispielen gezeigt, wie die extreme Rechte in der Weimarer Republik danach trachtete, die Funktion der Buchbesprechung in Richtung einer gesinnungsmäßigen Bevormundung der Leser zu verändern. Unter Ausnutzung systembedingter Schwachstellen und durch Verstärkung vorhandener Ressentiments in der Bevölkerung wurde ein geistiger Erosionsprozeß der Öffentlichkeit in Gang gesetzt. Das engte die freie Kommunikation fortschreitend ein.

Der zweite Hauptteil behandelt die nach 1933 einsetzende Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Ausschaltung aller ‚Nichtarier‘ und die geistige Gleichschaltung und weltanschauliche Indoktrinierung der Kulturschaffenden, einschließlich deren Überwachung durch gezielt dazu eingerichtete Organisationen. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem für die Massenbeeinflussung neugebildeten Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Goebbels veranlasste eine stark reglementierende stufenweise Neuordnung des Buchbesprechungswesens zur umfassenden Lenkung und Kontrolle von Rezensenten, Verlegern und Schriftleitern. Die Reglementierung gipfelte in dem am 1.7.1937 in Kraft getretenen Verbot der Kunstkritik. Kritische Rezensionen und Diskussionen waren unerwünscht und sollten auf diese Weise endgültig verhindert werden, ganz im Sinne der von Hitler in *Mein Kampf* postulierten Absichten. Die Folgen dieses Kritikverbots waren zunehmendes Schweigen, Zurückweichen und Unsicherheit bei Kulturvermittlern und Lesern. Die verheißene Erneuerung des Rezensionswesens blieb ebenso Trugbild wie die ersehnten NS-Literaturschöpfungen.

Die vorliegende Arbeit weist exemplarisch nach, wie im komplexen Prozeß von Demokratieverfall und Diktatur die ursprüngliche Funktion der Buchbesprechung durch Reduzierung und Ausrichtung auf eine politisch-ideologische Lenkungs-funktion ausgehöhlt und entwertet wurde.

Lebenslauf

Name: Dietrich Müller
Geburtsdatum: 18.05.1930
Geburtsort: Berlin-Lichterfelde
Staatsangehörigkeit: deutsch
Familienstand: verheiratet (seit 1965)

Ausbildung

1936–1939 Volksschule in Preußisch-Friedland und Lübben im Spreewald
1940–1949 Oberschule in Fürstenwalde/Spree
Abschluss: Abitur (04.07.1949)
1949–1951 Bauhandwerkslehre in Berlin (West)
Abschluss: Gesellenprüfung (25.09.1951)
1952–1958 Studium Bauingenieurswesen an den Technischen Hochschulen Graz und Hannover
Abschluss: Diplom (12.12.1958)
1959–1962 Baureferendarausbildung beim Bundesverkehrsministerium
Abschluss: 2. Staatsprüfung (20.06.1962)

Berufstätigkeit

1962–1992 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes
Beamter auf Lebenszeit ab 15.12.1965
Pensionierung 1992

Zusatzausbildung

1995–2008 Studium Buchwissenschaft, Kunstgeschichte und Kultur-
anthropologie an der Universität Mainz
Abschlüsse: Magister Artium (03.03.2005), Promotion
(25.06.2008)